

Reinhard Meier-Walser/Peter L. Münch-Heubner

TEHERANS ATOMSTRATEGIE UND DIE INTERNATIONALE SICHERHEIT

Eine politikwissenschaftlich-orientalistische
Konstellationsanalyse

Berichte & Studien 97

Reinhard Meier-Walser / Peter L. Münch-Heubner

**Teherans Atomstrategie
und die internationale Sicherheit**

Eine politikwissenschaftlich-orientalistische
Konstellationsanalyse

Impressum

ISBN	978-3-88795-419-2
Herausgeber	Copyright 2013, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Autoren	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser Dr. habil. Peter L. Münch-Heubner
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Gebr. Geiselberger GmbH, Vilsbiburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

Anstelle eines Vorwortes

Hassan Rohani – Perspektiven einer neuen Präsidentschaft.....7

Einleitung

Standpunkte im und Perspektiven für den Atomkonflikt
mit dem Iran 15

1. Atomwaffen und internationale Politik 25

1.1 Unterschiede zwischen konventionellen Waffen und
Kernwaffen 25

1.2 Voraussetzungen für nukleare Abschreckung 27

1.3 Schaffen Atomwaffen Stabilität? Die „Waltz-Sagan-Debatte“ .. 30

1.4 Der Atomkonflikt mit dem Iran – die Theorie-Kontroverse
auf dem Prüfstand 38

2. Teherans Atomstrategie – Konstellationsanalyse und Szenarien 43

2.1 Die Multidimensionalität des Konfliktes 43

2.2 Die historischen Determinanten iranischer Außen- und
Sicherheitspolitik 44

2.2.1 Die Vormachtstellung des Iran in Südwestasien: Mythos
oder Realität? 44

2.2.2 Die Kraft der historischen Erinnerung:
das Trauma der Machtlosigkeit und die Zeit der
„ungleichen Verträge“46

2.2.3 Die Rolle der Religion im nationalen Selbstbewusstsein
der Iraner 47

2.2.4 Die Kraft der historischen Erinnerung:
das Trauma der Machtlosigkeit und Schwäche,
die Zeit der „Versklavung des Iran“,
die Zeit des „bardegi-e Iran“ **بردی ایران**48

2.2.5	Die Kraft der historischen Erinnerung: militärische Stärke gegen Machtlosigkeit und Fremdbestimmung?	56
2.2.6	Der Iran und die „unechten Verbündeten“	61
2.2.7	Der Iran als Vormacht	65
2.3	Politik und politische Rhetorik	66
2.4	Der Iran als Atommacht? Konsequenzen, Risiken und Möglichkeiten einer Lösung der Atomfrage auf dem Wege von Verhandlungen	69
2.4.1	Die Motive iranischer Atompolitik	70
2.4.2	Die Problematik der Proliferation: die mögliche Weitergabe an nichtstaatliche Akteure	72
2.4.3	Teheran und der Westen – zwischen Konflikt und Kooperation	76
2.4.4	Atomwaffen gegen Israel?	80
2.4.5	Drohung und Abschreckung – gegen wen? Die Gefahr der regionalen Eskalation	88
2.4.5.1	Die wahhabitisch / sunnitisch-schiitische Konfliktlinie	90
2.4.5.2	Iran – Pakistan: die schwierige Nachbarschaft	94
2.4.5.3	Das Konfliktdreieck Iran – Pakistan – Afghanistan	97
2.4.6	Die Atomwaffe im Dienste der Abschreckung oder als operatives Instrument? Greift die Logik der gegenseitigen Abschreckung heute noch?	99
2.5	Die Rolle der Volksrepublik China im Atomkonflikt mit dem Iran	107
2.5.1	China und der Iran – der Pakt der beiden altherwürdigen Hochkulturen	107
2.5.2	Die „strategische“ und pragmatische Partnerschaft	112
2.5.3	Die Rolle Chinas als Waffenlieferant für den Iran	113

2.5.4	Die Volksrepublik China und die iranische Chemiewaffenproduktion	115
2.5.5	China und das iranische Atomprogramm	117
2.5.6	Das nukleare Beziehungsdreieck China – Iran – Russland	120
2.5.7	Teheran und Peking – die neue (strategische) Zweckpartnerschaft	123
2.5.8	China – Schutzmacht oder neuer Hegemon in der iranischen Perzeption?	125
2.6	Optionen für eine Lösung des Atomkonfliktes mit Teheran auf dem Verhandlungsweg	127
3. Synoptische Schlussbetrachtung		145
Literatur		165

Anstelle eines Vorwortes

Hassan Rohani – Perspektiven einer neuen Präsidentschaft

Der neue iranische Präsident heißt Hassan Rohani.¹ Für einen großen Teil der Medien im demokratischen Westen kam dieser Wahlsieg – zumindest in seiner Klarheit im ersten Wahlgang – „überraschend“.²

Zuvor war in der westlichen Presse bezüglich dieser iranischen Wahlen im Wesentlichen ein „struggle ... between two different types of hard-liner“ vorausgesagt worden.³ Als dann der Wächterratt die Zahl jener Kandidaten, die zum Schluss noch zur Wahl antreten durften, auf acht eingrenzte, hieß es, dass nun im Iran keine „Richtungswahlen“ mehr stattfinden würden, weil „die Reformer ausgeschaltet“ wurden. „Als aussichtsreichster Kandidat“ wurde Sa’id Dschalili genannt, weil dieser „der Vollstrecker von Chameneis Willen“ sei und somit loyal zum Revolutionsführer stehe.⁴ Der streng Konservative wurde als „the front-runner in Iran’s presidential election“ gesehen, zumal er die Unterstützung des politischen „Establishments“ der Islamischen Republik hinter sich wisse.⁵ Nur wenige Betrachter warfen vereinzelte Seitenblicke auf einen gewissen „Hassan Rouhani“, der „andere Akzente“ in der iranischen Politik setzen könnte, dem aber kaum Chancen auf einen Wahlerfolg eingeräumt wurden.⁶

¹ In der internationalen Presse kursieren unterschiedliche Schreibweisen des Namens des neuen iranischen Präsidenten: Rowhani, Rouhani. Korrekt aus den persischen Texten transliteriert ergibt sich Ruhani, da روحاني. In der Aussprache ergibt sich bei و hier in diesem Namen ein Vokal irgendwo „zwischen“ o und u. In der vorliegenden Studie wurde in den entsprechenden Kapiteln die in der Tehran Times zu findende Schreibweise Rohani verwendet.

² Präsidentschaftswahl: Hassan Ruhani siegt im Iran in der ersten Runde, in: Tagesspiegel, 15.6.2013, <http://www.tagesspiegel.de/politik/praesidentschaftswahl...iran/8356198.html>, Stand: 16.6.2013; vgl. auch Burns, R. Nicholas: Will Iran now come around?, in: International Herald Tribune, 22./23.6.2013; Maloney, Suzanne: Why Rouhani Win – and Why Khamenei Let Him, in: Foreign Affairs Online, 16.6.2013; Ein Stratege übernimmt, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.6.2013. Die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin hatte bereits im März 2013 prognostiziert, dass mit einer Überraschung bei den Präsidentschaftswahlen zu rechnen sei. Posch, Walter: Überraschung garantiert. Konservative, Linke, Reformer: der Iran vor den Präsidentschaftswahlen, in: Internationale Politik 3/2013, S. 60-67.

³ Power struggle in Iran. Conservatives v conservatives, in: The Economist April/May 2013, S. 30-31.

⁴ Hermann, Rainer: Alle in eine Richtung. In Iran sind vor der Präsidentenwahl die Reformer ausgeschaltet – sogar Rafsandschani wurde disqualifiziert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5.2013.

⁵ Erdbrink, Thomas: Hard-liner gains traction before Iran vote, in: International Herald Tribune, 29.5.2013.

⁶ Anders die Neue Zürcher Zeitung, die – korrekt, wie das spätere Wahlergebnis belegen sollte – ein „Comeback der Reformer in Irans Wahlkampf“ erkannt hatte (10.6.2013). Gleichzeitig warnte der Autor des Artikels, Jürg Bischoff, aber auch davor, dass die „anschwellende Begeisterung für Rohani“ die Gefahr bringe, „dass Iran in das gleiche Szenario wie 2009 hineinschlitert, als sich die enttäuschte Siegesgewissheit der Reformer in Massenprotesten Luft verschaffte“.

Am 16. Juni 2013 herrschte nach der Auszählung der iranischen Wählerstimmen Verwunderung. Doch schnell notierte man den Sieg des Hassan Rohani, des Kandidaten des „Reformlagers“.⁷

Das alles spricht für eine gewisse Hilflosigkeit, die den westlichen Betrachter befällt, wenn es um die Analyse politischer Vorgänge im Iran geht. Orientierungslosigkeit scheint viele Einschätzungen politischer Prozesse im Nahen und Mittleren Osten generell zu bestimmen, gepaart auch in Einzelfällen mit bewusster Ignoranz unter gewollter Beibehaltung bereits gefasster Urteile. Ein Beispiel dafür war die noch bis zum Beginn des Arabischen Frühlings in den deutschen Politikwissenschaften vorherrschende Lehrmeinung von der Persistenz autoritärer Systeme in der Staatenwelt des Vorderen Orients.

Die Analyse iranischer Politik stellt tatsächlich eine auf dem herkömmlichen Weg einer rein politikwissenschaftlichen Analyse nur schwer zu bewältigende Aufgabe dar. Der Blick auf den Iran bleibt zudem für den westlichen Betrachter zumeist nur eine Außenansicht. Dafür waren im Falle der nun zurückliegenden Präsidentschaftswahlen auch die staatlichen Autoritäten im Iran verantwortlich, die die Praxis der Vergabe von Einreisegenehmigungen für westliche Journalisten sehr restriktiv gehandhabt haben. Eine durch Innenansicht aus dem Iran gespeiste Analyse indes hätte westlichen Mediennutzern komplexere Eindrücke und differenziertere Analysen vermitteln können.

Der Iran ist keine Demokratie in westeuropäischen Maßstäben und die Pressefreiheit bleibt eine eingeschränkte. Doch die Islamische Republik ist auch keine Diktatur mit monolithischen Herrschaftsstrukturen, wie es die Staaten im kommunistischen Machtbereich bis 1989 gewesen waren. Unterschiedliche Machtzentren konkurrieren miteinander, demokratische Ansätze sind vorhanden.

Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sind die demokratischen Elemente im System der Islamischen Republik. Sie sind im Hinblick auf die Interventionsrechte des Wächterrats als eingeschränkt frei zu betrachten. Sie geben der Bevölkerung aber die Möglichkeit, ihren Willen kundzutun. Sie zeigen aber auch, was die Revolutionsführung gewillt ist, zuzulassen und was nicht.

Wer sich aus westlichen Tageszeitungen über die Präsidentschaftswahlen im Iran informierte, für den mag dieser Hassan Rohani tatsächlich ein fast unbekannter Nebenläufer im Wettbewerb um das iranische Präsidentenamt gewesen sein. Von der Innensicht aus betrachtet war er für den iranischen Wähler schon lange kein Außenseiter mehr. Gerade im Verlauf dieser Studie und der wissenschaftlichen Arbeiten an ihr, im Zuge

⁷ Wahlsieger im Iran: Israel und USA setzen Reformer Ruhani unter Druck, www.focus.de/.../iran/wahlsieger-im-iran-israel-und-usa-setzen-reformer-ruhani-unter-druck_aid_1016403.html, Stand: 16.6.2013.

der Recherchen zum Wahlkampf selbst zeigte sich für die beiden Autoren der vorliegenden Studie, wie sehr Hassan Rohani über Wochen hinweg immer mehr in den Mittelpunkt der Wahlkampagnen rückte. Tatsächlich hat er bereits vor dem Beginn der engeren Phase des Wahlkampfs zentrale Themen besetzt und so auch das iranische Atomprogramm und die Beziehungen Teherans zu den USA in der veröffentlichten Meinung des Iran thematisiert.

Ein Unbekannter ist Rohani auch für die westliche Politik nicht. Er ist als ehemaliger Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates des Iran im Zusammenhang mit den Atomverhandlungen mit der internationalen Gemeinschaft und mit der IAEA (International Atomic Energy Agency) schon in den Jahren 2003 bis 2005 und damit zu Zeiten des Reformpräsidenten Khatami in Erscheinung getreten. Sein Name ist u. a. auch verbunden mit der Offenlegung bis 2003 geheim gehaltener Aktivitäten im Rahmen des iranischen Atomprogramms im Jahre 2003.⁸ Später sprach er sich für direkte Verhandlungen mit den USA aus zu einer Zeit, da – wie Mohamed ElBaradei dies erkennen zu können glaubte – George W. Bush für einen solchen Schritt noch nicht bereit war.⁹ ElBaradeis Ausführungen zufolge wäre schon im März 2005 eine Verhandlungslösung nicht unmöglich gewesen, als Rohani als Unterhändler den EU-3 einen Kompromissvorschlag vorlegte, der auf der Basis einer stark reduzierten Urananreicherung einen Mittelweg zwischen den Positionen der „hardliner“ in Teheran und den Forderungen der USA und der Europäer hätten weisen können. Der Iran hätte alle „industrial scale efforts“ bei der Anreicherung von Uran „eingefroren“. Auch wäre der IAEA Zugang zu allen Prozessen in diesem engeren Bereich gewährt worden. Gänzlich auf eine eigenständige Urananreicherung hätte aber auch Rohani langfristig nicht verzichten wollen. Er hätte dies auch nicht tun können, weil er, wie ElBaradei bemerkte, ebenfalls unter dem Druck der Hardliner in seiner Heimat stand. Doch Rohani hatte vor allen Dingen eines unterbreiten wollen: „an initial offer, clearly open to discussion“.¹⁰

Rohani schien einen Verhandlungsweg gehen zu wollen, doch die Umstände sprachen gegen ihn: Die Skepsis auf der Seite der USA war groß und in Teheran formierten sich Rohanis konservative Gegner. Im Juni 2005 fanden im Iran Präsidentschaftswahlen statt und der neue Präsident hieß nun Mahmud Ahmadinedschad. Am 3. August 2005 übernahm Ahmadinedschad das Präsidentenamt, nur zwei Tage später endete Rohanis Zeit als iranischer Atomunterhändler.¹¹

⁸ ElBaradei, Mohamed: *The Age of Deception. Nuclear Diplomacy in Treacherous Times*, New York 2011, S. 120 f.

⁹ Ebd., S. 132.

¹⁰ Ebd., S. 143.

¹¹ Ebd., S. 145.

Nicht der Atomstreit allein hat, was auch in dieser Studie gezeigt werden wird, Ahmadinedschads Wahlerfolg begründet. Doch die Auswirkungen dieses Amtswechsels in Teheran für die Atomverhandlungen waren gravierend.

Mit der Wahl Rohanis zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran stellt sich eine wichtige Frage: War Rohani zu Konzessionen bereit, auf deren Basis die Atomfrage zwischen dem Iran und dem Westen schon im Jahr 2005 hätte gelöst werden können? Und ist er dies heute noch? Oder nutzte er die Phase der Suspendierung der iranischen Urananreicherung nur, um insgeheim doch die Arbeiten etwa in der Anlage Isfahan fortzusetzen, wie ihm Alireza Jafarzadeh vorwirft?¹²

Diese Wahl zeigte den Wunsch der Iraner nach Veränderung und offenbar auch den Willen des Revolutionsführers, das Fortbestehen und das Überleben der politischen Ordnung der Islamischen Republik durch ein größeres Maß an politischer Flexibilität zu gewährleisten.

Das bedeutet auch, dass der Wahlausgang ein Anzeichen für die Bereitschaft Khameneis sein könnte, einem neuen iranischen Delegationsleiter bei neuen Atomverhandlungen einen etwas größeren Spielraum einzuräumen als bisher. Freilich kann ein solcher Spielraum vom Revolutionsführer auch jederzeit wieder eingeengt werden. Der Hinweis darauf aber, dass vor dem Hintergrund der Unterordnung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten unter die des Revolutionsführers die Hoffnungen auf einen „radikalen Wechsel in der iranischen Außen-, Sicherheits-, und Atompolitik“ nur begrenzte sein dürfen,¹³ berührt nur einen Teilaspekt der Frage nach den Grenzen und Möglichkeiten neuer Atomverhandlungen nach dem Sieg Rohanis.

Dieser selbst hat in einer Pressekonferenz am 17. Juni 2013 erklärt, dass die neue Regierung in Teheran nun ein „government of prudence and hope“ sein werde. Der Iran werde Atomverhandlungen mit dem Westen jetzt „more actively“ führen. Und an zentraler Stelle seiner Ausführungen sagte er: „We believe that a solution of the nuclear issue can only be found through dialogue. Threats are not effective, neither are sanctions“. Nur Verhandlungsführer können eine Lösung finden.

Auf eine eigenständige Urananreicherung will auch Rohani nicht vollständig verzichten – das war seine Position auch schon 2005. Doch Beweglichkeit auf diesem Gebiet deutet er an, wenn er sagt: „We are now

¹² Jafarzadeh zitiert Rohani mit dem Satz: „In fact, we managed to finish the Isfahan project by creating calm environment.“ Jafarzadeh, Alireza: *The Iran Threat. President Ahmadinejad and the Coming Nuclear Crisis*, New York 2007, S. 159. Doch der Autor, ein Fox News Channel-Journalist (!), zitiert diesen Satz nur aus einer von ihm selbst verfassten Internetquelle, deren Authentizität vom wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet damit höchst zweifelhaft bleibt; siehe ebd., S. 281. Die tendenziöse Gesamtdarstellung des Exil-Iraners liest sich wie eine Aufforderung an die USA zu einem Militärschlag gegen den Iran.

¹³ Wahlsieger im Iran: Israel und USA setzen Reformer Ruhani unter Druck.

in a special situation and I think that there are many ways to build confidence.“

Auch was das heikle Kapitel der Beziehungen seines Landes zu den USA anbetrifft, zeigt sich Rohani bereit zu einem Neuansatz und einem Neubeginn: „There are old wounds that should be healed prudently, and we certainly will not be seeking tension“.¹⁴

Nur einen Tag später aber meldete sich in Teheran der Sprecher des Außenministeriums, Abbas Araqchi, zu Wort und erklärte bezüglich der „Prinzipientreue“ der iranischen Außenpolitik: „principles and values of foreign policy are unchangeable“.¹⁵ Eine westliche Nachrichtenagentur würde eine Meldung über dieses Statement wohl betitelt haben mit: Iran dämpft Hoffnungen auf eine Lösung im Atomstreit.

Doch war dies tatsächlich ein willentlich gesetzter Kontrapunkt zu den Äußerungen Rohanis vom Tag zuvor? Man könnte dies auch interpretieren als ein letztes Signal des Widerstands alter Amtsinhaber aus einem Ministerium, das im August 2013 schon unter einer neuen Leitung stehen wird. Doch das träfe nicht den Kern der Sache. Denn tatsächlich widersprechen beide Stellungnahmen einander keineswegs, sie ergeben ein sich ergänzendes Gesamtbild iranischer Außen- und Sicherheitspolitik. Tatsächlich wird auch Präsident Rohani von seinen Grundpositionen in der nationalen Sicherheitspolitik nicht abweichen. Dennoch ist eine Lösung der Atomfrage, so die zentrale These dieser Studie, auf dem Verhandlungswege nicht unmöglich. Muss der Westen deshalb vor dem Iran gar „kapitulieren“? Auch dies ist keineswegs erforderlich, denn das zentrale Problem wird sein, wie beide Verhandlungsseiten ohne Gesichtverlust eine Kompromisslösung finden können – etwa in Geheimverhandlungen, in denen ein möglicher Annäherungsprozess vom Druck medialer Öffentlichkeit befreit wäre.

Und so offenbaren sich hier schon die zentralen Problemfelder der nächsten Wochen und Monate und sie betreffen die Frage, wie politische Signale aus Teheran im Westen verstanden und interpretiert werden. Ein Kommunikationsproblem zwischen den politischen Akteuren auf beiden Seiten besteht seit jeher. Auch geht es darum, dass man sich im Westen nur in unzureichender Weise mit den Hintergründen und Motivationsgrundlagen iranischer Außen- und Sicherheitspolitik auseinandersetzt.

Die historischen Determinanten iranischer Außen- und Sicherheitspolitik weisen den Weg hin zu einer Analyse jener Motive, die das Handeln politischer Entscheidungsträger in Teheran bestimmen. Historische Erfahrungen haben die Wahrnehmungen und die Weltbilder politisch Handelnder im Iran zutiefst geprägt – ungeachtet der Frage, ob konservativ oder

¹⁴ New Iranian government will seek constructive interaction with world, Rohani, in: Tehran Times, 18.6.2013.

¹⁵ Iran's foreign policy principles unchangeable: Official, in: Tehran Times, 19.6.2013.

reformorientiert. Eine neue Regierung in Teheran wird die sicherheitspolitischen Interessen des Iran ähnlich definieren wie ihre konservative Vorgängerin. Doch hier gilt es offen zu klären: Was sind die legitimen Sicherheitsinteressen des Iran, die anerkannt werden müssen, um die atomare Aufrüstung des Landes noch verhindern zu können? Die Reformer sind jetzt gesprächsbereit.

Für den westlichen Politiker gilt es, eines zu erkennen: Es sind jene neuralgischen Punkte, jene von negativen historischen Erfahrungen mit dem Westen geprägten, manchmal berechtigten, manchmal fast pathologischen Urängste iranischer Politik, von außen fremdbestimmt zu werden, an denen auch neue Verhandlungen immer wieder scheitern können. Was aber Hoffnungen weckt: Seit geraumer Zeit bereits hat Rohani schon versucht, über die Tehran Times diese iranischen Befindlichkeiten nach außen und in Richtung Westen zu kommunizieren. Und so waren es denn auch die iranischen Ängste vor Fremdbestimmung, vor Ungleichbehandlung auf internationaler Ebene, vor Nichtanerkennung auch legitimer nationaler Interessen, die seine Stellungnahmen gekennzeichnet haben. Der Iran wolle verhandeln, so seine Botschaft, aber er werde sich zu Verhandlungen nicht zwingen lassen und er werde nie unter Druck Zugeständnisse machen. Und in diesem Sinne sagte er auch nach seinem Sieg: „but any talk of direct negotiations should be based on mutual interests and on an equal footing“.

Von den USA fordert er das Zugeständnis, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen („not interfere in Iran’s internal affairs“), er fordert die internationale Anerkennung von „Iran’s legitimate rights“. Wenn die USA den Wunsch Teherans nach nationaler Unabhängigkeit und Eigenständigkeit respektieren und hier schon ein Zeichen des „good will“ nach Teheran senden würden, dann sei der „Grund vorbereitet“ („the ground will be prepared“) für Atomverhandlungen.¹⁶

Doch zu klären gilt es: Was sind die legitimen Rechte und Sicherheitsinteressen des Iran und wie weit gehen die auch von Rohani erwähnten „nuclear rights“ seines Landes? Was sind jene „Prinzipien“ iranischer Außen- und Sicherheitspolitik, von denen Araqchi spricht, ganz konkret. Haben all diese „Prinzipien“ und „Rechte“ unvermeidlich nur mit nuklearen Dimensionen zu tun? Warum könnte der Iran Atomwaffen besitzen wollen und warum könnte er eventuell auch auf sie verzichten können? Diese Fragen zu beantworten, schickt sich diese Studie an.

Zur theoriegestützten Methodik der Untersuchung: Die beiden Verfasser, die sich als Vertreter der von Gottfried-Karl Kindermann gegründeten „Münchener Schule des Neorealismus im Fach Internationale Politik“ (siehe Kapitel 2.1) verstehen und seit den 1980er-Jahren wissenschaftlich eng

¹⁶ New Iranian government will seek constructive interaction with world.

zusammenarbeiten, sind der Überzeugung, dass aufgrund der Komplexität des Sujets dieser Untersuchung eine eindimensionale Analyse keine seriöse Ausleuchtung der Wirkkräfte der fraglichen Konstellation erlaubt. Im Sinne des Bekenntnisses zur arbeitsteiligen Systematik einer interdisziplinären und synoptischen Integrationswissenschaft und des postulierten multiperspektivischen Zuganges der theoriegestützten Methodik der „Internationalen Konstellationsanalyse“ (siehe Kapitel 2.1) verbindet die Studie deshalb einen politikwissenschaftlichen und einen orientalistischen Ansatz, um die Multidimensionalität des Atomkonfliktes mit dem Iran wissenschaftlich angemessen untersuchen zu können. Insofern präsentieren die beiden Verfasser ihre Studie als „Monographie aus zwei Federn“. Die politikwissenschaftliche Feder wurde geführt von Reinhard Meier-Walser,¹⁷ die orientalistische von Peter L. Münch-Heubner.¹⁸

¹⁷ Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser, seit 1996 Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen und Chefredakteur der „Politischen Studien“ der Hanns-Seidel-Stiftung. Nach Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und Kommunikationswissenschaft 1988 Promotion zum Dr. phil. am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München. Bis 1994 als Akademischer Rat a. Z. in Forschung und Lehre am Seminar für Internationale Politik der Universität München tätig. Lehraufträge u. a. an der Universität Würzburg, der Universität der Bundeswehr München-Neubiberg, der Hochschule für Politik München und der Fachhochschule München. 1995 Gastprofessor für Internationale Politik am Austin College, Texas, USA. Seit 2003 Lehrbeauftragter, seit 2009 Honorarprofessor für Internationale Politik an der Universität Regensburg. Autor und Herausgeber wissenschaftlicher Publikationen zu Problemstellungen internationaler, transatlantischer und europäischer Sicherheitspolitik.

¹⁸ Dr. habil. Peter L. Münch-Heubner, Nahostwissenschaftler, Historiker. Studium der Politikwissenschaften, der Orientalistik und der Neueren Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Danach wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promotion in den Fächern Neuere und Neueste Geschichte, Orientalistik und Politologie an der Universität der Bundeswehr München-Neubiberg. Habilitation an der Universität Augsburg unter dem Fachmentorat von Prof. Dr. Andreas Wirsching. Nebenberuflich freier Journalist, tätig gewesen u. a. für Die Zeit, den Rheinischen Merkur, die Frankfurter Rundschau, die Welt; Verfasser von Kommentaren zur Nahostpolitik für Die Presse, die Neue Westfälische u. a., schreibt seit 2011 für den Bereich Zeitgeschichte der Prager Zeitung. Lehrte als Privatdozent an der Universität Augsburg und als Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München-Neubiberg. Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen, Aufsätze, Studien und Monographien über die islamische Welt, u. a. über den Iran, den Libanon, Saudi-Arabien, Indonesien und über das Konzept eines islamischen Staates.

Einleitung

Standpunkte im und Perspektiven für den Atomkonflikt mit dem Iran

Es sind mittlerweile über zehn Jahre vergangen, seit die Internationale Atomenergie-Organisation (International Atomic Energy Agency IAEA) in Wien zum ersten Mal davon erfuhr, dass der Iran unter Missachtung der Offenlegungspflichten eines im Jahre 1974 mit der IAEA geschlossenen „Safeguards Agreement“ eine Urananreicherungsanlage in Natanz und einen Schwerwasserreaktor in Arak baute, welcher nach seiner Inbetriebnahme zur Herstellung von Plutonium fähig wäre. „The nuclear crisis had begun.“¹⁹ Seither kam es zu ungezählten Begegnungen zwischen Vertretern der IAEA und Emissären Teherans und das „Board of Governors“ der IAEA erließ mehr als ein Dutzend Resolutionen, die sich ausschließlich mit der Implementierung der „Safeguards“ im Iran befassten und dabei jeweils erneut den Beleg erbrachten, dass der Iran nicht oder nicht vollständig bereit war bzw. ist, seine vertraglichen Pflichten aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1968 zu erfüllen. Beispielhaft mag dies ein Auszug aus dem jüngsten Bericht des Generaldirektors der IAEA vom 22. Mai 2013 belegen, wo es neben den Aktivitäten in den Anreicherungsanlagen Fordow und Natanz unter dem Punkt D.3. zu „Other Enrichment Related Activities“ heißt: „Iran has not provided a substantive response to Agency requests for design information in relation to announcements made by Iran concerning the construction of ten new uranium enrichment facilities, the sites for five of which, according to Iran, have been decided.“²⁰

Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang etwa auch ein Auszug aus dem Bericht des Generaldirektors der IAEA vom 30. August 2012: „Despite the intensified dialogue between the Agency and Iran since January 2012, efforts to resolve all outstanding substantive issues have achieved no concrete results: Iran, in an initial declaration, simply dismissed the Agency’s concerns in connection with the issues identified in Section C of the Annex to Gov/2011/65; Iran has not responded to the Agency’s initial questions on Parchin and the foreign expert; Iran has not provided the Agency with access to the location within the Parchin site to which the Agency has requested access; and Iran has been conducting

¹⁹ Patrikarakos, David: Nuclear Iran. The Birth of an Atomic State, London 2012, S. 176.

²⁰ IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2013/6, 21.2.2013, S. 6.

²¹ IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security

activities at that location that will significantly hamper the Agency's ability to conduct effective verification."²¹

Wie gegenüber der internationalen Gemeinschaft insgesamt beharrt der Iran auch gegenüber der IAEA auf der Position, dass sein Atomprogramm lediglich zivilen Zwecken diene. Im Bericht des Generaldirektors der IAEA vom 21. Februar 2013 ist explizit von einem konkreten Verdacht die Rede, dass der Iran in seiner Atomanlage Parchin bei Teheran Versuche mit Zündern für Atombomben durchführt. Bereits im Jahre 2000 habe der Iran „constructed a large explosives containment vessel in which to conduct hydrodynamic experiments; such experiments would be strong indicators of possible nuclear weapon development“. Obwohl, so heißt es in dem Bericht weiter, die IAEA „has reiterated during each round of talks with Iran its request for access to the location at the Parchin site“, habe der Iran „not acceded to that request“.²² Angesprochen darauf, warum der Iran der IAEA den Zugang zur Atomanlage Parchin nach wie vor hartnäckig verweigere, antwortete der für Europa und Amerika zuständige iranische Vizeaußenminister Ali Ansghar Khaji im Gespräch mit der Neuen Zürcher Zeitung vor Kurzem, dass „die IAEA ihren Verdacht erst belegen müsste“²³, bevor die Inspektoren freien Zugang zu der Anlage bekämen.

Ähnlich wenig gewinnbringend und enttäuschend verliefen auch zahlreiche Treffen der fünf Ständigen Mitglieder und Veto-Mächte des UNO-Sicherheitsrates und Deutschland („P5+1“-Gruppe) mit Vertretern des Iran in den vergangenen Jahren. So auch die jüngste offizielle Begegnung, die Anfang April 2013 in der kasachischen Metropole Almaty stattfand, ohne dass die Verhandlungen zu greifbaren Ergebnissen geführt hätten. Die Delegationsleiterin der „P5+1“-Gruppe, die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, betonte nach Abschluss der Gespräche, dass die Positionen der „P5+1“-Delegation und Teherans nach „langen und intensiven“ Diskussionen „in der Substanz weit auseinanderliegen“.²⁴ Diese Diskrepanz zwischen den Positionen beider Seiten bezieht sich auf das Angebot, das die „5+1“-Gruppe bei der vorherigen Verhandlungsrunde Ende Februar 2013 ebenfalls im kasachischen Almaty der iranischen Delegation unterbreitet hatte. Obwohl keine konkreten Details bekannt wurden, hieß es aus Delegationskreisen, dass Teheran im Gegenzug für die Aussetzung der Produktion von Uran mit einem Anreicherungsgrad von 20 % die Lockerung der Sanktionen in Aussicht gestellt wurde. Auch habe

Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2012/37, 30.8.2012, S. 3.

²² IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2013/6, 21.2.2013, S. 9.

²³ Teheran fordert Gegenseitigkeit. Irans Vizeaußenminister Ali Ansghar Khaji im Gespräch, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.3.2013.

²⁴ Zitiert nach: Spiel auf Zeit, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.2013.

die Sechser-Gruppe die Forderung nach einer obligatorischen vollständigen Schließung der Anreicherungsanlage Fordow fallen gelassen.²⁵ Obwohl die Aussichten, bei dem jüngsten Treffen in Almaty – übrigens das Fünfte dieser Art innerhalb eines einzigen Jahres – einen Durchbruch im festgefahrenen Atomkonflikt zu erreichen, ohnehin äußerst gering waren – nicht zuletzt weil Teheran unmittelbar davor die Installation von 3.000 leistungsfähigeren Zentrifugen der nächsten Generation und Standorte möglicher neuer Kernkraftwerke bekanntgab –, zeigten sich Teilnehmer der Verhandlungen der Neuen Zürcher Zeitung zufolge irritiert über das Auftreten der iranischen Delegation. So sei der iranische Chefunterhändler Said Jallili „zuerst gar nicht zu einer klaren Antwort auf das unterbreitete Angebot fähig gewesen“.²⁶ Stattdessen habe der Stellvertretende iranische Delegationsleiter, Ali Baqeri, ein angeblich neues „comprehensive proposal“ präsentiert, das sich zur Verwunderung der westlichen Verhandlungsteilnehmer als altbekannter Vorschlag Teherans herausstellte, den die iranische Delegation bereits bei den Gesprächen im Juni 2012 in Moskau vorgelegt hatte.²⁷

Nur wenige Tage nach dem Scheitern der jüngsten Verhandlungsrunde zwischen Teheran und der internationalen Gemeinschaft eröffnete der Iran schließlich eine weitere Uran-Produktionsanlage in Ardakan in der Provinz Jasd, die, so das iranische Staatsfernsehen, eine jährliche Produktionskapazität von 60 Tonnen konzentriertem Uran, sogenanntem „Yellowcake“, habe. Präsident Mahmud Ahmadinedschad rief die iranischen Atomwissenschaftler zu einer Beschleunigung ihrer Arbeit auf und betonte, sein Land beherrsche mittlerweile die „gesamte Kette der Atomenergie“.²⁸ Diese Provokation belastet das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen Teheran und der internationalen Gemeinschaft zusätzlich und macht es noch fraglicher, ob in naher Zukunft eine weitere Verhandlungsrunde anberaumt werden kann, zumal ein derartiger Schritt im Unterschied zu früheren Treffen bei den jüngsten Gesprächen im April 2013 in Almaty nicht angekündigt wurde.

Die gegenwärtige Situation im Atomkonflikt mit dem Iran lässt sich folgendermaßen skizzieren: Der Iran beharrt weiterhin auf seinem Recht der Urananreicherung zu „zivilen Zwecken“. Er setzt auf Zeit und versucht, die Verhandlungen mit der internationalen Gemeinschaft in die Länge zu ziehen, während er „sein Atomprogramm ungeniert ausbaut. Jeden Tag kommt das Regime dem Ziel näher, zumindest alle Zutaten für eine nukleare Bewaffnung parat zu haben.“²⁹ Hans Rühle, ehemaliger Leiter

²⁵ Vgl. Keine Bewegung im Atomstreit. Viel Ungewiss nach der Verhandlungsrunde mit Iran, in: Neue Zürcher Zeitung, 9.4.2013.

²⁶ Ebd.

²⁷ Iran Offers a Plan that Bewilders Negotiators, in: International Herald Tribune, 6./7.4.2013.

²⁸ Zitiert nach: Teheran treibt sein Atomprogramm voran, in: Die Welt, 10.4.2013.

²⁹ Krüger, Paul-Anton: Reden über die Bombe, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.2013.

des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung und einer der führenden Experten auf dem Gebiet internationaler nuklearer Sicherheitsrisiken, meinte vor Kurzem, dass es allen auf westlicher Seite an den Verhandlungen mit dem Iran Beteiligten mittlerweile „klar“ sei, „dass der Iran zwar zu Verhandlungen bereit ist, ein Ergebnis aber, das sein Nuklearprogramm grundsätzlich infrage stellen beziehungsweise faktisch beenden würde, als ausgeschlossen betrachtet werden muss“.³⁰ Verhandlungen seien für die Teheraner Machteliten lediglich „Mittel zum Zeitgewinn. Dementsprechend ist das iranische Nuklearprogramm in den Jahren intensiver Verhandlungen dramatisch angewachsen.“³¹

Die „P5+1“-Gruppe setzt ungeachtet des Scheiterns auch der jüngsten Verhandlungsrunde in Kasachstan auf einen diplomatischen Kompromiss und hofft, die Kombination von Sanktionen und Verhandlungsangeboten könnte die Machthaber in Teheran zu einem Einlenken bewegen. Gleichzeitig erhöhen insbesondere die USA, die nach wie vor an der Formel, es seien „alle Optionen auf dem Tisch“, festhalten, den Druck auf Teheran, indem etwa US-Außenminister John Kerry nach dem Ende der Gespräche in Almaty betonte, die Verhandlungen mit Teheran könnten kein „endloser Prozess“ sein. „Wir können nicht nur reden um des Redens willen.“³² Die Verhandlungspositionen der „P5+1“-Gruppe auf der einen, Teherans auf der anderen Seite, klaffen ungeachtet der mannigfaltigen Differenzen im Detail bereits in einem grundsätzlichen Punkt auseinander: Die internationale Gemeinschaft fordert vom Iran als Vorleistung für eigenes Entgegenkommen, etwa zur Lockerung der Sanktionen, vertrauensbildende Maßnahmen. Teheran solle die Anreicherung auf 20 % einstellen und die vorhandenen Vorräte, die die IAEA im Februar 2013 auf 288 Kilogramm, im Mai 2013 bereits auf 324 Kilogramm schätzte,³³ gegen Brennstofflieferungen für den Forschungsreaktor in Teheran eintauschen. Der Iran weigert sich hingegen, diese Vorleistungen zu erbringen, und besteht seinerseits auf Vorleistungen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der ausdrücklichen „Anerkennung eines Rechts zur Urananreicherung unter Berufung auf den Nichtverbreitungsvertrag“ und auf der „Aufhebung von

³⁰ Rühle, Hans: Sprachlosigkeit zwischen den Todfeinden. Entgegen der Legende haben die USA mehrfach vergeblich versucht, direkt mit dem Iran über das Atomprogramm zu verhandeln. Scheitert auch der nächste Vorstoß?, in: Die Welt, 26.2.2013.

³¹ Ebd.

³² Zitiert nach: Spiel auf Zeit, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.2013.

³³ IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2013/27, 22.5.2013, S. 3.

Sanktionen“.³⁴ Dies wären allerdings „erhebliche Zugeständnisse“, die aus Sicht der „P5+1“-Gruppe „allenfalls am Ende eines langen Verhandlungsprozesses gewährt werden“ könnten. „Und nur dann, wenn das Regime in Zusammenarbeit mit der IAEA alle Aktivitäten offengelegt hätte und kein Zweifel mehr bestünde, dass sein Atomprogramm wirklich nur der friedlichen Nutzung der Kernenergie dient.“³⁵

Israel, das in zunehmendem Maße befürchtet, dass es Teheran tatsächlich gelingen könnte, durch seine Doppelstrategie der Verschleierung und Verzögerung die Schwelle nuklearer Bewaffnung zu überwinden, fordert einen baldigen Abschluss der Verhandlungen und eine Verschärfung der Gangart der internationalen Gemeinschaft gegenüber Teheran. Yuval Steinitz, Israels Minister für strategische Angelegenheiten, ließ keinen Zweifel daran, dass er nichts Anderes als ein Scheitern der Gespräche erwartet hatte, und fügte hinzu: „The time has come for the world to make a more assertive stand and make it unequivocally clear to the Iranians that the negotiations games have run their course.“³⁶

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sind im Atomkonflikt mit dem Iran gegenwärtig drei Szenarien denkbar:

Eine Lösung auf dem Verhandlungsweg

Infolge der harten Sanktionen einerseits (am 1. Juli 2012 trat zusätzlich zu den bereits im Jahre 2010 verhängten Sanktionen der UNO-Resolution 1929 ein Ölembargo der EU gegen den Iran in Kraft,³⁷ ferner verschärften auch die USA im Februar und im Juni 2013 ihre Sanktionen),³⁸ der deut-

³⁴ Bacia, Horst: Druck erzeugt Gegendruck. Wenig Optimismus vor neuen Gesprächen über das iranische Atomprogramm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.2.2013. Einen interessanten Vorschlag, um das Dilemma gegenseitiger Vorleistungsforderungen als Bedingung für eigene Zugeständnisse zu überwinden, hat der frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des iranischen Nationalen Sicherheitsrates, Hossein Mousavian, in Form eines Vier-Punkte-Kataloges vorgelegt, der jedoch bislang von den Verhandlungsparteien nicht aufgegriffen wurde. Vgl. Mousavian, Hossein: Iran, the US and Weapons of Mass Destruction, in: Survival 5/2012, S. 183-201, hier S. 192 f. Ähnlich plädierte auch Volker Perthes in einem im Februar 2013 veröffentlichten Beitrag in der Süddeutschen Zeitung dafür, in einem abgestuften Vier-Schritte-Plan Bewegung in die Verhandlungen zu bringen, die durch die beiderseitigen Erwartungen, „dass der jeweils andere den ersten Schritt tut“, in eine Sackgasse geraten waren: „Im Ergebnis könnten Washington und Teheran damit die Chancen eines Dialoges verpokern, den sie gleichzeitig aus eigenem Interesse bräuchten.“ Perthes, Volker: Die Bombe entschärfen. Iran und die USA nähern sich im Atomstreit vorsichtig an. Vier Schritte könnten helfen, den Krieg zu vermeiden, in: Süddeutsche Zeitung, 7.2.2013.

³⁵ Bacia: Druck erzeugt Gegendruck.

³⁶ Zitiert nach: Iran Atom Talks End With No Deal and No Plans to Meet Again, in: International Herald Tribune, 8.4.2013.

³⁷ Zur Position der EU im Atomkonflikt mit dem Iran vgl. Blum, Marc-Michael: Rethinking the Bomb: Europe and Nuclear Weapons in the Twenty-First Century, Centre for European Studies, Brüssel 2013, S. 29-33.

³⁸ U.S. increases Iranian sanctions for 4th time in a week, in: International Herald Tribune, 6.6.2013; Die USA verschärfen ihre Iran-Sanktionen. Die Landeswährung Rial erstmals direkt im Visier, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.6.2013; Streit über Atomprogramm: USA verhängen neue Iran-Sanktionen, 6.2.2013, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/atomprogramm-usa-verhaengen-neue-iran-sanktionen-a-881906.html>, Stand: 29.5.2013.

lichen Signale in Richtung verstärkter Dialogbereitschaft aus den Reihen der Obama-Administration nach der Wiederwahl des US-amerikanischen Präsidenten andererseits, lenkt Teheran ein. Es verzichtet in den weiteren Verhandlungen mit der „P5+1“-Gruppe (die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland) bzw. in (eventuellen) bilateralen Geheimverhandlungen mit Washington auf weitere Schritte in Richtung Überschreitung der Schwelle zur Atommacht und erhält als Gegenleistung die Genehmigung zur zivilen Nutzung von Kernenergie; allerdings mit der Einschränkung des Ausschlusses einer sogenannten „breakout nuclear capability“, d. h. der Fähigkeit, „to weaponize its nuclear program rapidly at a time of Tehran’s choosing“.³⁹

Militärschläge gegen den Iran⁴⁰

Entweder Israel oder die USA oder beide Verbündete gemeinsam greifen die Atomanlagen des Iran durch Luftschläge gezielt an. Im Falle des begrenzten Zieles einer Retardierung des Atomwaffen-Programms würde eine partielle Zerstörung der nuklearen Infrastruktur genügen (dies könnte Israel unter Umständen im Alleingang bewältigen); eine längerfristige Ausschaltung der Atom-Option Teherans würde hingegen – und dies wäre nur mit aktiver Unterstützung durch die USA möglich – eine umfassende Zerstörung der Atomanlagen voraussetzen, „verbunden mit der Drohung erneuter Angriffe, falls das Programm wieder aufgenommen wird“.⁴¹ Militärschläge, die eine unkalkulierbare Zahl von Opfern bedeuten würden,⁴²

³⁹ Ross, Dennis B.: How America Can Slow Israel's March to War With Iran, in: International Herald Tribune, 22.8.2012.

⁴⁰ Mit dieser Option haben sich u. a. ausführlich befasst: Raas, Whitney / Long, Austin: Osirak Redux? Assessing Israeli Capabilities to Destroy Iranian Nuclear Facilities, in: International Security 4/2007, S. 7-33; Riedel, Bruce: If Israel Attacks, in: The National Interest 109/2010, S. 6-13; Kahl, Colin H. / Dalton, Melissa G. / Irvine, Matthew: Risk and Rivalry. Iran, Israel and the Bomb, Center for a New American Security, Washington D.C. Juni 2012; Rudolf, Peter: Die USA, Israel und die Legitimität eines Präventivangriffs gegen Iran. Strategische, völkerrechtliche und ethische Aspekte, Berlin 2012 (SWP-Studie S14, S. 14); Kroenig, Matthew: Time to Attack Iran, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 98-108; Kahl, Colin H.: Not Time to Attack Iran, in: Rose / Tepperman: Iran and the Bomb, S. 109-119; Eiran, Ehud: What Happens After Israel Attacks Iran, in: Rose / Tepperman: Iran and the Bomb, S. 180-186; Kroenig, Matthew: Assessing Israel's Military Option, in: Blackwill, Robert D. (Hrsg.): Iran: The Nuclear Challenge, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 28-33; Blackwill, Robert D.: A U.S. Attack on Iran, in: Blackwill: Iran, S. 34-42; Semnani, Khosrow B.: The Ayatollah's Nuclear Gamble. The Human Cost of Military Strikes Against Iran's Nuclear Facilities, The Hinckley Institute of Politics at the University of Utah, Salt Lake City September 2012; Haass, Richard N.: Israel, Iran, and the Military Option, in: Foreign Affairs Online, 28.8.2012; Weighing Benefits and Cost of Military Action Against Iran. The Iran Project, New York 2012.

⁴¹ Rudolf, Peter: Die USA, Israel und die Legitimität eines Präventivangriffs gegen Iran. Strategische, völkerrechtliche und ethische Aspekte, Berlin 2012 (SWP-Studie S14, S. 15).

⁴² Khosrow B. Semnani geht in einer diesbezüglichen Studie davon aus, dass allein durch die unmittelbare Zerstörung der Angriffe („physical and thermal impact of the blasts“) auf die Nuklearanlagen in Isfahan, Natanz, Arak und Busher zwischen 3.500 und 5.000 Menschen zu Tode kämen oder schwer verletzt würden. „If one were to include casualties at other targets, one could extrapolate to other facilities, the total number of people killed and injured could easily exceed

können – darin sind sich die Verfasser dieser Studie mit den meisten westlichen Experten einig – kein erstrebenswertes Instrument zur Lösung des Atomkonfliktes sein, zumal – wie vor Kurzem der ehemalige britische Außenminister Jack Straw hervorgehoben hat („War is not an option“), sie eher konfliktverschärfende Wirkungen hätten, die Fronten verhärten und eine diplomatische Lösung endgültig unmöglich machen würden.⁴³ Ein Angriff auf den Iran könnte darüber hinaus „negative spillover effects“ haben, wie Richard K. Betts, der Direktor des Saltzman Institute of War and Peace Studies an der Columbia Universität in New York vor Kurzem eingewandt hat: „Striking first would also fracture the international coalition that now stands behind sanctions against Iran, undercut opposition to the regime inside the country, and be seen throughout the world as another case of arrogant American aggression against Muslims.“⁴⁴

Eine andere Frage ist, ob die Option von Militärschlägen zur nuklearen Entwaffnung Irans im Sinne der Etablierung einer glaubwürdigen Drohkulisse („all options are on the table“) aufrechterhalten werden soll? Die Befürworter betonen, dies erhöhe den Druck auf Teheran und verstärke die (psychologische) Wirkung der Sanktionen. Die Gegner befürchten, die Machthaber in Teheran würden durch die Perspektive der Möglichkeit präventiver Militärschläge gegen den Iran ihr geplantes Atomprogramm eher noch forcieren. „Because Iran’s nuclear program is at least in part driven by the Islamic Republic’s desire to be able to protect itself against attack, the U.S. threat is likely to heighten the perceived danger and so increase Iran’s determination not to be swayed from the current course.“⁴⁵

10.000. At Isfahan alone, anywhere between 240.000 and 352.000 people could be exposed to toxic plumes. Similarly, a strike on Busher would not only expose the 240.000 residents of Busher to fallout, it would essentially contaminate much of the Persian Gulf. Major cities, business centers, and trading routes throughout the region would be at risk. The environmental and economic costs of strikes on the facilities would be in the tens of billions of dollars, and that is assuming that there will be no war.“ (Semnani: The Ayatollah’s Nuclear Gamble. Ein vehementes Plädoyer gegen einen militärischen Angriff auf den Iran legte auch Michael Lüders vor, der davor warnt, dass ein derartiger Angriff nicht nur die Hardliner in Teheran stärken, sondern die gesamte Region des Mittleren Ostens in Brand setzen würde. Lüders, Michael: Iran: Der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt, München 2012.

⁴³ Straw, Jack: Even if Iran Gets the Bomb, it Won’t Be Worth Going to War, in: The Daily Telegraph, 25.2.2013, www.telegraph.co.uk/news/politics, Stand: 9.4.2013. Die Verfasser dieser Studie stimmen auch mit der Schlussfolgerung einer Internationalen Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung vom April 2012 überein, derzufolge ein Militärschlag gegen die iranischen Nuklearanlagen „kontraproduktiv“ wäre: „Tatsächlich würde ein Angriff in Teheran die Überzeugung stärken, dass eine iranische Atombombe als Mittel der Abschreckung und Selbstverteidigung notwendig ist.“ Bock, Andreas: (Un-)Sicherheitsfaktor Atombombe. Eine Analyse der Krise um das iranische Nuklearprogramm. Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin April 2012, S. 1.

⁴⁴ Betts, Richard K.: The Lost Logic of Deterrence. What the Strategy That Won the Cold War Can – and Can’t Do Now, in: Foreign Affairs 2/2013, S. 87-99, hier S. 94.

⁴⁵ Jervis, Robert: Getting to Yes With Iran. The Challenges of Coercive Diplomacy, in: Foreign Affairs 1/2013, S. 105-115, hier S. 107 f.

Iran wird Atommacht

Neueren Informationen der IAEA zufolge⁴⁶ hat der Iran in seiner verbunkerten unterirdischen Atomanlage in Fordow mehrere Hundert neue Zentrifugen in Betrieb genommen. Dadurch vergrößert sich die Möglichkeit zur Urananreicherung auf einen Reinheitsgrad von 20 %, der „can be converted relatively quickly to bomb-grade fuel“.⁴⁷ Laut dem jüngsten Bericht der IAEA, der am 22. Mai 2013 veröffentlicht wurde, hat der Iran mittlerweile bereits 324 Kilogramm Uran 235 auf 20 % angereichert, das sind 44 Kilogramm mehr als im letzten IAEA-Bericht, der vom Februar 2013 datiert.⁴⁸ Falls sich Teheran auch von einer verschärften Sanktionspolitik nicht von seinen Atomplänen abbringen lassen sollte und falls Israel und / oder die USA sich nicht zu Militärschlägen entschließen würden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Iran die entscheidende Schwelle überschreiten und Atommacht werden könnte. Ob dies eine Frage weniger Monate oder mehrerer Jahre sein würde, ist in der westlichen Fachwelt allerdings umstritten.⁴⁹ Die Möglichkeit, dass der Iran – zu welchem Zeitpunkt auch immer – Atommacht wird, kann selbst für den Fall von Militärschlägen nicht gänzlich ausgeschlossen werden bzw. in diesem Fall müsste sogar damit gerechnet werden, dass der Iran seine Anstrengungen zum Überschreiten der Atomschwelle forcieren würde.⁵⁰ Nach einem Angriff würde Teheran vermutlich aus dem Kernwaffen-Sperr-

⁴⁶ Vgl. IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2013/6, 21.2.2013; IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2012/37, 30.8.2012.

⁴⁷ Iran's Nuclear Quest, in: International Herald Tribune, 29.8.2012. David Kay, einstiger Leiter des UN-Inspektionsteams im Irak nach dem ersten Golfkrieg, gibt sich überzeugt, dass auch die Maßnahmen der UNO und der IAEA den Iran nicht vom Überschreiten der Atomschwelle abhalten könnten, sollte er diesen Schritt wirklich beabsichtigen: „As a former weapons inspector, I have very bad news for you: a weapons-inspection regime in Iran will not work.“ Kay, David: In the Tunnels of Natanz, in: The National Interest 106/2010, S. 18-26.

⁴⁸ Vgl. IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2013/27, 22.5.2013, S. 3. Vgl. auch den Bericht vom Februar 2013: IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2013/6, 21.2.2013.

⁴⁹ Jüngst hat etwa Jacques E. C. Hymans von der University of Southern California (Autor der Studie „Achieving Nuclear Ambitions: Scientists, Politicians, and Proliferation“, Cambridge, Mass. 2012) daran erinnert, dass während der vergangenen zwei Jahrzehnte westliche Experten die Fortschritte des iranischen Atomprogramms wiederholt weit überschätzt hätten. „The majority of official U.S. and Israeli estimates during the 1990s predicted that Iran would acquire nuclear weapons by 2000. After that data passed with no Iranian bomb in sight, the estimate was simply bumped back to 2005, then to 2010, and most recently to 2015. The point is not that the most recent estimates are necessarily wrong but rather that they lack credibility.“ Hymans, Jacques E. C.: Botching the Bomb. Why Nuclear Weapons Programs Often Fail on Their Own – and Why Iran's Might, Too, in: Foreign Affairs 3/2012, S. 44-53, hier S. 53. Vgl. auch Hymans, Jacques E. C.: Achieving Nuclear Ambitions. Scientists, Politicians, and Proliferation, Cambridge 2012, S. 255-259.

⁵⁰ Vgl. Rudolf: Die USA, Israel und die Legitimität eines Präventivangriffs gegen Iran, S. 18 f.; Schmidt, Oliver: Finale im Atomstreit? Ein Scheitern der Gespräche hätte schwerwiegende Folgen, in: Internationale Politik 3/2012, S. 46-51, hier S. 46 f.

vertrag austreten, was zur Folge hätte, dass die IAEO keine Inspektionen im Iran mehr durchführen könnte. Gleichzeitig würden die Machthaber in Teheran dann möglicherweise das Atomprogramm in „verdeckter und gegenüber Luftangriffen besser gesicherter Form fortführen“, was wiederum bedeuten würde, dass Militärschläge keine „einmalige Angelegenheit, sondern fortdauernde Notwendigkeit“⁵¹ blieben. Aber selbst dann, so das plausible Argument einer Studie der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, „gäbe es keine Garantie dafür, dass ein erneuertes, gegen militärische Angriffe besser gesichertes Nuklearprogramm auf diesem Weg mehr als nur verzögert werden kann“.⁵²

Vor dem Hintergrund dieser Perspektive befasst sich die vorliegende Studie zum einen mit dem dritten Szenario bzw. konkret der Frage, welche internationalen Konsequenzen zu erwarten sind, falls es dem Iran gelingen sollte, die atomare Schwelle zu überschreiten. Zum anderen wird geprüft, welche Möglichkeiten bestehen, den Atomkonflikt mit Teheran unblutig zu lösen (Szenario eins), ohne dass der Iran Atommacht wird.

Bevor diese konkrete Problematik untersucht wird, widmen wir uns zunächst in einer politikwissenschaftlichen Analyse der grundsätzlichen Frage nach der Bedeutung von Kernwaffen in der internationalen Politik. Berücksichtigung findet dabei insbesondere die seit Langem kontrovers diskutierte Frage, ob die horizontale Proliferation von Atomwaffen, also die Ausweitung der Zahl nuklear bewaffneter Staaten, mit Blick auf das Staatengefüge des internationalen politischen Systems im Allgemeinen und auf Gleichgewichtsgefüge regionaler Staaten-Konstellationen im Besonderen eher stabilisierend oder destabilisierend wirkt.⁵³

⁵¹ Rudolf: Die USA, Israel und die Legitimität eines Präventivangriffs gegen Iran, S. 18, 19.

⁵² Ebd., S. 19.

⁵³ Vgl. dazu die vielbeachtete Diskussion zwischen Kenneth Waltz, der in diesem Zusammenhang argumentiert, „More May Be Better“, und Scott Sagan, der entgegenhielt, „More Will Be Worse“. Waltz, Kenneth N. / Sagan, Scott D.: The Spread of Nuclear Weapons: A Debate, New York 1995.

1. Atomwaffen und internationale Politik

1.1 Unterschiede zwischen konventionellen Waffen und Kernwaffen

Der aus Coburg stammende, nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in die USA ausgewanderte Jurist, Politologe und Machttheoretiker Hans J. Morgenthau, zu dessen Schülern u. a. Henry Kissinger gehört, charakterisierte die revolutionäre Veränderung internationaler Politik durch die Einführung von Kernwaffen Mitte des 20. Jahrhunderts mit den Worten: „Das nukleare Zeitalter hat eine neue Epoche der Geschichte eingeleitet, die sich von der vorhergegangenen in eben demselben Maß unterscheidet wie die Neuzeit vom Mittelalter oder das Mittelalter von der Antike.“⁵⁴

Kernwaffen haben im Vergleich zu konventionellen Waffen erstens eine ungleich größere Zerstörungskraft und erreichen somit eine quantitativ andere Dimension. Zweitens, und das ist der wesentlich wichtigere Unterschied, sind Kernwaffen als „Abschreckungs“-Waffen kein rationales, operationalisierbares, einsatzfähiges Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik und somit qualitativ mit konventionellen Waffen nicht vergleichbar.

Im vornuklearen, waffentechnisch konventionellen Zeitalter galt die bekannte Formel von Clausewitz, wonach der Einsatz von militärischer Gewalt als Fortsetzung der Politik gelten konnte, wenn friedliche Mittel wie Diplomatie nicht zur Erreichung der außenpolitischen Ziele geführt hatten. Es bestand also von der Entstehung der Hochkulturen bis Mitte des 20. Jahrhunderts eine rationale Beziehung zwischen politischen Zielen und militärischen Mitteln, welche gegebenenfalls zur Erreichung dieser Ziele eingesetzt werden konnten. Die Entwicklung von Kernwaffen hat diese rationale Beziehung außer Kraft gesetzt, weil der Einsatz von Kernwaffen sowohl das Ziel der Politik als die Kriegführenden selbst zerstören würde. Nuklearwaffen sind daher „als Mittel nationaler Politik unbrauchbar“.⁵⁵

Im Zeitalter konventioneller Waffen wurden Kriege geführt, um Territorien zu erobern, Herrschaftsordnungen gewaltsam zu etablieren oder ganz allgemein Siege gegen andere Akteure internationaler Politik zu erringen. Dieser sozusagen „klassischen“ Zielsetzung, durch militärische Maßnahmen die eigene relative Machtposition zu verbessern und dadurch dem natürlichen Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen, wurde durch die

⁵⁴ Morgenthau, Hans J.: Der Friede im nuklearen Zeitalter, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik, München, 3. Aufl., 1986, S. 232-248, hier S. 232.

⁵⁵ Ebd., S. 233.

Einführung von Atomwaffen ein Ende gesetzt.⁵⁶ In einem System gegenseitiger Abschreckung, wie es für die Ära des Kalten Krieges prägend war, ist die Möglichkeit zur Führung eines Krieges im Sinne der Maximierung von Sicherheit nicht nur nicht mehr gegeben, sondern die Wahl des Krieges als Mittel der Politik ist mit der Perspektive der eigenen Vernichtung und damit mit der Maximierung der Unsicherheit verknüpft.

Der signifikanteste qualitative Unterschied zwischen konventionellen und nuklearen Waffen besteht also darin, dass traditionelle Waffen Instrumente sind, die den „Willen des Gegners entweder durch erfolgreiche Verteidigung oder durch Angriff“ brechen sollen. Ihre primäre Funktion liegt mithin in der „Wirksamkeit ihrer physischen Anwendung“.⁵⁷ Die primäre Funktion atomarer Gewalt liegt hingegen darin, ihren Einsatz dadurch überflüssig zu machen, dass man ihren Einsatz androht, um den Gegner vor einem Angriff abzuschrecken.⁵⁸ Im Gegensatz zu konventionellen Waffen werden Kernwaffen angeschafft, um nicht eingesetzt zu werden; wenn sie abgefeuert werden, haben sie ihren Zweck – Abschreckung – verfehlt.

Diese Erkenntnis führte im Laufe des rund vier Jahrzehnte dauernden „Ersten Nuklearzeitalters“ („first nuclear age“), zu einer „Tradition des Nichtgebrauchs nuklearer Waffen, die seit 1945 gleichsam Normcharakter angenommen hat“.⁵⁹ Diese „tradition of nonuse“ bezeichnete McGeorge Bundy, einer der renommiertesten US-amerikanischen Nuklearstrategie-Experten in seinem im Jahre 1988 erschienenen voluminösen Werk über „choices about the bomb in the first fifty years“ als das wichtigste Resultat des ersten Nuklearzeitalters. Nicht nur habe kein Staat nach den zwei Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 jemals mehr eine Atomwaffe gegen einen gegnerischen Staat abgefeuert, sondern er glaubt sogar, dass „no government has ever come close. Plans for use and war-fighting doctrines have existed. Moments of danger have occurred, but such moments have been few, and the real risk has been more in what might have gone out of control than in the intentions and desires of responsible leaders“.⁶⁰

⁵⁶ Vgl. Kaiser, Karl: Kernwaffen als Faktor internationaler Politik, in: Kaiser, Karl / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): *Weltpolitik. Strukturen, Akteure, Perspektiven*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, S. 102-118, hier S. 112.

⁵⁷ Morgenthau: *Der Friede im nuklearen Zeitalter*, S. 235.

⁵⁸ Kaiser: *Kernwaffen als Faktor internationaler Politik*, S. 112.

⁵⁹ Nerlich, Uwe / Rendtorff, Trutz: *Die Zukunft der nuklearen Abschreckung. Einige Folgerungen für Theorie und Praxis*, in: Dies. (Hrsg.): *Nukleare Abschreckung – Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität*, Baden-Baden 1989, S. 851-864, hier S. 851.

⁶⁰ Bundy, McGeorge: *Danger and Survival. Choices About the Bomb in the First Fifty Years*, New York 1988, hier S. 586 f. Vgl. auch Nerlich / Rendtorff: *Die Zukunft der nuklearen Abschreckung*, S. 851.

Die Frage, auf die wir im Rahmen unserer Fallstudie zum Iran später noch eingehen werden, ist allerdings, ob die Tradition des Nichtgebrauchs von Nuklearwaffen auch noch in der postsowjetischen Weltordnung, dem „Zweiten Nuklearzeitalter“ („second nuclear age“), gilt, das vor allem durch das Phänomen der horizontalen nuklearen Proliferation gekennzeichnet ist und in dem sich nun nicht mehr zwei ideologisch und machtpolitisch konfrontative Supermächte (USA und UdSSR) durch eine glaubwürdige gegenseitige nukleare Vernichtungsdrohung („mutual assured destruction“) in Schach halten.

1.2 Voraussetzungen für nukleare Abschreckung

Dass das System gegenseitiger nuklearer Abschreckung, das die Supermächte USA und UdSSR im Kalten Krieg etabliert hatten, „funktionierte“ (ungeachtet der moralischen Verwerflichkeit gegenseitiger Vernichtungsdrohung), hing mit einer Reihe von Voraussetzungen zusammen, die im 2nd nuclear age – was zu prüfen ist – möglicherweise nicht mehr gegeben sind.

Erstens mussten beide Gegner einander glaubhaft davon überzeugen, dass sie sowohl willens als auch in der Lage waren, sich gegenseitig in einem Atomkrieg zu zerstören. Hier offenbart sich neben dem bereits erwähnten Paradox von Atomwaffen, angeschafft zu werden, um nicht eingesetzt zu werden, ein zweites Paradox, das darin besteht, dass man zu einem Atomschlag bereit sein muss, obwohl man ihn eigentlich aus verschiedenen Gründen ablehnt.⁶¹ Mehrere Krisen zwischen Ost und West während des Kalten Krieges (Ungarn 1956, Berlin 1958, Kuba 1962, CSSR 1968 usw.) haben belegt, dass weder die USA noch die UdSSR bereit waren, Nuklearwaffen zur Erreichung außenpolitischer Ziele einzusetzen, dennoch mussten beide einander den Einsatz glaubwürdig androhen, um die Abschreckung wirksam zu machen.

Die zweite Voraussetzung für das Funktionieren der Abschreckung war, dass beide Seiten davon überzeugt sein mussten, dass ein Atomkrieg nicht begrenzt ist, sondern zwangsläufig zur Vernichtung aller Beteiligten führen müsse.

Diese Zwangsläufigkeit ergibt sich aus folgender Überlegung: Wenn einer der beiden Gegner in einem System gegenseitiger nuklearer Abschreckung mit dem Einsatz von Atomwaffen beginnt, dann kann er nur darauf hoffen, den Krieg ohne völlige Selbstzerstörung zu überstehen, wenn er das Vergeltungspotenzial des anderen Staates mit einem massiven, vernichtenden Erstschlag zerstört. Vor dem Hintergrund dieser Überlegung ist ein begrenzter nuklearer Angriff nicht denkbar, sondern es zeigt sich die zwangsläufige Eskalation bzw. Totalität jeder nuklearen Aus-

⁶¹ Vgl. Morgenthau: Der Friede im nuklearen Zeitalter, S. 236.

einandersetzung, die wiederum die Voraussetzung für das Funktionieren der Abschreckung ist.

Vor wenigen Jahren von der tschechischen Regierung freigegebene Geheimdokumente zur Kriegsplanung des Warschauer Paktes zwischen 1950 und 1990 belegen zwar, so Hans und Michael Rühle in ihrer bemerkenswerten Analyse der Materialien, dass die Militärstrategie des Warschauer Paktes einen Überraschungsangriff auf Europa mit Hunderten von Atomwaffen konkret vorsah. Vermutlich gingen die Militärstrategen und Kriegsplaner in Moskau während der 1960er-Jahre von der Überlegung aus, dass der Westen nach einem präventiven Nuklearschlag kapitulieren und Washington auf einen strategischen nuklearen Gegenschlag auf die Sowjetunion verzichten würde.⁶² Ungeachtet der nach der Öffnung der tschechischen Archive offensichtlich unbestreitbaren historischen Tatsache, dass der Warschauer Pakt einen, so Rühle / Rühle, „präventiven, regional begrenzten Atomkrieg in Europa“ plante, kam es bekanntlich niemals zu einem derartigen nuklearen Überraschungsangriff. Obwohl es nach wie vor keine gesicherten Erkenntnisse hinsichtlich der Motive für den Verzicht auf eine derartige Option des Warschauer Paktes gibt, spielte aus der Sicht der sowjetischen Strategen vermutlich die oben bereits erwähnte „Zwangsläufigkeit der Eskalation eines Nuklearkrieges“ eine in diesem Zusammenhang entscheidende Rolle. Auch für Rühle / Rühle spricht „einiges dafür, dass die Sowjetunion sich eben doch nicht sicher sein konnte, angesichts der massiven amerikanischen konventionellen und nuklearen Präsenz einen Krieg auf Europa beschränken zu können“.⁶³

Und die dritte, damit eng verbundene Voraussetzung wäre: Damit keiner der beiden Gegner es wagte, in einem großen nuklearen Erstschlag das Vergeltungspotenzial des anderen zu vernichten und damit über nukleare Entwaffnung einen Atomkrieg gewinnen zu können, war es nötig, dass sowohl die USA als auch die Sowjetunion über die sogenannte „Zweitschlagskapazität“ verfügten, d. h. so viele und so weit verstreute Nuklearwaffen besaßen, dass sie selbst im Falle eines nuklearen Gesamtangriffes des Gegners in der Lage waren, trotz der gewaltigen Zerstörungen im eigenen Land noch so viel nukleares Vergeltungspotenzial zu besitzen, dass der Angreifer in einem Gegenschlag seinerseits hätte vernichtet werden können.

Neben dieser Voraussetzung der Schaffung nuklearer Zweitschlagskapazitäten war für das Funktionieren des Abschreckungssystems ferner, viertens, eine gewaltige konventionelle Rüstung und eine starke Diffe-

⁶² Rühle, Hans / Rühle, Michael: Präventiver Nuklearkrieg in Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.8.2008. Hans und Michael Rühle stützen sich auf diesbezügliche Aussagen Professor Tsygichkos, der, so die Autoren, „zwischen 1962 und 1971 an der Erarbeitung der Kriegspläne in Moskau mitwirkte“.

⁶³ Ebd.

renzierung der konventionellen Waffen auf beiden Seiten notwendig, um nicht in einem militärischen Konflikt frühzeitig zu Nuklearwaffen greifen zu müssen. Die NATO hat deshalb während des first nuclear age ungeachtet ihres vorhandenen Nuklearwaffen-Potenzials erhebliche Anstrengungen im konventionellen Bereich unternommen, um die konventionelle Unterlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt in Europa auszugleichen, um nicht im Falle einer Krise vor der Alternative zu stehen, entweder klein beigeben oder einen Atomkrieg führen zu müssen und damit letzten Endes Selbstzerstörung in Kauf zu nehmen.

Sie hat aber gleichzeitig – aus gutem Grund – die wiederholt erhobenen Forderungen nach einem Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz stets konsequent zurückgewiesen. Wenn sie nämlich in einem Abkommen mit dem Warschauer Pakt auf den Ersteinsatz von Atomwaffen im Konfliktfall – also das Überschreiten der konventionellen Schwelle – völkerrechtlich verzichtet hätte, hätte dies zum einen einen konventionellen Krieg wahrscheinlicher gemacht, weil ein Waffengang nicht mehr mit der Zwangsläufigkeit gegenseitiger nuklearer Vernichtung verknüpft gewesen wäre. Zum anderen hätte es aber auch einen dem konventionellen Schlagabtausch folgenden Nuklearkrieg und damit eben doch die gegenseitige Vernichtung zur Folge gehabt, weil die Schäden des konventionellen Krieges, insbesondere starke Verluste einer Seite, ein naheliegender Grund für den Einsatz von Kernwaffen gewesen wären.⁶⁴

Fünftens konnte nukleare Abschreckung nur funktionieren, weil beide Seiten keine Möglichkeit hatten, sich gegen einen nuklearen Angriff zu wappnen. Denn wenn die Möglichkeit bestanden hätte, dass ein Nuklearstaat A sich durch ein Raketenabwehrsystem gegen Angriffe eines Nuklearstaates B hätte wehren können, dann hätte dieser Schritt B der Zweitschlagskapazität beraubt, während A Erstschlagsfähigkeiten erworben hätte. Die Möglichkeit gegenseitiger Abschreckungsmöglichkeit wäre dann außer Kraft gesetzt worden. Aus diesem Grunde haben die USA und die UdSSR im Jahre 1973 gleichzeitig mit dem Rüstungskontrollabkommen SALT I, in dem Obergrenzen für strategische Waffen vereinbart wurden, den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missile-Vertrag) geschlossen, in dem sie beiderseitig auf die Entwicklung von Raketenabwehrsystemen verzichteten.

Hier offenbart sich ein weiteres (Abschreckungsstrategie-)immanentes Paradox insofern, als man auf die Entwicklung von Selbstschutzsystemen (Abwehrsystemen gegen feindliche Raketen) verzichtete, um durch die eigene „Schutzlosigkeit“ Sicherheit zu schaffen.

In seiner beeindruckenden Studie „Strategie – die Logik von Krieg und Frieden“ zeigte der US-amerikanische Sicherheitsexperte Edward Luttwak anhand zahlreicher Beispiele aus der Geschichte der internatio-

⁶⁴ Dazu ausführlich Kaiser: Kernwaffen als Faktor internationaler Politik, S. 113-115.

nenalen Beziehungen, dass der Begriff der „Strategie“ die Logik kriegerischer Konflikte ebenso erhellt wie die der großen sicherheitspolitischen und geostrategischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Dabei kommt Luttwak, dessen Ziel die Erarbeitung der „allgemeinen Logik“ ist, die „sowohl allen Formen des Krieges als auch den Verhandlungen gegnerischer Staaten im Frieden zugrundeliegt“,⁶⁵ aber auch zu dem Ergebnis, dass der „gesamte Bereich der Strategie von einer paradoxen Logik durchzogen ist“,⁶⁶ die sich von der herkömmlichen „linearen Logik“ der persönlichen Lebensgestaltung unterscheidet. Würde etwa die auch heute noch im militärstrategischen Sprachgebrauch verwendete römische Formel „Si vis pacem, para bellum“ (Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor) auf die persönliche Lebensgestaltung übertragen, dann, so Luttwak, würde dies etwa bedeuten: Willst du A, strebe nach seinem Gegenteil B, vergleichbar mit ‚Willst du abnehmen, iss mehr‘, oder ‚Willst du reich werden, verdiene weniger‘.⁶⁷

Vor diesem Hintergrund kennzeichnet Luttwak das Bündel von Paradoxien gegenseitiger nuklearer Abschreckung folgendermaßen: „Um uns zu verteidigen, müssen wir jederzeit zum Angriff bereit sein. Um von Atomwaffen profitieren zu können, deren Anschaffung und Unterhaltung enorme Kosten verursachen, dürfen wir sie nie einsetzen. Jederzeit angriffsbereit sein – bereit für einen Vergeltungsschlag –, gilt als Beweis einer friedlichen Absicht; der Aufbau einer antinuklearen Verteidigung hingegen als aggressiv.“⁶⁸

1.3 Schaffen Atomwaffen Stabilität? Die „Waltz-Sagan-Debatte“

So kontrovers wie die meisten der sich im Kontext nuklearer Sicherheitsrisiken ergebenden Problemstellungen wird seit jeher die Frage diskutiert, ob die Verbreitung von Nuklearwaffen eine eher stabilisierende oder destabilisierende Wirkung auf die internationale politische Systemkonfiguration sowie auf regionale Gleichgewichtsgefüge zwischen Staaten besitzt. Am deutlichsten zugespitzt finden sich die diesbezüglichen Pro- bzw. Contra-Argumente in der in einschlägigen Fachkreisen viel beachteten, Mitte der 1990er-Jahre datierenden Debatte zwischen den Politikwissenschaftlern Kenneth Waltz (Berkeley, CA) und Scott Sagan (Stanford, CA). Waltz, Vordenker des Strukturellen Realismus (Neorealismus), vertrat damals (und auch noch vor wenigen Monaten)⁶⁹ die Position, mehr Atomwaffen „may be better“, denn „new nuclear states will use their weapons to deter other countries from attacking them“. Sagan

⁶⁵ Luttwak, Edward: Strategie. Die Logik von Krieg und Frieden, Lüneburg 2003, S. 7.

⁶⁶ Ebd., S. 16.

⁶⁷ Ebd., S. 15.

⁶⁸ Ebd., S. 16.

⁶⁹ Vgl. Waltz, Kenneth N.: Why Iran Should Get the Bomb, in: Foreign Affairs 4/2012, S. 2-5. Waltz verstarb am 13.5.2013.

entgegnete, „more will be worse“, zumal „some new nuclear states will engage in preventive wars, fail to build survivable forces, or have serious nuclear accidents“.⁷⁰

Waltz' Argumentationslinie beginnt mit der Überlegung, dass die Wahl des Mittels des Krieges zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte unwahrscheinlicher wird, wenn die zur Verfügung stehenden Waffen zur Eroberung fremder Territorien ungeeignet sind, wenn sie präemptive und präventive Angriffe eher erschweren und wenn sie militärische Drohungen unglaubwürdiger machen.⁷¹ Kriege seien in der Vergangenheit (etwa die Angriffe Großbritanniens und Frankreichs auf Russland im 19. Jahrhundert oder der japanische Angriff auf die USA 1941) häufig begonnen worden, weil Staaten die erwarteten Kosten falsch (zu gering) eingeschätzt hätten. Das Verhalten Kennedys und Chruschtschows in der Kubakrise von 1962, die sich vor dem Hintergrund des bereits etablierten nuklearen Gleichgewichts der USA und der Sowjetunion abspielte, habe hingegen die charakteristische Formel der Zurückhaltung unter den Bedingungen gegenseitiger nuklearer Abschreckung belegt: „Why fight if you can't win much and might lose everything?“⁷²

Viele Kriege des vornuklearen Zeitalters wären nicht geführt worden, wenn, so Waltz, die Konsequenzen vorher exakt bekannt gewesen wären. Die diesbezügliche Fehlkalkulation habe Kriegsausbrüche häufig dadurch ermöglicht, dass die Beteiligten einen siegreichen Ausgang zu akzeptablen Kriegskosten und begrenzten Zerstörungen erhofft hätten. Insofern könne in einem Konflikt zwischen zwei oder mehr konventionell gerüsteten Staaten das vorhandene Waffenpotenzial keine abschreckende, kriegsverhindernde Wirkung entfalten, weil in einer „konventionellen“ Welt „one is uncertain about winning or losing“.⁷³ Nuklearwaffen hingegen „make military miscalculation difficult and politically pertinent prediction easy“.⁷⁴ Sie besitzen, so Waltz, insbesondere deshalb eine wesentlich effektivere Abschreckungswirkung als konventionelle Waffen, weil „wide margins of error in estimates of the damage one may suffer do not matter“.⁷⁵ Wenn ein Staat mit der existenziellen Frage, wie viele seiner Großstädte zerstört werden könnten, konfrontiert sei, dann würden die staatlichen Machteliten „stop thinking about running risks and start worrying about how to avoid them“.⁷⁶ Für Waltz ist der Unterschied zwischen einer nuklearen Super-

⁷⁰ Waltz / Sagan: *The Spread of Nuclear Weapons*, (Zitate in Abschnitt Preface and Acknowledgements, S. VIII).

⁷¹ Vgl. Waltz, Kenneth N.: *More May Be Better*, in: Waltz / Sagan: *The Spread of Nuclear Weapons*, S. 1-45, hier S. 4.

⁷² Ebd., S. 5.

⁷³ Ebd., S. 7.

⁷⁴ Ebd., S. 8.

⁷⁵ Ebd., S. 8.

⁷⁶ Ebd., S. 8.

macht und einem kleineren Staat mit nur wenigen nuklearen Sprengköpfen zumindest mit Blick auf die Abschreckungsfunktion unerheblich. Entscheidend sei, dass unter Nuklearstaaten (ungeachtet deren nuklearer Größenordnung) „possible losses in war overwhelm possible gains“.⁷⁷ Wenn ein potenzieller Angreifer aufgrund des Nuklearwaffen-Potenzials seines Gegners mit der Perspektive großer Verluste auf seiner Seite konfrontiert sei, werde eine militärische Auseinandersetzung weit weniger wahrscheinlich, als wenn der Gegner lediglich über konventionelle Waffen verfüge und die Kosten kaum kalkuliert werden könnten. „Where nuclear weapons threaten to make the costs of wars immense, who will dare to start them.“⁷⁸

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen weist Waltz die Behauptung, zusätzliche neue Atommächte würden schlichtweg auch mehr Sicherheitsrisiken generieren („more is worse“), ebenso zurück wie das dieser Bedrohungspersonen zugrunde liegende Argument, „that new nuclear states will be less responsible and less capable of self control than the old ones have been“.⁷⁹ Ganz im Gegenteil meint er, seine These der Kriegsausbrüche verhindernden oder zumindest erschwerenden Funktion von Nuklearwaffen lege nahe, dass ein „gradual spread of nuclear weapons is more to be welcomed than feared“.⁸⁰

Dieser durch Operationalisierung der „Rational Deterrence Theory“ gewonnenen Position widersprach Scott D. Sagan mit einer organisations-theoretisch hergeleiteten These, die in ihrem Kern mit der wachsenden Zahl nuklearer Akteure analog wachsende nukleare Sicherheitsrisiken assoziiert. Die zentrale These Sagans, der in den 1980er-Jahren Mitglied der „Harvard Nuclear Study Group“ war und gemeinsam mit Albert Carnesale, Paul Doty, Stanley Hoffmann, Samuel P. Huntington und Joseph S. Nye Jr., das Standardwerk „Living with Nuclear Weapons“⁸¹ verfasste, lautet, dass „professional military organizations“ aus mehreren, organisationsinternen Gründen „display organizational behaviors that are likely to lead to deterrence failures and deliberate or accidental war“.⁸² Die operationalen Voraussetzungen für eine stabile nukleare Abschreckung hält Sagan lediglich für den Fall eines professionellen Managements militärischer Organisationen durch ein „checks-and-balances system of strong civilian control“ für gegeben. Gleichzeitig schränkt er diese Möglichkeit aber mit dem Hinweis ein, dass zumindest die Mehrzahl der potenziellen zukünftigen

⁷⁷ Ebd., S. 45.

⁷⁸ Ebd., S. 45.

⁷⁹ Ebd., S. 44.

⁸⁰ Ebd., S. 45.

⁸¹ Carnesale, Albert / Doty, Paul / Hoffmann, Stanley / Huntington, Samuel P. / Nye, Joseph S. / Sagan, Scott D.: *Living With Nuclear Weapons*, New York 1983.

⁸² Sagan, Scott D.: *More Will Be Worse*, in: Waltz / Sagan: *The Spread of Nuclear Weapons*, S. 47-91, hier S. 48.

gen Nuklearmächte nicht über derartige „positive mechanisms of civilian control“ verfügen würden. „Many current and emerging proliferators have either military-run governments or weak civilian-led governments in which the professional military has a strong and direct influence on policymaking. In such states, the biases, routines, and parochial interests of powerful military organizations, not the ‚objective‘ interests of the state, can determine state behavior.“⁸³

Während im Lichte der „Rational Deterrence Theory“ die drei Bedingungen zur Schaffung und Aufrechterhaltung eines stabilen Mechanismus gegenseitiger nuklearer Abschreckung zwischen zwei Atommächten⁸⁴ allein aus dem Grund als gegeben vorausgesetzt werden könnten, weil diese Bedingungen „in these states‘ interests“⁸⁵ lägen, ergebe, so Sagan, eine organisationstheoretische Analyse ein völlig anderes Bild. So schränkten die Charakteristika großer Organisationen Erwägungen unbeeinträchtigt „Rationalität“ zugunsten einer „severely ‚bounded‘, or limited, form of rationality“ ein. Ein derartiges Charakteristikum komplexer Organisationen (wie das außen- und sicherheitspolitische Entscheidungssystem eines Staates) seien etwa „multiple, conflicting goals, and the process by which objectives are chosen and pursued is intensely political“.⁸⁶ Organisationen, so Sagan unter Bezugnahme auf Charles Perrows grundlegende Studien zu „goals in complex organizations“, seien keine bloßen Instrumente in den Händen der Steuerungseliten, sondern „groups of self-interested and competitive subunits and actors“.⁸⁷ Diese Interessendifferenzierung zwischen einzelnen organisatorischen Funktionseinheiten treffe insbesondere auch auf sicherheitspolitische Entscheidungssysteme von Staaten zu. Selbst wenn „a professional military service or command acts in relatively rational ways to maximize its interests – protecting its power, size, autonomy or organizational essence – such actions do not necessarily reflect the organizational interests of the military as a whole, much less the national interests of the state“.⁸⁸ Angesichts dieses Befundes einer die staatliche Sicherheitspolitik steuernden Wirkung von „such narrow organizational interests“ werde eine Theorie des Staates als rational handelndem Akteur „seriously weakened“.⁸⁹

⁸³ Sagan: More Will Be Worse, S. 49.

⁸⁴ 1. Kein Präventivkrieg in der „transition period“, d. h. der Phase, in der ein Staat bereits über Nuklearwaffen verfügt, während der andere seine „nuclear capability“ erst aufbaut; 2. beide Staaten verfügen über eine „Zweitschlagskapazität“, d. h. sie sind selbst nach einem nuklearen Angriff der anderen Seite zu einem nuklearen Vergeltungsschlag fähig; 3. die nuklearen Arsenale der fraglichen Akteure in einem System gegenseitiger nuklearer Abschreckung sind vor „accidental or unauthorized use“ sicher. Sagan: More Will Be Worse, S. 51.

⁸⁵ Ebd., S. 51 f.

⁸⁶ Ebd., S. 52, 53.

⁸⁷ Ebd., S. 53.

⁸⁸ Ebd., S. 54.

⁸⁹ Ebd., S. 54.

Sagan belässt es nicht bei dieser pauschalen Kritik an den durch Operationalisierung der Rational Deterrence Theory gewonnenen Bewertungen nuklearer Proliferation, sondern er setzt sich im Detail mit den drei Bedingungen der Rational Deterrence Theory für wirksame nukleare Abschreckung auseinander, indem er sie getrennt voneinander durch das organisationstheoretische Prisma betrachtet.

Die erste Bedingung war, dass ein Atomstaat A keinen Präventivkrieg gegen einen anderen Staat B beginnt, der gerade dabei ist, eine nukleare Kapazität zu erwerben, aber noch nicht über einsatzfähige Nuklearwaffen verfügt. Waltz hatte diese Bedingung als gegeben angenommen, weil er zwar davon ausgeht, dass Nuklearstaaten im frühen Stadium einer derartigen Phase nuklearer Entwicklung des anderen Staates diesen durchaus mit Aussicht auf Erfolg präventiv angreifen könnten, ohne einen nuklearen Gegenschlag befürchten zu müssen; gleichzeitig ist er aber davon überzeugt, dass ein derartiger Präventivschlag den nationalen Interessen des potenziellen Angreifers widerspreche und deshalb nicht erfolgen werde: „But would one country strike so hard as to destroy another country’s potential for future nuclear development? If it did not, the country struck could resume its nuclear career. If the blow struck is less than devastating, one must be prepared either to repeat it or to occupy and control the country. To do either would be forbiddingly difficult.“⁹⁰

Dieser Schlussfolgerung widerspricht Sagan aus organisationstheoretischer Perspektive mit dem Hinweis auf die individuelle Neigung von Militärs, Konflikte eben mit militärischen Instrumenten zu lösen. Gemäß der Formel, „where you stand depends on where you sit“, seien Militärs, die ausschließlich in Kategorien militärischer Logik anstelle breiterer politischer Ziele dächten und darüber hinaus offensive Maßnahmen zur Erreichung gesetzter militärischer Ziele favorisierten, weit eher geneigt „to view preventive war in particular in a much more favorable light than are civilian authorities“.⁹¹ Sagan geht sogar so weit zu behaupten, „that military officers have strong proclivities in favor of preventive war and that proliferation optimists are therefore wrong to assume that any leader of a state will automatically be deterred by an adversary’s ‚rudimentary‘ arsenal, or even by a significantly larger one“.⁹² Im Lichte dieser organisationstheoretisch gestützten These bestünde mit Blick auf neue Nuklearstaaten mit instabiler politischer Entscheidungsstruktur bzw. ohne zivile Kontrolle militärischer Führung die Gefahr, dass „military biases in favor of preventive war will be more likely to prevail than was the case with the superpowers during the Cold War“.⁹³

⁹⁰ Waltz: More May Be Better, S. 18.

⁹¹ Sagan: More Will Be Worse, S. 56.

⁹² Ebd., S. 62.

⁹³ Ebd., S. 66.

Die zweite, der Rational Deterrence Theory entlehnte Bedingung für ein funktionierendes System gegenseitiger nuklearer Abschreckung war, dass neue Kernwaffenstaaten eine nukleare Zweitschlagskapazität aufbauen müssten, um potenzielle Angreifer „abschrecken“ zu können. Waltz geht zum einen davon aus, dass aufgrund der gewaltigen Zerstörungskraft bereits wenige Atomwaffen als wirksame Abschreckung dienen. „Lesser nuclear states can pursue deterrent strategies effectively. Deterrence requires the ability to inflict unacceptable damage on another country. ... Not much is required to deter.“⁹⁴ Zum anderen ist er davon überzeugt, dass selbst ein kleiner Atomstaat seine wenigen Atomwaffen so verbergen könne, dass sie einen Erstschlag unbeschadet überstehen würden und deshalb als „invulnerable second-strike nuclear forces“ abschreckend wirkten. „Nuclear warheads can be fairly small and light, and they are easy to hide and to move.“⁹⁵ Diese Position widerlegt gleichzeitig das Argument, dass wenige Nuklearwaffen in den Händen kleinerer Staaten größere Gefahren generierten als Tausende weitere Kernwaffen in den Händen der nuklearen Supermächte. „But since protecting small forces by hiding and moving them is quite easy, the dangers evaporate.“⁹⁶

Wieder kontert Sagan aus organisationstheoretischer Perspektive und kommt zu dem Schluss, dass aus vier Gründen nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden könne, dass neue Kernwaffenstaaten unverwundbare nukleare Zweitschlagskapazitäten erwerben würden. Erstens strebten Militärs grundsätzlich nach mehr Ressourcen, Streitkräften und Waffen. Da Investitionen zugunsten von Maßnahmen, die nuklearen Arsenale gegen Angriffe zu schützen, aber sehr teuer seien und auf Kosten der Anschaffung zusätzlicher Waffen gingen, würden die spezifischen Interessen der militärischen Eliten „lead to more weapons but not necessarily more survivable weapons“.⁹⁷ Zweitens würden sich militärische Eliten gegen neue, potenziell konkurrierende Organsiationseinheiten sträuben, deren Einrichtung mit der Implementierung des Desiderates zur Senkung der Verwundbarkeit des nuklearen Waffenarsenales zwangsläufig verbunden wäre.⁹⁸ Drittens, so Sagan, falls die militärischen Strategien keine Notwendigkeit für unverwundbare Abschreckungswaffen vorsähen, würden entsprechende Vorkehrungen auch nicht getroffen. „Thus, if military officers believe that they are likely to engage in preventive war, preemptive attacks, or even launch-on-warning options, then survivability measures may be simply perceived as unnecessary.“⁹⁹ Viertens kennzeichnet Sa-

⁹⁴ Waltz: More May Be Better, S. 21, 22.

⁹⁵ Ebd., S. 19.

⁹⁶ Ebd., S. 19.

⁹⁷ Sagan: More Will Be Worse, S. 68.

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 68.

⁹⁹ Ebd., S. 68.

gan militärische Apparate im Lichte der Organisationstheorie als Systeme bürokratischer Routine und standardisierter Ablaufprozeduren, die „inflexible and slow to change“ seien und die deshalb Strategien zur Reduzierung der Verwundbarkeit der eigenen Kernwaffen ungeachtet der technischen Realisierbarkeit retardieren oder gar vereiteln könnten. „Even if the economic resources and geographical conditions for survivable forces exist, a state may not develop a secure second-strike-capability if organizational biases and inflexible routines of the professional military dominate its behavior.“¹⁰⁰

Die dritte und letzte Vorbedingung für stabile Abschreckung war, dass die Kommando- und Kontrollsysteme der Kernwaffen „must be reliably maintained“ und dass die Waffen selbst „must not be susceptible to accidental or unauthorized use“.¹⁰¹

Waltz argumentiert in diesem Zusammenhang, dass, nachdem selbst während des Kalten Krieges die antagonistischen nuklearen Supermächte ihre gewaltigen Kernwaffenarsenale vor derartigen Risiken zu schützen wussten, dies auch für die neuen nuklearen Akteure vorausgesetzt werden könne. „Although some of the new nuclear states may be economically and technically backward, they will either have expert and highly trained scientists and engineers or they will not be able to produce nuclear weapons. Even if they buy or steal the weapons, they will have to hire technicians to maintain and control them. We do not have to wonder whether they will take good care of their weapons. They have every incentive to do so. They will not want to risk retaliation because one or more of their warheads accidentally struck another country.“¹⁰²

Tatsächlich könnte im Lichte der High-Reliability-Theorie eine komplexe Organisation im Falle ihrer systematischen Verfolgung dreier Strategien ein hohes Verlässlichkeitspotenzial aufweisen: „Construct highly redundant systems with numerous back-up safety devices; use trial-and-error learning to fix organizational problems after they emerge; and develop a ‚culture of reliability‘ through strong sozialization and discipline of the organization’s members.“ Wenn man allerdings davon ausgeht, dass komplexe Organisationen „are only ‚boundedly‘ rational and that they contain political conflicts over goals and rewards, however, then a far more pessimistic appraisal is warranted.“¹⁰³ Sagan, der wie erwähnt, komplexen Organisationen eine derartige „bounded rationality“ attestiert, baut zur Untermauerung seiner Ablehnung der These der Sicherheit nuklearer Waffenarsenale gegenüber „accidental or unauthorized use“ wiederum auf den Arbeiten des Organisationstheoretikers und -soziologen

¹⁰⁰ Ebd., S. 68, 75.

¹⁰¹ Waltz: More May Be Better, S. 20.

¹⁰² Ebd., S. 21.

¹⁰³ Sagan: More Will Be Worse, S. 76.

Charles Perrow auf, dessen Studie „Normal Accidents: Living with High-Risk Technologies“¹⁰⁴ die Schlussfolgerung enthält, dass „boundedly rational organizations“, die über bestimmte strukturelle Charakteristika wie „high interactive complexity“¹⁰⁵ und „tight coupling“¹⁰⁶ verfügen, „in the real world will inevitably have serious system accidents over time“.¹⁰⁷

Sagan geht über die Thesen der „Normal Accidents Theory“ insofern sogar noch hinaus, als er Perrows organisationsstrukturelle Argumentation um eine „explicitly political dimension“ erweitert und dadurch eigenen Angaben zufolge „even greater pessimism about the likelihood of organizations“ generiert.¹⁰⁸ Seiner Meinung nach existieren „strong reasons to expect that the safety of modern nuclear arsenals is inherently limited: large-scale arsenals and command systems are highly-complex, by necessity, and are tightly-coupled, by design, to ensure prompt retaliation under attack; the military organizations that manage them are inevitably politicized, with numerous conflicting interests existing between commands and the broader society and within the organizations themselves.“¹⁰⁹

Könnte man, zumal Sagan explizit von „large-scale arsenals“ spricht, entgegnen, dass diese kritischen Befunde auf neue Nuklearstaaten mit kleineren Kernwaffenarsenalen gar nicht übertragbar seien? Sagan kontert, „that new nuclear states will face even greater risks of nuclear accidents“.¹¹⁰ Erstens würde zumindest ein Teil potenzieller neuer Nuklearwaffenstaaten „lack the organizational and financial resources to produce adequate mechanical safety devices and safe weapons design features“.¹¹¹ Zweitens würde die weitgehend verdeckte Entwicklung nuklearer Waffenprogramme in den Kernwaffen-Schwellenländern die Sicherheitsprobleme zusätzlich verschärfen. „Organizationally, the secrecy and tight compartmentalization of such programs suggests that there will not be thorough monitoring of safety efforts, and the lack of public debate about nuclear issues in such states increases the likelihood that narrow bureaucratic and military interests will not be challenged.“¹¹² Drittens seien unfallträchtige nukleare Waffenprogramme vor allem in Staaten mit volatilen Beziehungsgefügen zwischen militärischer Führung und politisch-zivilen Eliten zu befürchten, zumal die militärischen Entscheidungsträger, „who

¹⁰⁴ Perrow, Charles: Normal Accidents: Living with High-Risk Technologies, New York 1984.

¹⁰⁵ „Systems containing numerous interrelated, yet unplanned, interactions that are not readily comprehensible.“ Sagan: More Will Be Worse, S. 76.

¹⁰⁶ „Systems with highly-dependent and invariant production sequences, with limited built-in slack.“ Sagan: More Will Be Worse, S. 76.

¹⁰⁷ Ebd., S. 76.

¹⁰⁸ Ebd., S. 76.

¹⁰⁹ Ebd., S. 78.

¹¹⁰ Ebd., S. 80.

¹¹¹ Ebd., S. 80.

¹¹² Ebd., S. 81.

have organizational biases in favor of maintaining high readiness for war, will be less constrained by more safety-conscious civilian authorities“.¹¹³ Als vierten Grund für die erheblichen Sicherheitsrisiken neuer Nuklearwaffenstaaten nennt Sagan die zu erwartenden kürzeren Frühwarnzeiten sowie die mangelnde Verlässlichkeit der nuklearen Frühwarnsysteme. „Their tight-coupling problem will be significantly worse at the beginning of the experience with nuclear weapons, since they are in closer proximity to their expected adversaries than was the case between the United States and the Soviet Union.“¹¹⁴

Und schließlich betont Sagan auch noch die Gefahr, die von politischer Instabilität und sozialen Spannungen in neuen Kernwaffenstaaten ausgehe. Waltz' Argument, dass selbst bei hoher politischer Instabilität und internen Machtkämpfen nicht davon auszugehen sei, dass Atomwaffen eingesetzt würden („Who would they aim at?“¹¹⁵), entgegnet Sagan, dass unter den Bedingungen politischer Unruhen nicht der intendierte Einsatz von Nuklearwaffen das Problem sei, „since severe domestic instability can produce accidental detonations under many plausible scenarios. If a civil war in a new nuclear state leads to a fire fight between rival military factions at a nuclear weapons base, the danger of an accidental detonation or spreading of plutonium would increase. If domestic unrest leads to severe economic hardships at military bases, disgruntled operators are more likely to engage in acts of sabotage that could inadvertently or deliberately produce accidents.“¹¹⁶

1.4 Der Atomkonflikt mit dem Iran – die Theorie-Kontroverse auf dem Prüfstand

Beide Autoren, Waltz und Sagan, antworteten einander in ihrer im Jahre 1995 veröffentlichten „Debate“, um ihre jeweilige Position zu untermauern bzw. um die Argumente des jeweils anderen zu entkräften,¹¹⁷ jedoch wurden keine substanziell neuen Gedanken mehr eingebracht und die gegensätzlichen Standpunkte blieben unverändert.

Mit seinem Mitte des Jahres 2012 in der führenden US-amerikanischen Fachzeitschrift „Foreign Affairs“ abgedruckten provokanten Plädoyer für eine atomare Bewaffnung des Iran („Why Iran Should Get the Bomb“) entfachte Kenneth Waltz, der im Mai 2013 verstarb, die altbekannte Diskussion um die Frage, ob Nuklearwaffen im internationalen politischen System eine stabilisierende oder destabilisierende Wirkung besitzen, je-

¹¹³ Ebd., S. 82.

¹¹⁴ Ebd., S. 82.

¹¹⁵ Waltz: More May Be Better, S. 10.

¹¹⁶ Sagan: More Will Be Worse, S. 84.

¹¹⁷ Waltz, Kenneth N.: Waltz Responds to Sagan, in: Waltz / Sagan: The Spread of Nuclear Weapons, S. 93-113; Sagan, Scott D.: Sagan Responds to Waltz, in: Waltz / Sagan: The Spread of Nuclear Weapons, S. 115-136.

doch neu. Anders als im Jahre 1995, als die Debatte zwischen Waltz und Sagan zu den Konsequenzen einer „Spread of Nuclear Weapons“ sich zumindest über weite Strecken an theoriegestützten Zukunftsszenarien orientierte, erhält die neue, von Waltz angestoßene Kontroverse wegen der Orientierung an einer konkreten Herausforderung und wegen der aktuellen Zuspitzung des Atomkonfliktes mit Teheran eine besondere Brisanz.¹¹⁸ Dies nicht zuletzt deshalb, weil Waltz eine nukleare Bewaffnung des Iran nachgerade befürwortete. „In fact, it would probably be the best possible result: the one most likely to restore stability in the Middle East.“¹¹⁹ Waltz beließ es jedoch nicht bei dieser Provokation, sondern er ging noch einen Schritt weiter, indem er Teherans nukleare Ambitionen kausal mit „mehr regionaler und internationaler Stabilität“ verband, während er Israel vorwarf, durch sein „nukleares Monopol“ seit Langem für die Instabilität im Mittleren Osten verantwortlich zu sein. „It is Israel’s nuclear arsenal, not Iran’s desire for one, that has contributed most to the current crisis.“¹²⁰ Wenn der Iran die Atomschwelle überschritten habe, würde die Instabilität im Mittleren Osten durch Stabilität ersetzt, denn „Israel and Iran will deter each other, as nuclear powers always have.“¹²¹ Weil an den politischen Schaltebeln in Teheran keine „mad mullahs“, sondern „perfectly sane ayatollahs who want to survive just like any other leaders“¹²² säßen, gälten die Stabilität generierenden Mechanismen gegenseitiger nuklearer Abschreckung ohne Einschränkung auch für einen Nuklearstaat Iran. Schließlich habe, so Waltz, die Geschichte bewiesen, dass „where nuclear capabilities emerge, so, too, does stability. When it comes to nuclear weapons, now as ever, more may be better.“¹²³

Dass Waltz’ Provokation nicht unwidersprochen bleiben würde, war vorauszusehen. Bereits in der nächsten Ausgabe von *Foreign Affairs* warf Colin H. Kahl, Mitautor der Studie „Risk and Rivalry. Iran, Israel and the Bomb“,¹²⁴ Waltz vor, er (Waltz) „mischaracterizes Iranian motivations and badly misreads history“.¹²⁵ Die Führer des Iran seien zwar – wie auch Waltz behauptete – durchaus „fundamentally rational“ und deshalb nicht geneigt, durch einen Einsatz von Atomwaffen einen vernichtenden Zweitschlag zu riskieren. Ungeachtet dessen sei der Iran aber gefährlich, weil er kein Status-Quo-Staat sei und „its support for terrorists and militants is intended

¹¹⁸ Waltz, Kenneth N.: Why Iran Should Get the Bomb, in: *Foreign Affairs* 4/2012, S. 2-5.

¹¹⁹ Waltz: Why Iran Should Get the Bomb, S. 2.

¹²⁰ Ebd., S. 3.

¹²¹ Ebd., S. 5.

¹²² Ebd., S. 4.

¹²³ Ebd., S. 5.

¹²⁴ Kahl, Colin H. / Dalton, Melissa G. / Irvine, Matthew: *Risk and Rivalry: Iran, Israel and the Bomb*, Center for a New American Security, Washington D.C., Juni 2012.

¹²⁵ Kahl, Colin H.: Iran and the Bomb. Would a Nuclear Iran Make the Middle East More Secure, in: *Foreign Affairs* 5/2012, S. 157-161, hier S. 157.

to be for more than just defense and retaliation“.¹²⁶ Die vom Iran wegen dessen revisionistischer Agenda ohnehin ausgehende Gefahr werde aber noch erheblich größer, wenn, so Kahl, Teheran tatsächlich über Atomwaffen verfügen sollte. „Teheran currently calibrates its support for militants and sponsorship of terrorism to minimize the risks of a direct confrontation with more powerful states. But if Iranian leaders perceived that a nuclear arsenal provided a substantially more robust deterrent against retaliation, they would likely pursue their regional goals more aggressively.“¹²⁷

Kritik an Waltz' offenem Plädoyer für eine atomare Bewaffnung des Iran („Indeed, nuclear weapons are the only peace-promoting weapons that the world has ever known, and there is no reason to believe that things would be different if Iran acquired such arms.“¹²⁸) äußerte auch Hans Rühle, ehemaliger Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung, der allerdings das Rationalitätsargument, das auch Waltz' Kritiker Colin Kahl bestätigt hatte, in Frage stellte. Rühle „dankte“ Waltz für dessen Ausführungen, die „eine Argumentation auf die Spitze getrieben – und dadurch ad absurdum geführt –“ hätten, „der all jene anhängen, die von einer immer und überall vorhandenen gleichartigen ‚Rationalität‘ aller für Nuklearwaffen Verantwortlichen ausgehen.“¹²⁹ Rühle bestreitet die Existenz einer „universellen“ Rationalität, die es auch im nuklearen Zeitalter bzw. im Verhältnis von Nuklearstaaten zueinander nicht gebe. Rationalität hänge stattdessen ab „von der national individuellen ‚strategischen Kultur‘, vom Werte- und Normensystem jedes einzelnen Staates. Da Rationalität im Sinne der westlichen Werteskala aber eine Funktionsbedingung nuklearer Abschreckung ist, bedeutet die Tatsache, dass es alternative, davon abweichende ‚Rationalitäten‘ anderer Länder beziehungsweise Kulturen gibt, dass sie in den zentralen Bedingungen von Krieg und Frieden nicht zur Deckung gebracht werden können und daher auch keine Stabilität erzeugen.“¹³⁰ Das bedeute, dass in einer „multinuclear world nuclear deterrence does not always work and that wars are possible. In other words: nuclear weapons have dramatically increased the risk of war-fighting – and, in this way, have made the world safer – yet they did not make war, including nuclear war, impossible.“¹³¹ Kenneth Waltz' Vorstellung einer „brave new world of many nuclear weapon states“ sei deshalb „a major delusion, one born in the ivory tower of academic musings. Today's reality looks markedly different.“¹³²

¹²⁶ Ebd., S. 157.

¹²⁷ Ebd., S. 158.

¹²⁸ Waltz Replies, in: *Foreign Affairs* 5/2012, S. 161 f, hier S. 162.

¹²⁹ Rühle, Hans: Wenn der Hass größer als die Angst vor der Rache ist, in: *Die Welt*, 6.11.2012.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Rühle, Hans: Deterrence in an Increasingly Nuclear World, in: *Comparative Strategy* 32/2013, S. 93-97, hier S. 93.

¹³² Ebd., S. 93.

Die durch Kenneth Waltz' Provokation angestoßene Kontroverse, ob Atomwaffen in den Händen des Regimes in Teheran eher mehr Stabilität oder eher mehr Risiken generieren würden, ist eng verknüpft mit der Frage der Intention des Nuklearwaffenerwerbs, d. h. mit der Überlegung, zu welchen Zwecken Nuklearwaffen entwickelt werden. Einige Experten wie z. B. James E. Doyle sind in diesem Zusammenhang davon überzeugt, dass Nuklearwaffen angesichts der neuen internationalen Herausforderungen im Second Nuclear Age keinen sicherheitspolitischen Zweck mehr erfüllen. „Nuclear weapons should be eliminated because they will not make nations powerful in the twenty-first century and beyond. Their existence in the arsenals of the world creates the possibility of their use and the risks they create outweigh their value.“¹³³

Michael Rühles bewusst paradoxe Charakterisierung der Kernwaffen als „gute und schlechte Atombomben“¹³⁴ deutet hingegen auf das Problem hin, dass eine Atomwaffe wie jede andere Waffe auch grundsätzlich nicht gut oder schlecht ist, zumal sie sowohl der Verteidigung als auch des Angriffs dienen kann. Es kommt darauf an, welche Ziele und Funktionen diejenigen, die über Waffen verfügen, mit diesen verbinden.

Atomwaffen können mittels ihrer Abschreckungsfunktion der Verteidigung insofern dienen, als man einem Gegner einen nuklearen Vergeltungsschlag für den Fall eines Angriffes androht. Wenn der potenzielle Aggressor sich von der Vergeltungsdrohung „abschrecken“ lässt und auf einen Angriff verzichtet, können Atomwaffen – im Sinne von Waltz – als Faktor der Stabilisierung bezeichnet werden.

Daneben verbinden Staaten, die nach Nuklearwaffen streben, vermutlich auch Prestige-Überlegungen mit dem Erwerb dieser neuen Dimension militärischer Macht.

Und schließlich können Nuklearwaffen von den Machteliten eines Atomstaates grundsätzlich auch als operative Angriffsinstrumente betrachtet werden – eine Besorgnis erweckende Option, die im Falle der Konfrontationssituation des Kalten Krieges sowie auch im Falle des indisch-pakistanischen Konfliktes jeweils durch die Schaffung eines Systems nuklearen Balancings bzw. gegenseitiger nuklearer Abschreckung ausgeschlossen werden sollte.

Im Mittelpunkt unserer Untersuchung steht die Frage, welche Überlegungen die Machthaber in Teheran mit der Entwicklung und dem Besitz von Atomwaffen verbinden. Diese Frage soll im Zuge einer multiperspektivischen und mehrdimensionalen Konstellationsanalyse erörtert werden.

¹³³ Doyle, James E.: Why Eliminate Nuclear Weapons?, in: Survival 1/2013, S. 7-33, hier S. 28.

¹³⁴ Rühle, Michael: Gute und schlechte Atombomben. Berlin muss die nukleare Realität mitgestalten, Hamburg 2009.

2. Teherans Atomstrategie – Konstellationsanalyse und Szenarien

2.1 Die Multidimensionalität des Konfliktes

Die folgende Untersuchung orientiert sich in ihrer Systematik am theoriegestützten methodischen Verfahren der „Münchener Schule des Neorealismus“ im Fach Internationale Politik, das von Gottfried-Karl Kindermann, dem Gründungsdirektor des Seminars für Internationale Politik am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München, entwickelt wurde und in der einschlägigen politikwissenschaftlichen Fachliteratur als „Internationale Konstellationsanalyse“ Eingang fand.¹³⁵ Die Vertreter dieser Schule, zu denen die Verfasser der vorliegenden Studie gehören, gehen davon aus, dass „internationale Interaktionen im Rahmen bestimmter Konstellationen erklärbar werden durch die systematische Anwendung eines Apparates diagnostischer Kategorien.“¹³⁶ Die Operationalisierung des analytischen Kategorialapparates im vorliegenden Fall der Konstellation des Atomkonfliktes mit dem Iran vollzieht sich in mehreren Etappen, die die multidimensionale Problemstruktur des Konfliktes und die dementsprechend multiperspektivische analytische Herangehensweise reflektieren.

Im Zuge einer detaillierten Rekonstruktion und Analyse der historischen Determinanten iranischer Außen- und Sicherheitspolitik werden grundlegende Motivationsstrukturen sowie die konstellationsrelevanten Interessen und Ziele der politisch-religiösen Eliten in Teheran herausgearbeitet.

Da die objektive Wirklichkeit einer Konstellation von den daran Beteiligten nicht identisch, sondern unterschiedlich wahrgenommen und beurteilt wird, verdienen die Perzeptionen (subjektive Wahrnehmungen objektiver Realität) der wichtigsten Entscheidungsträger besondere analytische Berücksichtigung. Dies, zumal die (subjektiven) Vorstellungsbilder, die die außenpolitischen Entscheidungsträger in Teheran im Kontext des Atomkonfliktes besitzen, verhaltenssteuernde und damit neue Wirklichkeitsstrukturen schaffende Wirkung entfalten können – ungeachtet, ob diese Vorstellungsbilder realistisch oder falsch (Fehlperzeptionen) sind.¹³⁷

Im Zuge der Strukturierung der Konstellation des Atomkonfliktes mit dem Iran als multipolares Interaktionsfeld werden die Interessen, Per-

¹³⁵ Grundlegend dazu Kindermann, Gottfried-Karl: Zur Methodik der Internationalen Konstellationsanalyse, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München, 3. Aufl., 1986, S. 106-144.

¹³⁶ Meier-Walser, Reinhard: Methodik der neorealistischen Konstellationsanalyse, in: Masala, Carlo / Sauer, Frank / Wilhelm, Andreas (Hrsg.): Handbuch der Internationalen Politik, Wiesbaden 2010, S. 227-235, hier S. 228.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 230.

zeptionen, Machtlagen und Strategien der internationalen Gegner einer atomaren Bewaffnung des Iran mit den konstellationsanalytisch erarbeiteten Faktoren des Iran korreliert, um in einer abschließenden Synopsis Lösungs- bzw. Kooperationsmöglichkeiten im Sinne einer Beilegung des Konfliktes erwägen zu können. Analysen internationaler Konstellationen haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Kooperationsstrategien zwischen einzelnen Staaten auf perzipierter Interessenparallelität bzw. -komplementarität und Konfliktstrategien auf perzipierter Interessendivergenz basieren. Daher ergeben sich aus einem Vergleich der Interessen und Perzeptionen der an einer Konstellation beteiligten Akteure (multipolare Interessen- und Perzeptionsstruktur der Gesamtkonstellation) Anhaltspunkte für Kooperations- respektive Konfliktstrategien im Verhalten der Beteiligten.¹³⁸ Besonderes Augenmerk liegt bei den abschließenden Schritten unserer Untersuchung deshalb zum einen auf der Frage der tief verwurzelten Divergenzen, z. B. der Interpretation der Rechtslage des Konfliktes; zum anderen auf Möglichkeiten der Generierung gemeinsamer – paralleler oder komplementärer – Interessen als Voraussetzung von Kooperation im Sinne einer Deeskalation, Annäherung und schließlich unblutigen Beilegung des Konfliktes. „What do we want, what do they want, and what do we both want? Areas of overlapping interest must be developed.“¹³⁹

2.2 Die historischen Determinanten iranischer Außen- und Sicherheitspolitik

2.2.1 Die Vormachtstellung des Iran in Südwestasien: Mythos oder Realität?

Alexander Niedermeier weist dem Iran aufgrund seiner geographischen Lage in Südwestasien eine besondere geostrategische Bedeutung zu, die immer schon eine Vormachtstellung des Landes bedingt habe. Der Autor stellt sich für die Gegenwart die Frage, ob auch die Islamische Republik Iran der Versuchung erliegen könnte, an persische „eigene imperiale Traditionen anknüpfen zu wollen.“¹⁴⁰

Von einer „Wiederkehr Persiens“ spricht gar Ardavan Amir-Aslani, wengleich er hier zuerst von der Größe der persischen Kultur spricht, die die eigenständige Identität der Perser in der islamischen Welt über Jahrhunderte bewahrt hat. Dass die altpersische Kultur ein imperiales Großreich geschaffen hat, erwähnt Amir-Aslani auch. Doch was bedeutet es

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 232.

¹³⁹ Cohen, Roger: The Need for U.S.-Iran Talks, in: International Herald Tribune, 13.11.2012.

¹⁴⁰ Niedermeier, Alexander: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik. Der Kampf der Großmächte um die globale Vormacht an der Schnittstelle von Nahem Osten und Zentralasien. 1801 bis heute, Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Reihe Sozialwissenschaften, Band 15, Marburg 2009, S. 239.

für ihn, wenn er, der eigentlich ein Gegner der gegenwärtigen politischen Verhältnisse im Iran ist, von der „l' heure de la refondation“ Persiens in der Gegenwart spricht, was bedeutet dies für das Staatensystem im Vorderen Orient?¹⁴¹

Die Macht der Geschichte und der historischen Erfahrung in der Gegenwart scheint sich im Iran in besonderer Art und Weise zu zeigen. Doch zu unterscheiden ist der Mythos des Alten Persien als Großmacht in vorislamischer Zeit von der die Iraner seit den letzten Jahrhunderten prägenden Erfahrung, machtlos zum Spielball anderer Großmächte geworden zu sein.

In der Zeit zwischen der arabischen Eroberung des Sassanidenreichs im siebten Jahrhundert christlicher Zeitrechnung bis zum 16. Jahrhundert gab es keinen persischen Staat im eigentlichen Sinne. Wohl aber gab es die besondere Rolle von Persern im Staat der arabischen Kalifen. Es gab die persischen Beamten, die Aufbau und Verwaltungsstruktur des Arabischen Großreichs prägten, es gab Perser, die die Kultur, das Geistesleben, die alle Wissenschaften dominierten. Viele der Mathematiker, Astronomen, Philosophen, Ärzte und der anderen Größen, deren Namen aus dieser Epoche überliefert sind, waren keine Araber, wie oft nachzulesen ist, sondern Perser.

Im Iran selbst prägen vorislamische Traditionen Kultur und Selbstempfinden der Iraner auch in der Islamischen Republik heute immer noch – und sie begründen die Sonderrolle des Iran in der islamischen Welt. Das beginnt bei sehr einfachen Beispielen des Alltags wie dem iranischen Kalender. Dessen Zeitrechnung beginnt zwar wie überall in der islamischen Welt mit dem Jahr 622, dem Jahr der Hedschra, der Auswanderung des Propheten nach Medina. Doch anders als in anderen Ländern mit muslimischer Bevölkerung gilt hier, wie im alten Persien, der Sonnen- und nicht der Mondkalender. Das bedeutet, dass die Jahreszahlen im Iran von denen in der Zeitrechnung des islamischen Kalenders weltweit abweichen. Und die Monatsnamen sind ebenfalls altpersisch. So kennt der offizielle Monatsablauf hier eigentlich keinen Ramadan – was aber nicht heißt, dass die iranischen Muslime ihn nicht begehen würden. Natürlich kennt jeder Gläubige die Feiertage und den Ablauf des arabisch-muslimischen Jahreskreises. Doch es bleibt bezeichnend, dass auch die Islamische Revolution hier an Traditionen festhielt, die für einen gläubigen Muslim in der arabischen Welt an Blasphemie grenzen.

Und diese Tradition bezieht sich auch auf das Geschichtsbewusstsein. Es dürfte so kaum für eine erste Übereinstimmung gesorgt haben, wenn das offizielle Teheran im Vorfeld des Besuchs des neuen ägyptischen Staatspräsidenten Mursi im Verlauf der Konferenz der Blockfreien Ende August 2012 in der iranischen Hauptstadt von den historischen Gemein-

¹⁴¹ Amir-Aslani, Ardavan: Iran. Le retour de la Perse, Paris 2009, S. 267 ff., 392.

samkeiten zwischen den beiden „alten Zivilisationen“ sprach und die Bedeutung ihrer Beziehungen zueinander „seit über 2.500 Jahren“ herausstrich.¹⁴² Mursi gehört der Muslimbruderschaft an, die das vorislamische Kulturerbe des alten Ägypten und der Pharaonen am Nil geringschätzt. Die Zeit vor dem Erscheinen des Propheten ist für ihn eine Zeit des „Unwissens“, der „dschahiliya“.¹⁴³

Doch gemein ist ägyptischen wie iranischen Politikern wiederum die historische Erfahrung mit dem Kolonialismus der Europäer. Der Iran war zwar nie Mandatsgebiet oder Kolonie wie Ägypten. Doch in der Ära einer Scheinsouveränität hatte das Land ab dem Beginn des 19. Jahrhunderts das ebenso koloniale und in den iranischen Geschichtsbüchern festgehaltene Empfinden der „Versklavung des Iran“ durch europäische Mächte in Erfahrung bringen müssen. Die Erinnerung an die Epoche des „bardegi-e iran“ (bardegi = Sklaverei, Unterjochung) wurde dann von Ayatollah Khomeini wieder heraufbeschworen, als es um die Organisation des Widerstands gegen ein Militärabkommen mit den USA ging.¹⁴⁴ Die Furcht vor einer „Restauration“ der gefürchteten „Kapitulationsregime“ des 19. Jahrhunderts mobilisierte die Massen im Iran und wurde zu einem der wichtigsten politischen Instrumente in den Händen Khomeinis in seinem Kampf gegen das Schah-Regime und dessen Zusammenarbeit mit Washington. Und diese historische Erinnerung lebt bis heute fort.

2.2.2 Die Kraft der historischen Erinnerung: das Trauma der Machtlosigkeit und die Zeit der „ungleichen Verträge“

Amir-Aslani spricht vom Iran, von Persien als dem „l’Etat le plus ancien du monde“ – was im Vergleich mit China einer gewissen Relativierung bedürfte. Doch gleichzeitig ist diese lange Geschichte auch die eines „peuple assiégé“. Dieser anscheinende Widerspruch prägt für den Autor das Denken und Empfinden der Iraner.¹⁴⁵

Unter Fremdherrschaft infolge mehrerer „Invasionen“, unter der Herrschaft von außen eingesetzter und aufgezwungener Marionetten-Regierungen, die die „volonté populaire“ der Perser missachtet und unterdrückt haben, habe sich ein Gefühl der Angst vor jeder Einmischung von außen herausgebildet, das zum zentralen Element iranischer Weltsicht geworden ist. Und so blickt das Land seit jeher mit Skepsis auf seine Nachbarn, von denen jederzeit wieder die Gefahr einer erneuten Fremdeinwirkung ausgehen könnte. Dieses Gefühl der Einkreisung – „le sentiment d’encerclément“ – bestimme auch heute noch das Handeln

¹⁴² Morsi’s plan to visit Tehran jolts the West and Israel, in: Tehran Times, 21.8.2012.

¹⁴³ Zur Definition des Begriffs siehe u. a. das Glossar bei Ayubi, Nazih: Politischer Islam. Religion und Politik in der arabischen Welt, Freiburg u. a. 2002, S. 349.

¹⁴⁴ Siehe dazu u. a. bei Ramazani, Rouhollah K.: The United States and Iran. The patterns of influence, New York 1982, S. 52 ff.

¹⁴⁵ Amir-Aslani: Iran, S. 267.

der politischen Eliten, denn auch in der Gegenwart sehe man sich wieder eingeschlossen von anderen Mächten, dieses Mal nun von Nuklearmächten wie Israel, Pakistan, Indien.¹⁴⁶

Diesen Einblick in das iranische Denken gewährt ein Autor, der ein offener Kritiker der gegenwärtigen politischen Ordnung der Islamischen Republik ist. Andererseits hält er einen Regimewechsel im Iran, für ihn eine der „Hoffnungen“, die er hegt,¹⁴⁷ für möglich. Dies vor allen Dingen, weil das politische System dieser Islamischen Republik dem iranischen Volk fremd geblieben sei, so Aslani. Doch welche Rolle spielt die Religion im politischen Denken im Iran wirklich?

2.2.3 Die Rolle der Religion im nationalen Selbstbewusstsein der Iraner

Die Frage nach der Möglichkeit eines „regime change“ wird von den meisten wissenschaftlichen Beobachtern anders beantwortet. Zu unterscheiden ist zudem auch an erster Stelle zwischen der politischen Ordnung der Islamischen Republik und der Religion des Islam bzw. hier des schiitischen Islam.

Die wenigsten Ayatollahs und keiner der Großayatollahs des Iran sehen das gegenwärtige Herrschaftssystem trotz seiner aus dem Glauben hergeleiteten Selbstlegitimation als ein wirklich legitimes im Sinne der Grundüberzeugungen des reinen schiitischen Glaubens an.¹⁴⁸ Einige von ihnen haben sich 2009 den Demonstrationen im Gefolge der letzten Präsidentschaftswahlen angeschlossen. Der Protest gegen Ahmadinedschad und die ihm vorgeworfenen Wahlmanipulationen bewegte sich im Rahmen einer islamisch geprägten politischen Kultur – was allein schon die Farbe Grün, die zum Symbol des Protests geworden war, zeigte.¹⁴⁹

Die Verbindung von nationaler Identität und Religion hat tiefe historische Wurzeln. Sie geht zurück auf die Herrschaft der Safaviden-Dynastie (1501-1722), die in der langen Folge von Fremdherrschaften, die das Land über sich ergehen lassen musste, eine autochthone Ausnahme bildete. Eine Ausnahme, die die weitere geschichtliche Entwicklung des Iran prägen sollte.¹⁵⁰ Von ihrer Herkunft her türkischer Abstammung aus Azerbaidschan, wurden die Safaviden bald zu einem „persischen Herrscherhaus“, das die persische Kultur und Sprache maßgeblich förderte, das den

¹⁴⁶ Ebd., S. 268.

¹⁴⁷ Ebd., S. 377.

¹⁴⁸ Siehe dazu auch Münch-Heubner, Peter L.: Der Iran: Religion, Systemstabilität und Atompolitik – Theologie der Politik oder Politik der Theologie?, in: Meier-Walser, Reinhard / Wolf, Alexander (Hrsg.): Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 93, München 2011, S. 97-111.

¹⁴⁹ Vgl. dazu u. a. Dabashi, Hamid: The Green Movement in Iran, New Brunswick, N. J. u. a. 2011.

¹⁵⁰ Zur Geschichte der Safaviden siehe u. a. Savory, John: Iran under the Safavids, Cambridge 1980.

altpersischen Herrschertitel „Schah“ wiederbelebte und die Herausbildung einer eigenständigen Identität der Einwohner des Reiches förderte. Von weitreichender Bedeutung war ihre Entscheidung, den schiitischen Glauben im Iran zur Staatsreligion zu erheben. Diese Entscheidung hatte religiöse Gründe – wählten sich die Safaviden doch als Stellvertreter des Mahdi, jenes in die „große Verborgenheit“ entrückten zwölften Imams in der Nachfolge des Propheten, der nach dem Glauben der Schiiten der einst als Mahdi, als eine Art Messias, wiederkehren wird. Doch pragmatisch diente sie auch dazu, eine Brücke zwischen den Herrschern und den Persern aufzubauen. Die „Schiitisierung“ des Iran vollzog sich zwar über einen langen Zeitraum hinweg, doch vor allen Dingen die „native Persian speakers“ nahmen den neuen Glauben mit besonderem Eifer an – man vermutet heute, um die eigene Identität gegenüber dem arabischen Islam zu wahren. Das Ergebnis der Politik der Safaviden war damit die Schaffung einer starken „separate local identity“ im Zuge einer Symbiose von Religiosität und kultureller Eigenständigkeit und damit die Erzeugung eines frühen nationalen Selbstbewusstseins: „From 1501 until this century, Iranism and Shi'ism were for many people parts of a single blend.“¹⁵¹

Und von ebenso großer Bedeutung war: „... the development of a growing ulama of local Iranian origin.“¹⁵²

Nach dem Fall der Dynastie und in einer neuen Epoche von Invasionen und Fremdherrschaften waren es diese Religionsgelehrten, die sich die Wahrung der iranischen Identität zum Ziel genommen hatten.

2.2.4 Die Kraft der historischen Erinnerung: das Trauma der Machtlosigkeit und Schwäche, die Zeit der „Versklavung des Iran“, die Zeit des „bardegi-e Iran“ بردگی ایران

Die Symbiose von Religiosität und Nationalität verstärkte sich im 19. Jahrhundert in jener dann von Khomeini oft als warnendes Beispiel herbeizitierten Zeit der „Versklavung“ des Iran. Im Verlauf der Proteste gegen die „ungleichen Verträge“¹⁵³ errangen die Ulama ihre Position als

¹⁵¹ Keddie, Nikki R.: *Modern Iran. Roots and Results of Revolution*, Updated Edition, New Haven, CT / London 2006, S. 20 f.

¹⁵² Ebd., S. 16.

¹⁵³ Der Begriff der „Ungleichen Verträge“ stammt eigentlich aus der Geschichte Japans und bezeichnet dort jene dem Kaiserreich von den Europäern, vor allen Dingen aber von den USA im 19. Jahrhundert auch mit militärischer Gewalt („Kanonenbootdiplomatie“) aufgezwungenen Abmachungen, mit denen das ostasiatische Land und sein Markt unfreiwillig geöffnet wurden, mit oft großen Nachteilen für die Entwicklung der einheimischen Wirtschaft. Siehe dazu u. a. Anderson, Mark: *Japan and the specter of imperialism*, New York 2009. Nach dem russisch-japanischen Krieg, nach Tshushima und dem ersten militärischen Sieg eines außereuropäischen Landes über ein europäisches in der Neuzeit wurde Japan im Orient, vor allen Dingen aber in Persien zu einem Vorbild, weil man sich dort in einer gleichen Situation wähnte und weil man doch auch den gleichen „Gegner“ hatte: Russland.

„nationales Element“ im Widerstand gegen den von ihnen beklagten „Ausverkauf Irans an die Europäer“.¹⁵⁴

Zwar formell noch unabhängig, hatte der Iran in dieser Zeit der „Erniedrigung“ weitgehende Souveränitätsrechte an Russland und Großbritannien abtreten müssen.

Begonnen hatte die für die Iraner dunkle Epoche des „bardegi-e iran“ eigentlich schon im 18. Jahrhundert mit der Expansion Russlands nach Zentralasien hinein und am Kaspischen Meer entlang – und als die Feldzüge der Zaren zum ersten Male in damals noch persisches Territorium hineinführten. 1801 fiel Georgien, bis dahin fester Bestandteil der persischen Reiche, an Russland. Doch die territoriale Ausdehnung des Zarenreiches, die bis dahin unaufhaltsam schien – Buchara, Khiva, Samarkand und all jene Orte, die die iranische Kultur (bis heute in der Architektur sichtbar) geprägt hat, waren in Zentralasien an Russland gefallen – stieß auf Widerstand. Dies, nicht weil Persien sich militärisch hätte wehren können, sondern weil ein zweiter Akteur von Indien her auf die machtpolitische Bühne Südwestasiens vorgerückt war: Großbritannien. Peter I. hatte in seinem Testament die Eroberung Persiens zum Ziel des russischen Expansionismus erklärt. In London wollte man dies mit Blick auf die eigenen Besitzungen in Britisch-Indien nun nicht mehr hinnehmen, sah man das britische Kolonialreich durch ein weiteres Vorrücken Russlands nach Süden bedroht. Was nun folgte, sollte zum nationalen Trauma für den Iran werden, das seine Spuren in der historischen Erinnerung der Iraner bis heute hinterlassen hat. Denn territorial existierte der persische Staat zwar weiter, doch nur als Pufferzone zwischen russischen und britischen Interessen in der Region – eine Pufferzone, die in der politischen Realität über eine ausgehöhlte Scheinsouveränität verfügte. Und wenn sich Großbritannien und Russland einmal einigten, dann taten sie dies immer auf Kosten des Iran. Festgelegt wurde auch die Rolle, die sich die europäischen Mächte im Spiel um Macht und Einfluss im Vorderen Orient und Mittelasien selbst gegeben haben: die eines Freundes, der um iranische Vertrauen wirbt, dieses dann aber enttäuscht.

Der Beginn der Epoche des „bardegi-e iran“ hat ein feststehendes Datum und einen Namen, der die Iraner bis heute mit Wut erfüllt: der Vertrag von Gulistan im Jahre 1813. In den Jahren der Napoleonischen Kriege war der Iran in das strategische Blickfeld der europäischen Mächte geraten. Von Frankreich, Großbritannien und Russland wechselseitig umworben und in den Wechselfällen sich verändernder Konstellationen in Europa mit Bündnisangeboten aus Europa überhäuft, erfuhren die Perser in diesen Jahren eine erste „verwirrende Einführung in die unerforschl-

¹⁵⁴ Keddie, Nikki R.: Iran und Afghanistan, in: Der Islam. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel, Weltbild Weltgeschichte, Lizenzausgabe der Fischer Weltgeschichte, Augsburg 1998, S. 191 ff.

chen Wege des Westen“, wie Nikki Keddie nicht ohne einen gewissen Zynismus schreibt.¹⁵⁵ 1809 noch von Großbritannien im Krieg gegen Russland unterstützt, vermittelte London 1813 einen Friedensvertrag zwischen dem Schah und dem Zaren, der nach Napoleons Angriff auf Russland zum Verbündeten des Vereinigten Königreichs geworden war. Doch diese Friedensvermittlung gereichte vor allen Dingen Persien zum Nachteil. Langfristig schwerer als die umfangreichen, erzwungenen Gebietsabtretungen an Russland im kaukasischen Raum und der Verlust jeglicher Fischerei- und Schifffahrtsrechte im Kaspischen Meer wogen jene Handelsprivilegien und Kapitulationsrechte, die der Iran nun russischen Staatsbürgern auf seinem Territorium zu gewähren hatte: Die Befreiung von Binnenzöllen, der gewährte unbeschränkte Handel für ausländische Kaufleute auf persischem Gebiet, deren Recht auf uneingeschränkten Erwerb von Eigentum (und die auswärtige Einflussnahme auf die Nachfolge auf dem Pfauenthron), das waren ab 1813 und dann 1828 im Vertrag von Turkmentschai die Eckpfeiler jener von Russland und Großbritannien nun wechselseitig dem Schah aufgezwungenen „Kapitulationsregime“. Diese „Kapitulationen“ – später dann weiter ergänzt durch die Gewährung von Steuerbefreiungen und vor allen Dingen Exterritorialität für nicht-persische Staatsangehörige – mussten aus der Sicht des schwächeren Vertragspartners damals schon im heutigen Sinne eines Sich-ergeben-müssens verstanden werden. Die Verträge von Gulistan und Turkmentschai standen „am Beginn der ungleichen Verträge mit westlichen Mächten“¹⁵⁶ und sie zeigten: Persien war vom Akteur zum Spielball der Weltpolitik geworden.

Durch die „hemungslose Vergabe von Konzessionen“,¹⁵⁷ durch die „die iranischen Märkte vor allem durch Militär- und Handelsverträge ... in nie gekanntem Maße für ausländisches Kapital geöffnet wurden“,¹⁵⁸ waren bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Wirtschaft, Finanzwesen und Handel des Iran weitgehend in die Hände britischer Konzessionäre sowie Russlands gelangt.

Ein weiteres Beispiel für dieses System der „ungleichen Vertragsbeziehungen“, wie sie heute in der wissenschaftlichen Literatur unter dem Begriff des „unequal bargain“ zusammengefasst werden,¹⁵⁹ und für die im Hintergrund dieser Verträge stehenden Handlungsabläufe waren die Reuter-Konzessionen von 1872, in deren Rahmen u. a. der Eisenbahnbau, landwirtschaftliche Betriebe und der gesamte Bergbau des Landes an einen britischen Konzessionär abgetreten wurden. Lord Curzon bezeichnete diese Konzessionen als „the most complete and extraordinary sur-

¹⁵⁵ Ebd., S. 180.

¹⁵⁶ Ebd., S. 180.

¹⁵⁷ Zitiert bei Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik, S. 77.

¹⁵⁸ Ebd., S. 77.

¹⁵⁹ Ebd., S. 79.

render of the entire industrial resources of a kingdom into foreign hands ... in history“.¹⁶⁰

Doch für Russland war diese vollständige ökonomische Annexion des Iran durch britische Konzessionäre nicht hinnehmbar. Der Zar intervenierte und bot sich nun als Verbündeter gegen britischen „Übernahme“-Versuche an. Doch nur zwei Jahre später wollte er dann selbst mit den sog. Falkenhagen-Konzessionen den Schah zu einer gleichartigen Übergabe iranischer ökonomischer Ressourcen zwingen. Daraufhin suchte man in Teheran wieder Schutz bei England. 1887 bot sich der britische Gesandte Sir Drummond Wolff als Retter an. Der Preis, den Persien für diese Rettung zu zahlen hatte: die Vergabe weiterer Konzessionen an Drummond Wolff, britischer Einfluss auf das persische Rechtssystem.

Und dieses Spiel sollte sich mit jeweils alternierenden Hauptrollen immer wiederholen. Auf welchen europäischen „Freund“ konnte der Iran noch zählen?

Einen ersten „Wendepunkt“ in der Politik dieser „exzessiven Konzessionsvergabe“, die dem „sozioökonomischen Ausverkauf Persiens gleichkam“,¹⁶¹ stellte die Auseinandersetzung um die Tabak-Konzession im Jahre 1890 dar. Der Vertrag, der die persische Tabak-Wirtschaft – Produzenten, Händler und Verkäufer – faktisch enteignete und damit einen bedeutenden Wirtschaftszweig einem britischen Konzessionär aushändigen sollte, wurde aufgrund seiner ökonomischen Reichweite zu jenem Stein des Anstoßes, an dem sich der erste Massenprotest der persischen Bevölkerung bildete, der eine Regierung und die sie stützende europäische Macht, hier Großbritannien, in die Knie zwang.

Die Koalition aus „wirtschaftlicher“ und „religiöser Elite“, aus Bazaris, Großgrundbesitzer und Ulama – viele der Letzteren waren selbst Eigentümer von Grund, auf dem Tabak angebaut wurde – organisierte einen „Volksaufstand“, der die Rücknahme der Übereinkunft erreichte.¹⁶² Geboren war jene Koalition, die 89 Jahre später auch Schah Reza Pahlavi entmachten sollte. Der Aufstand von 1890 gilt in der Historiographie als jener Zeitpunkt in der iranischen Geschichte, an dem sich „ein erster Silberstreif nationalistischen Denkens abzuzeichnen“ begann, der „die Großmächte herausfordern sollte“.¹⁶³

Gefestigt war nun auch das Bild von den europäischen Mächten, die ihre eigenen ökonomischen und machtpolitischen Interessen rigoros durchzusetzen gewillt waren und deren Übermacht man nur durch eigene

¹⁶⁰ Zitiert bei Foran, John: *Fragile Resistance. Social Transformation in Iran from 1500 to the Revolution*, Boulder, Col. u. a. 1993, S. 109 f. Der iranische / persische Staat profitierte von der Tätigkeit ausländischer Unternehmer auf seinem Territorium zudem nicht, da sie von Zollabgaben und Steuern weitgehend befreit waren.

¹⁶¹ Niedermeier: *Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik*, S. 93, 95.

¹⁶² Ebd., S. 95, 97.

¹⁶³ Ebd., S. 97.

Stärke begegnen konnte. Die eigene Stärke jedoch bedingt auch eine militärische Komponente.

Die Modernisierung der schwach gewordenen persischen Armee war schon zuvor zu den erklärten Zielen der Reformer im Land geworden. Für einen ihrer Repräsentanten, für den Premierminister Mirza Taqi Khan, für die Iraner bis heute der „Amir-e Kabir“, der „Große Befehlshaber“, war die „Reform des Militärs“ gar die Grundlage jeglicher Modernisierungspolitik. Er begann, die „Armee nach westlichen Muster zu reorganisieren und verstärkte militärische Ausbildung und Schulung“.¹⁶⁴

Doch der Schah entließ ihn. Die europäischen Mächte bestimmten in dieser Zeit über die Besetzung politischer Ämter im Iran mit. Der Amir-e Kabir war aber auch an der Opposition der Ulama gescheitert, denen u. a. die Neuerungen im Bildungswesen, einer Domäne der Religionsgelehrten, zu weit gingen. Dies zeigte die Ambivalenz der Haltung des schiitischen Klerus der Modernisierung des Landes gegenüber: Solange es um militärische Stärke ging, unterstützte man Reformen. Ging es aber um die Wahrung eigener Besitzstände, zerbrach die Koalition gegen die Kolonialmächte.¹⁶⁵

Ambivalent war auch die Haltung Großbritanniens und Russlands zu den Aufrüstungsplänen iranischer Minister. Bis zu einem Grad unterstützte man sie in London und St. Petersburg sogar, da die Umstrukturierung der Streitkräfte nach europäischem Vorbild auch den Kauf europäischer Waffen durch den Iran und die Entsendung britischer oder russischer Militärinstrukteure in das Land mit sich brachte.¹⁶⁶ Das bedeutete Kontrolle über die neue Armee. Ein gutes Beispiel hierfür war die Aufstellung einer iranischen Kosaken-Brigade nach 1879. Die Kosaken galten in Persien als eine „well-trained and disciplined force“, die Vorbild werden sollte für den Aufbau einer eigenen effektiven Truppe. Tatsächlich aber wurde die iranische Kosaken-Brigade dann bis zum Ersten Weltkrieg ein Instrument zur Sicherung des russischen Einflusses im Land.¹⁶⁷

Um der britisch-russischen Umklammerung zu entkommen, versuchte auch der Reformminister Mirza Hosein Khan, Militärberater aus Österreich-Ungarn in den Iran zu holen. Der Donaumonarchie unterstellte man keine direkten oder indirekten Interessen an einer Kontrolle über das Land und über eine neue iranische Armee.¹⁶⁸ Er wurde damit zum geistigen Urheber einer Politik, die durch ein bewusstes Taktieren zwischen den Machtblöcken, hier z. B. durch das Hinzuziehen eines Gegengewichts zum anglo-russischen Übergewicht, eigenständige Handlungsfähigkeit zu

¹⁶⁴ Keddie: Iran, Afghanistan, S. 184.

¹⁶⁵ Vgl. dazu u. a. Keddie: Modern Iran, S. 49 f.

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 50.

¹⁶⁷ Ebd., S. 57.

¹⁶⁸ Ebd., S. 56.

gewinnen versuchte. Doch auch er wurde entlassen und kam 1881 unter „mysteriösen“ Umständen ums Leben. Er hatte Grenzen überschritten, die den Handlungsspielraum iranischer Politik in dieser Zeit einengten.

Diese Grenzen zeigte dem Schah auch Großbritannien auf, als dieser eine Kriegsmarine im Persischen Golf aufbauen wollte. Großbritannien betrachtete das Gewässer als eigenes Hoheitsgebiet und untersagte dem Iran schlicht die Verwirklichung dieser Pläne.¹⁶⁹

Der US-Amerikaner Morgan Shuster, der 1899 ins Land gekommen war, um als Berater der Regierung das Finanzwesen zu reformieren und der auf Druck des Zaren hin seine Position aufgeben musste, hat dem Buch, in dem er seine Erfahrungen mit solchen Vorgängen zu Papier brachte und das 1912 in New York erschien, den mittlerweile berühmten Titel „The strangling of Persia“ gegeben. 1907 fand die Entwicklung einen neuen Höhepunkt, als Russland und Großbritannien den Iran in Interessensphären und damit unter sich nun auch formell aufteilten. Die Entwicklung eines autochthonen Parlamentarismus, wie er mit der Revolution von 1905 begonnen hatte, wurde im Keim erstickt. Die Führer der Bewegung der Konstitutionalisten, die dem Land eine moderne politische Ordnung geben wollten, wurden vom Zaren verfolgt und hingerichtet.

Solche Erfahrungen haben den Iraner „geprägt“ („ont forgé l'Iranien“) im Hier und Heute, schreibt Amir-Aslani. Er sieht in der Gegenwart in einer mit Atomwaffen ausgerüsteten Islamischen Republik eine Bedrohung für die Sicherheit der Region Nah- und Mittelost. Doch er warnt auch: Wer diese von der Geschichte geprägte „Art des Denkens“ der Iraner („leur mode de pensée“) nicht verstehe, wer nicht die Furcht vor „domination“, vor Fremdherrschaft und Fremdbestimmung kenne, wer die aus der Not der Zwangslage zwischen russischer und britischer Vorherrschaft in dieser Zeit geborene und dann weiter entwickelte Neigung zur Entwicklung einer spezifischen Taktik zur Erhaltung einer eigenständigen Manövrierfähigkeit im Umfeld von Einkreisung und Fremdeinwirkung nicht studiert habe, der könne auch in den Atom-Verhandlungen jetzt keine Erfolge erzielen.¹⁷⁰

Dies zeigt auf neuralgische Punkte, die im Iran schon bei der Frage der Inspektion von Atomkraftwerken durch ausländische Beobachter ihre Wirkung entfalten können. Und diese historische Erfahrung hat auch ihren Niederschlag gefunden in der offiziellen politischen Rhetorik Teherans, so wie sie sich heute in der Tehran Times findet, einer englischsprachigen iranischen Zeitung, deren „Botschaften“ sich an eine nicht-iranische Leserschaft wenden. Nachlesen kann der Beobachter da, was die westlichen Staaten in den Augen der politischen Führung der Islamischen Republik bis heute sind: „tyrannical powers“. Und diese stellen, was die Geschichte

¹⁶⁹ Kazemzadeh, Firuz: *Russia and Britain in Persia. 1864-1914. A Study in Imperialism*, New Haven, CT / London 1968.

¹⁷⁰ Amir-Aslani: *Iran*, S. 268 ff.

bewiesen hat, für die Eigenständigkeit der „independent states“ in Asien und Afrika eine ständige Gefahr dar, aufgrund eines über die Zeit hinweg feststellbaren Sachverhalts: „Hegemonistic powers do not tolerate independent governments.“¹⁷¹

Und so haben die Hegemonialmächte, die die Unabhängigkeit des Iran bedroht haben und die diese Eigenständigkeit heute immer noch bedrohen, auch nur ein Ziel: „to bring Iran to its knees“.

Derjenige, der sich mit jenem von der historischen Erfahrung geprägten Geschichtsbild beschäftigen will, das an den Lehreinrichtungen und den Universitäten des Iran vermittelt wird und das das Denken der Iraner, das Denken von Schülern und Studenten, aber auch die Haltung der gegenwärtigen Politik prägt, der kann dies in den Veröffentlichungen der Imam-Reza-Stiftung tun. Diese größte und einflussreiche religiöse Stiftung im Lande, die die Islamische Bibliothek des Iran in der für schiitische Gläubige heiligen Stadt Mashhad unterhält, die Glaube und Wissenschaft verbinden will, will den Iranern in ihren vielen religiösen Einrichtungen, in Moscheen, in theologischen und anderen Bildungseinrichtungen neben den Lehren des Islam auch vermitteln, was die Geschichte des Iran seinen Einwohnern in der Gegenwart noch lehren soll. Heute ist die Imam-Reza-Stiftung mit ihren Geschichtsbüchern und -abhandlungen auch im Internet präsent und gewährt in englischer Sprache auch den Interessierten weltweit Einblick in das Denken und Geschichtsempfinden der Iraner. Geschichte, so liest man hier, ist eben nicht Vergangenheit, nicht abgeschlossen und nicht vergessen.

Mit den Verträgen von Gulistan und Turkmantschai, mit diesen ersten „erniedrigenden“, („humiliating“), „aufgezwungenen“ („imposed“) und „einseitigen Verträgen“ („one-sided treaties“) begann die lange Zeit der „finsternen Ära“ („bleak era“) für den Iran. Es begann die Zeit des „Bruchs von Versprechen“ („breach of promises“) von der Seite der Europäer. Hoffnung weckte die Tabak-Revolution, die die „Stärke des muslimisch-iranischen Volkes“ („strength of the Muslim Iranian people“) unter der Führung der Ulama („led by the ulema“) gezeigt habe. Auch die Revolution von 1905 habe versucht, das Land von der Fremdherrschaft zu befreien, wieder angeführt von den Religions- und Rechtsgelehrten.¹⁷² Die bedeutende Rolle der liberalen, säkular-nationalen und von der Entwicklung in Russland

¹⁷¹ NAM can deal with sanctions, pressure of hegemonies: Leader Khamenei, in: Tehran Times, 1.9.2012.

¹⁷² Syed Ali Shahbaz: Important Events in the Qajarid Period in Iran, Imam Reza (A.S.) Network, Mashhad, www.imamreza.net/eng/imamreza.php?id=10280, Stand: 15.2.2013. Gleichzeitig von Bedeutung ist auch die Verwendung des Terminus der „Ungerechtigkeit“ als Charakteristikum für diese Zeit, steht diese „Ungerechtigkeit“ doch in deutlichem Gegensatz zu dem in der islamischen Theologie sehr wichtigen Begriff der „Gerechtigkeit – adalat“, die eine legitime Herrschaftsausübung im Sinne der Religion des Islam auszeichne. Im schiitischen Kontext widerspricht „Ungerechtigkeit“ zudem jener „Gerechtigkeit“, die mit der Wiederkunft des Mahdi verbunden wird.

inspirierten Kräfte in der konstitutionalistischen Bewegung von 1905/07 wird hier verschwiegen. Doch verstand es die schiitische Geistlichkeit hier wie auch später, langfristig den nationalen und anti-kolonialistischen Denkansatz der säkular-nationalen Bewegung zu absorbieren.

Dies alles – Gulistan, Turkmantschai und Folgen – ist aber eben nicht nur Geschichtsunterricht in europäischem Sinne, sondern Lehrstunde für die Gegenwart, ein die iranische Politik bis heute noch prägendes und psychologisch beeinflussendes Narrativ. Als der iranische Präsident Ahmadinedschad im Oktober 2012 in Azerbaidschan einen Staatsbesuch absolvierte, unterstrich er die Gemeinsamkeiten zwischen beiden muslimischen – hier sogar schiitisch-muslimischen – Ländern. Denn muslimische „Brüderationen“ („brother nations“) haben dieselben „Feinde“ („enemies“). Im Umgang mit diesen Feinden in der internationalen Politik ergebe sich daher für einen muslimischen Politiker in erster Linie „the need for alertness and conciseness in confrontation with the plots hatched by the enemies“. Denn eines dürfe sich nie wiederholen, der Abschluss eines Übereinkommens, eines Vertrags „under the terms of such treacherous treaties as Gulistan and Turkmenchai“¹⁷³.

Diese historischen Ängste vor einer Rückkehr der „Finsternis“ geben Handlungsschemata und jene Schlüsselbegriffe vor, die offizielle Stellungnahmen in und aus Teheran bis heute kennzeichnen. Auch Revolutionsführer Ayatollah Khamenei mobilisiert und instrumentalisiert solche Ängste im Sinne seiner Machtpolitik im Inneren. Aber er kann hier nur mobilisieren, was in der Gesellschaft vorhanden ist. Gerade im Vorfeld jetzt etwaig anstehender Atomverhandlungen zwischen dem Iran und den USA werden geschichtliche Erinnerungen an die „Erniedrigung“, „Ungleichbehandlung“ und den „Wortbruch“ der Vergangenheit wachgerufen und wachgehalten. Dabei zeigt sich, dass die früheren mit Großbritannien und Russland verbundenen negativen Leitmotive längst auf die USA übertragen worden sind. Ali Khamenei erklärte so am 8. Februar in Antwort auf neue US-Sanktionen, die gleichzeitig zur Erklärung von US-Vizepräsident Biden zur Gesprächsbereitschaft beschlossen wurden, in Teheran, der Iran „will not negotiate under pressure“.

Khamenei verlangte einen Dialog „on an ‚equal footing‘, without an ‚intention of deceiving““.

Die Glaubwürdigkeit des Angebots von Vizepräsident Biden zweifelt er an, nicht nur weil Verhandlungen bei gleichzeitigem Druck nicht miteinander vereinbar sind, sondern auch, „because they (Americans) have not kept up their promises over the recent 60 years“ – und er bezog sich dabei auch auf den Fall des Sturzes von Muhammad Mossadeq unter Beteiligung des CIA (siehe unten). An Biden direkt gerichtet stellte Khamenei die

¹⁷³ Islamic Republic News Agency: Ahmadinejad: Iranian, Azerbaijani scholars must have close ties, 16.10.2012, <http://irna.ir/en/Newsprint.aspx?.ID=80372306>, Stand: 17.2.2013.

Frage: „Can the Iranian nation believe that you have good intention?“¹⁷⁴

Der iranische Außenminister hatte zuvor schon auf der Münchener Sicherheitskonferenz das benannt, was die Islamische Republik wolle, und damit einen jener Schlüsselbegriffe verwendet, die die iranischen Stellungnahmen zu Atomverhandlungen in der ein oder anderen Form immer durchziehen. Teheran wolle Verhandlungen auf „gleichberechtigter Basis“.¹⁷⁵

In Teheran erklärte Hassan Rohani, der früher schon Atomverhandlungen geführt hatte: „When the West is increasing pressure and at the same time is talking about negotiations, the negotiations mean surrender.“¹⁷⁶

Aufgabe, Kapitulation? Ein neues Gulistan droht hier aus der Sicht Rohanis auch im Hier und Heute. Gleichzeitig betont Rohani aber auch, dass Lösungsmöglichkeiten gegeben sind, aber nur auf der Basis der Gegenseitigkeit. Denn der Iran sei heute eben kein machtloses und wehrloses Land mehr.

So wird in Teheran auch immer betont, dass der Iran heute das ist, was Europäer und US-Amerikaner eigentlich verhindern wollen: „a regional superpower“.¹⁷⁷

Die Furcht davor, von oben herab behandelt zu werden, bei Verhandlungen nicht auf gleicher Augenhöhe mit den europäischen und amerikanischen Gesprächspartnern agieren zu können oder nicht als gleichwertiger Verhandlungspartner angesehen zu werden, findet sich überall in den Aussagen iranischer Offizieller.

In einer Stellungnahme des iranischen Unterhändlers bei den Atomverhandlungen mit der „5+1“-Gruppe im April 2012 hieß es nach einem zu diesem Zeitpunkt aussichtsreichen Gesprächsbeginn so: „Wichtig ist, dass sich die Rhetorik der Westmächte geändert hat, und in einer Atmosphäre von gegenseitigem Respekt können dann auch Ergebnisse erzielt werden.“¹⁷⁸

2.2.5 Die Kraft der historischen Erinnerung: militärische Stärke gegen Machtlosigkeit und Fremdbestimmung?

Am Ende des Ersten Weltkriegs wäre der Iran im Zuge eines neuen Anglo-Iranischen Vertrages beinahe auf den Status eines britischen Protektorats herabgesunken. Doch es erhob sich Widerstand, angetrieben von einem erstarkenden Nationalismus, der sich politisch in der Demokratischen Partei organisierte. Zum ersten Male seit der Revolution von 1905 schlug wieder

¹⁷⁴ U.S. offer of direct talks is not sincere: Leader, in: Tehran Times, 9.2.2012.

¹⁷⁵ Politischer Schlagabtausch im Atomstreit, tagesschau.de, 3.2.2013/4.2.2013, <http://www.tagesschau.de/inland/sicherheitskonferenz296.html>, Stand: 4.2.2013.

¹⁷⁶ Iran nuclear issue can be resolved if West shows seriousness: ex-negotiator, in: Tehran Times, 16.2.2013.

¹⁷⁷ War on Iran is already underway, Kourosh Zabari, in: Tehran Times, 22.8.2012.

¹⁷⁸ www.boell.de, Iran-Report 5/2012, S. 8.

die Stunde eines Parlaments, das einen probritischen Premier stürzte. Die neue Regierung erklärte den Vertrag mit London für ungültig und forderte die im Iran stationierten britischen Truppen auf, das Land zu verlassen. Daraufhin ereignete sich eine Reihe von Staatsstreich, die von außen organisiert wurden. An deren Ende stand zwar wieder ein „moderates pro-britisches“ Regime,¹⁷⁹ das sich aber auf die Kosaken-Brigaden stützte. An der Spitze der Truppen stand Reza Khan, der sich selbst dann 1925 zum Schah krönte. Auf ihn setzte man in London, doch der neue Monarch suchte nach neuen Wegen für eine neue Politik. Viele Kosaken waren der fremden Bevormundung überdrüssig. Als die russischen Ausbilder in der Folge der Oktoberrevolution in ihre Heimat zurückkehrten und britische Bevormundung drohte, schlug die Stunde eines neuen Nationalgefühls. Der Anglo-Iranische Vertrag indes war schon zuvor gescheitert – aber am konzertierten Widerstand Frankreichs, der USA und der UdSSR, die eine britische „Monopol“-Stellung im Iran nicht hinnehmen wollten.¹⁸⁰

Die Erfahrung auch aus der Zeit von 1919 bis 1921 war, dass der Iran sein eigenes Schicksal nicht wirklich selbst bestimmen konnte. Die neue Regierung wollte dies nun grundlegend ändern, und die Schlagworte, die das Programm der ökonomischen, politischen und gesamtgesellschaftlichen Modernisierung begleiteten, waren: „Nationale Unabhängigkeit“ und „Unabhängigkeit vom Westen“.¹⁸¹

Die Zeit für das Streben nach „nationaler Unabhängigkeit“ schien auch deswegen nicht ungünstig, weil das nördliche Zarenreich in der Folge der Oktoberrevolution in seiner Rolle als Hegemon ausgefallen war. Mehr noch, die neue Sowjetregierung in Moskau schien zunächst bereit, mit der „tyrannischen Politik, verfolgt von den kolonialistischen Regierungen Russlands“ brechen zu wollen und erklärte in einem Freundschaftsvertrag mit Persien am 26. Februar 1921 alle Kapitulationen und damit alle ungleichen Verträge für „nichtig“.¹⁸²

Damit kam zumindest nach außen hin die neue sowjetische Außenpolitik der primären Zielsetzung einer iranischen Politik seit 1921 entgegen, so wie sie die Regierung in Teheran dem französischen Botschafter gegenüber darlegte und die es sich nun vorgenommen hatte: „to abolish the régime known as the régime of capitulations“.¹⁸³

¹⁷⁹ Keddie: *Modern Iran*, S. 78.

¹⁸⁰ Ebd., S. 76 ff.

¹⁸¹ Ebd., S. 81.

¹⁸² „... la République S.F.S. de Russie affirme ... qu'elle renonce définitivement à la politique tyrannique poursuivie par les gouvernements colonisateurs de Russie ... la République de Russie déclare nul et non avvenu l'ensemble des traités et conventions conclus avec la Perse par le Gouvernement tsariste ...“. *Traité d'amitié entre la Perse et la République Socialiste fédérative des Soviets de Russie, signé a Moscou, le 26 février 1921*, in: Mage, Tristan (Hrsg.): *La Diplomatie Iranienne (1925-1978)*, XXV volumes, Paris 1987, Tome Premier, Paris, S. 59.

¹⁸³ S. Pakrevan, His Excellency M. Auguste Wilden, French Minister, Teheran; Teheran, May 10, 1928, in: Mage, Tristan (Hrsg.): *La Diplomatie Iranienne (1925-1978)*, XXV volumes, Paris 1987, Tome Deuxième, S. 318.

Das Ende der Ära der offenen „ungleichen Verträge“ aber war noch nicht gleichzusetzen mit einem Ende der Abhängigkeiten und des Fremdeinflusses. Die britische Einflussnahme vollzog sich nun „mehr indirekt“, wie Nikki Keddie schreibt.¹⁸⁴

Instrument dieses Einflusses war einerseits die British Imperial Bank of Persia, der erst 1927 das alleinige Recht auf Notenemission entzogen werden konnte.¹⁸⁵ Andererseits erfolgte die ökonomische Penetration durch die Anglo-Persian (später Anglo-Iranian) Oil Company, die seit 1914 unter staatlicher Mehrheitsbeteiligung agierte. So war der britische Staat aufgrund der Vertragsbedingungen „Herr über die persische Erdölkonzession“.¹⁸⁶

Auch die UdSSR, die noch vor Abschluss des Freundschaftsvertrags von 1921 kommunistische Untergrundbewegungen in den nördlichen Provinzen des Vertragspartnerlandes und deren Separationsbestrebungen unterstützt hatte, warf bald wieder ein begehliches Auge auf den Nordiran. Schon der Vertrag von 1921 hatte für die iranische Seite nicht unproblematische Klauseln enthalten. Darunter diejenigen, die die sowjetischen Interventionsrechte im Krisenfall betrafen, und die Bestimmung, dass die von Moskau „zurückgegebenen Konzessionen“ nicht „an andere Länder oder deren Staatsangehörige“ neu vergeben werden durften. 1927 war die Position der UdSSR wieder stark genug, um sich die alleinigen Fischereirechte im Kaspischen Meer zu sichern.¹⁸⁷ Gulistan und Turkmentschai schienen in weiten Teilen zurückgekehrt. Auch ein Zollabkommen stellte alte „ungleiche“ Verhältnisse wieder her. Somit war der Iran auch nach 1921 bald wieder „zwischen den sowjetischen Hammer und den britischen Amboss geraten“.¹⁸⁸

Reza Schah entwickelte angesichts dieser Umklammerung seines Landes zwei Strategien, die ihm einen größeren Handlungsspielraum gegenüber den europäischen Mächten eröffnen sollten. Beide Handlungsoptionen hatten ihre geistigen Ursprünge bei den Vordenkern der Modernisierung, beim Amir-e Kabir und bei Mirza Taqi Khan.

Die Heeresreform, der Ausbau der Streitkräfte und damit das Erringen militärischer Stärke sollten den einen Weg zur nationalen Emanzipation weisen. Nach 1926 waren die Militärausgaben der größte Posten im Haushalt der Regierung. Der Schah führte den allgemeinen Wehrdienst ein.¹⁸⁹ Und er wagte das Unternehmen, an dem einer seiner Vorgänger im 19. Jahrhundert noch gescheitert war: den Aufbau einer Marine im Persischen Golf. Nicht nur in London reagierte man mit Ablehnung. Als man in

¹⁸⁴ Keddie: *Modern Iran*, S. 86.

¹⁸⁵ Keddie: *Iran und Afghanistan*, S. 209.

¹⁸⁶ Niedermeier: *Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik*, S. 156.

¹⁸⁷ Ebd., S. 165 ff.

¹⁸⁸ Ebd., S. 166.

¹⁸⁹ Keddie: *Modern Iran*, S. 89.

Teheran keinen anderen geeigneten Lieferanten in Europa fand, kaufte man Kriegsschiffe im Italien Mussolinis.¹⁹⁰ So ausgerüstet wagte Reza Schah eine erste Kraftprobe mit dem alten Hegemon, mit Großbritannien. Schon seit Beginn seiner Regierungszeit waren ihm die Vertragsbedingungen der APOC-Konzessionen ein Dorn im Auge. Das Ergebnis dieses Kräftemessens wird heute in der Literatur oft unterschiedlich bewertet, mehrheitlich aber gehen die Wissenschaftler davon aus, dass das, was Amir-Aslani als einen Erfolg bezeichnet, nur ein Scheinsieg für den Iran gewesen ist. Als die britische Marine in den Persischen Golf einlief und sich vor den Häfen des Iran positionierte, glaubte der Schah, mit seiner kleinen Marine die Herausforderung annehmen zu können.¹⁹¹ Das militärische Kräfte messen wäre wohl zugunsten des Vereinigten Königreichs ausgegangen, doch dann griff der Völkerbund ein. Das Ergebnis der Vermittlung der internationalen Völkergemeinschaft war eine „von der britischen Regierung gewünschte Pauschalabfindung der persischen Regierung“. Das bedeutete zwar „zunächst einen deutlichen Anstieg“ des iranischen Anteils an den Erdöleinnahmen der Gesellschaft. Diese Fixierung eines Festanteils war jedoch in London mit Finesse ausgedacht, denn hier rechnete man zu Recht mit steigenden Ölpreisen. Diese Berechnungen wurden Realität und so war das Ergebnis der Verhandlungen – miteinbezogen die Inflation über die Jahre hinweg – „Verluste für Persien“ auf der einen Seite, „während die Gewinne der APOC sehr schnell in nie geahnte Höhen kletterten“.¹⁹²

In Teheran fühlte man sich wieder betrogen. Der Glaube, dass man sich im Konfliktfall auf die Vermittlung Dritter, zumal eben immer wieder Europäer, besser nicht verlassen sollte, hatte sich herausgebildet und er wird später vom Völkerbund auf die Vereinten Nationen übertragen werden.

Dieses Misstrauen internationalen Organisationen der Völkergemeinschaft gegenüber schien sich dann ein halbes Jahrhundert später im Falle des Kriegs mit dem Irak in den 1980er-Jahren zu bestätigen. Die Tatsache, dass die UN zu den Völkerrechtsverletzungen von Seiten des Irak in diesem Krieg, der einer halben Million Iranern das Leben gekostet hat, schwieg, wiegt in der Erinnerung der Einwohner des Landes, auch der nicht regierungstreuen, schwer. Diese Erfahrung hat sich auch, wie Suzanne Maloney schreibt, in die „Erinnerung“ gerade der gegenwärtigen Führungseliten der Islamischen Republik „eingekerbt“.¹⁹³

Heute sind die UN für den iranischen Präsidenten nur ein Mittel der „oppression of the entire world by a handful of countries“.¹⁹⁴

¹⁹⁰ Amir-Aslani: Iran, S. 113.

¹⁹¹ Ebd., S. 113.

¹⁹² Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik, S. 159.

¹⁹³ Maloney, Suzanne: Iran's Long Reach. Iran as a pivotal state in the Muslim World, Washington D.C. 2008, S. 53.

¹⁹⁴ Zitiert in: NAM ready to help reform UN structure: Iranian President, in: Tehran Times, 27.9.2012.

Aus der historischen Erfahrung der iranischen Politik mit von außen gelenkten Staatsstreichern heraus ließe sich auch die These Maloneys unterstützen, die davon ausgeht, dass das Streben der Islamischen Republik nach atomarer Bewaffnung heute auch die Suche nach einem „security bond against regime change“ ist.¹⁹⁵

Der wohl spektakulärste dieser Eingriffe war der Sturz Mossadeqs, eine Intervention der US-Politik, deren direkte Auswirkungen bis in das Jahr 1979 reichten. Zwar ist offensichtlich, dass die „Involvierung der Vereinigten Staaten in den Staatsstreich von 1953“¹⁹⁶ die Beziehungen zwischen dem Iran und den USA von Anfang an überschattete. Doch einem so rigiden Schwarz-Weiß-Muster folgten die Vorgänge im Jahre 1953 nicht, wie Mossadeqs Anhänger dies oft gezeichnet haben. Auf die Nationalisierung bzw. Verstaatlichung der Erdölindustrie reagierte man – wie historisch gewohnt – in London zuerst mit Säbelrasseln und mit dem Plan eines militärischen Eingreifens. Die USA versuchten sich zuerst als Vermittler, indem man die britische Regierung dazu bringen wollte, „das Verstaatlichungsgesetz als Tatsache hinzunehmen“ und die iranische dazu, „sich zu einer Art Modus Operandi mit der AIOC auf der Basis des Verstaatlichungsgesetzes bereit zu erklären“.¹⁹⁷ Doch Mossadeq erwies sich als schwieriger Verhandlungspartner, alle Versuche, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, scheiterten. Als Wirtschaftssanktionen den iranischen Premier zum Einlenken bringen sollten, reagierte dieser mit einer offenen Annäherung an die UdSSR.¹⁹⁸

Mossadeq versuchte sich an jenem Spiel, das frühere iranische Politiker in ihrer Lage der Schwäche den Kolonialmächten gegenüber oft zu spielen versucht hatten. In der Position der Machtlosigkeit waren sie bestrebt, die Interessen der stärkeren Hegemonialmächte gegeneinander auszuspielen. Doch dieses Mal folgte dieses alte Spiel nicht mehr alten Spielregeln, sondern der Logik des Kalten Kriegs. Großbritannien war ein Verbündeter der USA. Die UdSSR, die als „Drittmacht“ in die Vorgänge mit involviert werden sollte, um als ein Gegengewicht zu den anderen Mächten zu wirken, war im Ost-West-Konflikt der Gegner der USA. Und so resümiert Niedermeier die Quintessenz der damaligen Vorgänge auch wie folgt: „... in Teheran hatte man nicht vollends begriffen, dass das Spiel mit einer dritten Macht schon seit geraumer Zeit endgültig ausgespielt war.“¹⁹⁹

¹⁹⁵ Maloney: *Iran's Long Reach*, S. 53.

¹⁹⁶ Niedermeier: *Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik*, S. 196.

¹⁹⁷ Ebd., S. 195.

¹⁹⁸ Ebd., S. 195.

¹⁹⁹ Ebd., S. 193.

Doch der Mythos Mossadeq war geboren, er wurde zur „Legende“,²⁰⁰ über die auch die religiöse Opposition im Iran nicht hinwegsehen konnte. Obwohl säkular orientiert, war es sein politisches Ziel, ausgerichtet „at freeing Iran from great-power control“, gewesen, das weit nach 1953 alle oppositionellen Strömungen und Denkrichtungen im Iran beeinflusste.²⁰¹ Bis 1979 arbeiteten die säkulare und die religiöse Opposition in weiten Bereichen zusammen. Nicht mehr taktische Spiele nach dem Muster einer Drittmachtpolitik, die eigene Schwäche voraussetzte, sondern nationale Stärke sollte die Position des Iran in der Weltpolitik bestimmen. Und auch mit unzuverlässigen „Freunden“ sollte sich die iranische Politik nicht mehr verbünden müssen.

2.2.6 Der Iran und die „unechten Verbündeten“

Das Jahr 1953 war für viele Iraner ein Jahr, so Nikki Keddie, der enttäuschten Hoffnungen. Denn viele politische Gruppierungen, die der Nationalen Front angehört hatten, hatten die USA als einen Verbündeten in ihrem Kampf gegen die britisch-sowjetische Hegemonie angesehen. Der US-Botschafter in Teheran hatte mit diversen Äußerungen bei ihnen die Hoffnung geweckt, die Vereinigten Staaten würden zu Garanten der nationalen Unabhängigkeit ihres Landes werden und Position beziehen gegen Großbritannien. Am Ende waren sie die Großmacht, die nun angesehen wurde „as a betrayer and not just an old enemy“.²⁰²

Im Spiel um die Position als „Dritte Macht“ in der Einflusspolitik im Iran hatte es schon einige Akteure zuvor gegeben, die nach dem Wunsch Teherans als Gegengewicht zum bestehenden anglo-russischen bzw. anglo-sowjetischen Übergewicht fungieren sollten. Vor den USA war u. a. auch Deutschland diese Rolle zugefallen. Voraussetzung für eine Besetzung in dieser Rolle war, dass der neue Verbündete keine direkten, d. h. auch keine territorialen Interessen in der Region hatte. Dies traf auf die Weimarer Republik zu. Das wirtschaftliche Engagement Deutschlands im Iran nahm in den 1920er-Jahren in großem Umfang zu – sehr zum Missfallen Großbritanniens. Deutschland schien ein Wunschpartner, denn nach den negativen Erfahrungen mit der „ungleichen“ Behandlung durch die alten Hegemonialmächte war es dieser neue Akteur, der, wie es im Freundschaftsvertrag vom 14. Februar 1929 hieß, Abkommen „auf der Grundlage vollständiger Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit“ abschloss.²⁰³ Der zunehmende politische Druck aus London schränkte

²⁰⁰ Amir-Aslani: Iran, S. 291.

²⁰¹ Keddie: Modern Iran, S. 187.

²⁰² Ebd., S. 131.

²⁰³ Freundschaftsvertrag zwischen dem Kaiserreich Persien und dem Deutschen Reich. Gezeichnet in Teheran, den 17. Februar 1929, in: Mage, Tristan (Hrsg.): La Diplomatie Iranienne (1925-1978), XXV volumes, Paris 1987, Tome Troisième, S. 503.

den deutschen Einfluss zunächst vorübergehend wieder ein. Das Jahr 1933 brachte mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten eine Zäsur mit sich, deren Auswirkung auf das Spiel der Drittmachtpolitik man auf iranischer Seite für zu lange Zeit nicht wahrnahm.²⁰⁴ Sogar ideologische Brücken wurden gebaut zwischen Teheran und Berlin: Da die Perser das indogermanische Farsi sprechen, wurden sie für Vertreter der NS-Rassenideologie zu Ariern. Auch der Schah nannte sich nun „Licht der Arier“ und es schien so, als hätten deutsche Wissenschaftler, darunter auch Orientalisten, mit ihrer unrühmlichen und unheilvollen Propaganda- und Wühlarbeit bei Hofe Erfolge erzielen können. Doch der iranische „Arianismus“ blieb für Reza Schah in erster Linie ein pragmatisch eingesetztes Instrument seiner Deutschland- und Drittmacht-Politik, gegen die Juden des Landes und gegen die vielen nicht-persischen Volksgruppen im Iran richtete er sich nie. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs schließlich brachte dann ein wieder „ungleiches“ Interesse einer auswärtigen Macht ins Spiel, das in das iranische Drittmachtkonzept so nicht hineinpasste. Die Rohstoffe des Landes und seine strategische Rolle interessierten in Berlin mit dem Vorrücken der Wehrmacht in Richtung Kaukasus immer mehr.²⁰⁵ Das Drittmachtspiel stand vor seinem Ende, denn Reza Schah war nicht daran gelegen, „vom russisch-britischen Regen in die deutsche Traufe zu geraten“.²⁰⁶ Doch er hatte sich in der weltpolitisch prekären Lage längst in den Fallstricken seines eigenen Spiels mit Gewichten und Gegengewichten verfangen. Im August 1941 setzte die anglo-sowjetische Invasion seiner Herrschaft ein Ende, der Iran war „wieder einmal militärisch besetzt“.²⁰⁷

Nach dem Krieg wollten die USA keine Vorherrschaft in klassisch-semikolonialem Stil über den Iran erringen, wie ihn Großbritannien und der nördliche Nachbar bevorzugten. Sie sahen die geostrategische Bedeutung des Landes im Ost-West-Konflikt an der Südflanke der UdSSR. Schah Muhammad Reza Pahlavi dachte man – in einer berühmt gewordenen Formulierung – die Rolle eines „Gendarmen der Region“ zu,²⁰⁸ der als verlässlicher Verbündeter die Interessen des Westens im Vorderen Orient sichern helfen sollte. Dazu brauchte man keinen schwachen, sondern einen starken Iran. Die Verwirklichung dieses Zieles hatte eine „nie dagewesene Aufrüstung des Iran“ zur Folge.²⁰⁹ Im Bereich der kon-

²⁰⁴ Zum Kapitel der iranisch-deutschen Beziehungen in dieser Zeit unter allen ihren Aspekten siehe das Standardwerk von: Hirschfeld, Ya'ir: Deutschland und der Iran im Spielfeld der Mächte. Internationale Beziehungen unter Reza Shah, 1921-1941, Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Tel Aviv 1980.

²⁰⁵ Siehe zu diesem Bereich Sadka, Nancy Leila: German Relations with Persia, 1921-1941, Diss., Stanford University, Stanford CA 1972.

²⁰⁶ Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik, S. 176.

²⁰⁷ Ebd., S. 176.

²⁰⁸ Amir-Aslani: Iran, S. 114.

²⁰⁹ Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik, S. 210.

ventionellen Bewaffnung schien Schah Muhammad Pahlavi besonders unter US-Präsident Nixon alles zu bekommen, was „er wollte“.²¹⁰ War der Iran nicht jetzt doch eine starke Macht geworden, die keine Erniedrigung mehr erfahren musste? Die neue Machtpolitik führte aber zu neuen Abhängigkeiten: Nach 1953 wurden die „US-Finanzhilfen“, im militärischen wie auch im wirtschaftlichen Bereich, „zur Haupteinnahmequelle des iranischen Staates“.²¹¹

Den „Aufbau der militärischen Stärke des Iran“ nutzte der Schah indes auch zur Entwicklung von „Repressionskapazitäten im Innern“ zur Unterdrückung der Opposition.²¹²

In ökonomischer Hinsicht wurden mit den Finanzhilfen Fehlentwicklungen unterstützt, die die innergesellschaftlichen Kluft und sozialen Verwerfungen weiter vertieften. Der Schah setzte in seiner Politik auf neue Eliten, die in der Literatur so bezeichnete „Petro-Dollar-Bourgeoisie“, auf eine neue Großindustrie und einen Dienstleistungssektor, ein neues Finanzwesen. Im Kampf um „staatliche Allokationen“ waren die „traditionalen Eliten“ – Bazaris, Kleinhändler und zunehmend auch Großgrundbesitzer – in das Hintertreffen geraten. In der Koalition der „Unzufriedenheit“ schloss sich die alte, ökonomisch benachteiligte wirtschaftliche Elite mit der religiösen Elite zusammen und diese bildeten damit zusammen jenes Kräftegemenge, das schon die Tabak-Konzessionen verhindert hatte. Massenarmut und soziale Verwerfungen verschärften das Konfliktpotenzial. Der Protest der Unzufriedenen richtete sich gegen die neue „Abhängigkeit“ der iranischen „Wirtschaft vom Ausland“.²¹³

Als neuer Hegemon waren die USA als Finanziere des Schah-Regimes in das Fadenkreuz der Schah-Kritiker geraten. Dabei entwickelten sich aber auch eindimensionale Betrachtungsweisen und Stereotypen. Tatsächlich wird das Bild der US-amerikanischen Iran-Politik in der Zeit von 1953 bis 1979 wissenschaftlich heute differenzierter gezeichnet als früher. So soll es, wie Alexander Niedermeier schreibt, dem Schah durch eine „Politik bewusster Desinformation auch und gerade gegenüber den amerikanischen Verbündeten“²¹⁴ bezüglich seiner Repressionspolitik gelungen sein, durchaus gegebene Kritik aus den USA zu besänftigen. Vor allen Dingen verstand es der Monarch, in seinem eigenen Spiel der Gewichte und Gegengewichte mit dem Androhen einer Annäherung an Mos-

²¹⁰ Vgl. Paolucci, Henry: Iran, Israel and the United States. An American foreign policy background study, New York 1991, S. 211.

²¹¹ Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik, S. 203.

²¹² Ebd., S. 207.

²¹³ Siehe hierzu Münch-Heubner, Peter L.: Sozialpolitik in den Ländern der islamischen Welt. Das islamische Wohlfahrtsmodell als Herausforderung für das „westliche“ Sozialstaatsmodell, Teil II, in: Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung 10/2004, S. 289-301, hier S. 299.

²¹⁴ Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik., S. 207.

kau, die US-Politik zu Zugeständnissen zu veranlassen. Und zur Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums hat Teheran tatsächlich gerade in dieser Zeit, zum Missfallen Washingtons, die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und zum Ostblock ausgebaut, was auch ökonomische „Vorteile“ für sein Land gebracht hat.²¹⁵

Unter Präsident Kennedy hatte man zum ersten Male in realistischer Sicht erkannt, dass die politischen und sozioökonomischen Fehlentwicklungen letztlich zu einer Destabilisierung des Iran führen mussten. Man drängte den Schah zu jenen Reformen, die unter dem Begriff der „Weißen Revolution“ bekannt geworden sind.²¹⁶ Diese „Revolution“, die u. a. eine Landreform, Verbesserungen für die Arbeiter und die Frauen des Landes mit sich bringen sollten, verstärkten, wenn sie nicht gar versandeten, noch die sozialen Ungleichheiten und Fehlentwicklungen. Die Landarbeiter, die aus ihren Abhängigkeitsverhältnissen zu den Großgrundbesitzern befreit werden sollten, bildeten ohne Arbeit in den Städten ein ständig anwachsendes Armenheer. In den Armutsbezirken dieser Städte wohnten keine Gewinner der „Weißen Revolution“, sondern deren Verlierer. Unter diesen Verlierern, den „mostazafin“, den „Entrechteten“, wie die Islamische Revolution sie dann nannte, konnte der Schah trotz Befreiung aus früherer Abhängigkeit keine neuen Anhänger für seine Politik gewinnen. Der Großgrundbesitz, der ihn anfänglich noch stützte, wandte sich nun auch gegen ihn. Und alle enttäuschten Hoffnungen der Weißen Revolution wandten sich am Ende gegen jene Macht, die diese Reform von außen in Gang gebracht hatte: die USA. Und mit den USA wurde auch deren militärische Zusammenarbeit mit Israel zur Zielscheibe der Kritik.²¹⁷

Ayatollah Khomeini hatte sich bis zum Jahr 1963 in seinen Schriften nicht sehr tiefgründig mit den USA oder Israel auseinandergesetzt. Sein Gegner war die Pahlavi-Dynastie. Ihm ging es bis dahin in der Hauptsache um sein Konzept der Etablierung der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ („velayat-e faqi“), um die Legitimität der Machtausübung durch einen islamischen Rechtsgelehrten im Staat.²¹⁸ Jenes Abkommen mit den USA aber, das den US-amerikanischen Militärangehörigen und ihren Familien im Iran Exterritorialität gewährte, wurde für ihn zum Anlass, wütende Protestmanifeste abzufassen, in denen er dieses Abkommen mit den Kapitulationen des 19. Jahrhunderts, den Verträgen der Ära des „bardegi-e iran“ gleichsetzte.²¹⁹ Im März 1963 war er im Verlauf von Studentenprotesten, die von SAVAK-Einheiten gewaltsam aufgelöst wurden, in einer Moschee, in der

²¹⁵ Keddie: Iran und Afghanistan, S. 217.

²¹⁶ Vgl. hierzu Bill, James A.: *The Eagle and the Lion: The Tragedy of American-Iranian Relations*, New Haven 1988.

²¹⁷ Paolucci: Iran, Israel, and the United States, S. 125.

²¹⁸ Vgl. Münch-Heubner: Der Iran, an mehreren Orten.

²¹⁹ Vgl. Keddie: *Modern Iran*, S. 359, Anm. 7.

er gepredigt hatte, verhaftet worden. Nach seiner Verhaftung attackierte er zum ersten Male öffentlich auch Israel.²²⁰ SAVAK, Geheimpolizei und Nachrichtendienst, arbeitete eng mit CIA und Mossad zusammen.

Als historisches Fazit der Epoche der Herrschaft von Muhammad Reza Schah blieb als sich fortsetzendes Narrativ: Die „Beendigung des britischen Monopols Jahrzehnte zuvor“ war in den Augen vieler Iraner „nicht als Ende der Fremdherrschaft“ angesehen worden, „sondern lediglich als Diversifizierung und damit zugleich Intensivierung der iranischen Abhängigkeit vom Westen“.²²¹

Israel wird in dieser Sicht in die Reihe der „arrogant powers“ des Westens eingeordnet.²²² Auf der anderen Seite stehen die „oppressed nations, particularly Muslim (nations)“.²²³ Und der Iran steht als „regional power“, die sich befreien konnte, auf der Seite der Unterdrückten. Doch wie definiert die Islamische Republik diese Rolle als Regionalmacht heute?

2.2.7 Der Iran als Vormacht

Wo liegen die Wurzeln eines etwaigen iranischen Vormachtstrebens begründet? Vom „Anspruch auf eine Führungsrolle am Persischen Golf“²²⁴ ist in der Neuzeit erst im Zusammenhang mit Muhammad Reza Schah die Rede. Der zweite Pahlavi-Herrscher ließ das Erbe des antiken Persien feiern, erklärte sich selbst zu „Erben des Kyros“, er träumte „imperiale Träume“.²²⁵

Doch sein „Imperium“ musste in der politischen Realität des Vorderen Orients Grenzen kennen. Henry Kissinger und Präsident Ford hatten dem Schah eine bedeutende Rolle nicht nur in der Politik im Nahen Osten zugebilligt, sie sprachen von „His Majesty’s leadership ... in world affairs“. Gleichzeitig mahnten sie aber auch eine friedliche Zusammenarbeit des Iran mit seinen Nachbarstaaten in der Region an.²²⁶

Das iranische Atomprogramm – zur friedlichen Nutzung der Kernenergie – begann in den 1950er-Jahren mit Hilfe der USA und später auch mit europäischer Beteiligung. Doch wollte der Schah heimlich schon die Atombombe, wie ihm Kritiker unterstellen?²²⁷ Die Entwicklung der Atom-

²²⁰ Ebd., S. 147 f.

²²¹ Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik, S. 211.

²²² President: Iranians concerned over Palestinians, irna newsid: 41 729, Sunday 9 September 2012, <http://www.president.ir/en/41729>, Stand: 17.2.2013.

²²³ Israel will be demolished if it attacks Iran: IRGC chief, in: Tehran Times, 17.9.2012.

²²⁴ Keddie: Iran und Afghanistan, S. 217.

²²⁵ Amir-Aslani: Iran, S. 288 f.

²²⁶ United States of America and Iran. Joint Communiqué on Cooperation. Dated at Tehran on 2 November 1974, in: Mage, Tristan (Hrsg.): La Diplomatie Iranienne (1925-1978), XXV volumes, Paris 1987, Tome Vingt Troisième, S. 4109.

²²⁷ Vgl. Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006, S. 20.

industrie im Iran war vor 1979 beachtlich vorangekommen.²²⁸ Das Land „unterschrieb“ aber „als einer der ersten Staaten den NVV“.²²⁹ Damals wie heute ging es, so Nirumand, erst einmal „um den Aufbau einer umfassenden, vom Ausland unabhängigen Nuklearindustrie“.²³⁰ Doch was steht am Ende der Entwicklung?

2.3 Politik und politische Rhetorik

In der Debatte um eine mögliche Bedrohung Israels durch einen mit Atomwaffen ausgerüsteten Iran spielt die politische Rhetorik von offiziellen Repräsentanten des iranischen Staates, seiner Regierung, seiner Militärs eine nicht unbedeutende Rolle. Kahl, Dalton und Irvine warnen davor, die teilweise irrationale und „abschreckende“ Rhetorik von z. B. Präsident Ahmadineschad mit einer Politik zu verwechseln, die in der Realität „rational“ ist und die keine Risiken eingehen würde, die das Fortbestehen des Regimes gefährden könnten.²³¹

Doch in der Öffentlichkeit und in der veröffentlichten Meinung in den Medien beherrschen die Äußerungen eines Mahmud Ahmadinedschad die Berichterstattung der Zeitungen. Und sie spielen in Israel eine große Rolle, wenn es um einen möglichen militärischen Schlag gegen das iranische Atomprogramm geht. Dabei steht besonders ein Zitat des iranischen Präsidenten im Vordergrund, das für sehr viel Empörung in der westlichen Politik gesorgt hat: Im Oktober 2005 soll er auf einem Kongress in Teheran mit dem Titel „Eine Welt ohne Zionismus“ den Satz gesagt haben: „Israel muss von der Landkarte radiert werden“, in der englischen Version: „Israel must be wiped off the map.“

Katajun Amirpur schrieb dazu in der Süddeutschen Zeitung: „Kein Satz wird so häufig mit dem amtierenden Präsidenten Irans, Mahmud Ahmadinedschad, assoziiert wie dieser ... Das Problem ist nur – er hat diesen Satz nie gesagt.“²³²

Amirpur will hier sagen: Er hat diesen Satz „so“ nicht gesagt. Wie andere Autoren und Kritiker geht sie davon aus, dass es sich hier um einen Übersetzungsfehler handelt. Sogar das Middle East Media Research Institute in Israel geht von einer falschen Wiedergabe des Zitats aus.²³³ Konkret dreht sich die Debatte um die Wiedergabe des persischen Wortes *rūzgār*

²²⁸ Vgl. dazu Neuneck, Götz: Der Atomstreit mit dem Iran: Einzelfall oder Ende des Nichtverbreitungsvertrages?, in: Beestermöller, Gerhard / Justenhoven, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Der Streit um die iranische Atompolitik. Völkerrechtliche, politische und friedensethische Reflexionen, Stuttgart 2006, S. 13-38, hier S. 15.

²²⁹ Ebd., S. 14.

²³⁰ Nirumand: Die drohende Katastrophe, S. 20.

²³¹ Kahl, Colin R. / Dalton, Melissa G. / Irvine, Matthew: Risk and Rivalry. Iran, Israel and the Bomb, Center for a New American Security, Washington D.C. June 2012, S. 13.

²³² Amirpur, Katajun: Umstrittenes Zitat von Ahmadinedschad. Der iranische Schlüsselsatz, in: Süddeutsche Zeitung, 15./16.3.2008.

²³³ MEMRI: Special Dispatch, 2.11.2005.

(روزگار). Dieses Wort bedeutet übersetzt tatsächlich nicht Landkarte, sondern Zeit, Epoche, Welt, kann aber auch Leben heißen. Für Amirpur, die zudem darauf hinweist, dass in diesem Text nicht vom israelischen Staat, sondern nur von einem Regime die Rede sei, (pers.: režim, رژیم), ergibt sich daraus, dass hier nicht die Zerstörung des Staates Israel, sondern nur ein Regimewechsel gefordert würde. Auch das ist eine eigenwillige Interpretation. Ahmadinedschad hat oft vom „zionistischen Regime“ in Jerusalem gesprochen, er mied den Namen Israel in seinen Reden. Und die Debatte darüber, was hier aus Geschichte oder Geographie gestrichen werden soll – denn um „Streichen“ (مسح) geht es im Text allemal –, führt nicht zum Kern des Problems. Und das liegt in der Frage nach der Authentizität des Textes, der Quelle begründet, auf der die Berichterstattung der Medien seit dem Jahre 2005 beruht.

Denn Bezug genommen wird seither auf einen Text, der ursprünglich von der Nachrichtenagentur Iranischer Studenten ISNA am 26. Oktober 2005 verbreitet wurde. Dieser persische ISNA-Text ist im besten Falle als eine mit Vorsicht zu behandelnde Sekundärquelle zu betrachten. Eine authentische bzw. autoritative Primärquelle indes existiert nicht!

Wahr ist zudem, dass es sich bei diesem Satz um ein Khomeini-Zitat handelt, womit man beinahe bei der Problematik der Regensburger Rede von Papst Benedikt angelangt wäre. Doch: Es wäre davon auszugehen, dass Ahmadinedschad, der sich als Schüler Khomeinies betrachtet, ein solches Zitat mit einer deutlich affirmativen Intention getätigt hätte.

Doch a priori bleibt festzustellen, dass sich die umstrittene Textstelle mit keinem wirklichen Originaltext, Originalzitat, keinem Dokument der Konferenz etwa, beweisen bzw. nachweisen lässt.

Kahl, Dalton und Irvine schreiben, dass Ahmadinedschad diese Aussage und ihre Kernhalte niemals dementiert habe.²³⁴ Das stimmt ebenfalls nicht. In einer bemerkenswerterweise nach Brüssel übermittelten Nachricht stritt das Präsidentenamt am 20. Februar 2006 – allerdings erst vier Monate nach dem Kongress in Teheran – ab, dass eine entsprechende Äußerung getätigt worden sei.²³⁵

Und bemerkenswert erscheint auch die Tatsache, dass die berühmterbüchtigte englische Version „to wipe off the map“ der betreffenden Stelle aus dem ISNA-Text eben nicht von einer internationalen und damit nicht-iranischen Nachrichtenagentur stammt, sondern aus Teheran selbst kam. Der iranische Nachrichtensender IRIB – nicht die offizielle staatliche Nachrichtenagentur IRNA! – lieferte in seinem englischsprachigen Dienst am 26. Oktober 2005 jene indirekt gefasste Meldung, die für so viel Ärger sorgte.²³⁶ Das wirft einige nicht unwesentliche Fragen auf. Und das Ver-

²³⁴ Kahl / Dalton / Irvine: Risk and Rivalry, S. 13.

²³⁵ Iran denies wanting to „wipe Israel off the map“, president.ir, Brussels, 20.2.2006, Archive Iran Defence Forum, <http://www.irandefence.net>, Stand: 15.9.2012.

²³⁶ <http://web.archive.org/web/200606252>, Stand: 17.9.2012.

wirrspiel um die Wiedergabe von Stellungnahmen und Äußerungen von Politikern und Offiziellen in den Medien bzw. die unterschiedliche Wiedergabe dieser Statements in den englisch- und persischsprachigen Medien, Nachrichtensendungen und Agenturmeldungen dauert bis heute an.

Ein nicht uninteressantes jüngstes Beispiel hierfür liefert die Wiedergabe der Äußerung des Kommandeurs der Islamischen Revolutionsgarden, Generalmajor Ali Jafari, zu einem möglichen israelischen Erstschatz gegen das iranische Atomprogramm und dessen Folgen. In der *Tehran Times* findet sich dazu ein eher martialischer Text, der Entschlossenheit zur Wehrhaftigkeit und zum militärischen Gegenschlag zeigt: „Israel will be demolished if it attacks Iran.“²³⁷

Abgesehen davon, dass hier von einem israelischen Erstschatz die Rede ist, werden – dem internationalen – Publikum hier die Konsequenzen eines solchen israelischen Angriffs auf iranische Atomeinrichtungen deutlich vor Augen geführt: „... and nothing will remain of the country“.

In der iranischen Tageszeitung *Etela'at* vom selben Tag²³⁸ hingegen liest sich jener eine Satz, den Jafari an diesem Tag an Israel gerichtet hat, indes ganz anders:

اسرائیل کوچکتر از آن است که به ایران حمله کند

In der Transliteration: „esrā'īl kūčektar az ān ast keh beh irān hamleh konad“, übersetzt: Israel ist kleiner als das, was einen Angriff auf den Iran machen kann, will so heißen: Israel ist zu klein – zu schwach – für einen Angriff auf den Iran.

Eine weitere Version derselben Stellungnahme bietet Kayhan. Die Exilredaktion der bekannten persischsprachigen Zeitung in London legt hier ein Zitat vor, in dem Israel als „Schandmal“ (pers. lakkeh, لکه) und als „Krebsgeschwür“ (godde saratānī غده سرطانی) bezeichnet wird.²³⁹ Diese Begriffe allerdings sind häufig – zu häufig? – wiederkehrende Stereotypen. Von einer Zerstörung Israels ist in dem Zitat selbst nicht die Rede, obwohl die Zeitung in der Einführung des Artikels indirekt der Teheraner Regierung vorwirft, das „physische Ende“ dieses Staates zu planen. Kayhan aber ist in seiner politischen Ausrichtung auf der Linie des alten Schah-Regimes verblieben, proklamiert oft die Wiederrichtung der Monarchie zum Ziel ihrer Tätigkeit – und auch der Sohn des letzten Pahlavi-Schahs hat dort nicht selten seine Kolumne. Was bleibt, sind drei vollkommen unterschiedliche Versionen ein und desselben Satzes.

Das Beispiel zeigt indes, dass in wissenschaftlicher Hinsicht – und es sollte wohl auch in politischer so sein – im Umgang mit und bei der Übernahme von Zitaten iranischer Offizieller Vorsicht geboten ist.

²³⁷ Israel will be demolished if it attacks Iran: IRGC Chief, in: *Tehran Times*, 17.9.2012.

²³⁸ *Etela'at*, 27 shahrivar 1391.

²³⁹ غده سرطانی سیاه باستان آن Kayhan, Thursday 27 September to Wednesday 3 October 2012.

Was die zwei voneinander abweichenden Zitate aus – immerhin offiziellen – englisch- und persischsprachigen Publikationsorganen anbetrifft, so läge es nahe, diesen Sachverhalt mit dem oft gegebenen Gegeneinander der unterschiedlichen Fraktionen und Machtzentren in den komplexen Machtstrukturen des Dualsystems aus weltlicher und religiöser Führung im Iran in Verbindung zu bringen.²⁴⁰ Der Machtkampf um die Nachfolge Ahmadinedschads hatte zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen.²⁴¹ Das erklärt die ja fast diametral entgegengesetzten Inhalte der beiden Versionen jedoch nur vordergründig. Und konkrete Zuordnungen lassen sich kaum vornehmen.

Doch lässt sich hier über einen größeren Zeitraum hinweg eine gewisse Linie in der Medienpolitik im Iran erkennen, die auch in dem oben aufgeführten Falle zu erkennen ist: Die englische Übersetzung scheint nach außen hin Wehrhaftigkeit, Entschlossenheit, Verteidigungs- und Kampfbereitschaft zu signalisieren, die Farsi-Variante hingegen erweckt den Eindruck, als solle hier nach Innen Beruhigung und Besänftigung von Ängsten in der Bevölkerung erfolgen. Auch hier würde man zunächst eigentlich Appelle an die Verteidigungsbereitschaft aller Iraner erwarten. Vielleicht aber scheint der Führung, in Erinnerung an die Unruhen im Gefolge der Präsidentschaftswahlen im Jahre 2009, diese Strategie sinnvoller.

Die in englischer Sprache gehaltenen Texte indes offenbaren, wie sich das Land nach außen hin und im Angesicht einer äußeren Bedrohung verstanden wissen will: stark und verteidigungsfähig und nicht schwach und angreifbar wie in der Vergangenheit, wie in der Zeit des „bardegi-e iran“. Und eben aufgrund dieser gewollten Außenwirkung können Texte aus der Tehran Times auch in anderen Fällen für die Analyse der Intentionen iranischer Außen- und Verteidigungspolitik trotz aller Bedenklichkeiten herangezogen werden – wenn ihre Existenz eben anders als im Falle des „Landkarten“-Zitats von Ahmadinedschad eben seriös nachgewiesen werden kann.

2.4 Der Iran als Atommacht? Konsequenzen, Risiken und Möglichkeiten einer Lösung der Atomfrage auf dem Wege von Verhandlungen

Die Frage nach den Konsequenzen eines iranischen Atomwaffenbesitzes kann nur dann hypothetisch beantwortet werden, wenn man versucht, sich mit den Motiven der Außen- und Verteidigungspolitik des Iran auseinanderzusetzen.

Was die historischen Determinanten der Sicherheits- und Militärpolitik des Iran anbetrifft, so kann aufgrund der Untersuchung der historischen

²⁴⁰ Zu diesem Dualsystem siehe u. a. Buchta, Wilfried: *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington D.C. 2000.

²⁴¹ Siehe dazu Keynoush, Banafsheh: *Iran after Ahmadinejad*, in: *Survival* 3/2012, S. 127-146.

Erfahrung des Landes mit dem Westen und seinen Nachbarstaaten festgestellt werden, dass diese Erfahrung ein Streben nach eigener Stärke bedingt hat, dessen zentrales Element eher defensiv ist. Die Vergangenheit hat die Iraner aus ihrer Sicht gelehrt, dass nur Stärke Unterwerfung verhindert und dass vom Westen nur derjenige als Verhandlungspartner auf gleicher Augenhöhe akzeptiert wird, der auch dementsprechend militärisch ausgerüstet ist und der auch über ein ausreichendes Drohpotenzial verfügt.

Diese Vergangenheit im politischen iranischen Denken ist auch im Hier und Heute gegenwärtig. Der Westen, das zeigt Ahmadinedschad auch bei seinen Auftritten bei den Vereinten Nationen, das ist in seinen Augen immer noch eine Ansammlung von Kolonialmächten, die die Unabhängigkeit der Nationen außerhalb Europas und Nordamerikas bedrohen. Er sagt so auch, dass die „era of slavery and colonialism“ – er bedient sich bewusst der Wortwahl Khomeinis, um die Zeit der „Ungleichen Verträge“ als drohende Warnung heraufzubeschwören – niemals wiederkehren dürfen.²⁴²

So wird die historische Erinnerung an die Zeit der Schwäche wach gehalten und gleichzeitig in der Gegenwart zur Grundlage eines absoluten Wehrfähigkeitspostulats gemacht. Schon im nicht-militärischen Bereich zeigt sich, wie sehr die Epoche der „Sklaverei“ das Denken von politischen Akteuren der Islamischen Republik geprägt hat und wie diese Erinnerung auch offensive reaktive Elemente beinhalten kann: Die National Iranian Oil Company, ein „Instrument der Teheraner Regierung, den eigenen Einfluss des Iran in der Region zu mehren und gleichzeitig denjenigen anderer Akteure zurückzudrängen“, führte schon in Kasachstan erfolgreich eine Kampagne gegen „Abmachungen“ der dortigen Regierung mit US-Konzernen durch, da diese „den Charakter von unequal bargains aufwiesen“.²⁴³

Benötigt diese Politik der angestrebten Zurückdrängung des politischen und ökonomischen Einflusses des Westens in der Region auch A-Waffen?

2.4.1 Die Motive iranischer Atompolitik

Robert E. Hunter hat die USA und den Iran im gegenwärtigen Atom-Konflikt als „Gefangene der Vergangenheit“ („prisoners of the past“) bezeichnet.²⁴⁴

Wie sehr die Vergangenheit die Gegenwart im politischen Denken in der Islamischen Republik bestimmt, zeigt auch der Versuch einer Analyse der Motivationsgrundlagen iranischer Atompolitik. Denn jedes der

²⁴² Full Text of president's speech at UN General Assembly, IRNA, newsid: 24129, Friday 24 September 2010.

²⁴³ Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik, S. 241.

²⁴⁴ Hunter, Robert E.: Rethinking Iran, in: Survival 5/2010, S. 135-156, hier S. 147.

hier herausgearbeiteten Motive führt in die Geschichte zurück. Diese historischen Determinanten zeigen auch, warum jeglicher Versuch, den Iran zu einem „pariah state“ in der Weltpolitik zu machen, erfolglos bleiben muss, weil er eben vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung auf iranischer Seite eine umso heftigere Gegenreaktion zur Folge hat. Und so bietet jener von Hunter geforderte „more comprehensive view of that country“ den einzig konkreten Lösungsansatz für diesen Konflikt, auf der Ebene zwischen den USA und dem Iran geprägt von einer „decades-long mutual obsession“, an.²⁴⁵

Ein erster Schritt hin zu einem besseren Verständnis der Hintergründe iranischen politischen Handelns weist der Blick auf die bereits erwähnten historischen Ereignisse, die die psychologische Ebene hier maßgebend mit beeinflussen. Der Krieg mit dem Irak und das Schweigen des Westens zu den Verletzungen des Völkerrechts durch das Saddam-Hussein-Regime, das Schweigen zum Einsatz von Giftgas und von SCUD-Raketen im „Krieg der Städte“ haben die Einstellung der iranischen Politik dem Westen gegenüber geprägt. Und dieser Krieg berührte eben nicht nur die politischen Eliten, er hat mit seinen zivilen Opfern „tiefe Spuren in der iranischen Gesellschaft hinterlassen“. Und da blieb auch noch die problematische Rolle der USA in dieser Auseinandersetzung.²⁴⁶

Ebenso haben die in der Geschichte des Landes sich aneinander reihenden und von außen gelenkten „regime changes“ zu zusätzlichen Resentiments gegen Europa und die USA geführt.

Und so warnen auch Nikkie Keddie oder Fred Kaplan vor jeglichem Gedanken an eine Unterstützung iranischer Oppositionsgruppen durch die USA, die auf einen Umsturz im Iran zielen würden. In der Bevölkerung und auch bei den mit dem Regime unzufriedenen Iranern fänden solche Initiativen kaum Unterstützung:

„However, as anyone who knows anything about Iran’s history would emphasize, these same Iranians deeply distrust outsiders ... who try to interfere in their domestic affairs.“²⁴⁷

Zudem haben auch viele der Organisationen von Exil-Iranern, die sich für eine Unterstützung ihrer eigenen Umsturzpläne durch Washington aussprechen, längst den Kontakt zum politischen Denken in ihrer Heimat verloren.²⁴⁸ Im Falle der Gruppierung um Reza Pahlavi, den Sohn des letzten Schah, stellt sich vor dem Hintergrund der Geschichte dieser „Dynastie“ zudem die Frage, ob diese Familie trotz der Betonung historischer Legitimationsgrundlagen ihrer Herrschaft das wirkliche Geschichtsempfinden ihrer eigenen Landsleute je verstanden hat.

²⁴⁵ Ebd., S. 138.

²⁴⁶ Neuneck: Der Atomstreit mit dem Iran, S. 25.

²⁴⁷ Keddie: Modern Iran, S. 340.

²⁴⁸ Vgl. ebd., S. 340.

Auch das Gefühl der „Einkreisung“ des Iran durch feindlich gesinnte Mächte ist historisch gewachsen und wird in der Gegenwart durch geostrategische, geopolitische Faktoren und die Realität der militärischen Aufrüstung in der gesamten Region weiter bestärkt. Schon in der Vergangenheit war, wie zu sehen war, das Land Objekt und nicht Subjekt der Internationalen Politik und Opfer zahlreicher Interventionen von außen.

Heute ist die Islamische Republik umringt von anderen Atommächten, von Israel, Pakistan, Indien und Russland. Auch ist sie umzingelt von US-amerikanischer Militärpräsenz u. a. in Saudi-Arabien, dem Irak, in Afghanistan. Im Westen grenzt das Land an die Türkei und damit an NATO-Territorium. In Norden und Nordosten des Iran spielt sich der Kampf um Macht und Einfluss in Zentralasien zwischen den USA und Russland ab. Und hier im zweiten Teil des „Great Game“ sieht auch Niedermeier längerfristig die Gefahr, „dass der Iran erneut in das imperial-penetrative Räderwerk dieser Großmachtinteressen gerät“.²⁴⁹

Der Nahe und Mittlere Osten ist zudem um den Iran herum eine große Waffenkammer: „So werden C-Waffen-Arsenale in Ägypten, Syrien, Israel und Jemen sowie B-Waffen-Forschungen in einigen Ländern (Ägypten, Israel, Syrien) vermutet. Status und Zweck dieser Programme liegen allerdings im Dunkeln.“ Bei alledem sei es daher auch „nicht verwunderlich, dass der Iran sich ‚eingekreist‘ fühlt“.²⁵⁰

Drängt damit diese Defensivsituation ein Land dazu, in der Suche nach einer Regionalmachtposition einen Ausweg aus dieser Situation zu finden? Welche Rolle und Bedeutung käme einer Atommacht Iran zu? Würde der Iran eine Atommacht mit defensiver Ausrichtung bleiben?

2.4.2 Die Problematik der Proliferation: die mögliche Weitergabe an nichtstaatliche Akteure

Für Amir-Aslani wäre ein atomar ausgerüsteter Iran nicht vergleichbar mit der Atommacht Nordkorea. Dies vor allen Dingen deswegen, weil Nordkorea in seiner Region eine weitgehend isolierte Atommacht sei, die außerhalb ihrer Grenzen über keinerlei politischen „Einfluss“ auf ihre Nachbarstaaten, über keine Kontakte zu befreundeten politischen Gruppierungen auf deren Gebiet verfügt.²⁵¹ Auch Alireza Nader, Iran-Experte der RAND-Corporation in Santa Monica, Kalifornien, sieht diesbezüglich große Unterschiede, wenngleich, „much like North Korea, Iran’s nuclear program constitutes an important pillar of the regime’s survival and even political legitimacy. However, Iran, though autocratic, is much more politi-

²⁴⁹ Niedermeier: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik, S. 239.

²⁵⁰ Neuneck: Der Atomstreit mit dem Iran, S. 25, 27.

²⁵¹ Amir-Aslani: Iran, S. 98.

cally and socially open than North Korea, and more susceptible to sanctions and positive inducements.²⁵²

Ist die Gefahr einer möglichen Weitergabe von Atomwaffen durch eine Atommacht Iran an Gruppierungen wie Hizbullah im Libanon in der Zukunft ein realistisches Bedrohungsszenario?

Amir-Aslani selbst, der ein verstärktes atomares Wettrüsten im Gefolge eines iranischen Atomwaffenbesitzes fürchtet, sieht hier auf der intra-staatlichen Ebene eine solche Gefahr nicht. Die Beziehungen Teherans zu Hizbullah oder Hamas sieht er in erster Linie unter dem Gesichtspunkt eines politischen Spiels um Macht und Einfluss in der Region, in dem der Iran als Regionalmacht und regionaler Akteur anerkannt werden möchte. Bezüglich des Libanon oder Israel / Palästina meint er: „L’Iran n’a aucun intérêt au Liban ou en Palestine.“²⁵³

So wolle man in Teheran keine islamische Tochter-Republik im Libanon, unter der Führung der Hizbullah, errichtet sehen. Amir-Aslani gesteht der iranischen Nahost-Politik ein großes Maß an Realitätssinn zu, und er meint auch, dass Teheran nicht zu „selbstmörderischen“ Abenteuern neige. Man provoziere zwar gerne, kenne aber immer die Grenzen des Spiels. Eine direkte militärische Einmischung des Iran im Libanon würde schon vor dem Hintergrund der Involvierung der vielen anderen Mächte in das Geschehen im Staat der Zedern deutliche Gegenmaßnahmen von Seiten Israels oder der USA zur Folge haben. Und der Iran sei der direkten Konfrontation mit beiden Staaten trotz aggressiver Rhetorik in letzter Konsequenz immer aus dem Weg gegangen. Doch würde das dann auch eine Atommacht Iran tun?

Die Beziehungen des Iran zur schiitischen Gemeinschaft des Libanon haben eine fünf Jahrhunderte alte Geschichte. Schon die Safaviden haben zur Verbreitung des schiitischen Glaubens im Iran ab dem 16. Jahrhundert Rechtsgelehrte aus dem Dschubal-Amil in ihr Land geholt.²⁵⁴ Viele Familien von Ayatollahs und Großayatollahs haben trotz iranischen Nationalempfindens ihre genealogischen Wurzeln im Libanon. Der geistige, theologische und kulturelle Austausch zwischen Persien und den Schiiten des Dschubal-Amil vollzog sich über Jahrhunderte hinweg und war schon dem sunnitischen Osmanischen Reich, dem Gegenspieler des Iran im Vorderen Orient und Herrn im Libanon bis zum Ersten Weltkrieg, ein Dorn im Auge. Doch eine militärische Dimension, die die Sicherheit des Staates der Sultan-Kalifen am Bosphorus hätte bedrohen können, entwickelte sich aus diesen engen transnationalen Beziehungen nie.

²⁵² Nader, Alireza: Influencing Iran’s Decisions on the Nuclear Program, in: Solingen, Etel (Hrsg.): *Sanctions, Statecraft, and Nuclear Proliferation*, Cambridge u. a. 2012, S. 211-231, hier S. 211.

²⁵³ Amir-Aslani: *Iran*, S. 196.

²⁵⁴ Vgl. Münch-Heubner, Peter L.: *Zwischen Konflikt und Koexistenz. Christentum und Islam im Libanon*, Aktuelle Analysen der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 28, München 2002, S. 90 f.

Theologisch im Sinne der Lehren des Imam Khomeini beeinflussen Einrichtungen wie die Hochschule in Qum im Iran die Entwicklung im religiösen Bereich der schiitischen Libanesen seit geraumer Zeit.²⁵⁵ Dies betrifft aber in erster Linie die Hizbullah, die aber nicht alle Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft repräsentieren.

Die Hizbullah spielen im Kontext der Einflussnahme der Islamischen Republik auf die Region eine große Rolle. Ideologisch, finanziell und militärisch hat Teheran den Aufbau der Organisation unterstützt. Am Beginn und in der Phase des Revolutionsexports propagierten die Hizbullah die Errichtung eines Islamischen Staates im Libanon. Doch angesichts der demographischen Verhältnisse im Staat der Zedern, in dem die Schiiten allein keine absolute Bevölkerungsmehrheit darstellen, obsiegte bald pragmatischer Realitätssinn. Und das Einsickern von Pasdaran in den Libanon, das über Syrien erfolgte, wurde von Damaskus im Sinne der eigenen Sicherheitsinteressen gelenkt und auch begrenzt. In der Vergangenheit war es so durchaus auch zu Zusammenstößen zwischen syrischen Militärs und iranischen Revolutionswächtern gekommen, wenn diese die ihnen von Syrien zugeordneten Grenzen überschritten.²⁵⁶

Der Iran unterstützt heute finanziell Sozialprojekte im libanesischen Wohnungsbau und trägt damit zur Konsolidierung der weitgehend eigenständigen Sozialsysteme der Hizbullah bei, was sein Prestige nicht unwesentlich erhöht.²⁵⁷ Welche Rolle ein atomar ausgerüsteter Iran hier spielen könnte, bleibt schwer abzuschätzen. Im Falle der israelischen Militäraktion von 2006 hat Teheran die direkte Konfrontation mit Israel vermieden.

Welches Interesse hätte Teheran an einer Lieferung von Atomwaffen an die Hizbullah? Trotz der offen bekundeten Solidarität zwischen Teheran und der „Partei Gottes“ im Libanon sind die Beziehungen zwischen beiden Seiten nicht ungetrübt. Als Ayatollah Khamenei in den 1990er-Jahren zum mardscha 'al a'zam, zur höchsten geistlichen Autorität der Schiiten in der Welt aufsteigen wollte, scheiterte dieser Versuch der institutionellen Etablierung der religiösen Einflussnahme des Iran auf alle Glaubensangehörigen außerhalb seiner Grenzen auch am Widerstand der schiitischen Religionsgelehrten-Autoritäten des Libanon.²⁵⁸

Außerdem hat der Iran seine eigenen negativen Erfahrungen mit subversiven und auch terroristischen Aktivitäten von nichtstaatlichen Untergrundorganisationen machen müssen, was von den Anschlägen der Volksmudschaheddin bis hin zu den Aktivitäten ethnischer Splittergruppen reicht. Vor allen Dingen die Gewalt sunnitischer und anti-schiitischer

²⁵⁵ Rosiny, Stephan: Islamismus bei den Schiiten im Libanon. Religion im Übergang von Tradition zur Moderne, Studien zum Modernen Islamischen Orient, Bd. 8, Berlin 1996, zugl. Diss. Frankfurt a. M. 1996, S. 85.

²⁵⁶ Münch-Heubner: Zwischen Koexistenz und Konflikt, S. 94, 96.

²⁵⁷ Ebd., S. 95.

²⁵⁸ Siehe Münch-Heubner: Der Iran, S. 107.

Gruppen – wie auch die von al-Qaida – gegen schiitische Glaubensangehörige und die Geschichte von zahlreichen abtrünnigen Gruppierungen im Verlauf der Islamischen Revolution, die Terror gegen die Islamische Republik ausgeübt haben, mahne, wie Nikki Keddie meint, Teheran zur Vorsicht und werde verhindern, dass der Iran eines tun werde: „giving terrorists a tool that can easily be used against you.“²⁵⁹

Doch war und ist der Iran nicht ein Förderer des Terrorismus, wie die US-Regierungen sagen?

Kahl, Dalton und Irvine schreiben: „Iran has a long history of sponsoring brazen terrorist attacks abroad, including the bombings of the U.S. Embassy and Marine barracks in Lebanon in 1983, the Israeli Embassy and a Jewish community center in Argentina in the early 1990s“ (die Involvierung Teherans in diesen Anschlag ist aber bis heute nicht wirklich bewiesen, Anm. d. Verf.) „and the U.S. Air Force barracks at Khobar Towers in Saudi Arabia in 1996“.²⁶⁰

Den Standpunkt von Keddie teilend, dass seit dem Jahre 1996 keine von Teheran aus unterstützten Terror-Akte mehr beweisbar sind,²⁶¹ gehen Kahl, Dalton und Irvine davon aus, dass auch die Gefahr einer Proliferation etwaiger künftiger iranischer Atomwaffen an Hizbullah z. B. nicht bestehe. Die Autoren und die Autorin kommen in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass die Islamische Republik ein in der internationalen Politik rational handelnder staatlicher Akteur ist.

Die Regierung des Iran habe vor allen Dingen ein Interesse: das eigene Überleben, den Fortbestand des Regimes. Und: „Nothing in the regime’s past behaviour suggests that it would run such risks of annihilation.“ Und weiter: „It is hard to believe that any state would provide its ultimate weapon to substate groups without certainty about how it would be deployed – especially because the fate of Iranian civilization could hang in the balance.“²⁶²

Die Frage horizontaler nuklearer Proliferation stellt sich mit Blick auf das iranische Atomprogramm jedoch auch in anderem Kontext, konkret mit Blick auf die möglichen Reaktionen anderer Staaten im Mittleren Osten, die ein Überschreiten der Atomschwelle durch Teheran zum Anlass nehmen können, selbst ein nukleares Waffenprogramm zu initiieren. In diesem Zusammenhang gab sich Hossein Mousavian, der von 1997 bis 2005 als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des iranischen Nationalen Sicherheitsrates fungierte, überzeugt davon, dass „an Iranian nuclear-weapons programme would spur the member states of the Gulf Cooperation Council (GCC), headed by Saudi Arabia, and other region-

²⁵⁹ Keddie: *Modern Iran*, S. 338.

²⁶⁰ Kahl / Dalton / Irvine: *Risk and Rivalry*, S. 14.

²⁶¹ Keddie: *Modern Iran*, S. 338.

²⁶² Ebd., S. 18.

al powers such as Turkey and Egypt, to acquire their own bombs, thus propelling the region into a costly, dangerous and ultimately unnecessary nuclear arms race“.²⁶³

2.4.3 Teheran und der Westen – zwischen Konflikt und Kooperation

Als nachgerade konstruktiv war die iranische Politik im Falle Afghanistans zu bezeichnen. Gerade nach dem 11. September 2001 „schien“ zwischen den USA und dem Iran „eine Annäherung denkbar“. Die Anschläge wurden in Teheran verurteilt und man bot „Washington Hilfe beim Kampf gegen die Taliban an“. Die Presse im Iran forderte sogar „die Wiederaufnahme der Beziehungen“.²⁶⁴

Das Regime der Taliban war für den Iran wie für die USA zur sicherheitspolitischen Bedrohung geworden. Gemeinsamer Gegner war auch al-Qaida, denn zum Ziel der Terroranschläge dieser Organisation mit radikal-wahhabitischem Hintergrund war auch der schiitische Iran geworden. Und was die politische Neuordnung Afghanistans nach der Vertreibung der Taliban aus Kabul nach 2001 zunächst anbetraf, so habe, selbst aus der Sicht von US-Diplomaten, der Iran eine konstruktive Rolle gespielt. James Dobbins, „der für die Koordination der Zusammenarbeit mit dem Iran zuständig war“, sagte so, „dass ohne die ‚entscheidende Rolle Irans‘ bei der UN-Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn ... eine Kompromisslösung kaum zu erreichen und der ‚US-Krieg am Hindukusch deutlich schwieriger gewesen wäre“.

Dobbins sparte auch nicht mit Kritik an der Regierung Bush, der er vorwarf, in den iranisch-US-amerikanischen Beziehungen bewusst eine Chance zum Neuanfang verspielt zu haben: „Es ist doch klar, die iranischen Reformkräfte haben damals die Zusammenarbeit in Afghanistan als ersten Schritt gesehen, um die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Und es ist genauso klar: Indem Präsident Bush in seiner Rede den Iran zur Achse des Bösen zählte, hat er diese Bemühungen untergraben.“²⁶⁵

In Teheran war zu dieser Zeit der Reformler Khatami Präsident, seine Anhänger stellten die Mehrheit im Parlament. Und die Reformkräfte hatten unter Khatami „immer wieder die Fühler nach Washington ausgestreckt“ und waren „um direkte Verhandlungen bemüht“.²⁶⁶

Bahman Nirumand gibt so George W. Bush die Schuld am Scheitern der Reformbewegung im Iran und am Aufstieg eines Ahmadinedschad: „Hätten die USA die ausgestreckte Hand Chatamis nicht zurückgewiesen, wären sie den Versuchen der Reformler, die Tore des Landes nach außen zu öffnen ... entgegengekommen, dann hätte die Regierung Chatami

²⁶³ Mousavian: Iran, the US and Weapons of Mass Destruction, S. 184.

²⁶⁴ Amirpur, Katajun / Witzke, Reinhard: Schauplatz Iran. Ein Report, Freiburg im Breisgau 2004, S. 113 f.

²⁶⁵ Zitiert bei Nirumand: Iran, S. 159.

²⁶⁶ Ebd., S. 158.

durch ihre außenpolitischen Erfolge auch innenpolitisch mehr erreichen können. Demgegenüber hat die aggressive und unversöhnliche Politik Washingtons zum Scheitern der Reformer beigetragen und den Weg für die Radikalen geebnet.²⁶⁷

Reformpräsident Khatami beklagte sich über die Intransigenz der Bush-Administration, die trotz iranischer Vorleistungen in Afghanistan seiner Meinung nach dem Iran nicht entgegengekommen war. Muhammad ElBaradei zitiert ihn mit dem folgenden Satz: „In return for our assistance and cooperation, Khatami fumed, the only thing we got was to be branded as part of an ‚axis of evil‘.“²⁶⁸

Und ElBaradei selbst sagt, dass George W. Bush und Condoleezza Rice zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bereit waren für einen Neuanfang in ihrer Iran-Politik, der den neuen innenpolitischen Entwicklungen im Iran hinreichend gerecht hätte werden können: „But neither Bush nor Rice seemed, at that time, open to such a prospect.“²⁶⁹

Monokausale Erklärungsmuster geben nie die Komplexität historisch-politischer Vorgänge wieder, mit allen ihren unterschiedlichen Facetten und Faktoren, die diese Prozesse beeinflussen. Für das Scheitern der Reformer gab es auch innenpolitische und sozio-ökonomische Gründe. Die erste zaghafte wirtschaftliche Öffnung des iranischen Marktes in dieser Zeit hatte die einheimischen Produzenten unter Druck gesetzt und die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe getrieben. Diese sozialen Probleme hat sich Ahmadinedschad bei seinem ersten Präsidentschaftswahlkampf erfolgreich zunutze gemacht.

Khatamis Liberalisierungen griffen nur im ökonomischen Bereich – und hier auch nur teilweise und mit kontraproduktiven Auswirkungen. Michael Lüders benennt so „zwei Faktoren“, die letztlich „zur Niederlage der Reformer“ geführt haben: „Zum einen gelang es ihnen ebenso wenig wie Rafsandschani, die unrentablen Staatsbetriebe aus der Umklammerung durch die ‚Bonjads‘ [revolutionäre Stiftungen, Anm. d. Verf.] zu befreien. Zwar schritt die wirtschaftliche Öffnung und Liberalisierung auch weiterhin langsam voran, doch profitierten davon in erster Linie die Neureichen. Die Armut blieb ein großes Problem und verschärfte sich unter Chatami noch. Gegen Ende seiner Amtszeit lebte rund die Hälfte der Landbevölkerung am Rande oder unterhalb der Armutsgrenze, in den Städten fast ein Viertel. Anstatt den Ruf nach Reformen mit der sozialen Frage zu verbinden, ließ Chatami sie außen vor. Damit schuf er den Nährboden für den Populismus Ahmadinedschads“.²⁷⁰

²⁶⁷ Ebd., S. 161.

²⁶⁸ Zitiert bei ElBaradei, Mohamed: *The Age of Deception. Nuclear diplomacy in treacherous times*, New York 2011, S. 134.

²⁶⁹ Ebd., S. 132.

²⁷⁰ Lüders: *Iran: Der falsche Krieg*, S. 59.

Dies und auch die Tatsache, dass sich der eher schwache Präsident schweigsam verhielt, als seine Anhänger politischen Repressionen von Seiten der Justiz und des Sicherheitsapparats, die sich beide in den Händen der Konservativen befanden, ausgesetzt waren,²⁷¹ haben das im Iran eher negative Image des Mannes – den der Westen heute so gerne wieder im Präsidentenamt sehen würde – geprägt. Generell sind es auch diese Momente des Scheiterns vor 2005, die in der iranischen Bevölkerung ein gewisses Maß an Skepsis gegenüber der Reformbewegung verursacht haben, eine Skepsis, die in der Berichterstattung der westlichen Medien, für die die Reformer immer wieder und immer noch die großen Hoffnungsträger zu sein scheinen, zu wenig beachtet wird.

Khatami suchte durchaus die Annäherung zu den USA, doch innenpolitisch war er nicht der Präsident, der einen solchen Kurswechsel hätte durchsetzen können, auch wenn er in vielen Punkten Washington gegenüber Gesprächsbereitschaft signalisierte.

Als Barrieren für eine Annäherung zwischen dem Iran und den USA bzw. Europa werden a priori unterschiedliche Haltungen im Nahostkonflikt angesehen. Denn für die USA ist der „Kampf der Hamas gegen die Israelis“, so wie diese Organisation ihn führt, „Terrorismus“, der Iran hingegen sieht ihn als „legitimen Widerstand“.²⁷² Doch wer übt heute von Washington oder einer anderen europäischen Hauptstadt aus Druck auf den Emir von Qatar nach dessen Besuch im Gaza-Streifen und der Ankündigung massiver Hilfen von Seiten des Emirats für die Hamas-Regierung aus? Und wie sehr trübt die Tatsache, dass auch Staaten wie Saudi-Arabien das Existenzrecht Israels nicht anerkennen, die Beziehungen der USA zu Riyyad? Das alles bestärkt die Politik im Iran in ihrer Auffassung, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird und weder die USA noch Europa den Iran aus seiner historischen Rolle als „Pariah“ der Weltpolitik herauswachsen lassen wollen. Auch Saudi-Arabien strebt – und tut das auch gegenwärtig in Syrien – nach der Ausweitung seines politischen Einflusses in der Region. Warum sieht man das in Washington als keine Bedrohung an, könnte man sich doch dort daran erinnern, aus welchem religiös-politischen Umfeld der Wahhabi-Lehre die Attentäter des 11. September doch kamen.

Um politischen Einfluss in der Region geht es der Teheraner Politik in allererster Linie. Dies betrifft auch die Beziehungen zu Hamas und das Engagement für die Anliegen der Palästinenser. Im Jahr 2006 sagte der Iran „der palästinensischen Autonomiebehörde fünfzig Millionen Dollar Finanzhilfe“ zu.²⁷³ Teheran und Präsident Ahmadinedschad unterstützen die

²⁷¹ Ebd., S. 58 ff.

²⁷² Amirpur / Witzke: Schauplatz Iran, S. 114.

²⁷³ Nirumand: Iran, S. 156.

Hamas im „Kampf gegen Israel“.²⁷⁴ Die primäre Zielrichtung dieser Politik aber ist nicht in erster Linie der jüdische Staat. Das Engagement für die Sache der Palästinenser dient dem Zweck, der traditionellen Isolierung „des nicht-arabischen Iran“ in der arabischen Welt „entgegenzuwirken“²⁷⁵, bzw. soll die iranische „Position in der islamischen Welt ausbauen“.²⁷⁶ Zielgruppe der antiisraelischen Rhetorik ist die Bevölkerung in den arabischen Ländern: „Mit den Verbalattacken“ will man „bei den Massen Emotionen wecken“ und den „Einfluss“ des Iran „im Nahen Osten, insbesondere in Palästina, Libanon und Syrien stärken“.²⁷⁷

Die „potenziellen Gegner Irans“ in der Region sind „die arabischen Staaten und nicht Israel“, so die Einschätzung von Bahman Nirumand.²⁷⁸

In diesen Kontext wären auch die Äußerungen von Ahmadinedschad und anderer iranischer Politiker zum Holocaust zu setzen. Diese Äußerungen dienen, in englischer und arabischer Sprache von den Nachrichtenagenturen des Iran in die Nachbarregion hineingetragen, der Sympathiebildung für die Islamische Republik in der arabischen Welt. Wenn Präsident Ahmadinedschad den Holocaust leugnet bzw. die iranischen Nachrichtenagenturen unter seinem Namen dies tun, werden hier Meinungen vertreten, die in der arabischen Welt nicht selten geteilt werden – oft sogar auch in akademischen Kreisen an Universitäten.²⁷⁹ Da die Leugnung des Holocaust in der offiziellen Politik westlich orientierter arabischer Staaten mit Rücksicht auf die Beziehungen zu den USA ein Anathema ist, wird hier „auf der arabischen Straße“ Zustimmung für den Iran und seine Politik geweckt, die ein Gefahrenpotenzial für eben diese Regierungen entstehen lassen – und nicht in erster Linie für Israel. Und selbst wenn dann Außenminister Manouchehr Mottaki den Massenmord an den Juden als historische Tatsache anerkannte und als einen „horrific event“ bezeichnete, bediente er mit dem weiteren Satz „why should Muslims pay a price“²⁸⁰, bedient er mit der Frage, warum denn die Palästinenser für die Verbrechen der Nationalsozialisten bezahlen sollten, einen politischen Gemeinplatz, der auf König Sauds Besprechungen mit US-Präsident Roosevelt am Ende des Zweiten Weltkriegs zurückgeht.²⁸¹ Nunmehr aus Teheran kom-

²⁷⁴ Ahmadinedschad ermuntert Hamas zum Kampf gegen Israel, Mehr News Agency, Nachrichten in deutscher Sprache, 12.10.2006.

²⁷⁵ Münch-Heubner: Der Iran, S. 111.

²⁷⁶ Nirumand: Iran, S. 157.

²⁷⁷ Ebd., S. 156.

²⁷⁸ Ebd., S. 156.

²⁷⁹ Zum Themenbereich Antisemitismus in den Staaten der arabischen Welt siehe u. a. Litvak, Meir: From empathy to denial. Arab responses to the Holocaust, New York 2009; Achcar, Gilbert: Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen, Hamburg 2012.

²⁸⁰ Zitiert bei Keddie: Modern Iran, S. 380.

²⁸¹ Im Verlauf von Verhandlungen über die Einrichtung einer US-amerikanischen Militärbasis am Persischen Golf und über die Palästina-Frage im Jahr 1945 sagte der saudische König 'Abd

mend, sorgt ein solcher Satz wiederum für Sympathiebildung für den Iran in der arabischen Öffentlichkeit und für wachsende Unzufriedenheit mit den Regierungen, die in den Augen nicht weniger Bürger in arabischen Staaten zu wenig für die Palästinenser tun.

Daneben dient die antiisraelische Rhetorik in Teheran den rigoristischen Kreisen auch nach innen gerichteten Zielen, sie „dient der Erzeugung einer Stimmung aus Rache, Hass und Angst, die die Menschen für radikale Ideologien anfällig macht und die Bereitschaft zum Opfer vergrößert, eine Stimmung, in der die Islamisten ihre Macht stabilisieren und ausbauen können“.²⁸²

Doch ist diese Politik, wie Nirumand glaubt, trotz der gegebenen Zielrichtungen der Propaganda nach innen und in die islamische Welt hinein, nicht ohne Risiko auch im Hinblick auf Israel. Drohungen, dass man die zionistischen „Besitzer“ schon „morgen aus Jerusalem hinauswerfen wird“,²⁸³ die eigentlich, so der Autor, nicht mehr darstellen als ein „Ritual“, tragen dennoch internationale Konfliktpotenziale in sich, denn sie „leisten der Gefahr eines möglichen Militärschlags durch Israel Vorschub“.²⁸⁴

Auch wenn, so Nirumand, die Gefahr eines atomaren Angriffs durch einen mit Nuklearwaffen ausgerüsteten Iran auf Israel in der Zukunft nicht drohe, so sehe „die Lage“ dann doch „aus israelischer Perspektive ... anders aus“. Denn die Existenz einer „Großmacht“ Iran „zwischen dem Nahen und Mittleren Osten ... gar mit Nuklearwaffen gerüstet ... würde ... zweifelsohne“ auch in ihrer indirekten Auswirkung „zum Erstarken des palästinensischen Widerstands führen“.²⁸⁵

Doch direkt werde eine Atommacht Iran die Existenz Israels aus realistischer Sicht nicht gefährden können.

2.4.4 Atomwaffen gegen Israel?

Die Furcht vor einem iranischen Atomschlag gegen Israel speist sich aus der aggressiven Rhetorik der – englischsprachigen – iranischen Presse. Sie speist sich aber auch aus Stereotypen und altgewohnten Vorurteilen

'al-'Aziz 'Ibn Saud gegenüber US-Präsident Franklin D. Roosevelt die bis heute vielzitierten Sätze: „Was Hitler den Juden angetan hat, war abscheulich. Es war wirklich das Schlimmste, was Menschen sich gegenseitig antun können. Aber ich verstehe nicht, warum ihr darüber nachdenkt, uns, den Arabern, Land wegzunehmen, um es den Juden zu geben? Wir haben den Juden nichts getan. Wenn ihr etwas für die Juden tun wollt, warum gebt ihr ihnen dann nicht den besten Teil Deutschlands?“, Arte TV: Themenabend Saudi Arabien. Königreich in der Krise, 21.9.2004, Das Königshaus der Saud. Dokumentarfilm von Jihan El-Tahri, Frankreich / Großbritannien 2004. Der Text in deutscher Übersetzung ist einzusehen auch bei der Vorbesprechung der Dokumentation bei Telepolis, Heise Online: Wolf-Dieter Roth, Saudi Arabien, ein Königreich in der Krise, 20.9.2004, <http://www.heise.de/tp/artikel/18/18357/1.html>, Stand: 23.2.2013.

²⁸² Nirumand: Iran, S. 156.

²⁸³ Khamenei, zitiert ebd., S. 157.

²⁸⁴ Nirumand: Iran, S. 155, 157.

²⁸⁵ Ebd., S. 156.

gegenüber der Religion des Islam.²⁸⁶ In der Debatte um einen zum Atomkrieg bereiten Iran heute auch einen Diskurs über die Unterschiedlichkeiten von „Werte- und Normensystemen“ einzuleiten, bleibt in jeder Hinsicht höchst problematisch. Wer von unterschiedlichen Kulturen der Rationalitäten spricht und davon ausgeht, dass die Logik der gegenseitigen Abschreckung, die die bipolare Weltordnung beherrschte, heute vor interkulturellem Hintergrund nicht mehr funktionieren kann, und die Einschätzung teilt, dass sich heute gewisse Akteure „nicht immer rational, das heißt ‚vernünftig‘ im Sinne westlicher Werte und Normen verhalten“,²⁸⁷ der hätte schon im Falle der pakistanischen Bombe seine Stimme erheben müssen – und der bedient sich selbst einer sehr kulturkämpferischen Rhetorik.

Auch politische Entscheidungsträger der westlich-abendländischen Kultur haben sich nicht immer rational im Sinne dieser Werte verhalten. Wie wäre sonst ein Adolf Hitler erklärbar? Und man kann sich hier auch die Frage stellen, wer Atomwaffen entwickelt und auch schon eingesetzt hat – Muslime waren es nicht.

Es gibt viele Gründe, warum – wie noch zu sehen sein wird – die Logik der gegenseitigen Abschreckung heute in multipolaren Systemen nicht mehr funktionieren kann.²⁸⁸ An dieser Stelle aber die Atomdebatte mit Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“ in Verbindung zu bringen, birgt selbst die Gefahr eines Abdriftens in irrationale Feindbilder mit sich.

Tatsächlich ist die Diskussion um das schiitische Märtyrertum ein unausweichlicher Bestandteil der Atomdebatte. Dieses Märtyrertum, wie es Khomeini predigte, ist aber nicht das historische Abbild der traditionellen Vorstellungen des schiitischen Glaubens vom Martyrium. Im quietistischen Schiitentum vor Khomeini, das eine apolitische Zurückgezogenheit der Gläubigen in Erwartung des Mahdi, der Messiasgestalt der Zwölfer-Schiiten, am Jüngsten Tage predigte, war es diesen Gläubigen sogar erlaubt, ihre Religion zu verleugnen, um ihr Leben zu bewahren.²⁸⁹

Khomeinis Märtyrer, die zu menschlichen Waffen wurden, sind das Produkt des Krieges mit dem Irak und damit in indirekter Weise auch

²⁸⁶ Der iranisch-israelische Sicherheitsexperte Meir Javedanfar meinte zur innerisraelischen Diskussion um das iranische Atomprogramm im Gespräch mit der Zeitschrift *Internationale Politik* vor Kurzem: „In Israel haben wir jede Menge unterschiedlicher Meinungen, nur in einem sind wir uns einig: Wir wollen nicht, dass der Iran über Atomwaffen verfügt. Einige sind der Ansicht, dass der Iran keine existenzielle Bedrohung ist, dass dort ein sehr rationales Regime agiert, das nicht verrückt genug wäre, Atomwaffen einzusetzen. Dazu gehöre auch ich. Aber es gibt andere Leute, Premierminister Benjamin Netanjahu zum Beispiel, die glauben, dass wir es mit einem ‚apokalyptischen Regime‘ zu tun haben. Ganz so, als wachten die Machthaber in Teheran jeden Morgen mit dem dringenden Wunsch auf, sich Atomwaffen zu beschaffen, die sie auf Israel feuern können.“ „Die Sanktionen wirken“. Interview mit dem iranisch-israelischen Sicherheitsexperten Meir Javedanfar, in: *Internationale Politik* 3/2013, S. 68-73, hier S. 72.

²⁸⁷ Rühle, Hans: Wenn der Hass größer als die Angst vor der Rache ist, in: *Die Welt*, 5.11.2012.

²⁸⁸ Dazu grundsätzlich Betts: *The Lost Logic of Deterrence*, an mehreren Orten.

²⁸⁹ Vgl. dazu u. a. Halm, Heinz: *Die Schi'a*, Darmstadt 1998.

das Produkt westlicher Einflussnahme in der Region. Khomeini selbst war schon bald nach 1979 zum unnachsichtigen Diktator geworden, der, wie westliche Diktatoren in der Geschichte auch, Oppositionelle und Regimegegner verfolgen und liquidieren ließ. Seine Figur des zum Selbstmord bereiten Glaubenskämpfers aber wurde auf den Schlachtfeldern von Khusistan geboren. Dieser Krieg wurde zu einem Wendepunkt auch in der Militärgeschichte des Landes. In diesem Krieg stand der Iran „alleine“ („L' Iran était seul“) gegen einen Gegner, der vom Westen, von Frankreich und den USA ausgerüstet und unterstützt wurde und der aus dem Westen kommende Chemiewaffen gegen alle Konventionen und völkerrechtswidrig einsetzte. Der Iran erhielt keinerlei Unterstützung von einem Westen, der zu diesen Verletzungen westlicher Normen und Werte kein Wort verlor. Der Krieg führte in dieser hoffnungslosen Defensive zur „sacralisation“ des Territoriums und der Kriegführung.²⁹⁰

Heute scheint sich die Frage zu stellen, inwieweit diese „Sakralisierung“ der Kriegführung die Rationalität der sicherheitspolitischen Vorstellungen auf lange Sicht in den Teheraner Konzeptionen verdrängt haben könnte.

Sicherheitspolitische und Iran-Experten auch und gerade in den USA gehen in deutlicher Mehrheit davon aus, dass ein atomarer Angriff einer Nuklearmacht Iran auf Israel unwahrscheinlich ist: „In fact, no specialists in the relevant fields except a very few extremely ideological ones think Iran would attack Israel.“²⁹¹

Auch wenn sich Ahmadedschad wie ein „irrational man“ geriere, so kontrolliere er zum Ersten nicht die Außen- und Nuklearpolitik seines Landes, die zum Zweiten von durchaus rational nachvollziehbaren Motiven geleitet werde. So werde der Iran keinen Krieg beginnen, den er nicht gewinnen könne²⁹² – und ein genau solcher Waffengang wäre eine militärische Auseinandersetzung mit Israel. Denn greife der Iran Israel mit Atomwaffen an, wäre eine massive Vergeltung auch und nicht letztlich von Seiten der USA die Folge, die eine regelrechte Vernichtung und vollkommene „Zerstörung“ des Iran zur Folge haben würde.²⁹³ In der jüngsten Geschichte habe die politische Führung der Islamischen Republik gezeigt, dass sie einer direkten Konfrontation mit Washington trotz rhetorischer Kraftspiele immer ausgewichen sei. Die u. a. von Rühle als drohendes Szenario an die Wand gemalte Möglichkeit, die Teheraner Führung könne aus religiösem Fanatismus heraus das eigene Land in einen kollektiven Märtyrertod führen, nur um den jüdischen Staat auszulöschen, wird von wissenschaftlichen Beobachtern als wenig wahrscheinlich angesehen.

²⁹⁰ Amir-Aslani: Iran, S. 81.

²⁹¹ Keddie: Modern Iran, S. 338.

²⁹² Ebd., S. 338.

²⁹³ Ebd., S. 339.

Tatsächlich vermischt Rühle hier an mehreren Stellen schiitische Vorstellungen vom Glaubenskampf mit jenen Jihad- und Paradiesvorstellungen wahhabitischer Provenienz, die die Selbstmordattentäter von New York und Washington angetrieben haben. Ahmadinedschads in inszenierten öffentlichen Auftritten den Massen suggerierte Vision von der Wiederkunft des Mahdi schon in naher Zukunft hat die Angst genährt, er könne die mit dieser Wiederkunft verbundene allerletzte Schlacht zwischen Gut und Böse als sein Armageddon mit einem Vernichtungsschlag gegen Israel in Verbindung setzen.²⁹⁴

Doch diese Verbindung zwischen der Wiederkunft des Mahdi und dem Kampf gegen Israel erfolgte im Zuge einer Neuinterpretation und Neuauslegung der alten Quellen, die von jenen von Buchta so bezeichneten „regime clerics“ vorgenommen wurde. Diese regimetreuen Religionsgelehrten stellen in den Reihen der Ayatollahs und Großayatollahs aber eine deutliche Minderheit dar, Buchta schätzt ihre Zahl auf 2.000 von insgesamt 28.000 Ayatollahs.²⁹⁵ In der Aufteilung zwischen religiösem und weltlichem Machtbereich repräsentieren die in den Machtstrukturen präsenten Ayatollahs also in keiner Weise die klassische religiöse Hierarchie der Schia.²⁹⁶ Diese hat sich der „Neuinterpretation der religiösen Tradition“ und damit den Lehren Khomeinis verschlossen, blieb quietistisch in ihren Grundüberzeugungen und geht davon aus, „dass die gerechte Herrschaft nicht durch ‚normale‘ Menschen, sondern ausschließlich durch den zwölften Imam“ hergestellt werden kann.²⁹⁷ Die Lehren, wie sie Ahmadinedschad vertritt, sind für sie Gotteslästerung, denn jeder menschliche Eingriff in den von Gott bestimmten Lauf der Dinge bis zur Wiederkehr des Mahdi – und damit auch ein zu diesem Zweck von Menschen erklärter Krieg gegen Israel – ist für sie ein blasphemischer Akt gegen den Willen Gottes.

Als im Jahr 2009 in Teheran Menschenmassen gegen das in ihren Augen manipulierte Ergebnis der Präsidentschaftswahlen protestierten, erklärten einige Großayatollahs diesen Widerstand für legitim.²⁹⁸ Der Wahlsieger Ahmadinedschad wollte daraufhin einen Großayatollah vor Gericht stellen, doch die Aktion blieb ohne Folgen. Revolutionsführer Khamenei hielt den Staatspräsidenten offensichtlich davon ab. Dieser Vorgang sagte sehr viel über die Beschaffenheit des Charakters eines Mahmud Ahmadinedschad aus, der in dieser Situation tun wollte, was selbst Ayatollah Khomeini nie zu tun gewagt hätte: die offene Herausforderung der traditionellen klerikalischen Hierarchie der Schi'a. Waren Großayatollahs bislang unbotmäßig, so

²⁹⁴ Vgl. dazu Ourghi, Mariella: Schiitischer Messianismus und Mahdi-Glaube in der Neuzeit, Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt, Bd. 26, Würzburg 2008.

²⁹⁵ Buchta: Who Rules Iran?, S. 53 ff.

²⁹⁶ Siehe Münch-Heubner: Der Iran, an mehreren Orten.

²⁹⁷ Ourghi: Schiitischer Messianismus, S. 91.

²⁹⁸ Siehe Münch-Heubner: Der Iran, S. 104, 108.

pflegte man in aller Stille Hausarrest über sie zu verhängen, um ihre Meinung nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.²⁹⁹ Die Geschehnisse von 2009 sagten sehr viel aus über die Machtverhältnisse an der Spitze der Islamischen Republik und über die Machtbalance zwischen Revolutionsführer und Staatspräsident. Dieser Fall zeigte aber auch interessante Hintergründe auf: Die mangelnde Unterstützung der Großayatollahs für das politische System der Islamischen Republik und die hier ausbleibende theologische Einbringung von Legitimität in einem System, das sich über die Religion definiert, ist ein Fakt, mit dem dieser Staat leben kann, solange diese Negation der Legitimität quietistisch und damit politisch ruhig bleibt. Ein Prozess gegen einen Großayatollah hingegen hätte indes die auch von Buchta beschriebene „latente Krise der religiösen Legitimität des gesamten Systems“³⁰⁰ zu einer nicht mehr latenten, offenen Krise verschärfen können. Khomeini wich der offenen Konfrontation mit den Großayatollahs aus, die Wahrung der Systemstabilität kam vor der Durchsetzung der politischen Linie der Lehren Khomeinis auf dieser Ebene um jeden Preis. Der Hintergrund der Entscheidung war nicht Menschenliebe oder ein neuer Hang zu grenzenlosem Meinungspluralismus. Er zeigte aber ein erkennbares Maß an Rationalität des Handelns, das die Eskalation eines Konfliktes vermeidet, wenn es um die Selbsterhaltung und um den Bestand des Systems geht.

Eine solche Beurteilung der gegebenen Rationalität des Handelns würden Kahl, Dalton und Irvine auch auf das außenpolitische Agieren Teherans im Krisenfälle übertragen. So schreiben die Autoren: „While Iran’s revolutionary leadership has repeatedly supported Islamic militancy ... Iran has also demonstrated a degree of caution, sensitivity to costs and the ability to make strategic calculations when the regime’s survival is at risk.“

So werde der Iran aus diesen Überlegungen heraus auch keinen Atomschlag gegen Israel führen: „There is no evidence for the claim that Iran is a suicidal state that would be willing to incur the massive retaliation that would inevitably result from the use of nuclear weapons.“

Und dies sei besonders im Falle Israels auch aus Teheraner Sicht zu Recht zu befürchten: „If the Iranian regime is indeed rational, it will realize that a nuclear attack on Israel would trigger massive retaliation ... Although Israel has long adopted a strict nuclear policy of *animut* (or „opacity“), it is widely assumed to have a robust nuclear arsenal.“

Die Folgen eines iranischen Nuklearangriffes aus Israel wären daher vor allen Dingen auch für den Iran selbst schwerwiegend: „Israel’s pre-

²⁹⁹ So geschehen z. B. auch im Falle des Großayatollah Montazeri. Zu den Vorgängen um Montazeri siehe auch Reissner, Johannes: Irans Außenpolitik. Islamisch oder Iranisch?, in: Rill, Bernd (Hrsg.): Aktuelle Profile der Islamischen Welt, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 76, München 1998, S. 281-298, hier S. 288.

³⁰⁰ Buchta: Who Rules Iran?, S. 53 ff.

sumed mix of nuclear forces provides a viable second-strike capability, giving it the ability to massively retaliate against Iran's major cities, military facilities and economic infrastructure should Iran ever attack the Jewish state with nuclear weapons.³⁰¹

Auch aus zwei anderen Gründen würde ein Atomschlag des Iran gegen Israel für zentrale Objektiven und Ambitionen iranischer Außenpolitik kontraproduktive Auswirkungen mit sich bringen:³⁰² Ein Atomschlag gegen Israel würde eine große Anzahl von Opfern auch unter der palästinensischen Zivilbevölkerung fordern, vor dem Hintergrund der oben bereits genannten Zielsetzungen und Zielrichtungen der iranischen Palästina-Politik ein Akt der aktiven Selbstzerstörung eigener Außenpolitik – auch der arabischen Welt gegenüber, was die Isolation der Islamischen Republik in dieser Richtung noch verstärken würde.

Zudem würde ein solcher Schlag auch Jerusalem treffen, für die Muslime der Welt eine heilige Stadt mit den drittwichtigsten Heiligtümern des Islam. Die Stellung des Schiitentums war in der islamischen Welt schon immer eine schwierige, die Schiiten waren Außenseiter, denen man vorwarf, es mit den Glaubensgrundsätzen des Islam nicht besonders ernstzunehmen. Auch haben sie ihre eigenen heiligen Stätten im Zweistromland und ein alter Vorwurf, der in vielen sunnitischen Streitschriften erhoben wurde, war der, dass für die Schiiten z. B. eine Pilgerfahrt nach Kerbela – dem Ort des Martyriums des Prophetenenkels Husain, mit dem die Zeit der ungerechten Herrschaft aus schiitischer Sicht begann – wichtiger sei als jene nach Mekka. Das sollte heißen, dass ihnen ihre eigenen heiligen Stätten angeblich heiliger seien als die aller Muslime. Ein Sakrileg dieses Ausmaßes in Jerusalem könnte die Schi'a unter Umständen in die größte Katastrophe ihrer Geschichte stürzen.

Die oft wiederholte Warnung, die iranische Führung könnte im Zuge endzeitlicher Wahnvorstellungen Millionen von Palästinensern zu Märtyrern erklären, die ihr Leben im Kampf um die gerechte Ordnung des Mahdi hergeben müssten, zielen an den Kerninhalten schiitischer Erlösungsvorstellungen vorbei bzw. mischen diesen Vorstellungen wiederum Elemente irrationaler Opfertodvorstellungen wahhabitisch-salafistischer Jihad-Konzeptionen bei. Gerade in der Eschatologie des Schiitentums spielt „al-Quds“ eine besondere Rolle. Zwar ist hier von der „Schlacht in Jerusalem“ am Ende aller Tage die Rede und von der „Befreiung Jerusalems“ – damals in den alten Quellen gemeint noch „von den Byzantinern“.³⁰³ Doch diese Schlacht wird mit dem triumphalen Einzug des Mahdi in Jerusalem enden, nicht mit dessen Zerstörung. Wie sollte die-

³⁰¹ Kahl / Dalton / Irvine: Risk and Rivalry, S. 13 ff.

³⁰² Vgl. dazu auch u. a. Münch-Heubner: Der Iran, an mehreren Orten; sowie Kahl / Dalton / Irvine: Risk and Rivalry, S. 16.

³⁰³ Ourghi: Schiitischer Messianismus, S. 50 f, 218 ff.

ser Einzug stattfinden, wenn Jerusalem nicht mehr existiert, und wo soll der Sieg gefeiert werden, wenn der heilige Boden dort kontaminiert ist? Freilich könnte Ahmadedschad auch hier an einer „Neuinterpretation“ der Quellen arbeiten lassen, doch schon alle bisherigen Umdeutungen sind umstritten und brüchig genug und sind von den Großayatollahs nie autorisiert worden.

So glaubt man heute und auch in den Medien allgemein feststellen zu können: „dass der Iran selbstmörderisch eine solche Bombe gegen Israel einsetzen würde, glaubt kaum jemand.“³⁰⁴

Dennoch hätten vor allen Dingen die Auseinandersetzungen zwischen der von Hamas geführten Regierung in Gaza und Israel (im Rahmen der jüngsten Gaza-Krise im Jahre 2012) genau diese Einschätzung in Frage stellen können. Denn Teheran blieb in diesem Konflikt weder militärisch noch rhetorisch inaktiv. Dass die politische bzw. militärische Führung der Islamischen Republik zu dieser Auseinandersetzung nicht schweigen würde, war erwartet worden. Doch die Worte, die gerade von Seiten der Revolutionsgarden, denen Kahl, Dalton und Irvine ebenfalls rationales Handeln attestieren,³⁰⁵ in Richtung Israel und die westliche Welt gerichtet wurden, klangen wie Drohungen, die auch in der Atomdebatte kaum für Entspannung sorgen dürften. Und es waren eben nicht Worte allein, sondern auch Taten, derer sich die Revolutiongardisten im Kampf gegen Israel hier rühmten. Konkret ging es um iranische Fajr-5 Missiles, die vom Boden Gazas aus auf Israel abgeschossen worden waren. Der Chef der Revolutionsgarden, Ali Jafari, dementierte zwar, dass der Iran direkt solche Raketen an Hamas geliefert habe. Wohl aber habe ein Technologie-Transfer zwischen dem Iran und Gaza in dieser Hinsicht stattgefunden: „We did not directly send these missiles to Gaza, but its technology was transferred from Iran to the resistance“.

In der in der Tehran Times veröffentlichten und damit an westliche Leser gerichteten Erklärung hieß es weiter: „Iran provides technological assistance to help the world’s Muslims and the oppressed so that they can stand up to tyrants and the hegemonical system.“³⁰⁶

Die historische Erfahrung, die der Iran mit der westlichen Welt machen musste, bestimmt auch hier wieder die Rhetorik. Doch fühlt sich nun der Iran auf dem Weg zu einer Regionalmacht, die in dieser so wahrgenommenen zweigeteilten Welt den Kampf der „Unterdrückten“ gegen die „Tyrannen“ aktiv und militärisch unterstützt und spielt in dieser Konzeption der Erwerb der Atomwaffe eine Rolle?

³⁰⁴ Doering, Martina: Iranisches Atomprogramm. Ein bisschen Hoffnung, in: Frankfurter Rundschau, 14.4.2012.

³⁰⁵ Kahl / Dalton / Irvine: Risk and Rivalry, S. 16 f.

³⁰⁶ Iran transferred Fajr-5 missile technology to Gaza, in: Tehran Times, 22.11.2012.

Die Vorstellung, dass das iranische Atomprogramm in die allgemein befürchtete Richtung hin auf die Herstellung einer A-Waffe vorangetrieben wird, beängstigt nicht nur Israelis, die USA und viele Europäer. Der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und Nahostexperte Volker Perthes sagt so: „es würde mich richtig beunruhigen“, wenn der Iran „diese Schwelle ... überschreiten würde“.³⁰⁷

Auch die Experten des Center for Strategic & International Studies in Washington beunruhigt diese Vorstellung zutiefst. Gleichzeitig aber warnen sie vor einer Überbewertung periodisch wiederkehrender rhetorischer Kraftspiele der iranischen Außen- und Militärpolitik: „Iran often uses hard-line rhetoric in threatening the use of such forces or describing their exercises, but this may be little more than a deterrent or threatening propaganda, and some of this rhetoric almost certainly reflects internal Iranian politics at least as much as any consistent foreign policy.“³⁰⁸ Im Falle der auch von den Autoren dieser Studie wahrgenommenen rhetorischen Ausfälle der Revolutionsgarden stellen sie sich die Frage, ob es sich hier um reine „propaganda“ oder um ein hohes Maß an „lack of reality“ handelt.³⁰⁹

Realitätsverlust kann in Sicherheits- und Militärpolitik und im Krisenfall sehr gefährlich werden. Doch auch Kahl, Dalton und Irvine gehen davon aus, dass diese paramilitärische Organisation sich durch zwei Punkte auszeichne: „fierce loyalty to both the supreme leader and the survival of the Islamic Republic“.³¹⁰ Irrationale Alleingänge oder Einzelaktionen seien hier nicht zu erwarten.

Doch hat Ali Jafari konkret den Technologietransfer im Falle der Fajr-5-Missiles zugegeben und ähnliche Handlungsweisen auch an anderen Orten in der Zukunft angekündigt.

Die Raketen diesen Typs können mit ihren Reichweiten von Gaza aus Tel Aviv oder Jerusalem erreichen – theoretisch. Alle Fajr-Modelle werden im CSIS jedoch, wie andere iranische Short-Range Missiles auch – weil eben „older short-range missiles“ und „based on twenty year old designs“ – als „relatively ineffective for conventional combat“ angesehen.³¹¹ Die Fajr-5 verfügen über kein Zielsuchsystem und ihre Zielsicherheit wird daher als „nicht besonders genau“ beschrieben. In dichter besiedelten

³⁰⁷ Interview mit Volker Perthes, dradio, 21.8.2012, <http://www.dradio.de/dlfi/>, Stand: 1.10.2012.

³⁰⁸ Cordesman, Anthony H. / Wilner, Alexander / Gibbs, Michael / Modell, Scott: Iran and the Gulf Military Balance, I: The Conventional and Asymmetric Dimensions, Sixth Working Draft, revised, November 1, 2012, Center for Strategic & International Studies, Washington D.C. 2012, Teil II, S. 1.

³⁰⁹ Ebd., S. 72.

³¹⁰ Kahl / Dalton / Irvine: Risk and Rivalry, S. 16 f.

³¹¹ Cordesman, Anthony H. / Gibbs, Michael / Gold, Bryan / Wilner, Alexander: Iran and the Gulf Military Balance, II: The Missile and Nuclear Dimensions, Working Draft, Major Revision 7, November 4, 2012, Center for Strategic & International Studies, Washington D.C. 2012, S. 16 f.

Gebieten in der Mitte und im Norden Israels stellen sie jedoch auch mit diesem Handicap eine Gefahr dar und im letzten Gaza-Konflikt forderte ein eher tragischer „Zufallstreffer“ auch Todesopfer. Generell sind sie aber für die „Militärtechnologie“ Israels und deren Abwehrsysteme keine Herausforderung, die nicht zu bewältigen wäre. Auch der stellvertretende israelische Ministerpräsident erklärte, dass es sich hier um keine Raketenbestände handle „that can threaten central Israel“. Generell stellen somit diese Modelle im Nahostkonflikt keinen „game changer“ dar.³¹²

Und die seit Jahren erwartete „große Konfrontation“, d. h. ein gleichzeitiger Raketenkrieg der Hamas von Gaza und der Hizbullah vom Libanon her, ein Angriff von beiden Seiten aus, blieb auch jetzt aus. Setzt man voraus, dass ein gewisser Einfluss Teherans auf die Hizbullah vorhanden ist, so ist zumindest erkennbar, dass die iranische Politik die schiitische „Partei Gottes“ im Libanon zum Herbeiführen einer solchen Eskalation nicht ermuntert hat. Denn eine solche Eskalation hätte automatisch die USA direkt mit auf den Plan gerufen und damit zu einer auch iranisch-US-amerikanischen Konfrontation führen können.

Die Frage nach der zentralen Zielsetzung des iranischen Atomprogramms bleibt mit vielen Mutmaßungen verbunden.

2.4.5 Drohung und Abschreckung – gegen wen? Die Gefahr der regionalen Eskalation

Die Gefahr, dass lokale Konflikte sich zu regionalen Krisen ausweiten und immer mehr regionale und internationale Akteure in den Sog eines am Beginn begrenzten Konflikts hineingezogen werden, geht letztendlich immer und überall und damit von jedem am Anfang noch kleineren Krisenherd aus. Im Nahen und Mittleren Osten stellt die Vielzahl von Konfliktlinien und deren Verknüpfungen miteinander ein großes Problem dar. Dass dabei ein Einwirken von außen in die Region hinein – willkürliche Grenzziehungen zur Kolonial- und Mandatszeit in der Vergangenheit, Waffenexportpolitik in der Gegenwart – diese Konfliktlinien mit geschaffen hat und sie heute auch verstärkt, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in der Politik im Orient selbst viele traditionelle Konfliktpotenziale vorhanden sind. Die schiitisch-sunnitische Konfliktlinie – siehe unten – ist eine davon. Mit dieser Konfliktlinie verbunden war in der Vergangenheit auch die Rivalität zwischen dem Osmanischen Reich und dem Iran. Die Konkurrenz zwischen beiden Staaten um die Vormacht im Vorderen Orient bestimmte die politischen Verhältnisse in der Region bis zum Ersten Weltkrieg. In gewandelter Form könnte dieser Gegensatz unter Umständen heute wiederkehren.

³¹² ChicagoReader: A Fajr-5 rocket – what’s that?, 17.11.2012, www.chicagoreader.com/.../a-fajr-5-rocketwhats-that; The Guardian: Fajr-5 missile gives Palestinians rare if short-lived advantage, 16.11.2012, www.guardian.co.uk/world/2012/...fajr5-missile-gaza-israel-iran, Stand: 3.7.2012.

Der Krieg in Syrien ist längst schon eine internationale Angelegenheit und ein Konflikt, in den die Nachbarstaaten des Konfliktortes mit involviert sind. Dabei droht der Bürgerkrieg in Syrien – wie oft in den Medien zu lesen ist – zu einem Flächenbrand zu werden.

Der Iran hat sich auf die Seite des Baath-Regimes in Damaskus gestellt, was nicht nur mit schiitischer Solidarität zwischen Zwölfer-Schiiten und Alawiten zu tun hat – die historisch nicht wirklich zwangsläufig herleitbar ist –, sondern mit pragmatischer Interessenpolitik, so etwa mit der Rolle, die Syrien für den Iran als erste Bresche in der Mauer der Isolation gespielt hat – und spielt – und als Brücke zwischen Teheran und den Hizbullah.

Die Türkei steht nun hinter den Aufständischen, was von der historischen Entwicklung her gesehen ebenfalls nicht zwangsläufig ist, obwohl die sunnitische Türkei die Religion mit den sunnitischen Rebellen verbindet. Doch auch hier stehen an Interessen orientierte Kalküle im Vordergrund.

Die Türkei und der Iran sind seit längerer Zeit schon in eine gewisse Konkurrenzsituation miteinander geraten, was das Streben um Einfluss in Nah- und Mittelost anbetrifft. In den 1990er-Jahren traten Teheran und Ankara in einen ungleichen Wettbewerb um Einfluss in Zentralasien miteinander ein. Die Türkei wurde von den USA zur wirtschaftlichen und kulturellen Einflussnahme in Zentralasien ermuntert, um die befürchtete Penetration der Region durch den Iran zu konterkarieren. Doch der iranische Einfluss dort blieb schwach, ökonomisch schon war der Iran der Türkei weit unterlegen – und Teheran verhielt sich zurückhaltend, um die Beziehungen zu Russland nicht zu gefährden.³¹³

Unter Ministerpräsident Erdogan und seiner AKP-Regierung ist die Türkei bemüht, eine wichtige und bedeutende Rolle in der Politik des Vorderen Orients zu übernehmen. Zu einem offenen Konflikt hat dies zwischen Teheran und Ankara nicht geführt – im Gegenteil. Im Atomkonflikt versuchte die Türkei, zusammen mit Brasilien, dem Iran 2010 im Rahmen der sog. „Teheran Declaration“ bei seiner Auseinandersetzung mit der IAEA und den USA betreffend den Teheraner Forschungsreaktor hilfreich zur Seite zu stehen.³¹⁴ Erdogan gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass das iranische Atomprogramm nur friedlichen Zwecken diene. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stimmte die Türkei 2010 gegen Sanktionen gegen den Iran.³¹⁵

Der Wunsch, in der islamischen Welt präsenter zu sein als früher, hat bis zur Eskalation des Syrien-Konflikts keine wirklich kontroverse Konkurrenzsituation zwischen der Türkei und dem Iran geschaffen, beide Strate-

³¹³ Vgl. dazu u. a. Takeyh, Ray: *Guardians of the Revolution. Iran and the World in the Age of the Ayatollahs*, New York 2009, S. 152.

³¹⁴ Patrikarakos: *Nuclear Iran*, S. 261 f.

³¹⁵ Barkey, Henri J.: *Turkish-Iranian Competition after the Arab Spring*, in: *Survival* 6/2012/2013, S. 139-162, hier S. 146.

gien der Einflussnahme finden auf unterschiedlichen Ebenen statt. Zudem gibt es gemeinsame Interessenlagen, z. B. in der Kurdenproblematik. Und der Iran ist heute ein wichtiger Wirtschaftspartner für die Türkei, so z. B. ein wichtiger Gaslieferant für Ankara.³¹⁶

Doch die Wende in der türkischen Syrien-Politik hat neue Ausgangslagen geschaffen. Fällt das Regime in Damaskus, sind zentrale Objektive und Interessenlagen iranischer Außen- und Sicherheitspolitik betroffen. Der Gegensatz zwischen Ankara und Teheran in der Syrien-Frage ist heute ein politischer, kein militärischer. Beide Akteure aber sind in bedeutendem Maße involviert. Darüber hinaus auch weitere wie Saudi-Arabien, die Golfstaaten etc. und natürlich auch diejenigen außerhalb der Region. Der Nahe Osten ist heute eine immer noch aufgerüstete und aufrüstende Region – was nicht maßgeblich von außen bewerkstelligt wird. Wie sich ein solcher Konflikt entwickeln, wie er eskalieren könnte, käme eine nukleare Aufrüstung in der Region hinzu, kann nur erahnt werden. Zudem ist Syrien nur der Ausgangspunkt unterschiedlicher Konfliktlinien, die auch den Iran umzingeln.

Bemerkenswerterweise hat die zeitliche Koinzidenz der Eskalation des Syrien-Konfliktes und der Zuspitzung des Atomkonfliktes mit dem Iran zu einer Annäherung zwischen Washington und Ankara geführt, wenngleich die USA und die Türkei hinsichtlich der Strategie zur Lösung der mit diesen Krisen verbundenen Herausforderungen nicht bzw. nur teilweise übereinstimmen. Philipp C. Bleek und Aaron Stein, die die Türkei und die USA angesichts der Entwicklungen im Mittleren Osten „increasingly on the same page“ sehen, glauben aber, dass die Türkei und die USA nicht nur die gemeinsame Herausforderung, sondern auch das gemeinsame langfristige Ziel („a larger effort to promote Turkish leadership in the Middle East“) verbände. „Turkey and the United States have a shared interest in preventing a nuclear-armed or even nuclear-weapons-capable Iran, which should provide ample motivation for taking steps toward bridging their differences and finding ways to more effectively collaborate despite them.“³¹⁷

2.4.5.1 Die wahhabitisch / sunnitisch-schiitische Konfliktlinie

Wie die meisten Analytiker heben auch die Experten des CSIS in Washington das Streben der iranischen Militärpolitik nach einem ausreichenden Abschreckungspotential hervor. Adressat dieser Politik ist auch für sie nicht Israel, sondern der Kreis der arabischen Nachbarstaaten: „Threats to Israel legitimize the capabilities that tacitly threaten Arab states.“³¹⁸

³¹⁶ Ebd., an mehreren Orten.

³¹⁷ Bleek, Philipp C. / Stein, Aaron: Turkey and America Face Iran, in: Survival 2/2012, S. 27-37, hier S. 27, 36.

³¹⁸ Cordesman / Wilner / Gibbs: Iran and the Gulf Military Balance I, Teil II, S. 68.

Unter den arabischen Staaten, die der Iran als Bedrohung wahrnehmen kann, kommt Saudi-Arabien eine besondere Bedeutung zu, und dies aus drei Gründen. An erster Stelle muss für den Iran Saudi-Arabien schon aus den Gründen der militärischen Zusammenarbeit mit den USA ein besonderes Glied in der Kette der „Einkreisung“ um ihn herum sein, zum zweiten ist das Königreich eine gut ausgerüstete konventionelle Militärmacht und aus religiösen Gründen nimmt das wahhabitische Königreich darüber hinaus eine besondere „Frontstellung“ zum Iran ein.

Im Königreich Saudi-Arabien ist die Glaubensrichtung der Wahhabiyya Staatsreligion. Zentraler Glaubensgrundsatz der Wahhabiyya ist die Überzeugung von der „Einheit Gottes“ (tauhid), die zwischen Mensch und Gott nichts zulässt. Auch der Prophet Muhammad war ein Mensch. Ein Auserwählter zwar, aber ein Mensch, weswegen die Gläubigen der Wahhabiyya in ihrer rigoristischen Grundüberzeugung den Geburtstag des Propheten nicht feiern.³¹⁹

„Aus dieser radikal-puritanischen Grundhaltung ergibt sich auch die Ablehnung des Gräberkults ...“ und jeglicher Form von Heiligenverehrung.³²⁰ Ihr kompromissloser Kampf gegen jedwede „bida“, gegen jede „Neuerung“ auf der Suche nach dem „wahren und ursprünglichen Islam“³²¹ aus den Tagen des Propheten macht sie für viele Betrachter zu Rigoristen, zu radikalen Fundamentalisten. Denn in ihrem Weltbild, in dem nur sie selbst diesen wahren Islam leben, werden Millionen anderer Muslime zu Ungläubigen, gegen die man einen Dschihad führen kann – und muss.³²²

Vom Gesichtspunkt des „tauhid“ aus gesehen wird der schiitische Messianismus mit seinem Glauben an einen „mahdi“, der dereinst „entschwunden“ ist, um an Ende aller Tage als Heilsbringer zurückzukehren, zur Blasphemie. Und die schiitische Rechtspraxis, die eine Erneuerung und Weiterentwicklung des Islamischen Rechts zulässt, ist einem Gegner der bida' ein Vergehen gegen Gott und sein Gesetz.

Diese Geringschätzung des schiitischen Glaubens, diese „grundsätzlich feindselige Haltung der Wahhabiyya gegenüber den Schiiten“ ist schon von ihrem Prinzip her eine Konfliktlinie in den Beziehungen zwischen Teheran und Riyyad – und sie hat zusätzlich in Saudi-Arabien auch „dazu

³¹⁹ Ende, Werner: Saudi-Arabien – Reformen als extreme Gratwanderung, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, Wiesbaden 2005, S. 177-196, hier S. 183.

³²⁰ Ebd., S.183.

³²¹ Ebd., S.181 f.

³²² Vgl. dazu Münch-Heubner, Peter L.: Islamismus oder Fundamentalismus? Ein Beitrag zu einem akademischen Glaubenskrieg, in: Zehetmair: Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, S. 36-48; Ders.: Saudi-Arabien – ein zuverlässiger Energieträger- bzw. Öllieferant?, in: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 88, München 2007, S. 163-198.

geführt, dass die saudischen Schiiten über vielerlei Benachteiligungen ... zu klagen haben“.³²³

Die sozioökonomische „Diskriminierung“ der im Osten des Königreichs beheimateten schiitischen Minderheit³²⁴ hat bei dieser eine nur geringe Identifizierung mit dem saudischen Staat bedingt, die einen zusätzlichen Instabilitätsfaktor in der Krisenregion Persischer Golf darstellt und darüber hinaus auch ein Konfliktpotenzial in den bilateralen Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien.

In der ersten Zeit nach der Islamischen Revolution von 1979 schien der Iran zu einer Art Leitbild für die sich organisierende schiitische Opposition in Saudi-Arabien geworden zu sein. Dazu kam auch noch die Haltung von Ayatollah Khomeini, der zum Sturz der Saudi-Monarchie aufgerufen hatte. Doch theologisch konnten die Lehren Khomeinis von der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ im quietistischen Schiitentum auf der arabischen Halbinsel nicht Fuß fassen.³²⁵

Politisch verlor die Bewegung des Hassan al-Saffar, die sich eindeutig auf die Islamische Republik ausgerichtet hatte, schon bald an Bedeutung, weil dieses Modell in seiner weiteren Entwicklung an Ausstrahlungskraft in den 1980er-Jahren verlor. Al-Saffar floh in den Iran und dann nach Syrien.³²⁶

Doch die Einschätzung der International Crisis Group aus dem Jahre 2005, dass im Osten Saudi-Arabiens keine gewaltsamen Unruhen und Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der Minderheit der Schiiten drohen würden,³²⁷ muss mittlerweile als Fehlprognose gelten. Dies vor allen Dingen aufgrund der von der Crisis Group auch selbst schon erwähnten Tatsache, dass trotz vieler positiver Ankündigungen des Königshauses zur Reform sich die Lage dieses Bevölkerungsteils als ausgegrenzte Randgruppe in der saudischen Gesellschaft kaum verbessert hat.³²⁸

Seit geraumer Zeit entlädt sich die Wut der saudischen Schiiten über diese Situation in Demonstrationen, die von den Sicherheitskräften unter Gewaltanwendung – was auch schon zu vielen Todesopfern führte – aufgelöst wurden. Das wiederum hat die Gewaltbereitschaft bei den Protestierenden erhöht. Im Iran beobachten die Medien diese Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit. Die Gewalt, mit der sich das – so die Tehran Times – „repressive Al-Saud-Regime“ auch gegen religiöse Einrichtungen der Schiiten richtet, wird beschrieben,³²⁹ ebenso wie die Lage der Schiiten

³²³ Ende: Saudi-Arabien, S. 194.

³²⁴ Siehe dazu auch: The Shiite Question in Saudi Arabia, International Crisis Group, Middle East Report N° 45, September 2005, S. 3 ff.

³²⁵ Ebd., S. 7.

³²⁶ Ebd., S. 8.

³²⁷ Ebd., S. 3.

³²⁸ Ebd., S. 8.

³²⁹ Saudi forces demolish Shia mosque, in: Tehran Times, 16.9.2012.

im Lande der „autokratischen Herrscher“ und das Streben der Minderheit nach politischer und sozialer Gleichberechtigung dargestellt wird.³³⁰ Dass dies auch in den englischsprachigen Zeitungen geschieht, kann als ein bewusstes Setzen von Zeichen im internationalen Bereich interpretiert werden.

Doch der Vorwurf, dass die Islamische Republik die Unruhen schüre – oft inoffiziell erhoben, jedoch in der saudischen Presse so nicht nachzulesen, weil diese Revolte dort nicht stattfindet – wird deutlich zurückgewiesen, was so auch ein hoher Rechtsgelehrter in Riyyad getan hat.³³¹

Die iranische Presse wiederum beschuldigt die USA, die saudische Regierung zu ihrem harten Vorgehen gegen schiitische Demonstranten zu ermuntern, weil die „US-Strategien“ nur darauf ausgerichtet seien, „Irans Einfluss in der Region“ in jeder Beziehung zu schwächen.³³²

Die schiitisch-wahhabitische Konfrontation im Osten Saudi-Arabiens wird damit schon in der politischen Rhetorik zum Bestandteil übergeordneter Konfliktlinien über die Region hinaus.

Auch wenn der Iran offiziell nicht auf Regierungsebene Stellung bezieht, so hat sich in der Frage das dem Schlichtungsrat unter Hashemi Rafsandshani zugeordnete Zentrum für Strategische Forschung in Person von Hassan Ahmadian zu Wort gemeldet. Die „extremistische Idee des Wahhabismus“ wird in dessen Betrachtungen gebrandmarkt und er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass Saudi-Arabien in der Reihe jener Umstürze und Volksaufstände, die im Westen unter dem Begriff des „Arabischen Frühlings“ zusammengefasst werden,³³³ nach Tunesien und Ägypten zum „next place“ des „Arab Uprising“ werden könnte.³³⁴

Solche Stellungnahmen stellen auch eine Art von Antwort auf die vom Iran in den letzten Jahrzehnten wahrgenommene wahhabitische Einkreisung der Islamischen Republik dar. Denn in der Reihe jener Versuche, den Glauben der Wahhabiyya in der gesamten islamischen Welt zu verbreiten, fanden und finden nicht unwesentliche Versuche dieser „Proliferation“³³⁵ rigoristischer und antischiitischer Glaubensinhalte in direkter Nachbarschaft zum Iran statt. Im Zeichen des Kriegs in Afghanistan nach

³³⁰ Shia protesters arrested in eastern Saudi Arabia, in: Tehran Times, 27.7.2012.

³³¹ Iran not responsible for unrest in Persian Gulf: Saudi Grand Mufti, in: Tehran Times, 26.11.2012.

³³² Moving for change in Saudi Arabia, in: Tehran Times, 5.8.2012.

³³³ Der Begriff „Arabischer Frühling“ wird in der islamischen Welt wegen dessen westlicher bzw. mit der Geschichte Europas verbundenen Konnotation zumeist abgelehnt. Es werden in der Regel Begriffe verwendet, die sich an George Antonius' berühmte Formulierung vom „Arab Awakening“ des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts orientieren oder es wird auch von der „Arabischen Erhebung“ gesprochen. Im Iran ist in den englischsprachigen Medien mittlerweile auch vom „Islamic Awakening“ die Rede.

³³⁴ Ahmadian, Hassan: Will Saudi Arabia's citizens revolt?, in: Tehran Times, 15.7.2012.

³³⁵ Zum Begriff der „Proliferation“ des Wahhabi-Islam siehe Al-Rasheed, Madawi: Contesting the Saudi State. Islamic voices from a new generation, Cambridge u. a. 2007, an mehreren Orten.

dessen sowjetischer Besetzung waren zur Unterstützung des Widerstands der Mudschaheddin gegen die Rote Armee unzählige saudische „Jihadis“ nach Afghanistan gekommen und diese brachten dorthin ihre eigenen „Jihadi traditions“³³⁶ aus ihrer Heimat mit. Zugleich – und auch später weiter noch zur Rekrutierung von Taliban- Kämpfern ab den 1990er-Jahren – waren auch in Pakistan viele Religionsschulen entstanden, in denen der Wahhabi-Islam gelehrt wird und von denen aus Wahhabi-Gedanken in die pakistanische Gesellschaft und weiter nach Afghanistan hineingetragen wurden und werden. Diese „Wahhabisierung“ des mit den Taliban in Verbindung gebrachten Islam in Afghanistan und in der Nachbarregion³³⁷ hat damit in Verbindung mit Saudi-Arabien selbst einen Halbkreis von Konfliktherden im Osten und Süden des Iran geschaffen, in deren Mittelpunkt schiitische Bevölkerungsgruppen stehen, die durch die Geschichte und Religionszugehörigkeit mit diesem Iran verbunden sind. Denn auch in Afghanistan und Pakistan leben Schiiten, die zur Zielscheibe antischiitischen Terrors geworden sind – und dies im Zuge der Proliferation der Wahhabiyya. Inwieweit aus diesen internen Konflikten Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene entstehen können, ist gegenwärtig offen. Doch dass aus innenpolitischen und innerstaatlichen Konflikten sehr schnell zwischenstaatliche werden können, hat die Geschichte oft bewiesen.

2.4.5.2 Iran – Pakistan: die schwierige Nachbarschaft

Auch an seiner östlichen Grenze sieht sich der Iran einem Nachbarn gegenüber, der als potenzieller Aggressor angesehen werden könnte. Die Möglichkeit eines offenen iranisch-pakistanischen Konflikts wird in der sicherheits- und nahostpolitischen Literatur bislang nicht als ein Konfrontations-Szenario mit allergrößter Wahrscheinlichkeit betrachtet. Dies vor allen Dingen, weil das prospektive iranische Atomprogramm mit der Zielrichtung Israel und das Atomwaffenpotenzial Pakistans in erster Linie mit dessen schwieriger Nachbarschaft mit Indien in Verbindung gebracht wird. Doch die pakistanische Außen- und Militärpolitik ist nicht nur nach Osten, ihr iranisches Gegenstück nicht nur nach Westen und Süden ausgerichtet. Dabei überlagern sich im iranisch-pakistanischen Beziehungsgefüge gleich mehrere Konfliktlinien.

Im November 2012 wurde in den Medien von blutigen Anschlägen der pakistanischen Taliban auf schiitische Einrichtungen in mehreren Städten des Landes berichtet. Die Schiiten in Pakistan sind seit einigen Jahren schon zu Opfern sunnitisch-extremistischen Terrors geworden, der auch gegen Moscheen dieser Glaubensgemeinschaft ausgeübt wurde und wird. Radikale sunnitische Gruppierungen wie die Sipahi-i Sahaba haben in den 1980er-Jahren einen an Todesopfern reichen Glaubenskrieg gegen

³³⁶ Ebd., S. 258.

³³⁷ Zu dieser „Wahhabisierung“ siehe auch Münch-Heubner: Saudi-Arabien, S. 173 ff.

die Schiiten begonnen, die sie zur „nichtmuslimischen Minderheit“ erklärt haben.³³⁸ Und, was nun heute in dieser Situation schwer zu wiegen scheint:

„Der pakistanische Sicherheitsapparat scheint nur halbherzig“ gegen diesen Terror „vorzugehen“.³³⁹ Diese Halbherzigkeit hat Gründe historischer Natur. Anschläge auf die Schiiten in Pakistan aber sind nicht nur innenpolitische Brennpunkte. Schon kurz nach den Anschlägen vom November 2012 meldete sich in Teheran das Außenministerium zu Wort. In einer – nun nicht in der Tehran Times veröffentlichten – Stellungnahme bekundete der Iran seine „Sympathie“ und „Solidarität“ mit den Opfern der Terroranschläge, die als „organisierte Attacken“ bezeichnet wurden.³⁴⁰

Gegen wen erhob der stellvertretende iranische Außenminister hier den Vorwurf, Anschläge auf Schiiten in Pakistan zu „organisieren“? Die Erklärung selbst brachte die traditionelle Verbundenheit des Iran, des schiitischen Iran zu den Glaubensbrüdern im Nachbarland zum Ausdruck. Eine transnationale Solidarität, die in Pakistan auch als Einmischung in innere Angelegenheiten betrachtet werden könnte. Dies, zumal sich Teheran im Text sehr deutlich zum Zustand des interreligiösen Zusammenlebens in Pakistan und dessen Verbesserungswürdigkeit geäußert hat.

Wie sehr hier die Gefahr einer Eskalation im zwischenstaatlichen Bereich auch weiter drohen könnte, zeigen die aktuelleren Entwicklungen im Gefolge des Anschlags von Karachi, dem am 3. März 2013 45 Menschen zum Opfer fielen, Besucher einer schiitischen Moschee. Unisono meldeten sich im Iran die religiöse und die weltliche Führung zu Wort, um die Anschläge als Gewaltakte nicht nur gegen pakistanische Staatsbürger, sondern vor allen Dingen als Gewaltakte gegen Angehörige des schiitischen Glaubens zu verdammen, als deren Schutzherr die Islamische Republik sich versteht.

Schon am 9. März erklärten Vertreter des regimetreuen schiitischen Klerus den Anschlag zu einem Fanal, das das Schiitentum weltweit angehe. Die von Pathos getragene öffentliche und auch in Englisch verfasste Verlautbarung des Klerus trug durchaus auch martialische Züge: „Rise up Muslims, Pakistan is in flames.“

Die angesichts der im Nachbarland nicht enden wollenden Bluttaten gegen Schiiten verständliche Erschütterung über diesen Terror kann sehr schnell, wie die weiteren Passagen des Statements zeigen, in offensive rhetorische Gegenreaktionen und sogar zu verhaltenen Drohungen führen:

³³⁸ Rieck, Andreas: Afghanistan und Pakistan – Sieg über islamischen Extremismus?, in: Zehetmair: Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, S. 236-248, hier S. 241.

³³⁹ Anschläge der Taliban. Zunehmende Gewalt gegen Schiiten in Pakistan, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.11.2012.

³⁴⁰ Ettela'at International, 25.11.2012.

„They also attack us, carry out assassination, and make threats to force us to back down and stop ... today, thanks to the Islamic Republic of Iran ... the situation is in our favour.“³⁴¹

Einen Tag später meldete sich auch die Madschlis, das iranische Parlament, zu Wort. Unmissverständlich forderten die Abgeordneten die pakistanische Regierung dazu auf, die unterminierte Sicherheit im Lande wiederherzustellen und für den Schutz der Schiiten zu sorgen, mit denen sich der Iran in außerordentlicher Weise verbunden fühle. Die Erklärung des Parlaments griff dann sogar noch weiter auf internationale Ebene über. Gewisse Analogien zum Verhalten des Westens im Krieg mit dem Irak herstellend, wurde auch im Falle des antischiitischen Terrors in Pakistan das „Schweigen“ der internationalen Völkergemeinschaft und von Staaten wie den USA oder Großbritannien zu dieser Gewalt angeprangert:

„The silence of international organizations and [of] the countries that are the self-proclaimed advocates of human rights about this blatant violation of human rights illustrates the bitter reality that today, the issue of human rights has become a political tool for major powers especially the United States.“³⁴²

Nachdem das offizielle Teheran die Vorgänge im Nachbarland in einer so deutlichen Weise zu seiner eigenen moralischen – und politischen? – Angelegenheit gemacht hatte, wirkte die Stellungnahme von Staatspräsident Ahmadinedschad wiederum nur einen Tag später fast wie der Versuch einer Beruhigung der angespannten Lage in den bilateralen Beziehungen zu Pakistan. Er, der in seinen Reden immer gerne polterte, erwies sich als unerwartet mäßigend, als er gerade die Vereinten Nationen, die er bis dahin immer gerne, wie auch oben zu sehen war, als bloßes Instrument der Machtinteressen des Westens rhetorisch diskreditierte, um Hilfe bei den Bemühungen um ein Ende der Gewalt in Pakistan bat und dieses Pakistan ebenfalls beinahe höflich dazu aufforderte, mehr für die Sicherheit der Schiiten im Lande zu tun.³⁴³

Viel mag über diese späte Mäßigung eines Unmäßigen spekuliert werden, der nun nicht mehr für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren kann. Diese Intervention offenbart zumindest erneut ein erkennbares Maß an Rationalität im politischen Handeln, das eine Eskalation zum Äußersten vermeidet. Ob Deeskalation auf dieser Konfliktlinie auch in der Zukunft funktionieren kann, hängt von vielen Faktoren ab. Die Spannungen im iranisch-schiitisch-pakistanischen Beziehungsgeflecht werden aber immer weiter durch die von Saudi-Arabien aus koordinierte und finanzierte Infiltration des wahhabitischen, antischiitischen Radikalismus

³⁴¹ Iranian clergymen protest massacres of Shias in Pakistan, in: Tehran Times, 10.3.2013.

³⁴² Iranian parliament condemns massacres of Shias in Pakistan, in: Tehran Times, 11.3.2013.

³⁴³ Ahmadinejad calls for action to end violence against Shias in Pakistan, in: Tehran Times, 12.3.2013.

in die pakistanische Gesellschaft hinein angeheizt und es stellt sich die Frage, was eines Tages passieren könnte, wenn die pakistanischen Schiiten, die immerhin ca. 20 % der Bevölkerung Pakistans ausmachen, angesichts des beinahe alltäglichen Sterbens auf Aufforderungen iranischer Religions- und Rechtsgelehrter wie die obige, sich zu wehren, offensiv reagieren. Und welche unberechenbaren Konfliktpotenziale würde dieser Religionskrieg in einer nuklear weiter aufgerüsteten Region dann unter Umständen in sich bergen?

2.4.5.3 Das Konfliktdreieck Iran – Pakistan – Afghanistan

Über Pakistan führt die sunnitisch-schiitische Konfliktlinie nach Afghanistan, wo ebenfalls eine schiitische Minderheit zu finden ist, die zudem in Furcht davor lebt, dass nach einem Abzug der NATO-Truppen die radikal antischiitischen Taliban wieder an die Macht zurückkehren könnten. Deren Verbindungen zu Pakistan haben nicht nur damit zu tun, dass die Volksgruppe der Paschtunen, aus der sich die Taliban rekrutierten, zu beiden Seiten der afghanisch-pakistanischen Grenze lebt. Sie haben auch damit zu tun, dass Pakistan den Aufbau der Taliban und deren Machtübernahme wie zuvor die Mudschaheddin-Organisationen massiv unterstützt hat – was indes auch die USA getan haben.³⁴⁴ Die in Afghanistan lebenden Schiiten sind in entgegengesetzter geographischer Ausrichtung mit dem Iran religiös und auch historisch verbunden, entstand Afghanistan doch im Jahre 1747 als eine Abspaltung vom iranischen Reich des Nadir Schah, als nach dessen Tod Ahmad Schah im Osten seine eigene Herrschaft begründete.³⁴⁵ Zudem sind viele Afghanen ethnisch Perser, sie sprechen Farsi bzw. Dari³⁴⁶ als Muttersprache. Zusammen mit den Tadschiken – Tadschik ist ebenfalls ein Farsi-Dialekt – machen die iranischen Volksgruppen in Afghanistan fast 50 % der gesamten Bevölkerung aus. Dies alles sind Faktoren, die bedingen könnten, dass Afghanistan zum Schauplatz eines stillen oder auch offenen „Stellvertreterkriegs“ zwischen Iran und Pakistan werden könnte.

Ein solcher Stellvertreterkrieg hat in Afghanistan tatsächlich schon vor 2001 stattgefunden. Im Bürgerkrieg gegen die damals herrschenden und von Pakistan unterstützten Taliban stand Teheran der oppositionellen Nordallianz materiell und mit militärischen Hilfslieferungen zur Seite.³⁴⁷ In der Nordallianz hatten sich neben anderen vor allen Dingen iranische bzw. tadschikische Gruppen zusammengefunden, die Taliban waren und sind Paschtunen. Die Gefahr einer erneuten Konfrontation auf dieser oder ähnlicher Konfliktlinie ist für die Zeit nach dem Abzug der NATO durchaus gegeben.

³⁴⁴ Vgl. Rieck: Afghanistan und Pakistan, an mehreren Orten.

³⁴⁵ Siehe dazu u. a. Keddie: Iran und Afghanistan, S. 220 ff.

³⁴⁶ Dari ist die offizielle amtliche Bezeichnung für das in Afghanistan gesprochene Persisch.

³⁴⁷ Siehe dazu u. a. Amirpur / Witzke: Schauplatz Iran, S. 114.

Zwar hat sich in der pakistanischen Afghanistan-Politik nach dem 11. September 2001 eine deutliche Wende ergeben, doch trotz Bekenntnisses von Präsident Musharraf zur Anti-Terror-Koalition wollten die Gerüchte nie verstummen, dass vor allen Dingen sein Geheimdienst die Taliban weiter und heimlich unterstützte. Anfang November 2012 entließ die pakistanische Regierung neun führende Taliban-Vertreter aus dem Gefängnis. Nun will sogar der afghanische Präsident Hamid Karsai mit dem Nachbarstaat über eine Freilassung weiterer Taliban verhandeln, damit diese an Friedensverhandlungen teilnehmen können. Und Pakistan hat sich sehr schnell, beinahe zu schnell zu einer solchen Maßnahme bereit erklärt.³⁴⁸

Dies stellt eine aktuelle Entwicklung dar, die für die in Afghanistan lebenden Schiiten und auch für andere ethnisch iranische Volksgruppen zur direkten Bedrohung werden könnte.

Und die Teheraner Außenpolitik hat schon mit Stellungnahmen auf die „Rehabilitierung“ der Taliban reagiert. Gerüchte, die von US-Medien verbreitet wurden und die der iranischen Regierung Kontakte zu den Taliban unterstellten, sind vom iranischen Außenministerium energisch dementiert worden. In einer Art von Gegenwehr werden die USA jetzt beschuldigt, den afghanischen Präsidenten „unter Druck“ gesetzt zu haben, damit dieser Verhandlungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern aufnimmt. Überhaupt seien die USA diejenigen, die längst Kontakte zu den Taliban aufgenommen hätten und die darauf hinarbeiten würden, diese Organisation in der arabischen Welt hoffähig zu machen.³⁴⁹ Die Taliban als ein weiteres Glied in der Kette der von den USA betriebenen „Einkreisung“ des Iran?

Die weitere Entwicklung im Konfliktdreieck Iran-Pakistan-Afghanistan ist nur schwer voraussehbar. Doch eines wäre voraussehbar: Verfügt auch der Iran über Atomwaffen, stünden sich im Gegensatz zu der Situation vor 2001 hier dann zwei Atommächte – wenn auch nur indirekt – gegenüber. Das Eskalationsrisiko ist geringer, wenn man von der Annahme ausgeht, dass die iranische Politik eine rationale und am eigenen Überleben orientierte ist. Und: Auch mit Pakistan und Indien stehen sich in der Region zwei Atommächte schon seit geraumer Zeit gegenüber, deren Beziehungen als konfliktreich zu bezeichnen sind und die ebenfalls über einen gemeinsamen Neben-„Schauplatz“ der Austragung ihres Interessenkonfliktes verfügen: Kaschmir. Trotzdem ist auch hier der Konflikt bis jetzt nicht zu einer nuklearen Auseinandersetzung eskaliert.

Doch es gibt einen Punkt, an dem sich die Ausgangssituation zwischen dem Iran und Pakistan von der zwischen Pakistan und Indien un-

³⁴⁸ Afghanistan fordert von Pakistan Freilassung sämtlicher Taliban, in: Zeit Online, Ausland, 30.11.2012, <http://zeit.de/politik/ausland/2012/.../afghanistan-pakistan-taliban-freilassung>, Stand: 2.12.2012.

³⁴⁹ Iran rejects reports on Taliban Office, in: Ettela'at International, 30.11.2012; Pakistan agrees to free several Afghan Taliban, in: Tehran Times, 14.11.2012.

terscheidet: Der Iran ist konventionell nur ungenügend ausgerüstet. Einen konventionellen Waffengang würde er weder mit Saudi-Arabien noch mit Pakistan für sich entscheiden können. Dieses Missverhältnis deutet auch schon auf eine Antwort auf die Frage hin, warum der Iran nach dem Besitz von Atomwaffen greifen wollen könnte.

2.4.6 Die Atomwaffe im Dienste der Abschreckung oder als operatives Instrument? Greift die Logik der gegenseitigen Abschreckung heute noch?

In der Fachliteratur wird von einer deutlichen Mehrzahl der Sicherheits- und Iran-Experten die Meinung geteilt, dass der Iran Atomwaffen zur Abschreckung äußerer Feinde erwerben will.

Kahl, Dalton und Irvine, die einen iranischen Atomwaffenbesitz verhindern wollen, sehen das Streben der Islamischen Republik nach einem eigenständigen Nuklearwaffenpotenzial als das Streben nach einer „threshold capability“. Das angestrebte Ergebnis wäre: „... acquiring the ability to rapidly produce nuclear weapons would provide Iran with a sufficient deterrent and enhance Iran's regional influence, without incurring the costs of going further.“³⁵⁰

Auch für Nikki R. Keddie steht fest, dass der Iran Atomwaffen als Mittel zur Abschreckung („... as a deterrent“) sieht und alle Iraner, auch die oppositionellen, Sicherheitspolitik im Sinne der „Selbstverteidigung“ („self-defense“) verstanden sehen möchten.³⁵¹ Schon aus diesem Grunde, so argumentiert Robert Jervis, bringe jede Androhung einer „military action“ von Seiten der USA an den Iran auch die Gefahr mit sich, dass sich Teheran angesichts einer solchen Drohung in noch größerem Ausmaße gezwungen sehen könnte, an seinem „current course“ festzuhalten.³⁵²

Für Suzanne Maloney stellen Atomwaffen aus Teheraner Sicht eine Sicherheit gegen einen von den USA aus betriebenen Versuch eines „regime change“ dar. Gleichzeitig bringt sie das iranische Atomprogramm auch wieder mit den bitteren Erfahrungen der Iraner aus dem Krieg mit dem Irak in Verbindung.³⁵³ Diese Kriegserfahrung, so erklärt Katajun Amirpur ebenfalls, die im Iran ein „nationales Trauma“ verursacht hat, und die daraus resultierende „Nie-wieder“-Einstellung³⁵⁴ in der Bevölkerung sind die gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen der iranischen Sicherheitspolitik, die Ahmadinedschads ansonsten unbeliebter Politik noch ein

³⁵⁰ Kahl / Dalton / Irvine: Risk and Rivalry, S. 11.

³⁵¹ Keddie: Modern Iran, S. 334, 339.

³⁵² Jervis, Robert: Getting to Yes With Iran. The Challenges of Coercive Diplomacy, in: Foreign Affairs 1/2013, S. 105-115, hier S. 107 f.

³⁵³ Maloney: Iran's Long Reach, S. 53.

³⁵⁴ Amirpur, Katajun: Geschichte des iranischen Nuklearprogramms: Vom Kriegstrauma zum Abschreckungsdogma, in: Qantara.de, 7.10.2009, <http://de.qantara.de/Vom-Kriegstrauma-zum-Abschreckungsdogma/2725c127/...>, Stand: 3.10.2012.

gewisses Maß an Rückhalt in der Bevölkerung verschaffen.

Suzanne Maloney betont die Bedeutung des Lehrbeispiels Nordkorea für die iranische Politik, die aus diesem Fall für ihre eigene Sicht und Position gefolgert hat, dass die USA einer Atommacht gegenüber weniger offensiv gegenüberzutreten können als sie dies im Falle der Islamischen Republik bis jetzt tun.³⁵⁵ Amirpur schreibt dann weiter über den Sturz Saddam Husseins als dem zweiten Lehrfall für die iranische Atompolitik im Vergleich zu Nordkorea: „Iran hat daraus den Schluss gezogen, dass der angegriffen wird, der die Bombe nicht hat. Dass aber der verschont bleibt, der über sie verfügt.“ Und sie zitiert einen berühmten Ausspruch Rafsandschanis: „Wir wollen nicht mit dem Gedanken leben, angreifbar zu sein“.³⁵⁶

Doch gleichsam offenbart auch jener Entwicklungsstrang, der vom Iran-Irak-Krieg zum iranischen Atomprogramm führt, das Grunddilemma eines Atomwaffenbesitzes im Falle einer konventionell schwach gerüsteten Militärmacht. Gemäß den Ausführungen von Amirpur haben sich in erster Linie die Revolutionsgarden bei Khomeini für eine Wiederaufnahme des 1979 eingestellten Atomprogramms eingesetzt – und dies eben in einer äußerst schwierigen militärischen Lage für den Iran im Krieg mit dem Irak. Der Bericht des Führers der Revolutionsgarden, Mohsen Rezai, an Ayatollah Khomeini, aus dem Amirpur hier zitiert, bleibt in seiner Formulierung in zwei Richtungen hin auslegbar: Wollte Rezai Atomwaffen, weil er davon ausging, dass eine konventionell weitgehend geschlagene Armee Saddam Hussein mit deren Einsatz hätte drohen und damit zum militärischen Rückzug hätte zwingen können? Oder sprach er vom konkreten Einsatz von Nuklearwaffen als ultima ratio der Verzweifelten, um den eigenen Zusammenbruch zu verhindern?

Zu diesem Zeitpunkt waren es theoretische Abstraktionen, aber das grundsätzliche Bedrohungsszenario, dem sich die Militärmacht Iran hier ausgesetzt sieht, ist doch die gleiche geblieben. Denn der Iran ist konventionell schlecht ausgerüstet.

Die Beurteilung des Zustands der iranischen Streitkräfte, der Armee, der Luftwaffe, der Marine beruht zumeist – aufgrund des fehlenden Zugangs zu statistischen oder offiziellen Quellenmaterialien – auf Einschätzungen. Doch alle Einschätzungen beruhen auf weitreichenden Untersuchungen – so kann doch die Größenordnung des Waffentransfers in den Iran etwa aus Russland sehr gut „eingeschätzt“ werden – und sie kommen zu dem gleichen Schluss: Der Iran könnte eine militärische Auseinandersetzung mit einer anderen, konventionell gut ausgerüsteten Militärmacht auch der Region nicht für sich entscheiden. Die großen Unbekannten in der Bilanz iranischer militärischer Stärke bleiben die von den Experten

³⁵⁵ Maloney: *Iran's Long Reach*, S. 53.

³⁵⁶ Amirpur: *Geschichte des iranischen Nuklearprogramms*.

des CSIS so bezeichneten „asymmetric forces“ – wobei dieser Begriff hier nicht im Sinne der „asymmetrischen Kriegsführung“ im Zusammenhang mit dem Terror etwa der al-Qaida verstanden wird, sondern bei CSIS den Bereich paramilitärischer Organisationen wie der Revolutionsgarden oder der Basij-e Mostasafin umschreibt. Doch auch deren Ausrüstung wird allgemein als weit unter internationalen Standards liegend beschrieben.

Schon was den Zustand der iranischen Luftwaffe anbetrifft, bemerkt Götz Neuneck, dass von den Erdkampfflugzeugen und Jagdflugzeugen, über die der Iran verfügt, die „Mehrzahl“ heute „nicht einsatzfähig“ wäre „wegen Mangels an Ersatzteilen.“³⁵⁷ Dies ist eine Folge des Waffenlieferungsboykotts, der über das Land verhängt wurde, im Zusammenwirken mit den für die Ausrüstung der iranischen Armee katastrophalen Folgen des Kriegs mit dem Irak – wobei der Boykott die Kriegsfolgen verschärft hat.

Der schlechte Zustand seiner konventionellen Streitkräfte, die dem Iran auch von Seiten des CSIS attestiert wird („much of its conventional military force is obsolescent or is equipped with less capable types of weapons“)³⁵⁸ ist damit Folge dieser beiden Faktoren: „It reflects the fact, that Iran has never been able to rebuild its conventional forces as a result of US lead efforts to block transfers of advanced modern arms, and its massive losses of ground force equipment in climatic battles of the Iran-Iraq War in 1988 – losses which US experts put at some 40 % to 60 % of its ground order of battle.“³⁵⁹

Eine „Modernisierung“ der Streitkräfte hat damit in den letzten Jahrzehnten nicht stattfinden können. Die iranische Luftwaffe, von der weite Teile seit 1979 (!) nicht mehr modernisiert werden konnten, bezeichnet das CSIS als „military museum“. Teilweise erfolgte russische Lieferungen haben das „serious problem“ der mangelnden Einsatzfähigkeit der Luftwaffe nicht beheben können³⁶⁰ – vielleicht auch nicht wollen. In der Golfregion stehen 336 schlecht ausgerüstete und minder einsatzfähige iranische Kampfflugzeuge insgesamt 540 fortgeschritteneren („more advanced“) Kampffjets aus Saudi-Arabien, den VAE und Kuwait gegenüber. Zu alledem kommt laut CSIS das Problem der schlechten Ausbildung iranischer Piloten.

Was die Landstreitkräfte anbetrifft, so stellt der Iran mit einer Armee von 350.000 Mann plus 220.000 Wehrpflichtigen im Nahen und Mittleren Osten eine „major land power by regional standards“ dar. Doch: „Military quantity without quality, however, is ineffective.“

³⁵⁷ Neuneck: Der Atomstreit mit dem Iran, S. 37.

³⁵⁸ Center for Strategic and International Studies (CSIS): Iran and the Gulf Military Balance I, The Conventional and Asymmetric Dimensions, Teil I, S. 17.

³⁵⁹ Ebd., S. 8.

³⁶⁰ Ebd., Teil II, S. 16.

So bleibt auch hier festzustellen: „its major land weapons are aging, of low moderate capability and require modernization“. Nur 450 bis 580 der insgesamt 1.600 „main battle tanks“ können als „modern“ bezeichnet werden. Dazu kommt wieder eine schlechte Ausbildung. Daraus ziehen die Experten des CSIS den Schluss: „the Iranian army is unlikely to prevail in any conventional slugging contest with an advanced military“.³⁶¹

Und auch im Bereich der Seestreitkräfte fällt das Urteil bezüglich der „conventional fleet“ hier nicht anders aus: „with the exception of its submarines and some missile patrol boats, its forces are outdated and vulnerable to Gulf and American regular forces in a conventional campaign“.³⁶²

Die quantitative Stärke der iranischen Militärmacht erhöht sich durch die Hinzuziehung der paramilitärischen Verbände der Revolutionsgarden und der Basijis noch einmal um insgesamt 425.000 Mann. Doch stellen diese Einheiten primär eine „internal security force“³⁶³ dar, eine innere Armee zur Unterdrückung der Opposition, wie auch im Falle der vorletzten Präsidentschaftswahlen zu beobachten war. Ihre Einsatzfähigkeit in der offenen Feldschlacht darf bezweifelt werden.³⁶⁴

Empfehlen die Experten des CSIS vor dem Hintergrund der konventionellen Schwächen des Iran einen US-amerikanischen Angriff auf den Iran zur Verhinderung der iranischen Atombombe? Keineswegs. Denn Armee und Paramilitärs sind in ihrer Defensivausrichtung Bestandteil einer als solchen dann doch wiederum beachtlichen „ground resistance force“.³⁶⁵

Angesichts der Tatsache, dass das Land konventionell nicht zu verteidigen ist, werden reguläre und paramilitärische Verbände auf einen Guerilla-Krieg nach der Eroberung des Landes durch einen feindlichen Gegner vorbereitet und für diesen Fall mit ausgebildet. Ihr Training beinhaltet damit auch das Einüben von „resistance tactics“. Eine „US invasion“ würde sich damit nach Einschätzung von CSIS als sehr „problematisches“ Unterfangen erweisen.³⁶⁶

Zieht man heute die Schwierigkeiten in Betracht, mit denen die NATO in Afghanistan angesichts einer wesentlich geringeren Anzahl von Taliban zu kämpfen hat, sieht man die Probleme der US-Streitkräfte im Irak, lässt sich erahnen, was eine Widerstands- und Partisanenarmee von insgesamt einer Million Mann für jede Invasionsarmee bedeuten würde.

Dass angesichts der Tatsache, dass das Land konventionell nicht zu verteidigen ist und sich Gegenstrategien gegen einen Aggressor in der Entwicklung von Partisanen-Taktiken für die Zeit nach einer erfolgten In-

³⁶¹ Ebd., Teil II, S. 35 ff.

³⁶² Ebd., Teil II, S. 44.

³⁶³ Ebd., Teil II, S. 85.

³⁶⁴ Ebd., Teil II, S. 89.

³⁶⁵ Ebd., Teil II, S. 86.

³⁶⁶ Ebd., Teil II, S. 38, 72.

vasion erschöpfen, der Iran nach Auswegen aus dieser Situation sucht, ist für die Experten des CSIS keine Überraschung. Was der Iran sucht, sind: „alternatives to conventional military power.“³⁶⁷

Im Zuge einer solchen Politik soll sich der Iran im Bereich der Entwicklung von B- und C-Waffen schon engagiert haben. Ein „B-Waffenprogramm“ wird dem Iran „nachgesagt“, wie die Formulierung zeigt, handelt es sich hier um eine Vermutung.³⁶⁸ Konkreter scheint es hingegen bei dem Verdacht bezüglich der eigenständigen Produktion von chemischen Waffen zu werden,³⁶⁹ die zuerst „zur Abschreckung des irakischen C-Waffen-Potenzials“ entwickelt wurden.

Ein Feld der iranischen Strategien zur Erlangung einer eigenständigen Militärkraft, das bereits zur Problematik der nuklearen Aufrüstung führt, ist der Bereich der iranischen Aktivitäten bei der Entwicklung von Raketen-Systemen bzw. Trägersystemen. Aus der Reihe der Raketen-Systeme, die der Iran entwickelt hat – selbst und auf dem Wege der „Technologieimporte aus China, Libyen und Nordkorea“³⁷⁰ – ragt nun die Shahab-3 mit einer Reichweite von 1.300 Kilometer heraus. Eine Bedrohung für Israel? Die Ausrüstung dieser Rakete mit einem atomaren Sprengkopf allein schon aber wäre für den Iran, so Neuneck, „eine sehr große Herausforderung“.³⁷¹ Wozu baut der Iran aber dann solche Raketen?

Für die Experten des CSIS fürchtet der Iran nichts mehr als eine „US led conventional attack“ gegen das Land. Es gehe darum, die USA vor einem solchen Angriff „abzuschrecken“. Und so haben die „armed ballistic missile forces“ ein vorrangiges Ziel: Sie sollen ein Droh- und Abschreckungspotenzial in Richtung auf die „US bases in the region“ darstellen.³⁷² Ob sie das wirklich sind, ist eine andere Frage.

Im Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm und seinen primären Motivationsgrundlagen kehrt man bei CSIS wieder zur konventionellen Schwäche des Iran zurück. Der Iran wolle Atomwaffen, so die Autoren des CSIS-Berichts, „to compensate for the limitations to its conventional forces.“³⁷³

Eine Nuklearmacht Iran werde die Bombe aber nicht einsetzen, vielmehr gehe es um eine „bomb in the basement option“, die jede Verhandlungsposition Teherans verbessern werde.³⁷⁴ Und schließlich: „A nu-

³⁶⁷ Ebd., Teil I, S. 9.

³⁶⁸ Neuneck: Der Atomstreit mit dem Iran, S. 26.

³⁶⁹ Ebd., S. 26, 36.

³⁷⁰ Ebd., S. 26.

³⁷¹ Ebd., S. 26.

³⁷² CSIS: Iran and the Gulf Military Balance, I, The Conventional and Asymmetric Dimensions, Teil I, S. 8.

³⁷³ Ebd., Teil II, S. 68.

³⁷⁴ Ebd., Teil II, S. 68.

clear-armed Iran could be far more effective in deterring US, Israeli, or Gulf Arab strikes of its territory.³⁷⁵

Das könnte für die USA bedeuten, dass man dem Iran gegenüber Drohungsoptionen verlieren würde. Doch würde im Verhältnis zwischen der Atommacht USA und dem Iran auch dann in keinsten Weise ein atomares Gleichgewicht entstehen.

Die Autoren des CSIS-Reports fürchten auch das Entstehen eines nuklearen Rüstungswettlaufs in der Region als Folge des iranischen Atomprogramms. Auch Saudi-Arabien könnte dann nach dem Besitz von Atomwaffen streben.³⁷⁶

Ein konventioneller Rüstungswettlauf hat in der Region schon längst begonnen. Saudi-Arabien hat in den Jahren von 1997 bis 2011 seinen Rüstungshaushalt verdoppelt.³⁷⁷ Das saudische Königreich ist heute der meistbegünstigste arabische Staat in Sachen US-Waffenhilfe. An Waffenlieferungen erhielt Riyyad 2011 aus den USA mehr als das Dreizehnfache dessen, was der Iran aus Russland bekam. Selbst Jordanien erhielt noch mehr als das Doppelte an Waffenhilfe und Rüstungsgütern aus den USA als der Iran insgesamt an konventioneller Militärhilfe aus dem Ausland verbuchen konnte.³⁷⁸

Wenn man der Argumentation folgt und davon ausgeht, dass das iranische Atomprogramm eine Folge der konventionellen Unterbewaffnung des Iran ist, dann muss dieser konventionelle Rüstungswettlauf in Nah- und Mittelost in Teheran das Streben nach eigenen Atomwaffen nur noch weiter verstärken. Dies würde dann auch auf Panzerlieferungen zutreffen, die in Deutschland kontrovers diskutiert werden. Ist der Rüstungswettlauf im Nahen Osten noch zu beenden? Und was würde eine Atommacht Iran in der Regional- und der Weltpolitik bedeuten?

Für James M. Lindsay und Ray Takeyh wäre ein mit Nuklearwaffen ausgerüsteter Iran für die Außen- und Sicherheitspolitik der USA eine Herausforderung, die neue Fakten schafft, die aber im Rahmen einer neuen und effektiven Containment-Politik zu bewältigen wäre. Eine solche Atommacht Iran könnte im Nahen Osten ihre „Muskeln“ spielen lassen,³⁷⁹ würde von den anderen Anrainerstaaten als direkte Bedrohung der eigenen Sicherheit angesehen werden. Doch die Folge davon würde sein, so die Autoren, dass diese Nachbarstaaten in noch viel größerem Ausmaß als bisher Zuflucht und Schutz suchen würden unter dem „U.S. security um-

³⁷⁵ Ebd., Teil I, S. 7.

³⁷⁶ Ebd., Teil I, S. 21 f.

³⁷⁷ Ebd., Teil II, Figure III.4, S. 11.

³⁷⁸ Ebd., Teil II, Figure III.6, S. 12.

³⁷⁹ Lindsay, James M. / Takeyh, Ray: After Iran Gets the Bomb. Containment and Its Complications, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb. Solving the Persian Puzzle, New York 2012, S. 126-144, hier S. 127.

brella“.³⁸⁰ Die Isolierung des Iran in der Region, die die Politik Teherans ja aufbrechen will, würde sich auf diese Weise noch vertiefen und die US-amerikanische Militärpräsenz am Golf, die man schwächen will, würde sich noch verstärken. In einem solchen Szenario würde sich der Atomwaffenbesitz für den Iran und seine primären politischen Zielsetzungen als kontraproduktiv erweisen.

Einem atomaren Rüstungswettlauf in der Region wären, so Lindsay und Takeyh weiter, enge Grenzen gesetzt. Eine saudische Bombe wäre für die USA, die ja der primäre militärische Ausrüster der Streitkräfte Saudi-Arabiens sind, hier sehr viel leichter zu verhindern. Und das Königreich wäre mit seinen wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen mit den USA und Europa für Sanktionen sehr viel anfälliger als der Iran. In vielen anderen Staaten der Region verhinderten schon Beschränkungen finanzieller Mittel und Defizite in den technologischen Kapazitäten die Entwicklungen effektiver Atomprogramme.³⁸¹

Ein „setback“ wäre „Iran’s nuclearization“ hingegen aus der Sicht der Autoren für die Politik der Non-Proliferation, denn es würde dann offenkundig werden, „... that the great powers are unable or unwilling to act collectively to stop proliferators.“³⁸² Doch es stellt sich die Frage, ob dieser Fall nicht schon längst eingetreten ist – Pakistan und Folgen – und ob das iranische Atomprogramm nicht Ursache eines künftigen, sondern Folge eines bereits eingetretenen Versagens der Non-Proliferation ist.

Bei Lindsay und Takeyh geht es letztlich um die Frage, ob die Logik der gegenseitigen Abschreckung und damit die des Kalten Kriegs auch heute noch im Falle einer atomaren Aufrüstung im Vorderen Orient gelten könnte. Doch: Wozu überhaupt ein erneuter Kalter Krieg in kleinem Format heute im Vorderen Orient? Wozu jenes jetzt schon gegebene Ausmaß an Rüstungsausgaben noch weiter erhöhen in einer Region, in der soziale Schief lagen der größte Faktor der Instabilität für die bestehenden politischen Ordnungen darstellen und eine Steigerung von Sozialausgaben diesen Instabilitätsfaktoren sinnvoller entgegenwirken könnte.

Die Ausführungen von Lindsay und Takeyh lesen sich letztlich nicht wie die von überzeugten Befürwortern der Strategie der gegenseitigen Abschreckung. Auch was den Nahen Osten anbetrifft, meinen sie: „Success is by no means guaranteed. Deterrence can fail“.³⁸³

Schon im Kalten Krieg habe sie nicht immer so funktioniert, wie die Anhänger der Abschreckungspolitik dies für diese Strategie reklamiert haben. So sprechen die Autoren im Falle der Kuba-Krise nicht von einem Erfolg der Abschreckung, sondern von deren Beinahe-Scheitern im Jahre

³⁸⁰ Ebd., S. 130.

³⁸¹ Ebd., S. 133 f.

³⁸² Ebd., S. 135.

³⁸³ Ebd., S. 136.

1962. Dieses Beinahe-Scheitern der Abschreckung ist so zum Ausgangspunkt der Entspannungspolitik geworden.

Ist dies der Grund, warum eine Atommacht Iran den Nahen Osten zu einem „more dangerous place“³⁸⁴ machen würde? Wenn in einem System der gegenseitigen atomaren Abschreckung die Gefahr des Scheiterns dieser „deterrence“ immer gegeben ist und auch in der bipolaren Weltordnung des Ost-West-Konflikts immer so gegeben war, dann wird sich diese Gefahr in einem multipolaren System der mehrseitigen atomaren Abschreckung mit vielen sich gegenseitig bedrohenden Akteuren ins Unendliche multiplizieren.

Die Situation der Atommacht Iran im Nahen und Mittleren Osten wäre zudem aufgrund der ungenügenden konventionellen Ausrüstung eine andere als im klassischen „Abschreckungszenario“. Als eine Atommacht ohne konventionellen Unterbau wäre ihre Lage auch mit Nordkorea nicht zu vergleichen, dies schon aufgrund der vielen kleinen Krisenherde um den Iran herum, die durch die Lage der schiitischen Minderheiten in der unmittelbaren Nachbarschaft Teheran nicht nur Einflussmöglichkeiten bieten, sondern auch immer die Gefahr einer Involvierung in einen lokalen Konflikt mit sich bringen. Nordkorea ist in dieser Hinsicht isoliert.

Im Falle einer Eskalation eines lokalen Konflikts würde sich die Frage nach der Wirksamkeit von Abschreckung und nach deren innerer Logik durch die konventionelle Schwäche des Iran unter ganz neuen Gesichtspunkten stellen. Denn geht man davon aus, dass auch der Iran Atomwaffen nur besitzen will, um sie letztendlich nicht einsetzen zu müssen, bleibt es zu bezweifeln, ob sich ein potenzieller Angreifer, selbst eine rein konventionelle Militärmacht, unter diesen Voraussetzungen von einem Angriff auf den Iran wirklich abschrecken lassen würde. Anders gefragt: Hätte sich Saddam Hussein von seinem Angriff auf den Iran – der als Trauma für die Iraner zum Ausgangspunkt der Teheraner Atompolitik geworden ist – abhalten lassen, wenn dieser Iran damals schon Atomwaffen besessen hätte – worauf ja die Gedankengänge Mohsen Rezais beruhen – der irakische Diktator aber davon ausgehen hätte können, dass sein rationaler Gegner sie nicht einsetzt, obwohl er konventionell weit unterlegen ist?

Die Frage der Glaubwürdigkeit von Abschreckung würde sich hier in sehr viel deutlicherem Ausmaße unter dem Gesichtspunkt des Willens und der Bereitschaft zum Einsetzen dieser Waffe stellen, denn ansonsten wäre deren Besitz für die neue Atommacht Iran eigentlich nutzlos. Und wie stellt man diese Glaubwürdigkeit dann her? Die Antwort auf diese Frage selbst ist wohl „abschreckend“ im eigentlichen Sinne des Wortes genug.

Der Iran wird als defensive Militärmacht betrachtet und die Mehrzahl der Experten geht davon aus, dass Teheran Atomwaffen zur Abschre-

³⁸⁴ Ebd., S. 143.

ckung besitzen will. Doch welche auch militär-psychologischen Auswirkungen ergäben sich aus einer Situation, in der ein defensiver Iran in einem Konflikt mit einem Aggressor eine verheerende Niederlage oder einen Zusammenbruch nur mehr durch den Einsatz einer Atomwaffe verhindern könnte, weil er keine Alternativen hat?

2.5 Die Rolle der Volksrepublik China im Atomkonflikt mit dem Iran

Ein wichtiger und immer bedeutender werdender Akteur im Geflecht der internationalen Beziehungen um den Iran und sein Atomprogramm herum ist die Volksrepublik China. „Die VR China ist inzwischen der weltweit zweitgrößte Energiekonsument nach den USA.“ Seinen „Energie- und Ressourcenhunger als weltweit größter Verbraucher von Kohle, Stahl und Kupfer und als zweitgrößter Konsument von Erdöl und elektrischer Energie“³⁸⁵ versucht China mit Hilfe von Importen aus Rohstoffförderländern weltweit zu stillen. Dem Nahen und Mittleren Osten kommt dabei aber eine immer größere Rolle zu: Schon 2005 kamen in China 40,4 % aller Importe an Mineralöl und Mineralölprodukten aus dem Mittleren Osten.³⁸⁶

Dieses energiepolitische Engagement der Volksrepublik im Vorderen Orient wird längerfristig nicht ohne Folgen für die Internationale Politik bezüglich der gesamten Region bzw. ohne sicherheitspolitische Konsequenzen bleiben:

„Durch seine Aktivitäten zur Energiesicherung wird Chinas Einfluss im Nahen und Mittleren Osten mittelfristig wachsen und dadurch die bisher dominante Stellung der USA in dieser Region in Frage stellen und die komplizierten Beziehungen der USA zu einigen Staaten in der Region, allen voran Iran, weiter verkomplizieren, was insbesondere hinsichtlich der iranischen Nuklearambitionen bereits spürbar ist ...“³⁸⁷

Vor allen Dingen der Iran hat neben dem Erdöl vieles von dem anzubieten, was China sucht: Kohle, Kupfer und andere Rohstoffe. Und die Islamische Republik hat die sich ihr durch diese Ausgangslage ergebenden Möglichkeiten, aus ihrer Isolation weiter auszubrechen und das Sanktionsregime abzufedern, bislang zu nutzen gewusst.

2.5.1 China und der Iran – der Pakt der beiden altehrwürdigen Hochkulturen

China und der Iran bzw. Persien zählen zu den ältesten Hochkulturen der Menschheit. Bereits im vierten Jahrtausend vor Christus entwickelte sich eine städtische Zivilisation auf iranischem Boden, als Europa sich im Entwicklungsstadium der Jungsteinzeit befand. Um 3500 v. Chr. entstand auf

³⁸⁵ Kreft, Heinrich: Die Energiesicherheit Chinas – eine globale Herausforderung, in: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Energieversorgung als Sicherheitspolitische Herausforderung, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 88, München 2007, S. 199-213, hier S. 199.

³⁸⁶ Siehe ebd., Tabelle II, S. 202.

³⁸⁷ Ebd., S. 211.

iranischem Boden das Reich Elam, um 728 v. Chr. das Reich der Meder. Um 550 v. Chr. das wohl bekannte der Achämeniden.³⁸⁸ Als in Mitteleuropa die Hallstattkultur vorzufinden war, beherrschte die achämenidische Hochkultur ein Weltreich von Thrakien im Nordwesten und Ägypten im Südwesten bis zum Indus im Osten.

Die Genesis der chinesischen Reiche reicht zurück bis zur Schang-Dynastie (ab 1570 v. Chr.) bzw. zu der der Xia, die bis zu 4.000 Jahre alt zu sein scheint.³⁸⁹

Die ersten diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakte zwischen beiden Reichen gehen auf die Zeit der Han-Dynastie in China und der Parther in Persien im zweiten vorchristlichen Jahrhundert zurück.³⁹⁰ Die intensiven Wirtschaftsbeziehungen – persische Händler siedelten in China schon seit dieser Zeit – entwickelten sich über die Seidenstraße. Als im siebten Jahrhundert Persien von den arabischen Armeen erobert wurde, hatten chinesische Soldaten auf der Seite der Perser den Untergang des Sassanidenreichs zu verhindern versucht.³⁹¹

Doch trotz dieser mehr als zwei Jahrtausende alten Geschichte zweier Hochkulturen und ihrer Beziehungen zueinander existiert ein gemeinsames chinesisch-iranisches Geschichtsbewusstsein erst seit kurzer Zeit, ist das Narrativ, das Gemeinsamkeiten in Schicksal und Geschichte von Chinesen und Iranern betont, noch ein sehr junges.

Heute betont dieses gemeinsame Geschichtsbild die gemeinsame Erfahrung der „Erniedrigung“, die Chinesen wie Perser in der Zeit des Kolonialismus und des Imperialismus mit dem Vormachtstreben der westlichen Mächte machen mussten. Noch zur Zeit der Revolution von 1905 aber blickten die iranischen Reformen, nationalistische, konstitutionalistische wie klerikale – bei ihrer Suche nach einem Vorbild und nach jener „asiatischen Macht“, die in jener Zeit „in der Lage sein“ hätte können, es mit dem Kolonialismus der Europäer aufzunehmen und „den scheinbar allmächtigen Westen zu unterwerfen“ nach der Schlacht von Tshushima auf das aufstrebende Japan.³⁹² Dieses Japan aber war es, dass sich im Bewusstsein der Chinesen in der Geschichte als jene – nichteuropäische – Macht erweisen sollte, die einen Großteil zu deren Empfinden der „national degradation“ beitrug.³⁹³

Doch heute wird im gemeinsamen chinesisch-iranischen „humiliation narrative“ und in der Erarbeitung der „common points“ in den historischen

³⁸⁸ Zur Geschichte Persiens siehe das klassische und mehrbändige Standardwerk *The Cambridge History of Iran*, Cambridge 1968 ff.

³⁸⁹ Zur chinesischen Geschichte siehe u. a. das Gegenstück zur *Cambridge History of Iran*, *The Cambridge History of China*, Cambridge 1978 ff.

³⁹⁰ Garver, John W.: *China and Iran. Ancient Partners in a Post-Imperial World*, Seattle 2006, S. 13 f.

³⁹¹ Ebd., S. 23.

³⁹² Keddie: *Iran und Afghanistan*, S. 197.

³⁹³ Garver: *China and Iran*, S. 9.

Erfahrungen beider Nationen vor allen Dingen die „humiliation“ der alten Kulturnationen der Chinesen und der Iraner angesichts des „Western hegemonism“ hervorgehoben.³⁹⁴

So lassen sich Ähnlichkeiten zwischen der Penetration Chinas und Persiens durch westliche Mächte in der zweiten Hälfte des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts feststellen. Wie der Iran war auch China ein Staat, dessen Souveränität durch Verträge, die ebenfalls sehr einseitig angelegt waren, untergraben worden war. Wie der Iran war auch China in Einflusszonen auswärtiger Mächte eingeteilt worden.³⁹⁵ Und ist der Vertrag von Gulistan für die Iraner bis heute ein kollektiver Alptraum, so findet dieser sein ostasiatisches Gegenstück im Vertrag von Nanking, der den ersten Opiumkrieg (1839-42) beendete und der u. a. auch für China den Beginn der zwangsweisen Vergabe von Konzessionen und Privilegien an Europäer markierte und der ein System der ökonomischen wie politischen Penetration schuf, „which later caused the same resentment in the Chinese as that in Persia – ... – did in the Persians“.³⁹⁶

Doch stellt sich die Frage, warum hier heute die Narrative und Geschichtsbilder zweier Staaten einer Koordinierung auf der politischen Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Peking und Teheran unterzogen worden sind. Dies ist ein Vorgang, der im Hinblick auf die in beiden Fällen (aber in unterschiedlicher Form, beide politischen Systeme sind nicht miteinander zu vergleichen) gegebene Deutungshoheit staatlicher und parteioffizieller Stellen (in China) bzw. staatlicher und religiöser Institutionen (im Iran) über die jeweilige Geschichte den politischen und politisch-utilitaristischen Charakter dieses Prozesses noch unterstreicht.

Der Beginn der offiziellen Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten in der Geschichte des chinesischen und des iranischen / persischen Volkes ist indes nicht auf ein Datum festzulegen, das in den Zeitraum nach der Islamischen Revolution von 1979 fallen würde. Diese Koordinierung der beiden Historiografien begann früher und ging zeitgleich einher mit der politischen Annäherung zwischen Peking und Teheran am Beginn der 1970er-Jahre – und fand damit schon unter Schah Muhammad Reza statt.

Als im Jahr 1971 die chinesisch-iranischen Beziehungen deutlich intensiviert wurden, als die shabanu, die Ehefrau des Schahs zum ersten Mal nach Peking reiste, als Zhou Enlai Prinzessin Ashraf begrüßte, war zum ersten Mal auf offizieller Ebene von den beiden alten Hochkulturen die Rede. Die tagespolitischen Schlussfolgerungen, die der Gastgeber in Peking aus den historischen Gemeinsamkeiten der „nationalen Erniedri-

³⁹⁴ Ebd., S. 5.

³⁹⁵ Ebd., S. 8.

³⁹⁶ Burman, Edward: China and Iran. Parallel History, Future Threat?, The Mill, Brimscombe Port Strout, Gloucestershire 2009, S. 41.

gung“ zog, schienen im Hinblick auf die vorgegebene prowestliche Orientierung des Schah-Regimes für die iranische Seite nicht ohne Widersprüchlichkeiten. So etwa, wenn es hieß:

„... both the Chinese and the Iranian peoples were subjected to imperialist ravage and are now still confronted with the common task of opposing imperialist aggression and safeguarding state sovereignty and national independence.“³⁹⁷

Als später Regierungsvertreter der Islamischen Republik in die chinesische Hauptstadt reisen sollten, entsprach eine solche politische Rhetorik durchaus den Grundüberzeugungen und dem Geschichts- und Weltbild der dann neuen Führung in Teheran. Doch im Falle des Schahs scheint den Betrachter eine solche Positionierung zu überraschen. Die neue Zusammenarbeit zwischen zwei Staatsführungen, die ideologisch auf so unterschiedlichen Fundamenten aufgebaut waren, war aber auch in den 1970er-Jahren schon eine Kooperation von Pragmatikern. Und der Schah selbst versuchte sich in Teheran gerade zu dieser Zeit wieder an einem politischen Spiel, an dem auch schon seine Vorgänger gescheitert waren, am Spiel mit dem Austarieren von Gewichten und Gegengewichten.

Als 1973 eine erste kleine gemeinsame chinesisch-iranische Geschichtsbetrachtung veröffentlicht wurde, veranlasst „by high-ranking Chinese officials“ und geschrieben von dem zu diesem Zeitpunkt in China weilenden parlamentarischen Senator Abbas Massoudi,³⁹⁸ hatte sich der Schah bereits angeschickt, in der OPEC eine führende Rolle beim Kampf um die „Souveränität über das Erdöl“ – so das damalige Schlagwort – zu übernehmen. Teheran setzte sich für eine Erhöhung der Ölpreise ein, mit dem Ziel, „to redefine the relationship between oil-producing countries and international oil firms“. Als im Juli 1973 ein Gesetz zur „Iranian ownership of all oil resources in Iran“ erlassen wurde, kam Applaus aus Peking. Man unterstrich wieder Gemeinsamkeiten im Kampf „against superpower hegemony“.³⁹⁹ Im Zeichen des „antihegemonist struggle“ wurde dann auch das Buch von Abbas Massoudi veröffentlicht, quasi zur historiographischen Untermauerung einer aus der Geschichte sich zwangsläufig ergebenden Kooperation zwischen beiden Ländern.⁴⁰⁰ Doch konkrete Eigeninteressen, politische Absichten und primäre Zielsetzungen standen auf beiden Seiten im Hintergrund der eher sekundären Bedeutung dieser gegenseitigen Charmeoffensiven.

Mao Zedong hatte sich – analog zu und in Weiterentwicklung zu Lenin – immer für eine Zusammenarbeit der Kommunisten mit nationalen, wengleich auch bürgerlichen, aber antikolonialistischen Unabhängig-

³⁹⁷ Zitiert bei Garver: China and Iran, S. 9.

³⁹⁸ Siehe dazu ebd., S. 16.

³⁹⁹ Ebd., S. 37.

⁴⁰⁰ Ebd., S. 16.

keitsbewegungen außerhalb Europas ausgesprochen. In seinem Konzept einer „united front“ sowohl gegen den „US-Imperialismus“ als auch gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus“ kam gerade dem Iran eine „major role“ zu.⁴⁰¹

Der Schah vertrat die eigenen nationalen Interessen des Iran in der Golfregion, verbunden mit einem unverkennbaren Vormachtstreben am Persischen Golf. Bedroht und eingekreist fühlte sich der Iran auch in dieser Zeit. Der wachsende sowjetische Einfluss in Südwest- und Südasien schien das Land einzukreisen: Die Annäherung der UdSSR an den Irak auf der einen Seite und an Indien auf der anderen, die Probleme im Südjemen, die sowjetisch unterstützte Aufstandsbewegung in Dhofar, das alles schuf aus iranischer Sicht ein Bedrohungsszenario, in dem der Volksrepublik China als Gegengewicht zur Sowjetunion – mit der man ökonomisch aber durchaus zum eigenen Vorteil bis zu einem gewissen Grad zusammenarbeiten wollte – eine bedeutende Rolle im Spiel der Kräfte des Schahs zukam. Begünstigt wurde die chinesisch-iranische Annäherung durch grundsätzliche Veränderungen in den weltpolitischen Konstellationen: Der chinesisch-sowjetische Konflikt und in dessen Folge die Annäherung zwischen Peking und Washington begünstigten das gegenseitige iranisch-chinesische politisch-pragmatische Liebeswerben bzw. verhinderten eben, dass die zunehmenden Kontakte hier in einen deutlichen Widerspruch zu den für Teheran wichtigen iranisch-US-amerikanischen Beziehungen gerieten.⁴⁰²

Doch genau diese Ausgangsbedingungen waren es auch, die nach der Islamischen Revolution zu einer Abkühlung in den chinesisch-iranischen Beziehungen führten: Für Ayatollah Khomeini war die Volksrepublik ein Staat, der freundschaftliche Beziehungen zum Schah-Regime unterhalten hatte, der mit den USA zu einem politischen Ausgleich gekommen war und der damit in einer Front gegen den Iran stand. Schon 1978 hatte er erklärt: „Foreign policies of America, England, Russia, and China and others support the corrupt regime of the Shah and his crimes. Have destroyed our economy. Have made our army dependent. Have contaminated our culture.“⁴⁰³ Auch die neutrale Haltung Pekings im Iran-Irak-Krieg soll Khomeini zutiefst erobert haben.

Zu einem Neuanfang in den bilateralen Beziehungen kam es erst ab den Jahren 1982/83. Der Iran dachte nun an eine „political cooperation with China“. Das Aufbrechen der internationalen Isolation war für die Islamische Republik wichtig und China war nun – wie im Spiel „der dritten Macht“ – jene auswärtige Kraft, deren Nähe man zu suchen begann, denn es galt als ungefährlicher politischer Partner, der kein direktes Interesse an

⁴⁰¹ Ebd., S. 35 f.

⁴⁰² Vgl. dazu ebd., S. 29 ff.

⁴⁰³ Zitiert ebd., S. 59.

der Region am Persischen Golf habe. Die Volksrepublik war aus der Sicht der Islamischen Republik keine Nation mit „domination seeking tendencies“.

In Chinas Interesse lag eine „low-profile, economic cooperation with Iran“. Betont wurden jetzt wieder historische Gemeinsamkeiten zwischen den Völkern mit einer so langen Geschichte, und einer noch dazu gemeinsamen im „struggle against imperialism and colonialism“. Doch gerade in diesem „Kampf“ war Peking nun vorsichtiger geworden. Die Tage eines offensiven Antiimperialismus waren in Peking vorbei und so gab es nun eine dritte Größe, die die Tragweite der chinesisch-iranischen Kooperation mit beeinflusste – und auch einengen konnte: der Wunsch Pekings, unnötige Konfrontationen mit den USA zu vermeiden.⁴⁰⁴

Interessenkonvergenzen und -divergenzen und nicht Ideologien bestimmen seither die Handlungsspielräume im chinesisch-iranischen Beziehungsgeflecht.

2.5.2 Die „strategische“ und pragmatische Partnerschaft⁴⁰⁵

In den 1990er-Jahren führte vor allen Dingen ein Faktor die Volksrepublik China und die Islamische Republik Iran zusammen: Sanktionen und Sanktionsdrohungen, die die beiden Länder betrafen.

Deutlich fiel die Reaktion des Westens auf das Massaker auf dem Platz Tiananmen im Jahr 1989 aus. Auf die Ankündigung von Sanktionen und andere gegen China gerichtete Maßnahmen reagierte Peking mit einer diplomatischen Offensive in der Dritten Welt – und stieß gerade in Teheran auf offene Türen, wo man ebenfalls nach Wegen suchte, Sanktionsregime auszuhebeln.⁴⁰⁶

⁴⁰⁴ Vgl. ebd., S. 75 ff.

⁴⁰⁵ In der einschlägigen Berichterstattung der Medien, aber auch im diplomatischen und politischen Sprachgebrauch wird manchen Beziehungsgefügen der internationalen Politik eine „strategische“ Qualität attestiert; bilaterale Beziehungen zwischen einigen machtpolitisch exponierten Staaten werden mitunter gar als „Strategische Partnerschaft“ bzw. „Strategische Allianz“ charakterisiert. Der im Wortschatz der „Strategic Community“ offensichtlich zunehmend attraktive Begriff wurde dabei seit dem Ende der Sowjetunion und der damit einhergehenden Neuordnung der weltpolitischen Gesamtkonstellation derart inflationär verwendet, dass die internationale Politik mittlerweile von „strategischen Partnerschaften“ geradezu „überschwemmt wird“. Kremp, Herbert: Warum die internationale Politik von „strategischen Partnerschaften“ überschwemmt wird, in: Die Welt, 5.3.1999; vgl. in diesem Sinne auch Rühl, Lothar: Was „strategische Partnerschaft“ heißt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.9.2000. Durch diese unangemessene Überfrachtung ist der Terminus „Strategische Partnerschaft“ nun auch politisch nachgerade wertlos, nachdem er unter Gesichtspunkten wissenschaftlicher Relevanz seit jeher unter dem Defizit präziser Eingrenzung und Definition litt. Während nämlich strategische Partnerschaften von Wirtschafts- und Industrieunternehmen von den zuständigen Forschungsrichtungen in der Vergangenheit erschöpfend untersucht wurden, ist bislang von den Disziplinen Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen weder systematisch analysiert worden, welche Kriterien zur Bestimmung eines „strategischen“ Verhältnisses zwischen Staaten gelten, geschweige denn welche konkreten staatlichen Beziehungsgefüge einem derartigen Kriterienkatalog für „strategische Partnerschaft“ entsprechen.

⁴⁰⁶ Burman: China and Iran, S. 107 f.

Der Iran und seine Ölwirtschaft sahen sich durch den Iran-Libya Sanctions Act, mit dem die Clinton-Administration die Entwicklung des iranischen Erdöl- und Gassektors behindern wollte, bedroht. Der Iran-Libya Sanctions Act (ILSA), der dem Iran schaden sollte, wurde zu einem Katalysator für die Intensivierung der chinesisch-iranischen Zusammenarbeit auf dem Ölsektor. Als ein japanisches Konsortium – nicht unwesentlich unter dem Druck Washingtons, das nach Tokio die unmissverständliche Warnung sandte, dass auch internationale, nichtamerikanische Firmen, die „mehr als 20 Millionen Dollar“ in die Entwicklung des iranischen Öl- und Gassektor investieren, unter dem ILSA von den USA mit Sanktionen belegt würden – sich aus einem Auftrag zur Entwicklung der Azandegan-Ölfelder zurückzog, nutzte die chinesische Ölgesellschaft Sinopec sofort die Chance. Und die iranische Nachrichtenagentur IRNA verkündete in Teheran: China ist nun der neue und große „Partner“ des Iran bei Ausbau und Entwicklung der iranischen Ölwirtschaft.⁴⁰⁷

In Teheran hatte seit dem Beginn der 1990er-Jahre schon Staatspräsident Rafsandschani seine Blicke gen China gerichtet: Er war interessiert an der zunehmenden chinesischen Wirtschaftskraft. Von einer Zusammenarbeit mit Peking erhoffte er sich neue Impulse für die eigene, iranische „languishing economy“. Und die Volksrepublik schien für den Iran eines zu sein: „... a friendly country which was powerful enough to offer diplomatic and military opposition to the United States“. Eines war hier in dieser Einschätzung auch von ganz besonderer Bedeutung: „China’s power of veto on the Security Council of the United Nations.“⁴⁰⁸

Für internationales Aufsehen sorgten in diesem Zusammenhang die chinesischen Militärhilfen für und Waffenlieferungen an den Iran und die chinesische Unterstützung im Bereich der iranischen Nukleartechnologie.

2.5.3 Die Rolle Chinas als Waffenlieferant für den Iran

Die Auflistung und Aufgliederung chinesischer Waffenhilfen – seit 1982 – für den Iran liest sich wie bei Burman beeindruckend und sie umfasst Kampfflugzeuge, Panzer, Cruise Missiles, Anti-tank guided missiles etc. So habe die Volksrepublik China neben der UdSSR schon in den 1980er-Jahren die iranische Armee funktionsfähig gehalten – und tue dies mit Russland auch heute noch. Auch seit den 1990er-Jahren liefert China – wenngleich nun in geringerem Umfang – surface-to-air missiles, Radarsysteme, Minen und andere Raketen und Kampfboote. Und es liefere vor allen Dingen Knowhow im Bereich der Herstellung chemischer Waffen und im Nuklearsektor.⁴⁰⁹

⁴⁰⁷ Garver: China and Iran, S. 269 f.

⁴⁰⁸ Burman: China and Iran, S. 108.

⁴⁰⁹ Ebd., S. 109.

Zwischen 1982 und 2004 habe China dem Iran Waffenhilfe in einer Höhe von 3,8 Milliarden Dollar geleistet. Für den Iran sei diese Waffenhilfe aus zwei Gründen von so großer Bedeutung: „Chinese supplies fulfilled a parallel role in circumventing sanctions on arms sales by the United States and the European Union, and also acted as a counter-balance to over-reliance on Russian supplies.“⁴¹⁰

Doch wie sehr wirkt die chinesisch-iranische Kooperation der Politik des Westens dem Iran gegenüber entgegen, welche Bedrohung stellt die chinesische Militärhilfe für westliche Politikstrategien Teheran gegenüber in der Atomfrage dar, wie stark macht sie militärisch tatsächlich den Iran und welche Herausforderung stellt dieser Waffen- und Technologietransfer – im Bereich der ballistischen „missile cooperation“ – für die militärischen Kräfteverhältnisse im Nahen und Mittleren Osten dar?

Für die USA und hier vor allen Dingen für US-Präsident George W. Bush stellte die chinesische Unterstützung im Bereich der Chemiewaffenherstellung – ob direkt oder über Knowhow oder Technologie-Export – eine Bedrohung dar, der sogar mit der Verhängung von Sanktionen entgegengewirkt werden sollte.⁴¹¹ Aus der Sicht John W. Garvers hat China u. a. auch die Einsatzfähigkeit der iranischen Seestreitkräfte gestärkt.⁴¹²

Für Garver gibt es ein zentrales Ziel der chinesischen Iran-Politik: „strengthening the military capabilities of the IRI.“ Gleichzeitig wurde die chinesische Politik den USA gegenüber aber neu ausgerichtet: „China’s support for Iran’s antihegemony struggle had to be conducted in such a way as not to undermine China’s relation with the United States.“ Zwangsläufig macht der Autor hier auch eine „contradiction“ zwischen diesen beiden „Objektiven“ chinesischer Außen- und Militärpolitik aus.⁴¹³

Liegt hier wirklich ein Widerspruch vor? Generell hat der chinesische Waffentransfer in Richtung Iran seit 1989 in deutlichem Maße abgenommen. Im Zeitraum von 2002 bis 2005 belief sich das Gesamtvolumen iranischer Waffenimporte aus China auf 300 Millionen Dollar, das der Importe aus Russland auf 1,7 Milliarden Dollar. Um die Dimensionen in ihrer Gesamtheit hier aber zurechtzurücken: Im Nahen und Mittleren Osten ist der Iran ein Waffenimporteur von eher geringfügiger Bedeutung. Dies hat mit den Sanktionen zu tun. Aber es kann klar festgestellt werden: Weder die russischen noch die chinesischen Waffenlieferungen haben der Islamischen Republik tatsächlich dabei geholfen, die Auswirkungen des westlichen Waffenboykotts auch nur annähernd auszugleichen, wie Edward Burman oder John W. Garver das glauben feststellen zu können.

⁴¹⁰ Ebd., S. 110.

⁴¹¹ Garver: China and Iran, S. 194 f.

⁴¹² Ebd., S. 182.

⁴¹³ Ebd., S. 199.

Das Volumen der Waffenimporte in den Iran belief sich 2002 bis 2005 beispielsweise auf etwas weniger als ein Viertel der nach Saudi-Arabien gelieferten Waffen und blieb selbst hinter dem Gesamtwert von Waffenhilfen an den Oman zurück. Auch die Waffenimporte in die Vereinigten Arabischen Emirate lagen noch um ca. 75 % höher.⁴¹⁴

Und zu der quantitativen kam auch die qualitative Mangeldimension dieser Militärhilfen an den Iran im konventionellen Bereich hinzu. Die Wissenschaftler und Militärexperten, die mit dem CSIS zusammenarbeiten, zeichnen hier ein deutliches Bild der Qualität dieser Importe:

„They have not, however, been large enough to offset the steady aging of most of Iran’s military inventory, its inability to obtain parts and upgrades for much of its Western-supplied equipment, and anything close to parity with the level of weapons and technology in U.S., British, and many other Gulf forces.“⁴¹⁵

Wie schon in den vorangegangenen Kapiteln zu sehen war, hat sich an der konventionellen Mangelausrüstung der iranischen Armeen in den letzten Jahren nicht sehr viel verändert.

Doch sind diese Zahlen betr. „Waffentransfers“ nicht immer aussagekräftig. So ist die Volksrepublik China heute in den statistischen Erfassungen des CSIS bezüglich solcher „arms deliveries“ bzw. „arms transfers“ in Richtung Iran überhaupt nicht mehr präsent.⁴¹⁶ Das hängt zum einen damit zusammen, dass man in Peking tatsächlich keine gegen die USA gerichtete, provokative Waffenexportpolitik mehr betreiben will. Zum anderen geht es beim Thema Militärhilfe nicht immer um konkrete Waffenlieferungen, sondern oft auch um Wissens- und Technologietransfer. Dieser Transfer war auch im Bereich der Zusammenarbeit auf dem Feld der Chemiewaffenproduktion von Bedeutung.

2.5.4 Die Volksrepublik China und die iranische Chemiewaffenproduktion

Konkrete Aussagen über die Ausrüstung des Iran und seiner Streitkräfte mit chemischen Waffen lassen sich kaum treffen, auch die „Einschätzungen“ des CSIS in Washington zu diesem Kapitel beruhen – wie beim Atomprogramm – auf Vermutungen. Es ist auch so bezeichnend, dass ein von Anthony Cordesman und Martin Kleiber zitierter Report aus dem Department of State mit den Worten beginnt: „We believe ...“, und es auch weiter im Text heißt: „Iran may have ...“.⁴¹⁷

⁴¹⁴ Cordesman, Anthony H. / Kleiber, Martin: Iran’s Military Forces and Warfighting Capabilities. The Threat in the Northern Gulf. Published in cooperation with the Center for Strategic and International Studies, Washington D.C., Westport, Conn. 2007, Figure 3.2, Figure 3.4, S. 33, 35.

⁴¹⁵ Ebd., S. 34.

⁴¹⁶ Siehe dazu: Iran and the Gulf Military Balance, I, Teil 2, Figure III, 5, S. 12.

⁴¹⁷ Cordesman / Kleiber: Iran’s Military Forces and Warfighting Capabilities, S. 159.

Dass der Iran nach dem Besitz von Chemiewaffen strebt, gilt vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Landes aus dem Krieg mit dem Irak als sehr wahrscheinlich. In der Regel geht es aber, angesichts der internationalen Lage und der Sanktionsregime, nach allgemeiner Einschätzung nicht um den Versuch Teherans, Chemiewaffen zu importieren, sondern um den Erwerb von Knowhow, von Produktionstechnologie, von Erfahrung und chemischen Ausgangs- und Grundstoffen, Vorläufersubstanzen und Vorprodukten. Als mögliche Adressaten iranischer Lieferwünsche und -anfragen hierbei gelten: Russland und China. 1997 und 1998 sollen in diesem Zusammenhang „chemical warfare (CW)-related chemicals“ von China an den Iran verkauft worden sein. Darüber hinaus solle der Iran auch nach 1999 versucht haben, Grundstoffe und Technologie aus China zu erwerben. Ob diese Versuche erfolgreich waren, das scheint niemand zu wissen.⁴¹⁸

Wie unsicher, mit Spekulationen und Ängsten angereichert die US-Politik auf eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Peking und Teheran reagiert, zeigte der sog. Yinhe-Zwischenfall im Jahre 1993. Die Yinhe war ein chinesisches Schiff, das sich auf dem Weg zum iranischen Hafen Bandar Abbas befand. Nach US-amerikanischen Geheimdienstinformationen wurden mit der Yinhe gefährliche chemische Grundstoffe für die Produktion etwa von Nervengas transportiert. In einer ungewöhnlichen Aktion wurde die Yinhe von Washington davor gewarnt, einen iranischen Hafen anzulaufen, US-Schiffe umkreisten sie vor der Straße von Hormuz. Die USA forderten eine Inspektion des Schiffes, Peking willigte schließlich ein – allerdings nicht ohne seiner „Empörung“ über die amerikanische Vorgehensweise Ausdruck zu verleihen. Die Yinhe lief den saudischen Hafen Ad Damman an, wo sie durchsucht wurde. Gefunden wurde nichts. Die politische Führung in Peking bezeichnete diesen Vorfall als einen Bruch internationalen Rechts und in einer offiziellen Stellungnahme als eine „show of hegemonism and power politics pure and simple.“ Die Volksrepublik China forderte von den USA eine offizielle Entschuldigung. Sie bekam sie nicht – die Beziehungen zwischen beiden Mächten belastete der Vorfall noch einige Zeit.⁴¹⁹

Seither beschuldigen die USA China immer wieder, dem Iran beim Auf- und Ausbau einer eigenständigen Chemiewaffenproduktion behilflich zu sein – und haben auch Sanktionen gegen chinesische Zulieferer verhängt. Und Peking dementiert immer wieder solche Gerüchte.⁴²⁰

Doch erkennbar ist eine Linie in der Politik Pekings, die hier, wie auch in anderen Bereichen, Konfrontationen in den USA vermeiden will. Dies trifft auch auf den Bereich der Nukleartechnologie zu.

⁴¹⁸ Ebd., S. 158.

⁴¹⁹ Zu diesem Vorfall siehe bei Garver: China and Iran, S. 192 f.

⁴²⁰ Ebd., S. 193 f.

2.5.5 China und das iranische Atomprogramm

Die chinesisch-iranische Kooperation auf nuklearem Gebiet gilt heute als beendet. Begonnen hatte die chinesische Hilfe für die iranische Nuklearforschung schon in den 1980er-Jahren. 1984 wurde in Isfahan ein Nukleares Forschungszentrum eröffnet – mit chinesischer Hilfe. Später – 2003 – wird hier im Rahmen einer IAEA-Inspektion die Existenz von „secret rooms used for covert nuclear activities not previously declared to the IAEA“ moniert werden. China hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits aus der Kooperation mit dem Iran zurückgezogen. Wie viel chinesische Experten von diesen angenommenen Geheimaktivitäten wussten und ob solche etwaigen und vertraglich nicht geregelten weitergehenden Forschungen sogar zum Rückzug Pekings mit beigetragen haben, bleibt Spekulationen überlassen.

1985 unterzeichneten der Iran und die Volksrepublik China ein gemeinsames Protokoll „on the peaceful use of nuclear energy“.⁴²¹ Peking lieferte die Ausrüstung für vier Lehr- und Forschungsreaktoren, deren Konstruktion in den Jahren 1988 bzw. 1990 ff. begann. Auch nach US-amerikanischer Einschätzung stellten diese von China gelieferten Anlagen in ihren Bereichen kein „direct proliferation risk“ dar.

Iranische Atomwissenschaftler und -techniker reisten zur Ausbildung nach China, chinesische Experten und Forscher arbeiteten im Iran. In den 1990er-Jahren erreichte die Kooperation ihren Höhepunkt.

Die zentrale Frage hierbei blieb, wie weit die chinesische Hilfe hier ging. Ging es tatsächlich nur um Zusammenarbeit mit Teheran, um den Iran bei der zivilen Nutzung von Kernenergie zu helfen, oder ging es um die Herstellung von waffenfähigem Plutonium und damit um die Schaffung der Voraussetzungen für die Produktion von Atomwaffen? Vor allen Dingen mit Letzterem aber wird technologische Hilfe in Verbindung gebracht, die bemerkenswerterweise aus Pakistan und Nordkorea kam.⁴²²

Bemerkenswert aber blieb auch, dass Teile der chinesischen Hilfslieferungen für die iranische Nuklearforschung lange Zeit vor der IAEA verborgen wurde: Erst 2003 – als sich die chinesische Haltung zum Atomprogramm Teherans längst geändert hatte – wurde die Lieferung von Uranium Hexafluoriden und Uranium Tetrafluoriden vom Beginn der 1990er-Jahre bekanntgegeben.⁴²³

Die chinesisch-iranische Zusammenarbeit in der Weiterentwicklung des Atomprogramms des Iran basierte auf einer Übereinkunft aus dem Jahre 1990 und einem Kooperationsabkommen von 1992. 1991 erklärte sich

⁴²¹ Ebd., S. 143.

⁴²² Siehe dazu unten und Adomeit, Hannes: Russland und Iran. Welche Ziele und Interessen verfolgte Russland? Wie verlässlich ist Moskau, wenn es darum geht, Teherans Aufstieg zur Atommacht zu verhindern? Internationales Institut für Liberale Politik, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe, Wien November 2009, S. 26.

⁴²³ Garver: China and Iran, S. 146 f.

Peking bereit, die in den 1970er-Jahren von Deutschland und Frankreich begonnene Arbeit am Reaktor in Bushehr zu beenden. Mit dem Abkommen von 1992 sollte der Bau weiterer Kernkraftwerke anvisiert werden.⁴²⁴

Doch nicht alle Konstruktionsprojekte wurden verwirklicht, der Bau eines „20-megawatt ‚plutonium production‘ reactor“ wurde so von Peking abgesagt, „for technical reasons“, wie es offiziell hieß – politische Gründe wurden aber schon vermutet. Später monieren chinesische Experten den Standort von Bushehr als „seismologically unsound“.⁴²⁵

Als sich China – wohl als Antwort auf US-amerikanische Interventionen – zurückzog, sprang Russland ein. Nach 1995 wurde Bushehr zu einem markanten Beispiel für die nun sich entwickelnde Nuklear-Kooperation zwischen Moskau und Teheran. 1995 verpflichtete sich Moskau dazu, den Reaktor von Bushehr „wieder aufzubauen“. Die neue „russisch-iranische Zusammenarbeit in Nuklearfragen“ hatte aus Washingtoner Sicht nur ein bedrohliches Ziel: „... die Gewinnung von waffenfähigem Plutonium.“ Die USA protestierten gegen den russisch-chinesischen Vertrag von 1995 und damit dagegen, dass Moskau bereitwillig jene Lücke füllte, die Peking hinterlassen hatte – doch diesmal, anders als im Falle Chinas „vergeblich“.⁴²⁶

Der Atomreigen um den Iran vollzog sich zuvor aber auch schon in die umgekehrte Richtung: Der Iran war immer an Lasertechnologie interessiert. Russland lieferte 1992 als Erster. Als sich die russischen Lieferungen als qualitativ unzureichend herausstellten, wurde Peking angefragt.⁴²⁷ 1993 lieferte China sog. Tokamak-Laser-Nuklearforschungsapparaturen, die sich allerdings nicht zur Waffenherstellung eignen.⁴²⁸

Doch welche Ziele verfolgte die chinesische Nuklearhilfe? Galt sie nur zivilen Objektivten? Denn anders als bei den Tokamak-Apparaturen sah es bei den Plänen für den Bau von Schwerwasserreaktoren wie in Arak aus, die aus der Sicht Washingtons bewiesen, dass der Iran nach Atomwaffen strebe. Die USA forderten, dass die Volksrepublik sich von diesem Projekt zurückziehen sollte – und Peking tat es. An die Stelle chinesischer Experten, Konstrukteure und Spezialisten traten – wieder – russische. Schon zuvor allerdings war man in Washington zu der Überzeugung gelangt, dass im Falle des Reaktors in Arak in den kritischen Nuklear-Bereichen russische und nicht chinesische „entities“ Irans „crucial foreign partners“ gewesen sind.⁴²⁹

China war auch in diesem Fall nicht bereit, für die Kooperation mit dem Iran ein zumindest nach außen hin konfliktfreies Verhältnis zu Washington

⁴²⁴ Ebd., S. 147 f.

⁴²⁵ Ebd., S. 148 f., 154.

⁴²⁶ Adomeit: Russland und Iran, S. 22.

⁴²⁷ Garver: China and Iran, S. 150.

⁴²⁸ Ebd., S. 149.

⁴²⁹ Ebd., S. 151.

zu belasten. Als im Oktober 1997 der chinesische Präsident Jiang Zemin nach Washington reiste, kam es mit Präsident Clinton zu jener Übereinkunft, die die chinesisch-iranische Nuklear-Kooperation auf den wichtigsten Gebieten beendete.⁴³⁰ Gerüchte über eine etwaige Fortsetzung wichtiger Projekte im Geheimen kursieren immer wieder, sie beruhen aber nur auf Gerüchten, die auch nachrichtendienstlich kaum bestätigt werden konnten.⁴³¹

Die nukleare Kooperation zwischen Peking hatte viele Facetten, die aufzuzeigen den Rahmen dieses Kapitels sprengen würde. Bei der Einschätzung des Beitrags, den China zum iranischen Atomprogramm beige-steuert hat und vor allen Dingen bei der Beantwortung der Frage, ob diese Hilfe nur der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Iran gedient hat oder etwa einem iranischen Streben nach Atomwaffen dienlich war, treten jene Schwierigkeiten, die bei der Beantwortung der Frage nach der Zielrichtung des iranischen Atomprogramms generell auftreten, noch in deutlicherer Form auf. Gehen jedoch Experten in der Regel davon aus, dass alle Anzeichen dafür sprechen, der Iran strebe nach A-Waffen, so bleibt die Frage, ob die eine oder andere chinesische Hilfe – vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Problematik der Zugänglichkeit zu konkreten Informationen und deren Zuverlässigkeit – vagen Vermutungen überlassen.

Mit einem großen Maß an Sicherheit glaubt John W. Garver jedoch subsumierend feststellen zu können: „It is also significant that most of China’s nuclear cooperation with Iran, at least in the 1990s, was in compliance with the then-existing norms of the international nonproliferation regime.“

Aber: Informationsdefizite, die etwa bei der IAEA meldepflichtige Transaktionen anbetreffen, müssen eingeräumt werden, wie bei der Lieferung von „uranium materials“ an den Iran. Dennoch, das Fazit des Autors bleibt: „As shown here, there is no evidence China was involved in nuclear weapons activities.“ Diese Schlussfolgerung hinsichtlich der chinesischen Kooperationsabsichten dürfe aber keineswegs auf die iranische Seite der Kooperation und deren Intentionen übertragen werden.⁴³²

Seit 1997 wird Russland z. B. von John W. Garver als „Iran’s leading nuclear partner“ bezeichnet.⁴³³ Auch im gesamten militärischen Bereich war russische Hilfe für den Iran wichtig – auch wenn schon die Analyse der konventionellen Schwäche der iranischen Streitkräfte zeigt, dass die Hilfe in diesem konventionellen Bereich nicht entscheidend die militärischen Kräfteverhältnisse in Südwestasien verändert hat.

⁴³⁰ Ebd., S. 154.

⁴³¹ Siehe zu diesen Gerüchten u. a. Delpech, Therese: Iran and the Bomb: The Abdication of International Responsibility, Columbia University Press 2006.

⁴³² Ebd., S. 160.

⁴³³ Ebd., S. 209.

2.5.6 Das nukleare Beziehungsdreieck China – Iran – Russland

China und Russland stehen in ihren Beziehungen zum Iran in einem konkreten Konkurrenzverhältnis. China wird damit von Hannes Adomeit als „Bestimmungsfaktor der russischen Iran-Politik“ bezeichnet und als „einer der wichtigen Faktoren“, die die russische Iran-Politik, aber auch die iranische Haltung zu Moskau mitbestimmen.⁴³⁴

Mithin stellt sich auch die Frage – auch angesichts der oben bereits dargestellten mehrmaligen Positionswechsel zwischen Moskau und Peking bezüglich der Hilfestellungen für das iranische Atomprogramm – nach den Auswirkungen dieser Konkurrenz auf die Entwicklung des iranischen Atomprogramms. Konnte dieses Atomprogramm von dieser Konkurrenz profitieren?

Im Bereich der militärischen Hilfen Russlands spielen Raketensysteme und Trägersysteme für Atomwaffen eine große Rolle. Russland hat dem Iran z. B. Tor-M-1-Raketen geliefert, die „im Klartext ... die Fähigkeit besäßen, Atoanlagen des Iran vor amerikanischen oder israelischen Angriffen aus der Luft zu schützen“. Tatsächlich machen sie solche Anlagen aber nicht unverwundbar, ihr Vorhandensein „kompliziert“ im Endeffekt nur „möglichen Angreifern die Einsatzplanung“.⁴³⁵

Auch von Russland bekam der Iran nicht alles, was er wollte. Was er wollte und was er nicht bekam, ist nicht uninteressant – und auch aufschlussreich:

„Die S-200-Flugabwehrsysteme [die geliefert wurden, Anm. d. Verf.] haben zwar eine große Reichweite, aber ein veraltetes Lenksystem; Iran konnte Russland nicht dazu überreden, die modernen S-300- und / oder S-400-Systeme zu liefern; ... Iran erhielt auch nicht die ballistische Boden-Boden-Rakete SS-26-Iskander, die in den russischen Streitkräften auch mit Nuklearwaffen ausgerüstet ist [Reichweite 280 km]. Und die an Iran gelieferten U-Boote der Kilo-Klasse waren, im Gegensatz zu denen der russischen Streitkräfte, nicht mit Raketensystemen der modernen Version 636M gegen Überwasserschiffe ausgerüstet.“⁴³⁶

Mit Problematiken beladener hingegen ist die Kooperation aber, wenn es um den Vorwurf geht, „Moskau helfe Iran dabei, ballistische Raketen mittlerer und längerer Reichweite sowie Marschflugkörper herzustellen“.⁴³⁷

Das iranische Arsenal an „Missiles“ besteht heute aus Raketen, als deren „Progenitor Missiles“ in erster Linie sowjetische / russische, nordkoreanische, pakistanische Modelle gelten, – und nur in einem Falle ein

⁴³⁴ Adomeit: Russland und Iran, S. 9.

⁴³⁵ Ebd., S. 16, 19.

⁴³⁶ Ebd., S. 16.

⁴³⁷ Ebd., S. 20.

chinesisches.⁴³⁸ Diese Modelle haben über unterschiedliche Umwege ihren Weg in den Iran gefunden, wo sie umbenannt und weiterentwickelt wurden. In der Regel handelt es sich bei den Shahab-Raketen um Weiterentwicklungen aufbauend auf dem SCUD-Vorbild. Shahab-1 ist so eine „Soviet-designed SCUD-B (17E) guided missile“, aufbauend auf sowjetischen Raketen bzw. nordkoreanischen Weiterentwicklungen, die nach der irakischen Invasion aus Libyen und Nordkorea gekommen waren. Shahab-2 basierte auf dem SCUD-C Modell, das nach 1992 über Nordkorea und Syrien seinen Weg in den Iran gefunden hatte.⁴³⁹ Shahab-3 ist ein Produkt der iranischen „technological partnership with North Korea“. ⁴⁴⁰ Schon zumindest zu diesem Zeitpunkt ist aber unklar, inwieweit – nunmehr – Russland direkt Ausgangspunkt des Transfers gewesen ist. Seit 1991 erfolgte die Verschiffung von SCUD-Missiles in Richtung Iran nach Cordesman / Klein von nordkoreanischen Häfen aus.⁴⁴¹

Shahab-3 zumindest ist dann eine iranische Variante der nordkoreanischen No-Dong1/A bzw. No-DongB-Raketen.⁴⁴² Shahab-4 bis Shahab-6 sind weitere Raketen, basierend auf nordkoreanischem „design“. Theoretisch könnten sie Israel erreichen.⁴⁴³

Die Rolle Russlands in diesem Bereich scheint hier sekundär, die Nordkoreas bedeutend.

Auch was das Atomprogramm anbetrifft, würde Hannes Adomeit Russland nicht als „Sponsor“ desselben beschreiben. Die IAEA hat festgestellt, „dass Russland Technologie an Iran zur Anreicherung von Uran geliefert habe.“ 1995 „versprach“ Moskau „die Lieferung von 2.000 Tonnen Rohuran, Hilfe beim Abbau von Uranerz, die Lieferung einer kompletten Anlage zur Anreicherung von Uran auf der Basis russischer Zentrifugentechnik und die Ausbildung von iranischen Nuklearspezialisten“. Und: „Noch im Juli 2002 vereinbarten Moskau und Teheran eine umfassende, auf zehn Jahre angelegte Zusammenarbeit in Nuklearfragen, welche den Bau von insgesamt sechs Atomreaktoren vorsah“.⁴⁴⁴

Dabei ging das, so Adomeit, „außen- und sicherheitspolitische Establishment“ in Moskau durchaus davon aus, dass das iranische Atomprogramm „militärische Aspekte“ hat. Doch trotz alledem sieht Adomeit Russland nicht in der Rolle des Förderers iranischen Atommachtstrebens. Moskau verfolge vielmehr Teheran gegenüber eine bewusste Taktik von „Verzögerungen“ und „Verschiebungen“, die auf der einen Seite für Russland ökonomischen Gewinn verspreche, auf der anderen Seite dem

⁴³⁸ Cordesman / Kleiber: Iran's Military Forces and Warfighting Capabilities, Figure 9.1., S. 135.

⁴³⁹ Ebd., S. 136 ff.

⁴⁴⁰ Ebd., S. 141.

⁴⁴¹ Ebd., S. 140.

⁴⁴² Ebd., S. 142.

⁴⁴³ Adomeit: Russland und Iran, S. 20.

⁴⁴⁴ Ebd., S. 23.

Iran und seinem Atomprogramm an Geschwindigkeit nehmen wolle. Als Beispiel führt der Autor hier die „unendliche Geschichte“ des Reaktors von Bushehr an, dessen Inbetriebnahme durch ständige Verschiebungen der zugesagten Lieferung von Brennstäben und angereichertem Uran erfolgreich verzögert wurde. „Terminverschiebungen“ kennzeichneten weite Bereiche der nuklearen Kooperation zwischen Teheran und Moskau, nicht nur was Bushehr anbetrifft.⁴⁴⁵ Russland zeigte sich zudem für US-amerikanischen Druck durchaus empfänglich.

Auch die von Adomeit zitierten iranischen Klagen über das so wahrgenommene Fehlverhalten der russischen Partner scheinen sehr viel auszusagen und scheinen vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung der Iraner mit den früheren Kolonialmächten auch authentisch zu sein: So haben sich iranische Wissenschaftler über den „Bruch von Versprechen“ und auch über „ein Art Vormundschaft“ beschwert, die Russland dem Iran gegenüber anstrebe.⁴⁴⁶

Das iranische General-Trauma spricht aus diesen Worten. Der Iran scheint sich auch hier aus dem Gefängnis seiner geschichtlichen Erfahrung mit den Europäern und dem Westen nicht befreien zu können. Überall scheint ein vermeintlicher Partner immer wieder zum Hegemon zu werden.

Auch aus diesem Grund scheint es erklärbar, wenn Teheran die Möglichkeit einer nuklearen Kooperation auf außereuropäischer, asiatischer Ebene sucht. Die russischen und chinesischen Verhaltensweisen den iranischen Nuklearambitionen gegenüber wiesen auffällig viele Ähnlichkeiten miteinander auf. Eine unten noch zu stellenden Frage wird es sein, inwieweit China heute, obwohl asiatische Macht – in der iranischen Perception bereits zu einem neuen Hegemon geworden sein könnte. Es bleibt letztlich, eine militärische Komponente des iranischen Atomprogramms als sehr wahrscheinlich angenommen, der Blick diesbezüglich auf Pakistan und – heute vor allen Dingen – auf Nordkorea zu richten.

Nordkorea ist, im Gegensatz zu China und auch zu Russland, ein Land „most willing to ignore U.S. and international restrictions on transfer of missile technology“.⁴⁴⁷ Nordkorea war schon stiller Partner der chinesisch-iranischen Kooperation, viele der Transfers liefen über das Land.⁴⁴⁸ Das traf auch auf den Bereich der russischen Waffenhilfe an den Iran zu. Vieles spricht dafür, dass Nordkorea nach den Rückziehern der beiden anderen großen Partner hier eine eigenständige Rolle entwickelt hat.

Auch Pakistan war stiller Partner der chinesisch-iranischen Kooperation.⁴⁴⁹ Es positionierte sich nach dem 11. September 2001 im Verhältnis

⁴⁴⁵ Ebd. S. 24 f.

⁴⁴⁶ Ebd. S. 24 f.

⁴⁴⁷ Garver: China and Iran, S. 170.

⁴⁴⁸ Ebd., S. 185 ff.

⁴⁴⁹ Ebd., S. 233.

zu den USA aber – nach außen hin – neu, wie weit tatsächlich, bleibt fraglich.

Hannes Adomeit glaubt als Fazit feststellen zu können: „Im Vergleich zur Rolle Russlands bei der Schaffung von Voraussetzungen für den Iran, Atommacht zu werden, sind die Blaupausen und Ausrüstungen, die es von Pakistan und Nordkorea erhalten hat, viel bedeutsamer.“⁴⁵⁰ Heute scheint Nordkoreas Rolle in diesem Spiel von zentraler Bedeutung.

China ist trotz seines Rückzugs aus dem Bereich der direkten nuklearen Kooperation mit Teheran aber immer noch ein wichtiger Akteur im politischen Geschehen um das iranische Atomprogramm. Dies vor allen Dingen aufgrund der ökonomischen Dimension seiner Beziehungen zum Iran.

2.5.7 Teheran und Peking – die neue (strategische) Zweckpartnerschaft

China ist heute der bedeutendste Abnehmer von iranischem Erdöl und darüber hinaus der „top trade partner“ der Islamischen Republik.⁴⁵¹ Aus chinesischer Sicht ist der Iran heute der drittwichtigste Lieferant von Erdöl. Chinesische Anbieter und Geschäftsleute, Händler, Konstrukteure, Exporteure, Staatsunternehmen wissen heute ebenfalls ihre Chance auf dem iranischen Markt zu nutzen, denn dort haben sie aufgrund der gegen den Iran verhängten Sanktionen weitgehend „keine internationale Konkurrenz“ zu fürchten. Der Iran wiederum hofft durch diese ökonomische Kooperation auch auf politische Vorteile, denn man rechnet aufgrund gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen mit diesem neuen Handelspartner auf dem Parkett der internationalen Politik ebenfalls mit politischer Interessenkonvergenz. Diese Konvergenz kann sich etwa im UN-Sicherheitsrat auszahlen, wenn es eben um die Verhinderung von Maßnahmen gegen die Islamische Republik geht. Und der „letzte Freund“ baut nebenbei im Iran nun auch das, was das Land so nötig braucht: Raffinerien und Pipelines.⁴⁵²

Auf den Straßen des Iran fahren heute viele Automobile aus chinesischer Produktion, chinesische Automobilhersteller sind aber auch schon vor Ort präsent, im Bau- sowie im Transportwesen, im Fischereiwesen, bei der Zementherstellung – im herstellenden Gewerbe generell und in der Nahrungsmittelindustrie. Billige Konsumwaren „made in China“ sind es, die den iranischen Markt geradezu „überfluten“.⁴⁵³

⁴⁵⁰ Adomeit: Russland und Iran, S. 26.

⁴⁵¹ China floods Iran with cheap consumer goods in exchange for oil, in: The Guardian, Tehran Bureau correspondent, Wednesday 20 February 2013, <http://www.guardian.co.uk/world/iran.../china-floods-iran-cheap-consumer-goods/>, Stand: 8.4.2013.

⁴⁵² Der letzte Freund, in: Die Zeit, 25.2.2010, Zeit Online 1.3.2010.

⁴⁵³ China floods Iran with cheap consumer goods in exchange for oil.

Aufträge im Bereich des Ausbaus der Infrastruktur sind zur fast alleinigen Domäne chinesischer „companies“ geworden. Von denen werden von der Iran-China Chamber of Commerce and Industries über 70 gezählt, die das Eisenbahnnetz des Iran erweitern, Dämme bauen und andere Bewässerungsprojekte im Land übernommen haben. Im Öffentlichen Bauwesen offenbart sich die chinesische Präsenz von der Stufe der Unternehmen über die der Konstrukteure, Planer bis hin zu der der Bauarbeiter und Handwerker. Die Teheraner Metro, der Straßenbau, der Bau neuer Schnellstraßen sowie nun das ehrgeizige Projekt einer Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitstrecke, all dies trägt die Handschrift der neuen Partnerschaft mit der Volksrepublik.⁴⁵⁴

Und der Iran liefert nach China neben Erdöl auch Kohle, Zink, Kupfer, Blei. Im Jahr 2011 hat das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten einen Stand von 45 Milliarden US-Dollar erreicht.⁴⁵⁵

Für die Entwicklung des iranischen Erdölsektors und den Ausbau der Kapazitäten der iranischen Öl- und Gasförderung scheint chinesisches Engagement heute auch angesichts internationaler Sanktionen beinahe unverzichtbar. Überall dort, wo neue Bohrungen vorgenommen werden, ist heute chinesisches Investitionskapital und Know-how vor Ort, sind chinesische Konstrukteure und Arbeiter anzutreffen. Die China National Petroleum Corporation hat einen 85-Millionen-Dollar-Vertrag zur Weiterentwicklung der Gasfelder im Süden des Iran unterzeichnet, die staatliche Zhuhai Zhenrang Corporation hält einen 25-Jahres-Vertrag, der China mit Liquefied Natural Gas versorgt. 2009 wurde auch die Entwicklung der westiranischen Ölfelder einem chinesischen Anbieter anvertraut. Und die Sinopec Gruppe schließlich hat sich eines Projekts angenommen, das für beide Länder von großer energiestrategischer Bedeutung ist: der Bau einer Pipeline vom Kaspischen Meer zum Persischen Golf, mit der Öl vom Norden in die Häfen des Südens verbracht werden kann, von wo aus dieses Öl dann weltweit, aber wohl vor allen Dingen nach China geliefert werden kann.⁴⁵⁶

Politisch ist diese ökonomische Allianz für Teheran von Bedeutung. China unterstützt eine atomare Aufrüstung des Iran zwar heute nicht, jegliche Art von Präventivschlägen gegen das iranische Atomprogramm und jegliche Militäraktion lehnt Peking aber kategorisch ab. Nur auf dem Verhandlungsweg soll eine Lösung gefunden werden.⁴⁵⁷ Das ist für den Iran

⁴⁵⁴ Zu Informationen hierzu siehe: Iran-China Chamber of Commerce and Industries, <http://en.iran-chinachamber.ir/>, Stand 7.4.2013.

⁴⁵⁵ Iran and China to expand trade relations, www.archive.radio.zamaneh.com/eng/iran-and-china-expand-trade-relations, Stand: 2.7.2013.

⁴⁵⁶ Dorraj, Manochehr / Currier, Carrie L.: *Lubricated with Oil: Iran-China Relations in a Changing World*, Middle East Policy, 2008.

⁴⁵⁷ Iran-China: China calls for trust-building steps in Iran nuclear talks, Xinhua, English.news.cn, 2013-04-05, http://news.xinhuanet.com/english/china/2013-04/05c_132286526.htm, Stand: 5.4.2013.

insofern wichtig, da das chinesische Nein zur militärischen Option auf der Ebene des UN-Sicherheitsrat als auch der der 5+1-Gruppe hier zumindest eine in Teheran so befürchtete, historisch sich wiederholende Mit-dem-Rücken-zur-Wand-Position ohne Alternative verhindert.

Für den Westen ist das chinesische ökonomische Engagement im Iran insofern ein Minuspunkt in seinen Kalkulationen bezüglich der Auswirkungen von Sanktionen auf das Fortschreiten des Atomprogramms, als das chinesische Interesse an iranischem Öl das Sanktionsregime hier aushebelt. Die Nützlichkeit von Sanktionen in diesem Zusammenhang kann aber ohnehin angezweifelt werden.

Diese wirtschaftlichen Interessen Pekings am und im Iran bedingen aber auch ein Interesse an einem ungestörten Fluss iranischen Erdöls durch den Persischen Golf – welches unter Umständen gefährdet wäre, wenn es z. B. zu einer Militäraktion gegen den Iran, zu einem Präventivkrieg gegen das iranische Atomprogramm käme. Aber auch andere chinesische Wirtschaftsinteressen wären dann gefährdet. China kann als Hauptinvestor im Iran kein Interesse am Ausbruch eines Krieges am Persischen Golf haben. Ein solcher könnte aber drohen, wenn Teheran an seinen Nuklearambitionen kompromisslos festhält und eine Verhandlungslösung nicht in Sicht kommt. Peking muss daher an einer Verhandlungslösung in der Atomfrage interessiert sein. Als Hauptinvestor im Iran und aufgrund seiner herausragenden Position auf dem Markt des Landes könnte China in dieser Hinsicht eine konstruktive Rolle bei der Suche nach einer solchen Lösung übernehmen. Voraussetzung dafür aber wäre, dass das Wort Pekings in Teheran wirklich zählt.

2.5.8 China – Schutzmacht oder neuer Hegemon in der iranischen Perzeption?

China ist heute – wie oben beschrieben – im iranischen Wirtschaftsleben zu einem unübersehbaren Faktor geworden. Die alltägliche Präsenz droht aber auch schon erste – aus der Sicht der Zielsetzung der iranischen Politikstrategie, China als Gegengewicht zu den westlichen Isolierungsversuchen erfolgreich ins Spiel zu bringen – negative bzw. kontraproduktive Effekte zu zeitigen. Erste Indizien könnten darauf hindeuten, dass auch das bewusste Werben um chinesisches Engagement im und für den Iran letztlich nur eine Fortsetzung in der Reihe nicht enden wollender Drittmachtkonzeptionen und -politiken bzw. Spiele mit Gewichten und Gegengewichten sein könnte, die bislang immer dem Iran zum Nachteil gereichten. Ein Faktor könnte schon die Stimmung in der Bevölkerung werden. Ein Meinungsbild der Iraner zum chinesischen wirtschaftlichen Engagement lässt sich kaum erstellen.

Einige Beobachter aber glauben erkennen zu können, dass die allzu deutliche Sichtbarkeit des chinesischen Einflusses im alltäglichen irani-

schen Wirtschaftsleben bei den Iranern bereits ein erstes „popular resentment“ verursacht habe.⁴⁵⁸

Der Iran ist mit seinen 75 Millionen Einwohnern ein auch für den Wirtschaftsriesen China doch interessanter Absatzmarkt – den man zudem aufgrund der Sanktionen konkurrenzlos beherrschen kann. Wegen der sozialen Lage im Iran scheinen chinesische Billigprodukte sowohl iranischen sozialpolitischen Aspirationen – erschwingliche Waren für die sozial schwache Bevölkerung – als auch chinesischen Absatzwünschen zu entsprechen. Doch das Einströmen solcher Billigprodukte bringt auch einheimische Produzenten und damit die Bazaris in Bedrängnis, die doch als Stütze der islamischen politischen Ordnung gelten. Und diese Bazaris hatten auch den Protest der Bevölkerung gegen Überfremdungserscheinungen zur Zeit des Schahs getragen, die ihre eigene ökonomische Position untergraben haben.⁴⁵⁹

Ressentiments werden in der Bevölkerung auch durch die Rahmenbedingungen geweckt, unter denen heute chinesisches ökonomisches Engagement im Iran stattfindet. Und diese Bedingungen wecken auch – und wieder – unangenehme historische Erinnerungen. Zum paradigmatischen Beispiel für eine solche ökonomische Penetration in klassisch semi-kolonialen Stil ist die Vergabe von Förderkonzessionen an einen chinesischen Anbieter im Jahre 2011 geworden. Im betreffenden Fall wurde die Förderregion faktisch zu einem exterritorialen Gebiet erklärt. Die „exklusiven Rechte“ zum Bau und Ausbau nicht nur der Förderstätten, der Raffinerien, sondern der gesamten Infrastruktur in der Region, zum Bau von Straßen und eines Flughafens gingen an den chinesischen Konzessionär, der selbst für die Wahrung der Sicherheit auf dem Gebiet die Zuständigkeit erhielt. Iraner haben nur mit Spezialausweisen und Sondergenehmigungen Zutritt zu den Fördergebieten. Arbeiter, Manager, Konstrukteure, Sicherheitskräfte kamen alle aus China.

Das erinnerte oppositionelle Gruppierungen wie die Green Experts of Iran – grün steht in diesem Zusammenhang eben wieder nicht für eine grün-ökologische Ausrichtung – an die Zeit der „Ungleichen Verträge“, an die Zeit der „Erniedrigung“ und an den ökonomischen Ausverkauf des Iran im 19. Jahrhundert. Wie stark diese historische Erinnerung – die ja einer der Ausgangspunkte der Islamischen Revolution von 1979 war – bis heute ist, zeigt die Reaktion von Regimekritikern auf solche gegenwärtigen

⁴⁵⁸ Siehe: China floods Iran with cheap consumer goods in exchange for oil.

⁴⁵⁹ Zur Rolle der traditionellen ökonomischen Eliten im Iran siehe Münch-Heubner, Peter L.: Sozialpolitik in den Ländern der islamischen Welt. Das islamische Wohlfahrtsmodell als Herausforderung für das „westliche“ Sozialstaatsmodell, Teil I, in: Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung 9/2004, S. 264-274; Münch-Heubner, Peter L.: Sozialpolitik in den Ländern der islamischen Welt. Das islamische Wohlfahrtsmodell als Herausforderung für das „westliche“ Sozialstaatsmodell, Teil II, in: Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung 10/2004, S. 289-301.

tigen chinesisch-iranischen Abmachungen. Und es wirkt wie eine Ironie der Geschichte, wenn oppositionelle iranische Gruppierungen die Konzessionsvergabe von 2011 mit jenen Verträgen von 1963 mit den USA vergleichen, die Khomeini seinerzeit wiederum mit den Ungleichen Verträgen verglichen und angegriffen – und damit eigentlich schon den Weg zur Revolution sechzehn Jahre später geebnet hatte.

Der Fördervertrag von 2011 wird so für die Opposition zu einem „Treasonous Act ... eroding Iran's political sovereignty and national wealth ... in the shamed tradition of Turkmanchay treaty“. Die Anklage: „Iranian Regime Sells Out Parts of the Country to China“. Und mit diesem Ausverkauf würden auch die Rohstoffressourcen des Landes an China übereignet.⁴⁶⁰

Die Erinnerung an Turkmantschai und Gulistan stand am Beginn der Protestbewegung gegen den Schah. Wie stark diese grüne Oppositionsgruppe ist, ist schwer abzuschätzen. Wie sie sich zusammensetzt ist unklar, sie scheint aber nicht von außen, von Exil-Iranern gelenkt zu werden, sondern ist wohl im Land selbst entstanden.⁴⁶¹

Wenn die Erinnerung an Gulestan und Turkmantschai indes am Beginn eines Erosionsprozesses der chinesisch-iranischen ökonomischen Kooperation stehen sollte – und mehr noch – analog zu 1963, am Beginn eines Erosionsprozesses der gegenwärtigen Politik, so wäre dies wirklich eine Ironie der Geschichte.

2.6 Optionen für eine Lösung des Atomkonfliktes mit Teheran auf dem Verhandlungsweg

Keine Formulierung könnte das schwierige Verhältnis der USA und des Iran zueinander besser beschreiben als die Metapher von den zwei „Gefangenen der Vergangenheit“ bzw. der Geschichte. Der Art und Weise, in der hier historische Erfahrung Wahrnehmungen und damit beiderseitige Feind-Perzeptionen geprägt hat, die sich schon in einer ritualisierten politischen Rhetorik zeigen, die einen fast pathologischen Zwang zur Dämonisierung des Gegenüber („Satan“, „Achse des Bösen“) offenbart, lässt aber übersehen, dass es in der Vergangenheit Ansatzpunkte zur politischen Kooperation zwischen den beiden Kontrahenten durchaus gegeben hat.

In Afghanistan lagen die Interessen der USA und des Iran angesichts eines gemeinsamen Gegners in Gestalt der Taliban sehr nahe beieinander. Im Krieg gegen die Taliban unterstützte man sich gegenseitig: „In helping dismantling the Taliban ... Tehran effectively sided with the U.S. Govern-

⁴⁶⁰ GreenCorrespondents.com, Green Experts of Iran (GEI), 18 Dec. 2011: In a Treasonous Act, Iranian Regime Sells Out Parts of the Country to China, <http://ireport.cnn.com/docs/DOC-719390>, Stand: 3.4.2013.

⁴⁶¹ Vgl. <http://persianicon.org/tag/green-experts-of-iran> (Seite z. Zt. deaktiviert).

ment – even providing Washington with intelligence.“⁴⁶²

Und auch wenn heute die Tatsache, dass sich in Afghanistan eine iranische Einflussosphäre herausgebildet hat, von den USA kritisch betrachtet wird und auch die US-amerikanische Präsenz in direkter östlicher Nachbarschaft dem Iran ein Dorn im Auge ist, so gibt es doch auch heute noch gemeinsame US-amerikanisch / iranische Interessen dort: „... the convergence between Tehran’s interests and Washington’s interests in Afghanistan remains substantial. Both want to keep the country stable and prevent the Taliban’s resurgence. Both want to control and possibly eliminate drug trafficking, the economic backbone of the region’s terrorists and warlords. Both want to defeat al Qaeda (which considers Shiism to be a heresy). And both want to eventually rebuild Afghanistan.“⁴⁶³

Auch im Irak sind Interessenkonvergenzen gegeben. Die dortige US-amerikanische Militärpräsenz stellt aus der Sicht Teherans zwar eine direkte Bedrohung dar. Sie ist aber nach 2003 weitgehend akzeptiert worden, denn sie brachte den Sturz des verhassten Saddam Hussein mit sich. Der Iran hat Aktivitäten schiitischer Gruppierungen im Zweistromland unterstützt. Aber nur bis zu der Grenze, die die USA hier dann gesetzt haben. So hat Teheran im Rahmen von Sicherheitsgesprächen mit den USA 2005 zur Entschärfung der Konfliktsituation im Irak mit beigetragen: „After these meetings began ... the level of violence in Iraq subsided. Iran played a role in stabilizing the situation by pressuring its allies, including the Mahdi Army, to refrain from violence against Sunnis or U.S. troops.“⁴⁶⁴ So macht Mohsen A. Milani auch hier Gemeinsamkeiten zwischen den Kontrahenten aus:

„Like Washington, Tehran supports Iraq’s stability, its new constitution, and its electoral democracy, albeit in the parochial interest of ensuring the dominance of the country’s Shiite majority. Like Washington, Tehran opposes Iraq’s Balkanization, in its case partly for fear that such fragmentation could incite secessionist movements within Iran’s own ethnically rich population. And like Washington, Iran considers al Qaeda in Iraq to be an enemy and seeks to eliminate it.“⁴⁶⁵

Teheran unterhält gute Beziehungen zur Regierung in Bagdad. Das macht den Irak heute zu einem interessanten Sonderfall in der internationalen Politik, denn zwischen zwei Antagonisten ist er der „Verbündete“ beider Seiten. Und das bietet unter Umständen viele „Chancen“: „The simple fact that Bagdad is a close ally of both Tehran and Washington

⁴⁶² Milani, Mohsen M.: Tehran’s Take. Understanding Iran’s U.S. Policy, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb. Solving the Persian Puzzle, New York 2012, S. 35-53.

⁴⁶³ Ebd., S. 47.

⁴⁶⁴ Ebd., S. 50.

⁴⁶⁵ Ebd., S. 49.

offers a chance for those two governments to build on their interests in Iraq.⁴⁶⁶

Könnte dieser Interessenabgleich indes sich nicht nur auf den Irak selbst beziehen? Könnte ein Weg der Verständigung zwischen Washington und Teheran auch über Bagdad führen?

Robert E. Hunter sieht ebenfalls in einer US-amerikanisch / iranischen Verständigung über die „Zukunft des Irak“ eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau eines Dialogs zwischen Washington und Teheran.⁴⁶⁷ Dieser Punkt wäre nach Hunter ein nicht unwichtiger in der Reihe jener von ihm aufgeführten grundlegenden Interessen der USA und des Iran, die von beiden Seiten als legitime Interessen der jeweils anderen anerkannt werden müssten, um den Weg für eine Verhandlungslösung in der Atomfrage frei zu machen.

Von den USA einzubringende Zugeständnisse im Rahmen der Anerkennung der „legitimen“ Sicherheitsinteressen des Iran wären so:

- das Abgeben einer offiziellen und unterschriebenen Sicherheitsgarantie von Seiten Washingtons an den Iran, der öffentliche Verzicht auf jegliche Invasionspläne;
- ein Ende der Sanktionen;
- ein Ende aller US-amerikanischen Versuche zur Destabilisierung des Iran, der Verzicht auf jegliche Versuche zur Herbeiführung eines „regime change“ von außen;
- die Anerkennung des Rechts des Iran auf eine friedliche Nutzung der Kernenergie;
- die Anerkennung des „major-country status“ des Iran in der Region;
- das Zugeständnis der Beteiligung des Iran an der Gestaltung der politischen Zukunft Afghanistans und des Irak;
- die Respektierung des Iran als eines Landes mit den gleichen rechten und Pflichten in der internationalen Völkergemeinschaft.

Vom Iran im Gegenzug einzufordern wären folgende Punkte:

- der Verzicht auf den Bau von Atomwaffen;
- ein Verzicht auf die Unterstützung oppositioneller Untergrundaktivitäten im Irak und in Afghanistan in der Zukunft;
- das Unterhalten guter und freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten am Persischen Golf;
- ein Verzicht auf die Unterstützung von Hizbullah oder Hamas;
- ein Verzicht auf provokative Stellungnahmen zum Holocaust;
- die Bereitschaft des Iran, den arabisch-israelischen Friedens- bzw. Annäherungsprozess wenn denn schon nicht zu unterstützen, so ihn doch wenigstens nicht zu stören.⁴⁶⁸

⁴⁶⁶ Ebd., S. 50.

⁴⁶⁷ Hunter: Rethinking Iran, S. 149.

⁴⁶⁸ Ebd., S. 148 ff.

Einige Punkte erscheinen im ersten Anlauf zum Dialog von primär nachrangiger Bedeutung und für den Verlauf weiterer Verhandlungsrunden bestimmt. Doch eines wäre, auch nach Einschätzung anderer Sicherheitsexperten, als US-amerikanische Vorleistung von besonderer Bedeutung:

„Most important, however, would be a reduction in the security threat that the United States poses to Iran“, und damit das Abgeben einer „blanket security guarantee“. ⁴⁶⁹ Diese Sicherheitsgarantie muss, was Hunter hervorhebt, vor allen Dingen eines sein: „glaubwürdig“ im Sinne eines „grand bargain“ unter der Überschrift „security for security“ im Zuge einer „step-by-step diplomacy“ zwischen Washington und Teheran. ⁴⁷⁰ Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung, die der Iran mit ungleichen Verträgen und vielen anderen, von seinen Vertragspartnern nicht eingehaltenen Zusagen gemacht hat, eine begründete Forderung.

Auch Andreas Bock sieht in der Abgabe einer glaubwürdigen Sicherheitsgarantie der USA, die geeignet sein müsste, das strategische Sicherheitsbedürfnis des Iran zu befriedigen, ein zentrales Element zur konstruktiven Annäherung zwischen Washington und Teheran im engeren und zur unblutigen Lösung des Atomkonfliktes mit dem Iran im weiteren Sinne. „Sobald Teheran diese Sicherheitsgarantie als glaubwürdig einschätzt, verkehrt sich in der Wahrnehmung Irans die Bedeutung des Atomwaffenprogramms in sein Gegenteil. Das Festhalten Irans an einem militärischen Nuklearprogramm wäre dann nämlich irrational. Da die Sicherheitsgarantie der USA durch das iranische Atomprogramm unmöglich gemacht würde, wäre es das Atomprogramm selbst, das in der Wahrnehmung Teherans eine Bedrohung der Sicherheit des Staates und des Regimes darstellte: Damit aber wäre das Streben nach der Atombombe nicht länger ein rationales Mittel der Selbstverteidigung.“ ⁴⁷¹

Ein weiterer Punkt, der mit Bezug auf den Umgang der Verhandlungspartner miteinander von besonderer Bedeutung erscheint, bezieht sich auf die „Augenhöhe“: Es gibt kaum eine iranische Stellungnahme, in der für künftige Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA bzw. mit dem Westen nicht eines als Grundlage gefordert wird: „mutual respect“. Denn aus der Rolle eines „pariah state“ ⁴⁷² will sich Teheran befreien. Ein für Washington eigentlich einfacher Schritt, wie auch Robert Jervis meint: „showing respect to Iran would not cost the United States a great deal.“ ⁴⁷³

⁴⁶⁹ Sagan, Scott D.: How to Keep the Bomb From Iran, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 69-85, hier S. 85.

⁴⁷⁰ Hunter: Rethinking Iran, S. 150, 155.

⁴⁷¹ Bock, Andreas: Irans Sicherheit und die Atombombe. Über Rationalität und Wahrnehmung in der Nuklearkrise, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 1/2013, S. 77-100, hier S. 97.

⁴⁷² Mousavian, Hossein: How to Engage Iran. What Went Wrong Last Time – and How to Fix It, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb. Solving the Persian Puzzle, New York 2012, S. 163-169, hier S. 166, 168.

⁴⁷³ Jervis: Getting to Yes Iran, S. 113.

Auch Volker Perthes betont die aus iranischer Perspektive zentrale Rolle der „gleichen Augenhöhe“. Dies sei, so Perthes, „nur konsequent“, wenn man das Verhältnis zwischen den USA und dem Iran durch das Prisma des Politischen Realismus mit „Rivalität“ oder „geopolitischer Konkurrenz“ beschreibe.⁴⁷⁴

Zentrale historische Erfahrungen, die politisches Handeln auf der Seite des Iran bis heute beeinflussen, müssten an jedem künftigen Verhandlungstisch mit berücksichtigt werden. Und dazu gehört auch eines: Die iranische Politik betrachtet die Atomfrage heute nicht nur unter jenen sicherheitspolitischen Gesichtspunkten, die im Westen hervorgehoben werden. Die politische Führung in Teheran und mithin auch weite Teile der Bevölkerung reihen die Atomdiskussion ein in eine Abfolge historischer Geschehnisse und Abläufe, die aus iranischer Perspektive immer dem frappierend gleichen Muster folgen: Seit der Zeit des Amir-e Kabir schon wollte Europa, wollte das Abendland, wollte der Westen eines immer nur verhindern: einen wirklich unabhängigen und aus eigenen Kräften verteidigungsfähigen Iran. Haben Briten und Russen in der Vergangenheit den Aufbau einer eigenständigen iranischen Armee bzw. Flotte verhindert, konnte Reza Schah seine Marine nicht aufbauen, weil London das nicht wollte, so reiht sich das westliche Waffenembargo der letzten Jahrzehnte und reiht sich auch das Nein des Westens zu iranischen Atomwaffen ein in eine kontinuierliche Abfolge von so wahrgenommenen Ungleichbehandlungen, die sich tief in die iranische Psyche eingegraben haben. Der Westen, so sieht es diese Wahrnehmung, will nur eines haben: einen schwachen und abhängigen Iran. Diese Grundüberzeugung unterlagert alle Problemkreise, die zur Verhandlung anstehen und aufgezeichnete „rote Linien“ wirken hier nur wie „rote Tücher“, auf die Teheran mit Unwillen reagiert.

Wenn der Iran an der Gestaltung der Zukunft des Irak und Afghanistans mitwirken soll, wenn er als Regionalmacht anerkannt werden soll, dann hätte in den letzten Monaten bereits eine Möglichkeit bestanden, den Willen Teherans zur konstruktiven Mitarbeit an der Beilegung eines Konflikts auf dem Verhandlungsweg zu testen. Im Falle des Bürgerkriegs in Syrien sind iranische Interessen berührt, denn das Baath-Regime in Damaskus ist ein Verbündeter Teherans. Ein Verbündeter aus pragmatischen Gründen, denn größer könnten die Gegensätze zwischen der säkular-nationalen Baath-Doktrin und den Legitimationsgrundlagen der Herrschaftsausübung in der Islamischen Republik nicht sein. Auch wenn sich die politischen Eliten der syrischen Baath-Partei aus der schiitischen Minderheit der Alawiten rekrutieren, sind sie zutiefst säkular orientiert. Die Verbindung nach Damaskus aber war für Teheran von großer Bedeutung,

⁴⁷⁴ Perthes, Volker: Iran als außenpolitischer Akteur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49/2009, S. 3-9.

durchbrach die Kooperation mit Syrien die so beklagte politische Isolation des Iran in der Region und diente gleichzeitig als Brücke hin zu den Hizbullah im Libanon. So war es kein Zufall, dass sich gerade der Iran für eine Verhandlungslösung in der Syrien-Krise einsetzte und immer noch einsetzt. Der iranische Außenminister sprach sich in diesem Sinne, als er im September 2012 in New York an der UN-Generalversammlung teilnahm, für Verhandlungen zwischen der syrischen Regierung und der Opposition im Lande aus und er bot die Vermittlung seines Landes bei diesbezüglich anzuberaumenden Gesprächen an. Er tat dies mit Worten, die das eigentliche Hintergrundmotiv dieser Initiative deutlich machten:

„At the moment, Iran as a country that plays a [major] role ... as one of the member states in the quartet contact group [formed] to solve the Syria crisis, enjoys a special position in resolving this issue and is therefore at the heart of political deliberations.“⁴⁷⁵

Doch die Konfliktparteien in Syrien hatten sich und haben sich nicht viel zu sagen. Auch die USA wollen den Iran offensichtlich nicht direkt in einen Konfliktlösungsversuch involviert sehen, der zu einem auch nur teilweisen Überleben des Baath-Regimes beitragen könnte. Dieses Regime des Bashar al-Assad – und auch das seines Vaters – ist seit langer Zeit schon wegen seiner Menschenrechtsverletzungen bekannt. Doch ob der Westen und der Nahost-Friedensprozess von einem Sturz der Baath-Diktatur in Damaskus profitieren werden, bleibt fraglich. Denn bislang war Syrien zwar keine Demokratie, doch ein kalkulierbarer Stabilitätsfaktor in der Region und die Rechte der christlichen Minderheiten wurden im Säkularstaat respektiert. In der Reihe der Vielzahl oppositioneller Gruppierungen finden sich viele mit sog. fundamentalistischen weltanschaulichen Grundlagen bzw. finden sich Strömungen der Wahhabiyya mit eindeutig anti-westlichen Grundhaltungen. Und der Iran würde nun einen wichtigen Verbündeten verlieren, was das Einkreisungsgefühl in Teheran noch weiter vertiefen und damit auch die Affinitäten zum eigenen Atomprogramm noch weiter verstärken könnte.

Wichtig im Punkt katalog von Robert E. Hunter ist auch ein US-amerikanischer Verzicht auf jegliche Form eines von außen gelenkten „regime change“. Die von den historischen Ereignissen – von den Einflussnahmen auf die Thronfolgen, von den immer wiederkehrenden und von außen gelenkten Staatsstreich von 1907/08 über 1921 bis zum Sturz Mossadeqs – geprägte Bedrohungswahrnehmung auf iranischer Seite ist ein wichtiger Faktor. Die Staatsstrieche von 1908 und 1953 haben autochthonen Entwicklungen von konstitutionellen Systemen mit gewählten Parlamenten ein gewaltsames Ende bereitet und die Geschichte des Iran in jene Bahnen gelenkt, die bis zur Islamischen Revolution von 1979 und bis in die Gegenwart führen.

⁴⁷⁵ Iran calls for political solution to Syria crisis, in: Ettela'at International, 28.9.2012.

Mit Blick auf diesen zentralen Aspekt im Punktecatalog Hunters hat auch eine neue Studie des Council on Foreign Relations bestätigt, dass ungeachtet aller Unwägbarkeiten bezüglich des Fortganges der Verhandlungen „if one thing is predictable, it is that the Iranian regime is unlikely to consent to any such agreement if it believes the agreement will harm the regime’s legitimacy and political standing. Therefore, at least in the mind of the Iranian leaders, a nuclear agreement worth signing is an agreement that will help, not hurt the regime’s hold on political power in Iran.“⁴⁷⁶

Die Geschehnisse um die Präsidentschaftswahlen von 2009 haben gezeigt, dass sich im Iran Unzufriedenheit mit der politischen Ordnung gebildet hat. Denker wie Abdolkarim Soroush haben ihr Modell einer „religiösen Demokratie“ als Alternative zum bestehenden System der Islamischen Republik entwickelt.⁴⁷⁷ Doch der Iran muss den Weg hin auf eine offenere politische Ordnung selbst gehen können. Dieser Weg ist bereitet, denn im politischen System sind Institutionen und Einrichtungen eines gut ausgebauten parlamentarischen Systems eigentlich vorhanden. Das Problem hier ist nicht die Verfassung, sondern die Verfassungsrealität, wie sie von Khomeini geschaffen wurde. In dieser Realität kann ein Wächterrat die Arbeit des Parlaments kontrollieren, kann Gesetze kassieren und auch bei Wahlen die Kandidatenaufstellung lenken.⁴⁷⁸ Diese Punkte zu verändern schicken sich viele politische Denker wie der „religiöse Intellektuelle“ und politische Philosoph Soroush an. Einst ein Anhänger Khomeinis, ist er heute zum „bedeutendsten Kritiker“ der Islamischen Republik geworden. Seine Lehren wurden von Revolutionsführer Khamenei verurteilt, seine Vorlesungen werden systematisch gestört. Das hat der Popularität dieser neuen Ideen indes keinen Abbruch getan.⁴⁷⁹ Soroushs Schriften haben trotz dieser Verdammung von Seiten Khameneis und des Ausschlusses des Autors von der Bekleidung öffentlicher Ämter eine breite Öffentlichkeit und Leserschaft gefunden. Dies ist der Beweis für Gärungsprozesse in der iranischen Gesellschaft und ihrer Geisteswelt, die unter den bestehenden Rahmenbedingungen die Möglichkeit eines evolutionären Wegs zur Umgestaltung der politischen Ordnung offenlassen. Doch jeder politische Akteur, der im Verdacht stehen könnte, von außen gelenkt zu werden, wird

⁴⁷⁶ Falkenrath, Richard A.: Prospects for a Negotiated Outcome, in: Blackwill, Robert D. (Hrsg.): Iran: The Nuclear Challenge, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 21-27, hier S. 26.

⁴⁷⁷ Siehe dazu auch Buchta, Wilfried: Irans Reformdebatte um Theokratie versus Demokratie, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, Wiesbaden 2005, S. 220-235, hier S. 220.

⁴⁷⁸ Siehe dazu auch Münch-Heubner, Peter L.: Der Islamische Staat. Grundzüge einer Staatsidee, Aktuelle Analysen der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 60, München 2012, S. 26 f. Zu den Kräften der Beharrung im politischen System des Iran vgl. auch Keynoush, Banafsheh: Iran after Ahmadijad, in: Survival 3/2012, S. 127-146.

⁴⁷⁹ Seidel, Roman: Abdolkarim Soroush, Iran. Viele Wege zur Wahrheit, in: Amirpur, Katajun / Ammann, Ludwig (Hrsg.): Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion, Freiburg im Breisgau 2006, S. 82-90, hier S. 82 f.

im Iran nur das alte, von der Geschichte geprägte Generaltrauma von der Fremdbestimmung aufs Neue nähren.

Was die Kontakte Teherans zu Gruppierungen wie Hizbullah im Libanon anbetrifft, so scheint das Zurückdrängen des iranischen Einflusses in der Region ein zentrales Anliegen auch jener US-amerikanischen Experten zu sein, die sich für eine Annäherung zwischen den USA und dem Iran aussprechen. Doch sind die Beziehungen des Iran zu den Schiiten des Libanon über Jahrhunderte gewachsen. Und es stellt sich auch immer die Frage, unter welchen Vorzeichen eine solche Einflussnahme erfolgt. Dass die Kommunikationskanäle zwischen Teheran und den Hizbullah auch für die USA schon des Öfteren durchaus von Nutzen waren, davon geht Hossein Mousavian aus. Er weist auf die nicht seltene Vermittlerrolle iranischer Diplomaten bei der Freilassung von US-amerikanischen und anderen westlichen Geiseln im Libanon hin.⁴⁸⁰ Einflussnahme kann nützlich sein, wenn sie in mäßiger Absicht erfolgt.

Die Einflussnahme Teherans ist nicht der Grund der Entstehung einer Organisation wie der Hizbullah. Teheran kann seine Kontakte zu dieser Organisation aufgeben. Doch jene Gründe, die deren Existenz bedingen, sind damit nicht beseitigt. Denn diese Gründe sind in der Geschichte und der politischen Realität des Libanon zu finden. Die politische und soziale Benachteiligung der schiitischen Bevölkerungsgruppe im Staat der Zedern sowie die israelische Invasion im Jahre 1982 sind die konstituierenden Elemente in der Entstehungsgeschichte der Hizbullah.

Gefangen im Kunstprodukt des L'État du Grand Liban, den die französische Kolonial- und Mandatsmacht am Ende des Ersten Weltkriegs unter Anwendung willkürlicher Grenzziehungen geschaffen hatte, waren die Schiiten, die mit der Zeit zur relativ größten Bevölkerungsgruppe wurden, die politisch und sozial am schlechtesten gestellte Volks- und Religionsgruppe im Land. Die Schiiten wollten am Anfang nicht Bestandteil des Libanon sein, ihre Marginalisierung verhinderte dann in den folgenden Jahrzehnten eine politische Identifizierung mit diesem künstlichen Staatsgebilde. Die Gründung politischer Gruppierungen, die zur Durchsetzung ihrer politischen Zielsetzungen ihre Verbündeten außerhalb des Landes suchten, war nur die logische Konsequenz aus diesem Sachverhalt.⁴⁸¹

Politische und soziale Diskriminierung von Schiiten auf der einen Seite und willkürliche Grenzziehungen im Rahmen der Aufteilung der Gebiete des Vorderen Orients durch die europäischen Kolonialmächte stehen auch am Beginn der Entstehung anderer Konfliktherde in der Region, die sich als Einfallstor iranischer Einflussnahme angeboten haben. Das ist auch im Falle Afghanistans so. Ethnisch und religiös fragmentiert, von Stammes-

⁴⁸⁰ Mousavian: *How to Engage Iran*, S. 165.

⁴⁸¹ Zur Situation der Schiiten im Libanon siehe auch Münch-Heubner: *Zwischen Konflikt und Koexistenz*, an mehreren Orten.

rivalitäten zerrissen, war das Königreich des Ahmad Schah schon bald nach dessen Tod wieder zerfallen. Das 1834 errichtete kleine Emirat in Kabul expandierte zwar mit der Zeit territorial von Osten nach Westen, blieb aber instabil. Die Grenzen Afghanistans als Puffer zwischen Russland und Britisch-Indien wurden dann im „Großen Spiel“ zwischen dem Zarenreich und Großbritannien im 19. Jahrhundert gezogen. In einem Land, in dem sich eine kollektive „nationale Identität“ nie entwickeln konnte und in dem die Loyalität des Einzelnen sich zuerst auf den Clan bezog und das Selbstempfinden sich über die Stammeszugehörigkeit definierte, blieb das paschtunische Königtum im Osten den Menschen im Westen und Norden eine fremde Einrichtung. Die afghanische Identität war nie mehr als eine paschtunische.⁴⁸² Und diese Paschtunen machten nie mehr als 40 % der Gesamtbevölkerung aus. Afghanistan sollte ein Kunstprodukt bleiben, ein Staat ohne Geschichte und Staatsvolk. Die iranische Einflusssphäre im Westen des Landes entspricht mehr den historischen und demographischen Gegebenheiten in dieser Region als die formale Zugehörigkeit zum losen afghanischen Staatsverband.

Und die Situation der schiitischen Minderheiten auf der Arabischen Halbinsel war bereits Gegenstand früherer Betrachtung.

Die Befriedung all dieser Konfliktherde kann allein kaum im bilateralen Annäherungsprozess zwischen den USA und dem Iran und nicht nur durch Zusagen des Letzteren herbeigeführt werden. Der Dialog zwischen Washington und Teheran muss hier zum Bestandteil eines Komplexes übergeordneter regionaler Initiativen werden, die auf eine Entspannung an den vielen Konfliktherden um den Iran herum ausgerichtet sind. Lindsay und Takeyh fordern so auch von der US-Regierung z. B intensive Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der schiitischen Minderheiten am Persischen Golf:

„... the United States will need to dissuade these governments from further suppressing their Shiite minorities, a practice that inadvertently aids Tehran.“⁴⁸³

Im Falle Saudi-Arabiens könnten sich solche Bemühungen als ein sehr schweres Unterfangen erweisen angesichts der Tatsache, dass eine antischiitische Grundhaltung fast ein Glaubensbekenntnis der Wahhabiyya darstellt. Konzessionen an die schiitische Bevölkerungsgruppe könnten Unzufriedenheit bei überzeugten Bekennern der Wahhabi-Lehre erzeugen, was sogar zur Instabilität des Königreichs führen könnte.

Lindsay und Takeyh gehen dann noch einen Schritt weiter: Auch die Lage der Palästinenser muss verbessert werden, denn dies, so die Autoren, „would undermine Iran’s efforts to exploit anger in the region“.⁴⁸⁴

⁴⁸² Siehe dazu u. a. Keddie: Iran und Afghanistan, S. 218 ff.

⁴⁸³ Lindsay / Takeyh: After Iran gets the Bomb, S. 140.

⁴⁸⁴ Ebd., S. 140.

Auch erfassen angesichts der Einkreisungsängste der iranischen Politik bilaterale Sicherheitsgarantien allein nicht alle Problemfelder, die – wie oben zu sehen war – als Motivationsgrundlagen iranischer Atompolitik gelten können. Allein der Rüstungswettlauf in der Region zeige, so Neuneck, „die Notwendigkeit verstärkter Rüstungskontrolle in der Region“.⁴⁸⁵

Ein Durchbruch in kurzer Zeit ist bei all diesen Problemkomplexen aber nicht zu erwarten. Dennoch sind gegenwärtig die Vorzeichen für einen Neuanfang bei den diplomatischen Lösungsversuchen im Atomstreit mit dem Iran nicht ungünstig. Gesprächsbereit waren sowohl Teheran als auch Washington in erstaunlicher Weise schon öfters, aber nie zur gleichen Zeit. Offerten scheiterten immer am fehlenden gesprächsbereiten Partner auf der jeweils anderen Seite.

Im Frühjahr 2003 erklärte sich der Iran zum ersten Male zu einem „grand bargain“, d. h. zur Verhandlung aller Fragen einschließlich des Atomprogramms, bereit.⁴⁸⁶ In Teheran war zu dieser Zeit ein Mann Staatspräsident, der die Reformer repräsentierte, die auch im Parlament über die Mehrheit verfügten. In Washington war George W. Bush US-Präsident, für den der Iran zur „Achse des Bösen“ gehörte. Der Annäherungsversuch scheiterte.

Als dann Barack Obama US-Präsident wurde, erklärte er sich dem Iran gegenüber gesprächsbereit in allen Fragen, bot einen „comprehensive and unconditional dialogue“ an.⁴⁸⁷ Nun regierten allerdings in Teheran wieder die „Falken“ in Gestalt von Mahmud Ahmadinedschad. Wieder war die Gesprächsbereitschaft nur einseitig, verlor sich die Initiative.

Obama ist nach den letzten gewonnenen Präsidentschaftswahlen im November 2012 erneut im Amt. In Teheran endete die Amtszeit Mahmud Ahmadinedschads im August 2013. Er war nie der zentrale Entscheidungsträger der iranischen Außenpolitik. Doch wird die Tatsache, dass Hassan Rohani zum neuen Präsidenten der Islamischen Republik Iran gewählt wurde, sehr viel über die grundsätzliche, auch außenpolitische Ausrichtung des Iran in den nächsten Jahren aussagen.

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA ist in Teheran und hier besonders von der Tehran Times genau verfolgt worden. Diese Zeitung ist auch als Sprachrohr politischer Strömungen in Land zu betrachten und die Artikel spiegeln das politische Klima in der Islamischen Republik wider. Die in ihr nachzulesenden Kommentare können, in englischer Sprache abgefasst, als Signale an eine bewusst angesprochene außer-iranische Leserschaft verstanden werden. Und hier scheint sich seit den Präsidentschaftswahlen in den USA zumindest der Versuch einer neuen Kursbestimmung im Verhältnis zu den USA abzuzeichnen.

⁴⁸⁵ Neuneck: Der Atomstreit mit dem Iran, S. 27.

⁴⁸⁶ Ebd., S. 150.

⁴⁸⁷ Ebd., S. 150.

Amir Mohebbian, ein in der Tehran Times schreibender „politischer Analyst“, schrieb so am 19. November über die politischen Folgen von „Obamas Wiederwahl“: „The Iranian government should also increase its efforts to persuade the country’s citizens about the necessity of talks with the United States, which has been regarded as a taboo issue for many years.“

Gleichzeitig betonte Mohebbian, dass die Beziehungen zum Staat Israel für die USA immer eine besondere Rolle spielen werden und der jüdische Staat in Washington eine „non-negotiable red-line“ darstellt. Eine politische Realität, der man sich auch in künftigen Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA werde stellen müssen. Eine indirekte, zwar mit den altgewohnten Seitenhieben auf die „Zionist lobby“ in den USA verbundene, Anerkennung des Existenzrechts Israels?⁴⁸⁸

Neue Perspektiven eröffnete auch eine Analyse bzw. ein Kommentar von Mahmoud Vaezi, der am 20. November 2012 in der Tehran Times erschien. Vaezi ist Direktor des Departments für Internationale Studien des Strategischen Forschungszentrums des Schlichtungsrats. Vorsitzender des Schlichtungsrats ist Alt-Präsident Hashemi Rafsandschani. Vaezi schreibt: „The issue of direct talks between the United States and Iran ... will be a great test of wills for both sides. But the success or failure of such talks depends on how much the two sides are willing to revise their old stances.“

In seiner zweiten Amtsperiode und ohne Rücksichtnahme auf eine erneute Wiederwahl habe Obama jetzt genügend Handlungsspielraum für neue Initiativen: „... the ground is prepared for the Obama administration to more actively engage with Iran and the Iranian government should come to the conclusion that the old hostilities can be settled through direct face-to-face negotiations.“⁴⁸⁹

Dass eine öffentliche Institution und damit eine Einrichtung des politischen Systems des Irans mit einer solchen Veröffentlichung so deutlich Position zu einer politischen Neuausrichtung der Außenbeziehungen bezieht, ist neu bzw. erinnert in gewisser Weise an die Reformphase vor Ahmadinedschad.

Gleichzeitig scheint auch in den USA der Boden bereitet für ein Umdenken in der Iran-Politik wie nie zuvor, denn so, wie sich Mahmoud Vaezi als politischer Berater für einen Neuanfang in den iranisch-US-amerikanischen Beziehungen ausspricht, plädiert auch z. B. Robert Jervis für die Überwindung alter „Barrieren“ zwischen beiden Kontrahenten, für einen Neuansatz und für das Ergreifen von „confidence-building measures“, die eine Verhandlungslösung im Atomstreit möglich machen sollen.⁴⁹⁰

⁴⁸⁸ Mohebbian, Amir: Obama’s reelection and Iran’s interests, in: Tehran Times, 19.11.2012.

⁴⁸⁹ Vaezi, Mahmoud: Obama’s foreign policy is evolving, in: Tehran Times, 20.11.2012.

⁴⁹⁰ Jervis: Getting to Yes With Iran, S. 113 f.

Als zu Beginn des Jahres 2013 in Washington US-Präsident Obama Chuck Hagel als den neuen künftigen Verteidigungsminister der USA vorstellte, reagierte das Außenministerium in Teheran nur wenige Stunden später auf diese Ankündigung. In einer offiziellen Verlautbarung wurde die Entscheidung Obamas positiv bewertet und der stellvertretende Außenminister des Iran erklärte: „We hope that U.S. Officials will seek peace and recognize the rights of nations instead of interfering in the internal affairs of [other] countries.“

Und weiter hieß es in der Erklärung: „And if such an attitude is adopted, hatred toward U.S. Policies will definitely decrease, and this must be assessed in practice.“⁴⁹¹

Sucht hier die Teheraner Führung nach der Eröffnung eines Dialogs im Sinne auch eines Musters nach Robert E. Hunter? In Alireza Naders Interpretation ist diesbezüglicher Optimismus zumindest skeptisch zu sehen, zumal seiner Einschätzung zufolge die Teheraner Führung nicht ernsthaft hoffen würde, der Iran sei mit Chuck Hagels Bestellung zum US-Verteidigungsminister „off the nuclear hook“. Die iranische Führung sähe die perzipierte US-amerikanische „Feindschaft“ gegenüber Teheran vielmehr als „institutionalized and systematized, not produced by partisan politics or individual appointments.“⁴⁹²

Denn ohne Zweifel gibt es auch sehr viele Stolpersteine auf dem Weg zu einem Durchbruch in den Verhandlungen zu überwinden. Denn die USA und der Iran sind nicht nur „Gefangene“ ihrer Geschichte in ihren Beziehungen zueinander, sondern auch Gefangene ihrer Rollenverständnisse bezüglich ihrer Positionen in der Welt- und Nah- bzw. Mittelostpolitik.

Da steht auf der einen Seite die Weltmacht USA, die Verhandlungen will und die eben als Weltmacht glaubt, den Iran an den Verhandlungstisch und zur Aufgabe seines Atomprogramm notfalls mit der Kraft des Stärkeren zwingen zu können. Da ist auf der anderen Seite der Iran, der sich in der Position einer Regionalmacht sieht – der eine solche in gewissem Sinne auch ist –, der nie mehr in die Position des Schwächeren abgedrängt werden möchte, der Verhandlungen ebenfalls führen will, aber der zu diesen Verhandlungen und zur Aufgabe seines Atomprogramm unter keinen Umständen von außen gezwungen werden will. Richard N. Haass, der Präsident des Council on Foreign Relations in New York, räumte unter Bezugnahme auf die divergierenden Rollenverständnisse der beiden Seiten erhebliche Schwierigkeiten mit Blick auf einen möglichen Durchbruch zur Lösung des Atomkonfliktes mit dem Iran ein. „The goal here should not be to humiliate Iran. The goal here should be to make sure that Iran is not allowed to keep in place the prerequisites of a nuclear weapon that could be assembled in short order. Whether you could square this

⁴⁹¹ Iran hopes to see practical changes in U.S. Foreign policy, in: Tehran Times, 9.1.2013.

⁴⁹² Nader, Alireza: Reading Chuck Hagel in Tehran, in: International Herald Tribune, 7.2.2013.

circle, come up with something that the Iranians believe is not humiliating, but also come up with something that the rest of the world would feel is reassuring, I don't know."⁴⁹³

Ein Schlagabtausch der beiden Akteure und vor allen Dingen ihrer Rollenverständnisse hatte sich in diesem Sinne im Verlauf und in der Folge der Münchener Sicherheitskonferenz zugetragen.

So hat US-Vizepräsident Biden vor und während der Konferenz amerikanische Gesprächsbereitschaft erkennen lassen, gleichzeitig aber auch wieder hervorgehoben, dass die USA den Iran auf alle Fälle „daran hindern“ werden, eine „Nuklearwaffe zu bekommen“. Nach der Konferenz wurden vom Finanzministerium in Washington und zur Betonung der Position des Stärkeren neue Sanktionen gegen den Iran verkündet.⁴⁹⁴ Das sollte heißen: Wenn wir wollen, beenden wir das iranische Atomprogramm von außen.

In München unterstrich auch der iranische Außenminister Salehi die Gesprächsbereitschaft seines Landes. Er wolle Verhandlungen, aber nur auf „gleichberechtigter Basis“. Und er betonte auch: „Wir sind eine Regionalmacht.“ Als Begleitmusik zur Konferenz und zur Unterstreichung der eigenen Position der Stärke – oder Nicht-Schwäche – kam aus Teheran die Kunde, dass in Natanz eine „neue Zentrifuge installiert“ werden soll. Das sollte so heißen: Wenn wir nur wollen, werden wir unser Atomprogramm fortsetzen.⁴⁹⁵

Doppelstrategien werden sowohl in Washington als auch in Teheran beherrscht. Ob sie zum Ziel einer friedlichen Einigung führen, darf bezweifelt werden. Gleichzeitig aber werden auch auf den Ebenen der politischen Führungen beider Länder die Stimmen, die eine Verhandlungslösung fordern, immer lauter. Als eine ihrer letzten Amtshandlungen hat die scheidende US-Außenministerin Hillary Clinton betont, dass US-Präsident Obama nie die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung aufgegeben habe, was in den Teheraner Medien Widerhall fand.⁴⁹⁶

Und der iranische Außenminister hat nach seiner Rückkehr in den Iran mit erstaunlich offenen Worten bezüglich aller taktischen Spiele im Atomstreit erklärt: „... this issue of nuclear file is becoming boring.“ Und was die Lösung der Konflikts anbetrifft, sagte er: „... confrontation certainly

⁴⁹³ Israel, Iran, and the Military Option. Interviewer: Bernard Gwertzman, Interviewee: Richard N. Haass. Foreign Affairs Online, 28.8.2012.

⁴⁹⁴ Siehe dazu: Streit über Atomprogramm: USA verhängen neue Iran-Sanktionen, 6.2.2013, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/atomprogramm-usa-verhaengen-neue-iran-sanktionen-a-881906.html>, Stand: 29.5.2013; Biden auf Sicherheitskonferenz: Letztes Angebot an den Iran, nt-v politik, 1.2.2013, <http://www.n-tv.de/politik/Letztes-Angebot-an-den-Iran-article10057656.html>, Stand: 1.2.2013.

⁴⁹⁵ Siehe dazu: Iran plans to install new centrifuges at Natanz: report, in: Tehran Times, 2.2.2013; Politischer Schlagabtausch im Atomstreit, tagesschau.de, 4.2.2013, <http://www.tagesschau.de/inland/sicherheitskonferenz296.html>, Stand: 4.2.2013.

⁴⁹⁶ Obama has never given up on the idea of engaging Iran: Clinton, in: Tehran Times, 2.2.2013.

is not the way.“ Die USA, so Salehi weiter, seien dabei ihren „traditional approach vis-a-vis my country“ zu revidieren.⁴⁹⁷

Was die innenpolitischen Ausgangsbedingungen im Iran für eine Verhandlungslösung anbetrifft, so hat die Verhängung neuer Sanktionen in Teheran aber auch wieder die Konservativen auf den politischen Plan gerufen. Revolutionsführer Khamenei hat, wie bereits in Kapitel 2.2.4 erwähnt wurde, die Ernsthaftigkeit des US-amerikanischen Gesprächsangebots in Zweifel gezogen und erklärt:

„The U.S. is pointing a gun at Iran and wants us to talk to them. But you should know that pressure and negotiation are not compatible with each other“.⁴⁹⁸ Dabei verschwieg er höflich, dass eben auch der Iran die Kunst der „dual-track policy“, die Taktik der Doppelstrategie, beherrscht. Allerdings war es nicht so, wie es z. B. einige deutschen Medien berichteten: Khamenei lehnte Verhandlungen nicht generell ab, sondern nur Gespräche, die nicht auf der Basis eines „equal footing“ stattfinden.

Bedenklich sind Doppelstrategien aber auch im Hinblick auf die innenpolitische Entwicklung im Iran. Die Hoffnung auf ein neues politisches Klima im Iran, die auch mit dem Stand der Atomverhandlungen mit den USA steht und fällt, hat auch die Reformbewegung dazu bewogen, an den Präsidentschaftswahlen 2013 teilnehmen und ihren Boykott wieder aufgeben zu wollen.⁴⁹⁹

Die politische Landschaft des Iran wurde bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen von zwei großen Lagern bzw. Blöcken dominiert, die in in viele kleinere Parteien und Koalitionen aufgegliedert sind.

Da standen auf deren einen Seite die reformorientierten Parteien und Gruppierungen, zusammengefasst unter dem persischen Namen „eslāhtalabāne“ (pers.: eslāh für Reform, Veränderung, Berichtigung).

Auf der anderen Seite stand die Gruppe konservativer und traditionalistischer Parteien, die sich alle als „usul-garayyan“ bezeichnen, in englischen Publikationsorganen „principlists“ benannt werden, von „principlism“, im Persischen: die Bewahrer von „usul“, d. h. der Grundsätze, der Ursprünge, eben der Prinzipien.⁵⁰⁰

Im März 2013 hat die inhomogene Strömung der Reformbewegung zumindest eine erste Übereinkunft über den Präsidentschaftswahlkampf

⁴⁹⁷ U.S. is changing approach toward Iran: FM, in: Tehran Times, 6.2.2013.

⁴⁹⁸ U.S. offer of direct talks is not sincere: Leader, in: Tehran Times, 9.2.2013.

⁴⁹⁹ Reformists will participate in presidential elections: former minister, in: Tehran Times, 2.2.2013.

⁵⁰⁰ In Farsi ergeben sich hier nicht uninteressante Anknüpfungspunkte an die Schule bzw. Rechtslehre der „usulis“, die in der Zwölfer-Schia ab dem 19. Jahrhundert zur deren Hauptströmung wurde. Allerdings zeichnet sich diese Rechtslehre und Rechtsschule durch die Betonung des „idschtihad“, d. h. durch die Bedeutung der Interpretation und damit ständigen fortschrittlichen Weiterentwicklung des Islamischen Rechts aus. Usul ad-din bezeichnet im schiitischen Glauben zudem die fünf fundamentalen Glaubensgrundsätze des Schiitentums, zu denen u. a. eben auch die adalah / adalat gehört.

erzielen können.⁵⁰¹ Die größte Gefahr für diese Gruppierung besteht aber nach wie vor in ihrer Vielschichtigkeit und Inkohärenz. Einig sind sich die vielen unterschiedlichen Richtungen nur darin, dass das Land „moderation and calm“ brauche und dass die „hardliners“ aus den Machtzentren verdrängt werden sollen.⁵⁰²

Die Kandidatur von Hassan Rohani, der bis 2005 schon einmal iranischer Verhandlungsführer bei Atomverhandlungen war und nun Direktor des Strategischen Forschungszentrums des Schlichtungsrats ist, wurde von der Partei der Gemäßigten und der Entwicklung unterstützt.⁵⁰³ Bei den „*usul-garayyan*“ standen sozialpolitische Themen im Vordergrund ihrer Kampagnen. Von den sozial- und wirtschaftspolitischen Misserfolgen eines Mahmud Ahmadinedschad versuchten sie sich zu distanzieren.⁵⁰⁴ Hinter den Prinzipientreuen stehen nicht unwesentlich auch die Vereinigungen der Veteranen aus dem Krieg mit dem Irak, die 2005 und 2009 noch hinter Ahmadinedschad gestanden hatten. Zwischen den Blöcken fand sich ein Kandidat, der von Mahmud Ahmadinedschad nach seiner regelrechten Verbannung aus dem Lager der Konservativen ins Spiel gebracht worden war: Esfendiar Rahim Mashaii, der als „spiritueller Mentor“ des scheidenden Präsidenten galt.⁵⁰⁵

Das alles erweckte den Eindruck offener Wahlen nach westlichem Vorbild – und in der Tat schienen die Kampagnen der Kandidaten die Probleme des Landes und auch die Frage der Atomverhandlungen kontrastiv aufzugreifen, der Wettbewerb zwischen Veränderungswilligen und Bewahrern folgte zunächst kompetitiven Gestaltungsprinzipien. Doch die Frage, wer zu den Wahlen antreten darf, und wer bestimmt, welche Kandidaten zuletzt antreten durften, ist von zentraler Bedeutung und sie ist untrennbar verbunden mit den Vollmachten des Wächterrats.

Für eine Öffnung des politischen Systems auch für Parteien, die bislang nicht auf dem Boden dessen standen, was der Wächterrat nach eigener Definition als islamische Verfassungsordnung definiert, hatte sich Ayatollah Akbar Hashemi Rafsandschani ausgesprochen. Wenn Parteien „aller Überzeugungen“ („*of all persuasions*“) zu Wahlen antreten dürften, würde das zur „moderation“ im Lande beitragen. Eine wirklich „kompetitive Wahl“ sollte schon so im Juni stattfinden.⁵⁰⁶ Dies konnte als eine Kampfansage des Schlichtungsrats, an dessen Spitze Rafsandschani steht, an

⁵⁰¹ Reformists have reached consensus over presidential election, in: Tehran Times, 17.3.2013.

⁵⁰² Reformists should reach a consensus ahead of presidential poll: Aref, in: Tehran Times, 10.3.2013.

⁵⁰³ Rohani will run in presidential election, in: Tehran Times, 14.3.2013.

⁵⁰⁴ Siehe dazu: „I will improve lives of lower income people if elected president“, in: Tehran Times, 28.4.2013; Zakani vows to fight inflation, corruption if he wins presidency, in: Tehran Times, 29.4.2013.

⁵⁰⁵ Iran's leader is set to enter opposition, in: International Herald Tribune, 4.4.2013.

⁵⁰⁶ Strengthening political parties of all persuasions will promote moderation: Rafsanjani, in: Tehran Times, 18.3.2013.

den Wächterrat angesehen werden, der die Kandidatenaufstellung zu den Wahlen kontrollieren kann. Gemäß den Prinzipien der Verfassung werden die Mitglieder des Schlichtungsrats, der im Streitfall zwischen dem Parlament und dem Wächterrat vermitteln soll, vom Revolutionsführer ernannt. Der Expertenrat wiederum könnte sogar den Revolutionsführer absetzen, wenn dieser gegen die Prinzipien des Islam verstoßen und zuwider den Normen der Grundwerte der Islamischen Republik handeln würde.⁵⁰⁷ Die Deutungshoheit über das, was islamische Prinzipien sind, liegt aber noch immer beim Wächterrat – der auch die Kandidatenaufstellung für den Expertenrat überwachen kann. Wie extensiv diese Kontrolle aussehen kann, hatten frühere Parlamentswahlen schon gezeigt.

Die verschiedenen Machtzentren bzw. Ratsinstitutionen haben sich auch bei den Präsidentschaftswahlen indirekt in gewisser Weise aneinander gemessen. Dabei rückte der Schlichtungsrat unter Rafsandschani immer mehr in den Vordergrund des politischen Vorwahlgesehens. Und er hat das Kräftemessen verloren.

Wie eine Antwort auf Rafsandschanis Vorstellungen von einem unbegrenzt offenen System wirkte dann Ende April eine Grundsatzerklärung von Revolutionsführer Khamenei, mit der wieder klare Grenzen im Parteienpluralismus im Iran gezogen wurden. Gleichzeitig stellte diese Erklärung auch eine Vorgabe von Richtlinien für die Zulassung von Kandidaten zur Präsidentschaftswahl dar, die dem Wächterrat wieder viel Spielraum gab für den Ausschluss von Bewerbern.

Khamenei forderte von jedem Kandidaten eine unabdingbare Loyalität zur Islamischen Revolution und ihren Prinzipien und zum politischen System der Islamischen Republik ein.⁵⁰⁸ Treue zur Verfassung bzw. zur Verfassungsordnung ist an sich in jeder Demokratie eine durchaus einzufordernde Grundvoraussetzung im offenen politischen Wettbewerb. Die Verfassung der Islamischen Republik gleicht in weiten Teilen dem Modell westlichen Vorbildern – mit einer Ausnahme: dem Wächterrat und seinen Interventionsrechten.⁵⁰⁹

Rafsandschanis Angriff auf diese Interventionsrechte wurde vom Revolutionsführer mit dieser Stellungnahme abgewehrt. Indem Khamenei zusätzlich Richtlinien für die Kandidatenüberprüfung vorgab, zeigte er, dass er an der bislang gehandhabten politischen Praxis bei Präsidentschaftswahlen festhalten wollte. Ein Ergebnis der Konfrontation zwischen zwei Machtzentren war, dass Rafsandschani sich nicht unter den acht Kandidaten befand, die letztlich zu den Wahlen zugelassen wurden.

⁵⁰⁷ Zur Verfassungsordnung des Iran siehe bei Winfried Buchta (Who Rules Iran?) sowie die Verfassung selbst: Iran – Constitution. Adopted on 24 Oct 1979. Amended on 28 July 1989.

⁵⁰⁸ Next president must believe in resistance economy, confront enemy, Leader, in: Tehran Times, 28.4.2013.

⁵⁰⁹ Siehe dazu Münch-Heuber: Der Islamische Staat. Grundzüge einer Staatsidee, S. 20.

Nur eben acht Bewerber waren übrig geblieben. Für die Medien im Iran wie für die Tageszeitung Etela'at war das ein ganz normales Prozedere und so gratulierte man hier diesen acht Präsidentschaftskandidaten auch ganz formell zum „Erreichen“ („ehrāz“) der Endrunde bei diesen „Präsidentschaftswahlen“ („entechābāt-e rijāsāt“).⁵¹⁰

Rafsandschani hatte seinen Ausschluss wohl schon kommen sehen und so forderte er seine Anhänger zur Bewahrung der Ruhe auf. Der bedeutendste „Rivale“ aller Kandidaten bei diesen Wahlen seien die „Probleme“, deren sich die Gesellschaft stellen müsse.⁵¹¹

Khameneis weiter erhobene Forderung, dass der zukünftige Präsident des Iran sich durch seine Bereitschaft auszeichnen müsse, „dem Feind entgegenzutreten“⁵¹², wirkte wie ein Freibrief an den Wächterratt zur Disqualifikation aller Reformkandidaten. Denn was bedeutet hier „Standhaftigkeit“ und wer ist der „Feind“? Wären Reformkandidaten, die sich für Verhandlungen mit den USA ausgesprochen haben, nicht „standfest“ genug?

Der Wächterratt schien indes die Worte des Revolutionsführers nicht zur Gänze in diesem Sinne einer vollkommenen Zensur verstanden und interpretiert zu haben. Zumindest erfolgte dessen „korrektiver“ Eingriff in den Wählerwillen nicht in einem etwa das Endergebnis und dessen Auswirkungen auf die Atomverhandlungen antizipierenden Sinne, wie dies etwa die Süddeutsche Zeitung mit einem Untertitel zu einem Artikel von Rudolph Chimelli beschrieben hat: „Keiner der Kandidaten steht für eine Aussöhnung mit dem Westen und für Kompromisse beim Atomprogramm.“⁵¹³

Mit Muhammad Reza Aref wurde durchaus ein Reformkandidat zugelassen. Interessant, vor allen Dingen im Hinblick auf die iranische Haltung zu Atomverhandlungen, blieb, dass Hassan Rohani nicht vom Wächterratt ausgeschlossen worden war. Rohani, eben schon iranischer Unterhändler bei den früheren Verhandlungen unter Reformpräsident Khatami, hatte sich früh im beginnenden Vorwahlkampf für die Aufnahme direkter Gespräche mit den USA ausgesprochen. Diesen Dialog könne man, so schrieb Rohani in der Tehran Times im März 2013, nicht „bis zum Tag des Jüngsten Gerichts“ („until the Day of Judgement“) verschieben. Das wisse letztlich auch Ayatollah Khamenei. Und Rohani hatte in dieser in englischer Sprache an eine Leserschaft auch außerhalb des Iran gerichteten Stellungnahme wieder die für die Iraner wichtigen grundsätzlichen Voraussetzung für einen Dialogbeginn benannt: Die Wahrung der „Würde“ des Iran („the country's dignity“) und seiner natürlichen Interessen. Und

⁵¹⁰ نامزدهای ریاست جمهوری معرفی شدند; Etela'at, 1 xordad 1392.

⁵¹¹ Etela'at, 2 xordad 1392.

⁵¹² Next president must believe in resistance economy, confront enemy, Leader.

⁵¹³ Chimelli, Rudolph: Einig im Trotz. Keiner der Kandidaten steht für eine Aussöhnung mit dem Westen und für Kompromisse beim Atomprogramm, in: Süddeutsche Zeitung, 23.5.2013.

die USA müssten eines zusagen, nämlich „... refraining from interference in Iran's internal affairs“ und: „... refraining from tyrannical and malevolent actions“.⁵¹⁴

Auch der konservative Kandidat Gholam Ali Haddad-Adel zeigte sich in einem Interview nach seiner Zulassung zur Präsidentschaftswahl konzipianter als etwa ein Mahmud Ahmadinedschad früher. Er benannte aber auch gleich jene zentralen Problemfelder von Atomverhandlungen und artikulierte dabei, wie auch Rohani, die iranischen, aus der Geschichte heraus erwachsenen Be- und Empfindlichkeiten, Wahrnehmungen, Ängste und die daraus sich ergebenden Grundhaltungen:

„Was den Westen gegen uns aufbringt, ist nicht die Tatsache, dass wir Atomenergie friedlich nutzen können, sondern dass wir zur Unabhängigkeit schreiten. Die westlichen Mächte sind über einen Iran verärgert, der selbst entscheidet.“ Und weiter: „Man wiederholt immer wieder, der Iran müsse Vertrauen aufbauen. Da sagen wir, dass auch der Westen bei uns Vertrauen aufbauen muss. Wenn eine Seite der anderen dauernd sagt, dass sie ihr nicht vertrauen kann, ist das kein rechtliches, sondern ein psychologisches Problem.“⁵¹⁵

Ob konservativ oder reformorientiert, die Wahrnehmung der Probleme und der Fragen der Atomdebatte erfolgt aus dem gleichen Blickwinkel einer von den historischen Erfahrungen der „Erniedrigung“ geprägten Weltsicht heraus. Es scheint damit in der Tat das vorrangige Problem eines jeden Verhandlungsansatzes zu sein, diese psychologische Ebene in alle Erwägungen miteinzubeziehen.

Auch ein konservativer Präsident Haddad-Adel hätte ein Gesprächspartner sein können. Zumindest wird er die gleichen Grundpositionen vertreten wie ein etwaiger Präsident Rohani. Bewegungsspielräume sind gegeben, auch mit Blick auf die inner-iranischen Verhältnisse.

Die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse im Iran haben sich seit 2009 aber weiter verstärkt. Die Stimmen von einflussreichen Religionsphilosophen wie Soroush und deren Kritiken, da theologisch im schiitischen Glauben verwurzelt, können heute nicht mehr einfach mundtot gemacht werden. Die Konservativen werden auf Dauer gegen Strömungen dieser Art und den ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Wandel nicht anregieren können. Es kann sehr wohl sein, dass das System, schon aus Gründen der Selbsterhaltung, ein größeres Maß an politischer Flexibilität zeigen wird.

⁵¹⁴ Leader to give permission for Iran-U.S. direct talks if he deems necessary: Rohani, in: Tehran Times, 14.3.2013.

⁵¹⁵ Rupp, Stephanie: „Das iranische Volk versteht weise Worte.“ Der konservative Präsidentschaftskandidat Haddad-Adel über die Wahl und über Frauen, in: Die Welt, 23.5.2013.

3. Synoptische Schlussbetrachtung

In der Schlussanalyse kann davon ausgegangen werden, dass die Verteidigungsstrategien des Iran trotz aggressiver Rhetorik defensiv ausgerichtet sind und dass die Islamische Republik nach einem Besitz von Atomwaffen strebt, um nach außen hin über ein ausreichendes Abschreckungspotenzial zu verfügen. Er könnte bestrebt sein, mit dem Besitz von Atomwaffen die konventionell in nicht ausreichendem Maße gegebene Verteidigungsfähigkeit auszugleichen.

Trotz mitunter irrational scheinender Rhetorik bescheinigt die deutliche Mehrzahl wissenschaftlicher Betrachter den Entscheidungsträgern in Teheran in der letzten Konsequenz Rationalität im politischen Handeln. Einen atomaren Erstschlag von Seiten des Iran gegen Israel hält diese Mehrheit in der wissenschaftlichen Literatur aus diesem Grund für nicht wahrscheinlich. Das Regime ist in erster Linie am eigenen Überleben interessiert und ein solcher Schlag würde ein für den Iran selbstmörderisches Unterfangen darstellen.

Eine deutliche Mehrheit der Wissenschaftler aus den unterschiedlichsten Disziplinen hingegen spricht sich trotz dieser Schlussfolgerungen gegen einen iranischen Atomwaffenbesitz aus. Dies wird in der Regel damit begründet, dass auch gegenseitige Abschreckung fehlschlagen könne („deterrence can fail“) und dass diese gegenseitige Abschreckung auch im Kalten Krieg wie etwa im Falle der Kuba-Krise schon beinahe fehlschlagen sei.

Zudem ist davon auszugehen, dass die Logik der gegenseitigen Abschreckung, wie sie aus deren Sicht in der bipolaren Weltordnung noch vorherrschte, nun in einem multipolaren System nicht mehr gegeben ist.

Einen wichtigen Punkt in der Frage nach den Unsicherheiten bzw. Unabwägbarkeiten eines iranischen Atomwaffenbesitzes stellt – wie in dieser Studie herausgearbeitet – die konventionelle Schwäche der Islamischen Republik dar. Diese Schwäche könnte trotz gegebener Rationalität, defensiver Ausrichtung und intendierter Abschreckung einen von außen angegriffenen Iran in einer ausweglosen Situation vor eine heute nur schwer vorstellbare psychologische Herausforderung mit unabsehbaren Risiken stellen. Ein potenzieller Angreifer würde sich von einem iranischen Atomwaffenpotenzial nicht abschrecken lassen, wenn er davon ausgehen kann, dass sein rational handelnder Gegenüber diese Atomwaffen nicht einsetzt. Dieser bis dahin rational handelnde Akteur – der Iran – könnte sich dann, da er sich konventionell nicht zur Wehr setzen kann, zu irrationalen Entscheidungen gedrängt sehen, da ein Festhalten an rationalen Handlungsprinzipien nur mehr den eigenen Untergang bedeuten würde. Die Konsequenz hieraus könnte verheerende Ausmaße annehmen. In die-

sem Sinne erscheint an dem Punkt der Debatte um die Vergrößerung der Anzahl von Atomwaffen der Standpunkt: „more is worse“ gerechtfertigter als der, der besagt, ein Mehr sei hier „besser“ („better“).

Allgemein kann die Waltz-Sagan-Debatte in ihrer dichotomischen Ausrichtung und mit ihren Schablonen-Bildungen die Multidimensionalität des hier angeschnittenen Themenkomplexes kaum erfassen. Allein die Ebene der historischen Erfahrungen, die den Hintergrund der Motivationen politischen Handelns im Iran maßgeblich darstellt, wird hier kaum berührt. Des Weiteren kann die organisationstheoretische Analyse im Falle des Iran und in der Anwendung von Sagan für den Fall der Islamischen Republik in ihrer Generalisierung keine tiefgreifenden Erkenntnisse vermitteln. Mit dem doch sehr vereinfachenden Ansatz, in dem die komplexen Organisationsstrukturen westlicher Staaten mit ihrem „checks-and-balance system of strong civilian control“ den außereuropäischen, nichtamerikanischen Systemen mit starken Militärs und schwachen Zivilregierungen gegenübergestellt werden, kann die Frage nach der Effektivität der Kontrolle über Atomwaffen für den Fall des Iran nicht beantwortet werden. In einem System mit starkem Militär, in dem nicht die „objektiven Interessen des Staates“ dominieren, kann, so Sagan, eine rationale Atompolitik nicht per se gewährleistet werden. Doch der Iran passt in dieses nur zweigleisige Analyse-Schema nicht hinein. Die Islamische Republik ist keine Militärdiktatur, sondern ein System mit vielen Machtzentren, wie Buchta zeigt – mit dem Wächterrat, dem Expertenrat, dem Schlichtungsrat, deren Interessen nicht selten miteinander in Konkurrenz stehen, – wenn auch nicht im Sinne eines politischen Systems mit offenem Parteienpluralismus. Im Iran kontrolliert die politische Führung den militärischen Apparat bzw. die beiden militärischen Apparate. Auch die Revolutionsgarden sind der Revolutionsführung loyal ergeben. Dies ist eine Folge der Geschichte seit 1979. Die Revolutionsgarden waren von der Revolutionsführung als ihr gegenüber loyale militärische Größe geschaffen worden, um ein Gegengewicht zur Armee zu schaffen, an deren Spitze nach der Islamischen Revolution für einige Zeit ranghohe Militärs standen, deren Laufbahnen noch unter dem Schah begonnen hatten. Und diese alte Armee war dann langsam und kontinuierlich durch personelle Umbesetzungen im Sinne der neuen Staatsführung reorganisiert worden. Alte, noch dem Schah ergebene Offiziere wurden durch „ideologically pure“ und regimetreue Nachfolger ersetzt. Khomeini hatte hier aus seiner Sicht eins erfolgreich vollzogen: „the incorporation of the armed forces into its power structure as the crucial element to successful power consolidation.“ Und so stellt sich die Situation der Streitkräfte – deren oberster Befehlshaber qua Verfassung der Revolutionsführer ist – im System der Islamischen Republik so dar: „a strong military under the control of Tehran“.⁵¹⁶

⁵¹⁶ Roberts, Mark J.: Khomeini's Incorporation of the Iranian Military, McNair Paper 48, Institute for National Strategic Studies, National Defense University, Washington D.C. 1996, S. 55 ff.

Die Frage, welche Rolle die Armeeführung und die Revolutionsgarden eben aufgrund ihrer Unterordnung unter die Revolutionsführung und damit unter Khameneis Willen als etwaiger Blockadefaktor im Falle einer sich anbahnenden Annäherung zwischen Washington und Teheran im Atomstreit unter einer Reform-Präsidentschaft in Teheran spielen könnten, kann eben nur mit dem Hinweis auf Khameneis Haltung in der Atomfrage generell beantwortet werden. Dem Präsidenten der Islamischen Republik bleibt die Kontrolle über die Armee und ihre Angelegenheiten verwehrt.

Über Sagan hinaus bliebe die sich ergebende Frage, ob ein System der „checks-and-balances“ im Sinne sicherheitspolitischer Steuerungsmechanismen gegeben ist. Aber: Garantiert nur Interessendifferenzierung effektive Atomwaffenkontrolle? Rationale Entscheidungsfindung hängt letztlich von vielen anderen Faktoren ab. Selbst in einem nicht offenen und nicht demokratischen System kann eine effektive Kontrolle eines Atomwaffenarsenals erfolgen und Atompolitik rational-pragmatischen Überlegungen folgen – wie man das am Beispiel der UdSSR sehen konnte. So „geschlossen“ und monolithisch wie das sowjetische ist das iranische politische System aber bei weitem nicht. Im oben genannten organisationstheoretischen Ansatz kommt dieses Modell aber erst gar nicht vor.

Wichtiger als solche organisationstheoretische Erklärungsversuche sind im Kontext der Frage nach den Auswirkungen eines iranischen Atomwaffenbesitzes die Hinweise auf die Instabilitäten in der Region, auf die Krisenherde, auf die konventionelle Unterrüstung des Iran, die allesamt unabwägbare Risiken generieren könnten, die wiederum Situationen schaffen könnten, in denen Eskalationsprozesse schnell außer Kontrolle geraten würden.

Wichtig ist – wenn man einen Schritt zuvor auch nur irgendeinen Verhandlungsweg sucht – eine eingehende Perzeptionsanalyse, die sich mit den Grundlagen der Motivation politischen Handelns der Entscheidungsträger in Teheran auseinandersetzt. Und es bedarf in diesem Zusammenhang einer Analyse jener historischen Faktoren, die die Art und Weise geprägt haben, in der die Iraner – und nicht nur die Entscheidungsträger – die westliche Welt und deren Politik dem Iran gegenüber wahrnehmen – auch oft wahrnehmen müssen, dies vor dem Hintergrund historischer Erfahrung. Diese historische Erfahrung führt hin zu den Ursachen des iranischen Strebens nach Atomwaffen.

Trotz gegebener Rationalität politischen Handelns und defensiver Gesamtausrichtung aber würden iranische Atomwaffen im Nahen und Mittleren Osten nicht mehr Sicherheit und Stabilität bedeuten, sondern ein Mehr an Risiko.

Eine Lösung des Atomkonflikts auf dem Verhandlungsweg scheint immer noch möglich, allerdings müssen auf beiden Seiten auch Grundpositionen zur Disposition gestellt werden. Ein kategorisches Nein zu einem iranischen Atomwaffenbesitz reicht nicht aus, wenn eben nicht gleich-

zeitig Motive und Ursachen der iranischen Atompolitik in die Analyse mit einbezogen werden.

Und wichtig ist hierbei die zentrale Erkenntnis, dass der iranische Blick auf die Atomwaffenproblematik ein ganz anderer ist als der westliche.

In der iranischen Wahrnehmung spielt die historische Erfahrung eine sehr bedeutende Rolle. Und diese besagt: Der Westen will nur einen schwachen Iran, er hat seit der Zeit des Amir-e Kabir einen Iran zu verhindern versucht, der sich selbst effektiv verteidigen kann. Der Westen versucht, aus dieser Sicht einen mit Atomwaffen ausgerüsteten Iran zu verhindern, nicht weil es um regionale Sicherheit, um die Gefährlichkeit von Atomwaffen, um Krieg oder Frieden, um Probleme der Proliferation, sondern um pure Machtpolitik geht, um eine Machtpolitik, die Teheran schwächen will, weil sie als postkoloniale Vormachtpolitik das einfach so will. Und Teheran will so eines verhindern: ein Zurückgestoßen-werden in die Position der Schwäche. Ein neues Gulistan, ein neues Turkmantschai darf es auf keinen Fall geben. Und so stellt die Atomfrage für die Politik im Iran auch „eine Frage der Gleichberechtigung“ dar, denn man sieht sich einer „Welt“ gegenübergestellt, „die Iran das vorenthalten möchte, was anderen erlaubt worden ist bzw. was andere sich selbst erlauben“.⁵¹⁷

Und auch wenn die Islamische Revolution gemäß des offiziellen Geschichtsbildes das Land selbst aus dem Zustand der kolonialen Abhängigkeit befreite, aufgrund der Politik der Isolierung des Iran kann für die Perzeptionsebene der politische Handelnden im Iran festgestellt werden: „die historischen Traumata blieben.“⁵¹⁸ Und diese Traumata sind auch heute die das Weltbild eines jeden iranischen Verhandlungsführers – auch eines Reformorientierten – bei jedweden Verhandlungen prägenden Elemente.

Und hier beginnen die Schwierigkeiten: Der Iran will seine Stärke als Regionalmacht anerkannt wissen, auch die USA als Weltmacht wollen und müssen von einer Position der Stärke aus in die Verhandlungen gehen. Verhandlungen wie die in Almaty finden immer unter dem Druck der Öffentlichkeit statt. Zugeständnisse können vorschnell als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden. Sollte in irgendeiner Verlautbarung, auch der Presse, nachzulesen sein, der Iran habe sich auch nur irgendeinem Druck gebeugt, wird sich Teheran zurückziehen. Geheimverhandlungen, in denen die Ausgangsbedingungen erst einmal von Grund auf angegangen und ohne Druck der Öffentlichkeit behandelt werden könnten, wären der bessere Weg. Konzessionen könnten hier angedeutet werden, Verhandlungsbereitschaft gezeigt werden, ohne dass der einen oder anderen

⁵¹⁷ Perthes, Volker: Iran. Eine politische Herausforderung. Die prekäre Balance von Vertrauen und Sicherheit, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 754, Bonn 2008, S. 110.

⁵¹⁸ Reissner, Johannes: Iran: Selbstverständnis und Verhaltensmuster, in: WeltTrends 58/2008, S. 31.

Seite durch eine Bereitschaft zu Zugeständnissen in der Weltöffentlichkeit ein Gesichtungsverlust drohen würde.

Aber auch für solche Sondierungen wäre es in deren Vorbereitung wichtig, sich a priori mit der iranischen Sicht der Dinge zu beschäftigen. Der Besitz von Atomwaffen würde für Teheran aus seiner Sicht einen Prestigegewinn bringen. Doch an erster Stelle der Motivation des iranischen Strebens nach Stärke und nach Atomwaffen steht das seit langer Zeit – seit der Zeit des Amir-e Kabir eben – konstatierbare Streben nach einer ausreichenden eigenständigen Verteidigungsfähigkeit und -kapazität. Das Streben nach Atomwaffenbesitz ist nur eine – wenngleich auch mit größeren Tragweiten verbundene – Variante dieses Wunsches, den Iran aus eigenen Kräften heraus verteidigen und damit auch als Regionalfaktor eine eigenständige Rolle in der Region als anerkannter und zugleich unabhängiger Akteur spielen zu können.

Eine Frage bei der Erarbeitung von Verhandlungspositionen wäre also die, wie dem Iran eine solche eigenständige Verteidigungsfähigkeit ohne Atomwaffen gewährleistet werden könnte. Das Fallenlassen von Sanktionen in diesem Bereich und damit eben das Zugeständnis einer ausreichenden konventionellen Schlagkraft wäre ein Weg, zumal ohnehin nicht eindeutig geklärt ist, in welcher Weise die gegen den Iran verhängten Sanktionen die Atompläne der Eliten in Teheran bislang beeinflusst haben. Alireza Nader konnte in seinen Untersuchungen zur Wirkung der Sanktionen gegen den Iran jedenfalls nicht völlig ausschließen, dass das Regime in Teheran in seinen atomaren Rüstungsplänen durch die Sanktionen sogar noch bestärkt wurde. „Stronger sanctions against Iran, whether targeted or crippling, appear to have led to a substantial deterioration of the Iranian economy. Yet it is unclear if sanctions have weakened or strengthened the Iranian regime’s resolve to pursue the nuclear program.“⁵¹⁹ Noch deutlicher drückte Vali Nasr von der Johns Hopkins University seine Zweifel an einer Attitüde des „more sanctioning than negotiating“ aus, zumal „sanctions can be a two-edged sword. The more pressure they ex-

⁵¹⁹ Nader: *Influencing Iran’s Decisions on the Nuclear Program*, S. 211. Auf die ambivalente Wirkung von Sanktionen im Atomstreit mit dem Iran und, darauf aufbauend, auf die mögliche Instrumentalisierung einer Lockerung von Sanktionen haben auch Dina Esfandiary und Mark Fitzpatrick bereits im Herbst 2011 detailliert hingewiesen. „However imperfect, sanctions are likely to continue to be a major policy tool in what could be a long, Cold War-style stand-off with Iran. In one sense, sanctions are the default policy option, a comfortable middle-ground between acquiescing to Iran’s proliferation and employing military means to forcibly stop it. In theory, sanctions should also contribute to the prospects for a negotiated outcome, by giving Iran’s leaders reasons to explore compromise and by creating bargaining chips for its negotiating partners. Sanctions imposed today can be lifted during and after future negotiations. It is difficult to imagine, however, how such negotiations could even commence in the current political environment, let alone how they could be successfully concluded.“ Esfandiary, Dina / Fitzpatrick, Mark: *Sanctions on Iran: Defining and Enabling „Success“*, in: *Survival* 5/2011, S. 143-156, hier S. 153; vgl. zur Rolle von Sanktionen im Atomstreit mit dem Iran auch Schmidt: *Finale im Atomstreit?*, S. 48-51.

ert, the more suspicious Iran's leaders get about America's real intentions. The more suspicious they are, the more they want a nuclear program. And the closer they get to their nuclear goals, the more they feel able to resist new pressure."⁵²⁰ Auch eine neue Studie des Council on Foreign Relations problematisiert eine mögliche Kontraproduktivität eines Sanktions-Regimes in Form einer „unintended consequence“ dergestalt, „that the sanctions could motivate Iranian behavior, but not in the intended direction. For instance, the hardships imposed by sanctions could convince Tehran of what it has always been inclined to believe – that the real goal of the United States is to destroy the Islamic regime in Tehran. Rather than inducing the government to abandon its pursuit of weapons, this conclusion could lead Tehran to expedite its nuclear program.“⁵²¹

Doch zugleich droht im Falle des Konzedierens einer konventionellen Aufrüstung des Iran dann auch hier wieder das Anheizen eines eben konventionellen Rüstungswettlaufs im Nahen und Mittleren Osten. Umfassende Abrüstungsbemühungen für die gesamte Region wären langfristig ein notwendiger Schritt, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch das iranische Einkreisungssyndrom abschwächen könnten – das ja auch eines der Ursachen der iranischen Atompolitik ist.

Noch aber sind Nah- und Mittelost ein willkommener Absatzmarkt für westliche Waffenexporteure. Auch der Westen und seine Waffenexportpolitik sind hier gefragt. Waffenexporte nach Saudi Arabien sind mithin der falsche Weg – und könnten auch eine Verhandlungslösung mit dem Iran erschweren. Zudem ist das Königreich kaum als Stabilitätsfaktor zu bezeichnen. Schon seit Jahrzehnten werden fundamentalistische und gewaltbereite Gruppierungen in der gesamten islamischen Welt finanziell von Saudi Arabien aus unterstützt und der lange Arm der gewollten Verbreitung der rigoristischen Wahhabi-Lehre reicht auch bis nach Deutschland, wo die ideologische und finanzielle Hilfe für sogenannte salafistische Organisationen mit saudischen Geldern auch nach Einschätzung des Verfassungsschutzes in immer größerem Maße eine Gefährdung der inneren Sicherheit darstellt.⁵²²

Die saudischen Aktivitäten in unmittelbarer Nachbarschaft zum Iran stellen für Teheran eine Bedrohung dar, ebenso wie sich Saudi Arabien vom Iran bedroht fühlt – seit jeher schon, das galt auch schon für die Zeit des Schahs. Beide Bedrohungswahrnehmungen bedingen sich gegenseitig und sind nur im Rahmen umfassender regionaler sicherheitspolitischer Bemühungen abzubauen. Solche Bemühungen um eine neue

⁵²⁰ Nasr, Vali: Why Iran may be ready to deal, in: International Herald Tribune, 18.3.2013.

⁵²¹ O'Sullivan, Meghan L.: The Role and Potential of Sanctions, in: Blackwill, Robert D. (Hrsg.): Iran: The Nuclear Challenge, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 13-20, hier S. 19.

⁵²² Siehe dazu u. a. Münch-Heubner, Peter L.: Die Salafiyya – eine Bewegung zwischen Religion und Politik, in: Politische Studien 444/2012, S. 80-89.

sicherheitspolitische Ordnung für den Raum am Persischen Golf sollten – obwohl längerfristig anzulegen – in eröffnenden Verhandlungen als mittel- oder längerfristig anzustrebendes Ziel und damit als anvisierter Punkt vertrauensbildender Maßnahmen mitaufgenommen werden.

Um Vertrauensbildung geht es allemal. Im Westen ist oft zu hören, dass der iranischen Politik und ihrer oft so wahrzunehmenden Verzögerungstaktik nicht zu trauen ist. Teheran versuche, nur Zeit zu gewinnen, und auch ansonsten seien ja, was die Vorgänge um die Inspektionen der Atomanlagen im Lande anbetrifft, nur Verschleierungstaktiken angewendet worden. Der Iran aber fühlt sich berechtigt, solche taktischen Manöver zu vollziehen – dies mit Blick auf die Geschichte. Vertrauensbrüche, nicht eingehaltene Versprechen und ein bewusstes Hintergehen des Iran, das sind ja jene Anklagepunkte, die die iranische Politik – mit Blick auf historische Fakten nicht immer unbegründet – Europa und den USA seinerseits ebenfalls vorwirft.

Und, was gerade die politischen Eliten unter Präsident Ahmadineschad anbetrifft: Gerade diese Generation von Entscheidungsträgern ist – worauf Suzanne Maloney verwiesen hat – zutiefst geprägt von den Erfahrungen aus dem Krieg mit dem Irak. Aus dieser Sicht hat sich der Westen, hat sich auch die internationale Völkergemeinschaft mit ihrem Schweigen zum völkerrechtswidrigen Einsatz von Giftgas durch den Irak moralisch diskreditiert. So hat dieser Westen, hat die UNO heute kein Recht, den Iran in Sachen Chemiewaffenproduktion etc. zu kritisieren oder moralisch anzuklagen. Die Debatte um westliche Werte wird so in Teheran als bloße Heuchelei empfunden. Der Westen habe mit seiner Haltung in diesem Krieg seine eigenen Prinzipien verraten und könne heute dem Iran gegenüber nicht als mahnender Lehrer auftreten. Denn damals sei für ihn „Feindschaft“ zum Iran vor der „Moral“ gekommen: „It was also made clear that the moral teachings of the world are not very effective when war reaches a serious state and the world does not respect its own resolutions and closes its eyes to the violations and all the aggressions which are committed in the battlefield.“

Und die Schlussfolgerung aus diesen Erfahrungen aus dem Irak-Krieg: „We should fully equip ourselves both in the offensive and defensive use of chemical, bacteriological and radiological weapons.“⁵²³

Diese Stimme war die von Rafsandschani. Wie denkt er heute? Seine Äußerungen zeigen aber exemplarisch, welche gewaltige Hürde hier psychologisch zu überwinden oder abzubauen ist, wenn es gilt, ein konstruktives Verhandlungsklima zu schaffen. Vertrauensbildung scheint hier schwer. Diese historische Erfahrung prägt auch andere, in ihrer Kompromisslosigkeit oft nur schwer zu verstehende Stellungnahmen iranischer

⁵²³ Zitiert bei Takeyh, Ray: *Guardians of the Revolution. Iran and the World in the Age of the Ayatollahs*, New York 2009, S. 245.

Offizieller. Sie aber in einer Verhandlungsvorbereitung als Faktum mit-einzubeziehen, als eines, das das Gegenüber geprägt hat, wäre notwendig. Die damalige westliche Haltung zu bedauern, wäre ein Schritt, ohne dabei einen massiven Gesichtsverlust befürchten zu müssen. Dies muss kein Gutheißen der damaligen innenpolitischen Verhältnisse im Iran bedeuten, denn gerade mit dem Beginn des Kriegs schickten sich Ayatollah Khomeini und seine Gefolgsleute an, Oppositionelle und Andersdenkende in Massen in Gefängnissen zu internieren und Tausende von ihnen hinzurichten. Doch selbst dieses unmenschliche Vorgehen Khomeinis kann keine Entschuldigung für das massenhafte Sterben iranischer Zivilisten im Krieg mit Saddam Hussein sein – und auch nicht für die unrühmliche Rolle, die westliche Staaten bei der Versorgung des Baath-Regimes in Bagdad mit Chemiewaffen gespielt haben.

Für den Westen ist dieser Krieg schon lange her, für den Iran ist er mit seinen Folgen in der Gegenwart immer noch präsent. Ein nicht unwesentlicher Anteil der staatlichen iranischen Erdöleinnahmen fließt bis heute in die Versorgung der Kriegsversehrten und der Chemiewaffenopfer und rechtfertigt aus dieser Sicht eine harte Verhandlungsposition. Ein klein wenig Aufarbeitung an Geschichte könnte auch ein klein wenig dabei helfen, ein besseres Verhandlungsklima zu schaffen.

Eine Analyse der Interessen und außen- und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der politischen Führung in Teheran kann einen weiteren Schritt hin zu einer möglichen Einleitung von Verhandlungen weisen. Johannes Reissner hat „drei sich überlappende Agenden und Diskurse [ausgemacht, die] Irans regionale Ambitionen [unter Ahmadinedschad] prägen“:

Die „sicherheitspolitische“ Agenda ist – unter Ahmadinedschad wie unter seinen Vorgängern – „defensiv“ ausgerichtet: „Oberstes Ziel ist der Erhalt Irans als Nationalstaat in seinen bestehenden Grenzen und des politischen Systems, wie es nach der Revolution geschaffen wurde. Diese prinzipiell auf Stabilität bedachte Tendenz wird durch die traumatisch wirkende koloniale Erfahrung gestärkt.“

Die „regionalpolitische“ Agenda zeichnet sich dadurch aus, dass der Iran danach strebt, „den ersten Platz in der Region“ einzunehmen, was hier allerdings den Bereich seiner „wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung“ anbetrifft.

Die „ideologische“ Ebene zeichnet sich – unter Ahmadinedschad – durch den Willen aus, die „führende antiimperialistische Kraft in der Region“ zu sein. Hier geht es um Macht und vor allen Dingen um politischen Einfluss in der Region. Und hier agiert man auch nicht ohne Erfolg: „Der krude, islamisch verbrämte antiimperialistische Anspruch Ahmadinejads, dessen Anleihen an den ‚Tiermondisme‘ und die Politik des ‚Revolutionsexports‘ aus der ersten Zeit nach der Revolution nicht zu übersehen sind, findet in der islamischen Welt und zum Teil auch über sie hinaus

Resonanz.⁵²⁴

Dies ist gleichsam auch ein offensives Element – jedoch in erster Linie der Präsidentschaft Ahmadinedschads – und war so nicht zur Zeit des Reformpräsidenten Khatami gegeben. Welchen Elan eine solche Einflusstategie durch den Besitz von Atomwaffen zusätzlich gewinnen könnte, kann nur eingeschätzt werden.

Ergebnisse dieser Zielvorgabenanalyse könnten in Verhandlungsvorbereitungen einfließen.

Die ideologische Ebene in den von Reissner skizzierten Zielvorgaben bleibt eine variable. Sie könnte sich nach den Präsidentschaftswahlen und vorausgesetzt, ein Reformkandidat wäre der nächste Präsident des Iran, schon als politische Vergangenheit erweisen.

Agenda Eins und Agenda Zwei sind als permanente Objektivien zu bezeichnen und damit auch den permanenten Interessenlagen des Iran zuzuordnen. Und hier wird auch schon das Thema und die Problematik einiger Vorgaben angeschnitten, die z. B. nach den Vorstellungen von Robert E. Hunter, von den USA und vom Westen generell als Zugeständnisse an den Iran in die Verhandlungen eingebracht werden könnten:

- die Anerkennung des Iran und seines „major-country status“ in der Region;
- der Verzicht auf alle Versuche, den Iran innenpolitisch zu destabilisieren, und der Verzicht auf jeden von außen gelenkten Versuch eines „regime change“;
- eine Sicherheitsgarantie für den Iran von Seiten der USA;
- eine Aufgabe des Sanktionsregimes;
- der Verzicht auf Angriffspläne.⁵²⁵

Im Gegenzug wäre dann über den Verzicht des Iran auf die militärische Nutzung der Kernenergie zu verhandeln – u. a. dann auch über weitere Punkte in Hunters Katalog, wie den Verzicht des Iran auf die Unterstützung oppositioneller und gewaltbereiter Gruppierungen in der Region, was, wie oben in der Studie aufgezeigt wurde, mit Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Und, was hier bei Hunter nicht angeschnitten wird: Zentral bleibt eben die Frage, wie eine eigenständige Verteidigungsfähigkeit des Iran – das zentrale Desiderat iranischer Sicherheitspolitik – auch ohne Atomwaffen zugestanden und zugesichert werden kann. Das ist wichtig: Denn würde der Iran auf Atomwaffen verzichten, bliebe er beim gegenwärtigen Stand seiner militärischen Ausrüstung rein konventionell weitgehend schutzlos. Es bliebe dann die gegenwärtige Ausrichtung auf eine Verteidigungsstrategie, die in realiter erst nach einer erfolgten Invasion einsetzt und auf einem massiven Partisanenkrieg nach der Besetzung des Landes

⁵²⁴ Reissner: Iran: Selbstverständnis und Verhaltensmuster, S. 31 f.

⁵²⁵ Vgl. Hunter: Rethinking Iran, S. 148 ff.

aufbaut. Diese Perspektive hat sich zwar bislang als für einen Aggressor – bis auf Saddam Hussein – angesichts einer prospektiven Zahl von nahezu einer Million dann agierender Partisanen abschreckend genug erwiesen, wird jedoch von der iranischen Politik als nicht mehr für die Zukunft ausreichend betrachtet, was eben die Aktivitäten auf nuklearem Gebiet beweisen. Die Möglichkeiten des Iran auch unter den gegenwärtigen Bedingungen „zu Vergeltungsschlägen“ bzw. zum „Einsatz von asymmetrischer Kriegsführung“ sind auch jetzt schon, so Reissner, „nicht zu unterschätzen“ – und sie mahnen zu Vorsicht bei jedweden Plänen für einen etwaigen militärischen Präventivschlag gegen das Atomprogramm, denn: „Dies macht die Folgen eines eventuellen Militärschlags unkalkulierbar.“⁵²⁶

Über iranische Aktivitäten im Bereich der Mittelstreckenraketen wäre zu debattieren, doch auch dies nur im Kontext einer gesamtregionalen Abrüstungskonzeption.

Eine eingehende Interessenanalyse führt zu einem anderen wichtigen Punkt, nämlich zu dem etwaiger Interessenkonvergenzen zwischen den USA auf der eine Seite und dem Iran auf der anderen.⁵²⁷

Gemeinsame Interessen sind zwischen Washington und Teheran durchaus auszumachen, wie zu sehen war. Diese betreffen die Stabilität der politischen Verhältnisse im Irak, beide wollen eine „Balkanisierung“ des Landes verhindern und den Terror sunnitischer Extremisten eindämmen. Diese betreffen auch Afghanistan, wo eine drohende Rückkehr der Taliban den Sicherheitsinteressen beider Akteure wenig dienlich wäre. Die Militärinterventionen der USA in Afghanistan und im Irak „replaced regimes hostile to both Iran and the United States with ones friendly to both“.⁵²⁸ Washington und Teheran einigt auch, so Mohsen M. Milani, eine gemeinsame Frontstellung zu al-Qaida. Auf beiden Seiten will man den Drogenhandel eindämmen.⁵²⁹ Heute wirft gerade Teheran den USA vor, von dem früher gegen die Taliban gerichteten politischen Kurs aus opportunen Gründen abzuweichen. In einem bezeichnenderweise mit einem Professor der US-amerikanischen South Alabama University von der Tehran Times geführten Interview wird eindringlich vor den Gefahren einer Rückkehr der Taliban an die Schalthebel der Macht in Afghanistan gewarnt. Eine Aufforderung an Washington zur Rückkehr zu alten Positionen der Afghanistan-Politik und ein damit über einen US-amerikanischen Aka-

⁵²⁶ Reissner: Iran: Selbstverständnis und Verhaltensmuster, S. 36.

⁵²⁷ Zur zentralen Rolle eines Interessenvergleichs als Ausgangspunkt für Neuintiativen zur Lösung der festgefahrenen Positionen im Atomkonflikt zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft vgl. ausführlich Sebenius, James K. / Singh, Michael K.: Is a Nuclear Deal with Iran Possible? An Analytical Framework for the Iran Nuclear Negotiations, in: International Security 3/2012/2013, S. 52-91.

⁵²⁸ Dobbins, James: Coping With a Nuclearising Iran, in: Survival 6/2011/2012, S. 37-49, hier S. 38.

⁵²⁹ Siehe Milani: Tehran's Take, an mehreren Orten.

demiker verschleiert übermitteltes Kooperationsangebot?⁵³⁰

Es könnte, wie Hunter vorschlägt, die politische Zukunft Afghanistans und des Irak ein Feld sein, das auch als Verhandlungsgegenstand eine gemeinsame Ebene beim Abwägen der „legitimen“ Sicherheitsinteressen beider Seiten herstellen könnte.⁵³¹ Dies alles könne aber nur langfristig im Zuge eines „grand bargain“ im Rahmen einer „step-by-step diplomacy“ erfolgen.

Die Anerkennung der legitimen Sicherheitsinteressen des Iran – und vor allen Dingen deren konkrete Ausformulierung und Erfassung – müsste Verhandlungsgegenstand sein. Doch viele der von Hunter beschriebenen Zugeständnisse, die der Iran machen sollte, sind, was die Kontakte nach außen, zu Hizbullah etwa, anbetrifft, realpolitisch kaum einzufordern und wären, so Reissner nun wiederum, kontraproduktiv, wenn es darum geht, den Iran in die politische Landschaft des Nahen und Mittleren Ostens zu integrieren. Der Iran ist heute schon, politisch wie ökonomisch, in ein „Beziehungsgeflecht“ eingebunden, das, so Reissner, für das Land auch mit zunehmenden „Abhängigkeiten“ verbunden ist. Das Konstrukt der „konfrontativen Außenpolitik“, das von Ahmadinedschad propagiert worden ist, ist, so der Autor, eine Strategie unter dem Verbal-Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ und es dient nicht unwesentlich dazu, „die innenpolitische Konkurrenz mundtot zu machen. Die außenpolitische Selbstdarstellung dient neben der Moral als zusätzliches Feld, um von unzureichender Problemlösung im Inneren abzulenken.“

Trotz eben solcher „konfrontativen Außenpolitik“ habe der Iran seit geraumer Zeit schon „Integrationsbereitschaft“ in das nahöstliche Beziehungsgefüge gezeigt – und auch zeigen müssen, wenn er einflussreich sein will. Eine westliche Politik der „Eindämmung“ des Iran ist, das betont Reissner, „keine Lösung“ für die gesamte Problematik. Eine Politik der „Eindämmung“, wie von George W. Bush verfolgt, ist, so seine Überzeugung, „für westliche Stabilitätsinteressen in der Region kontraproduktiv“. Und weiter: „Die Komplexität der regionalen Verflechtungen, Konfliktlinien und Interessenkonstellationen lässt sich heute erst recht nicht mehr nach Modellen des Kalten Kriegs in den Griff bekommen. ... Wenn Iran der Status einer aufstrebenden Regionalmacht zugestanden wird, dann

⁵³⁰ Afghans will be the biggest losers if Taliban return to power: expert, in: Tehran Times, 23.4.2013.

⁵³¹ Hunter: Rethinking Iran, S. 148 ff. Demgegenüber wandte Simon Koschut im Oktober 2011 in einer vorläufigen Bilanz der Iran-Politik der (ersten Amtszeit der) Obama-Administration, die als „Engagement ohne Illusionen“ bezeichnet werden könne, ein, sie beinhalte nur wenige kooperative Elemente und verkörpere im Wesentlichen eine „klassische Eindämmungspolitik bestehend aus diplomatischer Isolierung, wirtschaftlichen Sanktionen und militärischer Aufrüstung der amerikanischen Verbündeten in der region“. Angesichts „derartiger Rahmenbedingungen“ schätzte Koschut zumindest damals die „Aussichten auf eine künftige Annäherung zwischen den USA und dem Iran, etwa im Zuge regionaler Zusammenarbeit in Afghanistan und im Irak gegenwärtig als eher gering“ ein. Koschut, Simon: Engagement ohne Illusionen? Die Iran-Politik der USA unter Barack H. Obama, DGAP Analyse, Berlin Oktober 2011, hier S. 1.

ist es nicht nur unlogisch, wenn westliche Politik in Überschätzung ihrer Kapazitäten auf Eindämmung beharrt, sondern auch gefährlich. Stattdessen sollte der Westen auch auf jene Aspekte in Irans Selbstverständnis und in seiner regionalen Verflechtung achten, die einer vor allem auch sicherheitspolitischen regionalen Einbindung Irans entgegenkommen. Das allseitig bestehende Stabilitätsinteresse wäre ein entscheidender Anknüpfungspunkt.⁵³²

Zum Scheitern verurteilt seien damit auch alle Versuche, „eine antiiranische Allianz“ der prowestlichen arabischen Staaten aufbauen zu wollen. Diese Kritik an US-amerikanischen Versuchen eines „containment“ dem Iran gegenüber würde auch Ray Takeyh so teilen. Er geht aber noch weiter. Er macht diese containment-Politik auch für das Anwachsen eines Extremismus einer kleinen Minderheit unter den Sunniten verantwortlich. Die Versuche, eine antiiranische Koalition arabischer Staaten zu formen, hätten nur ein Ergebnis gehabt: Die Schaffung einer „... political culture that facilitated the rise of Sunni militancy. It was this milieu that produced the Taliban and al-Qaeda.“ Auch die US-Politik Saudi Arabien gegenüber habe zu eben den Problemen US-amerikanischer Nahost-Politik viel beigetragen. Anstelle stetig nach gängigen Schwarz-Weiß-Mustern Koalitionen von befreundeten gegen nicht befreundete Staaten in der Region bilden zu wollen, gehe es heute um eine zentrale Problemlösung: „... the United States would be wise to aim for regional integration and the fostering of a framework where all of the powers see it in their own interest to preserve the status quo. ... Instead of militarizing the Persian Gulf and shoring up shaky alliances on Iran’s periphery, Washington can move toward a new regional security system that features all of the local actors.“

Zu diesem neuen System der regionalen Sicherheitswahrung müssten denn auch Verträge zur Garantie der Unverletzlichkeit der Grenzen, zu Waffenkontrolle und Abrüstung und zur Schaffung einer Freihandelszone gehören.

Takeyh schließt so seine Betrachtung mit der Perspektive: „Engaging Iran and regulating its rising power within an inclusive regional-security architecture and institutions will present the best way of addressing the concerns of America’s Arab Allies, stabilizing Iraq, and even giving a new direction to negotiations over Iran’s nuclear program.“⁵³³

Washington müsse sich, so Takeyh, von seiner Politik der „hostilities“ Teheran gegenüber entfernen, es müsse anerkennen, „that Iran will wield enormous influence over the future of Iraq“, um dann vom Iran einen Verzicht auf die Option einer atomaren Aufrüstung verlangen zu können.⁵³⁴

⁵³² Reissner: Iran: Selbstverständnis und Verhaltensmuster, S. 38 f.

⁵³³ Takeyh: Guardians of the Revolution, S. 262 ff.

⁵³⁴ Takeyh, Ray: Hidden Iran. Paradox and Power in the Islamic Republic, New York 2006, S. 223 f.

Für einen neuen Ansatz in der US-amerikanischen Iran-Politik sei aber auch eine grundlegende Neuorientierung in den amerikanischen Wahrnehmungen die innenpolitischen Verhältnisse im Iran betreffend nötig. So habe es die Bush-Administration unter Wahrung ihres eindimensionalen Iran-Bildes nicht verstanden, die Chancen für eine Lösung des Atomkonfliktes, die sich ihr zur Zeit der Reformpräsidentschaft Khatamis geboten hätten, zu nutzen. Takeyh macht so grundlegende Unterschiede zwischen der Position der Reformer und der konservativen Falken im Iran in Atomfragen aus. So habe Khatami in den Kategorien allein der Abschreckung gedacht, während die Konservativen durchaus Vormachtgedanken hegen. Khatamis Reformer wären verhandlungsbereit gewesen, während die damalige Bush-Politik diese Unterschiede nicht erkennen wollte und den Iran nur als ein monolithisches politisches Gebilde ohne Interessenausdifferenzierung betrachtete. Letztlich haben sich so die Gegner eines Dialogs im Iran und in den USA gegenseitig aufgeschaukelt.⁵³⁵

Das würde nun bedeuten, dass sich, wenn ab dem Juni 2013 wieder ein reformorientierter Politiker Präsident des Iran wäre, eine historische Chance für einen neuen Dialog in der Atomdebatte ergeben könnte. Doch letztlich hängt auch hier wieder alles davon ab, wie die Revolutionsführung und der Wächterratt die Gesamtsituation einschätzen, ob Wahlen wie im Jahr 1997 möglich sind, in denen es der reformorientierten Opposition gelang, in offenen Wahlen das Präsidentenamt zu gewinnen oder ob, wie 2009, simple Wahlmanipulation stattfindet. Reformkandidaten haben sich für einen Dialog mit Washington und sogar für eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und den USA ausgesprochen.

Das politische System des Iran „ist nicht demokratisch“. Aber es ist kein in sich geschlossenes, wie etwa die politischen Systeme der Staaten im kommunistischen Machtblock vor 1989: „Es handelt sich vielmehr um ein in mehrfacher Hinsicht hybrides System: Es kombiniert republikanische und theokratische, demokratische und autoritäre oder despotische ... Elemente.“⁵³⁶

Mächtigster Mann im Staat ist – scheint – der Revolutionsführer, der „rah-bar-e engelāb“. Er regiert aber selbst nicht, sondern übt Kontrolle aus über das politische System. Er ernennt den höchsten Justizvertreter, sechs Mitglieder des zwölfköpfigen Wächterrats und die Spitzen der Medien. Er ist oberster Kommandeur der Streitkräfte.

Die Revolutionsführung übt ihre Kontrolle über das vom Volk gewählte Parlament in erster Linie über den Wächterratt aus, der Kandidaten von der Wahl ausschließen oder Gesetze des Parlaments suspendieren kann,

⁵³⁵ Ebd., S. 247 f.

⁵³⁶ Perthes: Iran, S. 33, 38.

wenn diese aus seiner Sicht den Normen und Werten des Islam widersprechen.

Der Expertenrat aus Rechts- und Religionsgelehrten, der vom Volk gewählt wird, wählt den Revolutionsführer – und kann ihn auch absetzen.⁵³⁷ Hinzu kommt noch der Schlichtungsrat, der zwischen dem Parlament und dem Wächterrat bei Dissens vermitteln soll.

Das alles ergibt schon vom Ansatz her ein politisches System, in dem „jedes einzelne Machtzentrum zu einem gewissen Grade ein Vetorecht hat oder Entscheidungen blockieren kann“.⁵³⁸

Die Wahlen zum Parlament sind von ihrer rechtlichen Grundlage her frei – bis auf die Tatsache, dass der Wächterrat die Auswahl an Kandidaten, zwischen denen der Wähler die Wahl hat, einschränken kann. Und bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2009 lag bei der Stimmenausschüttung nach Meinung vieler Beobachter vor Ort Manipulation vor.⁵³⁹ Doch trotzdem sind Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Iran immer vom Volk ernst genommene Volksabstimmungen: „Im Unterschied zu stärker kontrollierten Systemen sind Wahlergebnisse auch nicht immer vorhersagbar. Die iranischen Wählerinnen und Wähler haben Wahlen immer wieder genutzt, um ihre Unzufriedenheit mit den Mächtigen auszudrücken.“⁵⁴⁰

Damit kommt auch den Präsidentschaftswahlen im Juni 2013 in gewisser Weise der Charakter eines Volksentscheids über Atomverhandlungen zu – wenngleich auch für den Wähler selbst im Iran traditionell wie in anderen Ländern auch soziale und ökonomische Probleme das Wahlverhalten bestimmen,⁵⁴¹ was westliche Medien nur ungenügend zur Kenntnis nehmen. Gerade die Kandidaten, die im Präsidentschaftswahlkampf 2013 dem Lager der *usul-garayyan* zuzuordnen waren, stellten soziale und wirtschaftliche Themen in den Vordergrund ihrer Kampagnen. Das Thema der bilateralen iranisch-amerikanischen Beziehungen, das Reformkandidaten so sehr beschäftigte, mieden sie in auffälliger Weise.⁵⁴² Damit folgten sie jenem Erfolgsrezept, das schon Ahmadinedschad mit seiner sozialen Agenda 2005 viel Wählerzulauf gebracht hatte. Dass sich dabei konservative Politiker angesichts des offensichtlichen Scheiterns des Sozialpolitikers Ahmadinedschad vom jetzt scheidenden Präsidenten deutlich distanzieren, passte in das Bild der langsamen Demontage des

⁵³⁷ Zum politischen System des Iran siehe auch bei Buchta: *Who Rules Iran?*

⁵³⁸ Perthes: *Iran*, S. 37.

⁵³⁹ Siehe dazu Münch-Heubner, Peter L.: *Die Unruhen im Iran. Spur der Geschichte*, in: *Neue Westfälische*, 19.6.2009.

⁵⁴⁰ Perthes: *Iran*, S. 38.

⁵⁴¹ *Ebd.*, S. 39.

⁵⁴² So sagte z. B. Kamran Baqeri Lankarani, erster Gesundheitsminister unter Mahmud Ahmadinedschad: „I will improve lives of lower income people if elected president“, in: *Tehran Times*, 28.4.2013. Der „prinzipientreue“ Kandidat Alireza Zakani versprach Anstrengungen gegen die steigenden Lebenshaltungskosten, siehe: *Zakani vows to fight inflation, corruption if he wins presidency*, in: *Tehran Times*, 29.4.2013.

einst von Revolutionsführer Khamenei so bevorzugten Politikers am Ende seiner Amtszeit hinein – und stellt damit natürlich einen opportunen Versuch dar, die Schuld an sozioökonomischen Fehlentwicklungen vom Lager der „Prinzpientreuen“ wegzuschieben.

Doch wie zu sehen war, spielte im Wahlkampf bis zur Intervention des Wächterrats zumindest in den Medien des Landes der Atomkonflikt mit den USA eine große Rolle und damit auch die Frage der Positionierung der Kandidaten zum Verhältnis des Iran zu den USA. Geschickt haben es einige Reformer auch verstanden, die sozialen Probleme im Sinne ihrer programmatischen Ausrichtung mit der Atompolitik Ahmadinedschads in Verbindung zu bringen, indem sie zumindest teilweise die Sanktionen für soziale Schief lagen mit verantwortlich gemacht haben. Das Wahlergebnis ist so in dieser Weise für den Fortgang des Atomkonflikts von Bedeutung. Die Haltung des Wählers, auch gemessen an der Wahlbeteiligung, kann zudem von einiger Aussagekraft über die Stimmung in der Bevölkerung sein. Es sei daran erinnert, dass der übermäßige Ausschluss von Kandidaten bei vergangenen Wahlen auch zu niedrigen Wahlbeteiligungen geführt hat.

Die Wahlen und die Ereignisse um sie herum zeigen, welchen Handlungsspielraum künftige Verhandlungen über das Atomprogramm sich eröffnen oder auch verschließen werden. Ihre eingehende Analyse wird Grundvoraussetzung für Verhandlungsvorbereitungen sein.

Doch wenn ein Reformkandidat die Nachfolge von Präsident Ahmadinedschad antritt, so bleibt die Beantwortung der Frage nach den sich damit ergebenden neuen Optionen und Möglichkeiten für eine Verhandlungslösung in der Atomfrage mit Unsicherheiten verbunden, die mit unbeantworteten und umstrittenen Fragen der jüngsten Vergangenheit zu tun haben. Reformpolitiker waren schon einmal Verhandlungsführer bei Atomverhandlungen – und diese Verhandlungen waren ebenfalls nicht unproblematisch, wie die Jahre von 2003 bis 2005 gezeigt haben.⁵⁴³

Das liegt darin begründet, dass auch die Wahrnehmungen, Empfindungen und damit politischen Grundüberzeugungen von Reformpolitikern von jenen historischen Erfahrungen geprägt sind, die in dieser Studie untersucht wurden. Das Beispiel von Hassan Rohani hat dies deutlich gezeigt. Wie in den vorangegangenen Kapiteln zu sehen war, hat gerade dieser Reformpolitiker die zentralen Ängste und Befürchtungen auch iranischer Reformpolitik, die die iranische Perzeption und das iranische Weltbild generell prägen, zum Ausdruck gebracht, als er davon sprach, dass Verhandlungen unter Druck nur „surrender“, Aufgabe und Kapitulation bedeuten würden und dass am Beginn jeglicher neuer Verhandlungen ein Verzicht der USA auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran stehen

⁵⁴³ Siehe dazu u. a. Perthes: Iran, S. 89 ff.

müsse sowie eben auch ein Verzicht auf jeden Versuch, die Regierung in Teheran zu stürzen. Und: Im Verlauf jeglicher Verhandlung müsse eines gewahrt bleiben: die „Würde“ des Iran. Hassan Rohani ist dem Westen kein Unbekannter: Bis zur Wahl von Ahmadinedschad war er Chefunterhändler des Iran bei den Atomverhandlungen. Es zeigt sich auch hier: Die in dieser Arbeit aufgezeigten Faktoren, die die iranische Haltung geprägt haben, werden auch nach einem Wahlsieg eines Reformkandidaten zu berücksichtigen sein.

Wie könnten trotzdem die Reformer bereit sein, dem Westen und den USA entgegenzukommen? Auch die Beantwortung dieser Frage bleibt mit in der jüngsten Vergangenheit verpassten Gelegenheiten, iranische Reformpolitik zu prüfen, verbunden. Denn schon einmal hat ein Reformpräsident, Khatami, den USA und dem Westen ein Gesprächsangebot unterbreitet und Verhandlungsbereitschaft in allen Fragen angedeutet. Dieses Angebot und seine Wertigkeit sind bis heute umstritten, die USA sind auf die Offerte aus Teheran nicht eingegangen. Für viele wissenschaftliche Beobachter wie Ray Takeyh und auch Regimekritiker wie Bahman Nirumand war dies eine verpasste Chance zum Kompromiss, auch Volker Perthes geht davon aus, dass das Angebot von 2003 „eine Gelegenheit hätte bieten können, um Khatami und seine Absichten zu testen“. Immerhin wird später auch der amerikanische Geheimdienst davon ausgehen, dass 2003 die damalige Teheraner Führung bereit war, im Atomstreit nachzugeben.⁵⁴⁴ Wird dies auch ein Reformpräsident nach dem Juni 2013 tun?

Doch: Auch „liberal denkende Iraner“ sind heute der Überzeugung, „dass eine Nuklearwaffenfähigkeit ein durchaus ‚legitimes Ziel‘ der iranischen Politik sei – oder sein solle“.⁵⁴⁵ Wie sieht im Gegensatz dazu konservative Regierungspolitik in der Zukunft aus?

Dass das Regime, wie schon angedeutet, unter Umständen und vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung und mit dem Ziel der Sicherung des Überlebens der politischen Ordnung der Islamischen Republik – ganz unter dem altbekannten Motto „Die Dinge müssen sich ändern, um die gleichen bleiben zu können“ – mehr Flexibilität zeigt als früher und damit auch größere politische Gestaltungsräume zulässt, solange eben der grundlegende Charakter des hier behaupteten „islamischen“ Systems gewährt bleibt, ist im Bereich des Wahrscheinlichen. Somit könnte auch die Atomfrage als Verhandlungssache zur Disposition stehen. Zumindest der Revolutionsführer könnte hier auch ohne Gesichterverlust einen Schritt zurück machen – denn er müsste ihn ja auch gar nicht

⁵⁴⁴ Ebd., S. 101, 112.

⁵⁴⁵ Ebd., S. 114.

persönlich machen und deklamatorisch hat er sogar in einer fatwa die Atomwaffe als solche verdammt.⁵⁴⁶

Und ein Verzicht auf jeden von außen gelenkten „regime change“ erscheint vor diesen Hintergründen ebenso „unverzichtbar“ – und als westliche Konzession auch vertretbar. Denn letztlich ist auch eine langsame und evolutionäre Weiterentwicklung des politischen Systems aus sich selbst heraus angesichts der gesellschaftlichen Transformationsprozesse und auch der geschilderten Wandlungen in der iranischen politischen Ideen- und Geisteswelt nicht unmöglich.

Zudem stellt sich auch noch eine andere entscheidende Frage: Was bzw. wer kommt nach Khamenei? Die Revolutionsführung befindet sich seit 24 Jahren in seinen Händen und über einen Nachfolger kann man momentan nur spekulieren. Da der Expertenrat den Revolutionsführer wählt und diese Wahl dann irgendwann nicht mehr unter jenen in sich geschlossenen und deklamatorischen Prozessformen wie noch nach dem Tode Khomeinis stattfinden wird, wäre den Entwicklungen im Expertenrat – der ja vom Volk gewählt wird – in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Verhandlungslösungen sind möglich, auch weil sich im Gegensatz zu Verhandlungsrunden mit Reform-Unterhändlern etwa von 2003 bis 2005 eines im z. B. wissenschaftlichen und beratenden Umfeld verändert hat: Im Gegensatz zu den Jahren 2003 bis 2005, in denen technische, auf Verfahrensfragen und eng auf Themen eben der Nukleartechnologie begrenzte Verhandlungspunkte im Vordergrund der Runden standen, wird heute – zumindest in eben den wissenschaftlichen Umfeldern – die psychologische Ebene berührt. Mit der Länge der Atomdebatte hat so, wie gesehen, unter den wissenschaftlichen Beobachtern in den USA die Bereitschaft zugenommen, sich mit den Motivationsgrundlagen iranischer Sicherheits- und Militärpolitik auseinanderzusetzen. Und man hat vor dem Hintergrund dieser Analyse von Motiven, Ursachen und Beweggründen auch begonnen, legitime Sicherheitsinteressen der anderen Seite zu erkennen und anzuerkennen. Robert E. Hunters Studie deutet dies mit ihrem Titel „Rethinking Iran“ schon an. Nun müssten solche Erkenntnisse auf der Ebene der politischen Entscheidungsfindung ihren Widerhall finden.

Und aus dem Iran kommen deutlicher als früher jene Signale, die eben diese Motive iranischen politischen Handelns und die damit verbundenen Anliegen und Objektiven zumindest nach außen hin kommunizieren wollen. Wer diese kennenlernen will, der kann dies nun auch in englischer Sprache tun. Im Gegensatz zu früher, als man den Westen als einen un-nachgiebigen Gegner und Feind ansah, der den Iraner und seine Politik

⁵⁴⁶ Zu dieser fatwa siehe auch Mousavian, Seyed Hossein: Globalising Iran's Fatwa Against Nuclear Weapons, in: *Survival* 2/2013, S. 147 ff.

gar nicht verstehen will, handelt es sich hier um erste vorsichtige Versuche eines bei westlichen Beobachtern Verstanden-sein-Wollens. Im Westen, in den USA, gibt es wie bei Hunter konkrete Anzeichen des Verstehen-Wollens. Bleibt letztlich nur, dass solche Ansätze in der ausgeführten Politik ihre konkrete Umsetzung finden. Ein erster Brückenkopf ist also angelegt, ein Brückenschlag ist nicht mehr unmöglich.

Und als letzter Punkt: Im Bereich des internationalen Umfeldes der iranischen Atomdebatte könnte die Volksrepublik China zu einem Faktor werden, der für eine Verhandlungslösung eine wichtige Rolle übernehmen könnte. China könnte auch und nicht letztlich vor dem Hintergrund der gemeinsamen historischen Erfahrungen – auch wenn die Geschichte(-n) zweier Nationen nie wirklich parallel verlaufen und damit auch Teile dieser gemeinsamen chinesisch-iranischen Geschichte nur perzipierte Parallel-Geschichte sind – jene auswärtige Macht sein, die noch am ehesten Teheran zu Konzessionen überreden könnte. China steht nicht im Verdacht, im Interesse des Westens zu agieren und in der Wahrnehmung des Iran ist die Volksrepublik keine frühere Kolonialmacht, die Hegemon sein wollte oder eine Vormachtstellung dem Iran gegenüber hätte einnehmen wollen. Die Frage aber ist die, ob das so bleibt. Wie gesehen, hat die chinesische Präsenz im Iran anscheinend auch schon zu ersten Gegenreaktionen geführt.

Russland ist auch ein wichtiger Partner des Iran, es war aber immer bedrohlicher Hegemon und die Geschichte zwischen beiden Ländern wirft bis heute – wie zu sehen war – ihren langen Schatten auf die Gegenwart dieser bilateralen Beziehungen. Das iranische Misstrauen Russland gegenüber scheint kaum überwindbar.

Doch welches Interesse hätte Peking daran, Teheran zu mehr Kompromissbereitschaft aufzufordern?

China verbinden ökonomische Interessen mit dem Iran. An erster Stelle ist der Iran heute ein bedeutender Erdöl-Lieferant für Peking. Und für China ist der Iran ein nicht unwichtiger Absatzmarkt für Billigprodukte und ein gewichtiger Investitionsstandort – wenn man nur auf die Erschließung neuer Fördergebiete und auf Infrastrukturprojekte blickt, die heute von chinesischer Seite betrieben, finanziert und durchgeführt werden. Aufgrund dieser Sachverhalte könnte die Volksrepublik China zunächst eigentlich kein Interesse daran haben, dass das Sanktionsregime gegen den Iran gelockert wird, denn eben diese Sanktionen garantieren China einen beinahe konkurrenzlosen Zugang zum iranischen Markt.

Auf der anderen Seite aber muss China – und dies ist auch schon angedeutet werden – aufgrund seiner Abhängigkeit von Ölimporten aus der Region des Persischen Golfs ein reges Interesse an einem störungsfreien Transport von Erdöl durch den Persischen Golf haben. Kann man dem Iran auch weiter unterstellen, nach Atomwaffen zu streben, und entschließt sich Israel zu einem Militärschlag gegen dieses Atomprogramm, wären

die Folgen einer solchen Aktion unabsehbar. Auch wären immense chinesische Investitionen dann gefährdet. Die Wahrung wirtschaftlicher Interessen aber braucht letztlich immer politische Ruhe und Stabilität. Ruhe am Golf sowie stabile und berechenbare Verhältnisse dort sind also auch im chinesischen ökonomischen Interesse. Chinas Rolle bei der Suche nach einer Verhandlungslösung in der Atomdebatte darf nicht mehr zu gering eingeschätzt werden.

In der Gesamtheit und nach Betrachtung aller Faktoren und Optionen ist der Verhandlungsweg in der iranischen Atomfrage noch nicht verschlossen. Der Weg scheint gangbar, ob er aber tatsächlich beschritten werden wird, bleibt noch offen, da viele Unsicherheiten das politische Umfeld des Problemkreises mit beeinflussen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- 1. Dokumente**
- 2. Monographien, Sammelwerke und Beiträge in Sammelbänden**
- 3. Beiträge in Zeitschriften und zeitschriftenähnlichen Organen**
- 4. Beiträge in Zeitungen**
- 5. Internetquellen**

1. Dokumente

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2003/40, 6.6.2003.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2003/63, 26.8.2003.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2003/75, 10.11.2003.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2004/11, 24.2.2004.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2004/34, 1.6.2004.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2004/60, 1.9.2004.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2004/83, 15.11.2004.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2005/67, 2.9.2005.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2005/87, 18.11.2005.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2006/15, 27.2.2006.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2006/27, 28.4.2006.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2006/38, 8.6.2006.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2006/53, 31.8.2006.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2006/64, 14.11.2006.

IAEA: Cooperation between the Islamic Republic of Iran and the Agency in the light of United Nations Security Council Resolution 1737 (2006). GOV/2007/7, 9.2.2007.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolution 1737 (2006) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2007/8, 22.2.2007.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2007/22, 23.5.2007.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006) and 1747 (2007) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2007/48/Corr.1, 7.9.2007.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006) and 1747 (2007) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2007/58, 15.11.2007.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006) and 1747 (2007) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2008/4, 22.2.2008.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007) and 1803 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2008/15, 26.5.2008.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007) and 1803 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2008/38, 15.9.2008.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) and 1835 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2008/59, 19.11.2008.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007), 1803

(2008) and 1835 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2009/8, 19.2.2009.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) and 1835 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2009/35, 5.6.2009.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) and 1835 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2009/55, 28.8.2009.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) and 1835 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2009/74, 16.11.2009.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) and 1835 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2010/10, 18.2.2010.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) and 1835 (2008) in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2010/28, 31.5.2010.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2010/46, 6.11.2010.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2010/62, 23.11.2010.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2011/7, 25.2.2011.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2011/29, 24.5.2011.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2011/54, 2.9.2011.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2011/65, 8.11.2011.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2012/9, 24.2.2012.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2012/23, 25.5.2012.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2012/37, 30.8.2012.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2012/55, 16.11.2012.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2013/6, 21.2.2013.

IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2013/27, 22.5.2013.

United Nations Security Council: Resolution 1696, 31.7.2006.

United Nations Security Council: Resolution 1737, 27.12.2006.

United Nations Security Council: Resolution 1747, 24.3.2007.

United Nations Security Council: Resolution 1803, 3.3.2008.

United Nations Security Council: Resolution 1835, 27.9.2008.

United Nations Security Council: Resolution 1887, 24.9.2009.

United Nations Security Council: Resolution 1984, 9.6.2011.

United Nations Security Council: Resolution 1929, 9.6.2010.

United Nations Security Council: Resolution 2049, 7.6.2012.

2. Monographien, Sammelwerke und Beiträge in Sammelbänden

Achcar, Gilbert: Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen, Hamburg 2012.

Adomeit, Hannes: Russland und Iran. Welche Ziele und Interessen verfolgte Russland? Wie verlässlich ist Moskau, wenn es darum geht, Teherans Aufstieg zur Atommacht zu verhindern?, Internationales Institut für Liberale Politik, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe, Wien November 2009.

- Al-Rasheed, Madawi: *Contesting the Saudi State. Islamic voices from a new generation*, Cambridge u. a. 2007.
- Amir-Aslani, Ardavan: *Iran. Le retour de la Perse*, Paris 2009.
- Amirpur, Katajun / Witzke, Reinhard: *Schauplatz Iran. Ein Report*, Freiburg im Breisgau 2004.
- Ayubi, Nazih: *Politischer Islam. Religion und Politik in der arabischen Welt*, Freiburg u. a. 2002.
- Bergman, Ronen: *Netanyahu's Iranian Dilemma*, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): *Iran and the Bomb*, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 170-174.
- Bill, James A.: *The Eagle and the Lion: The Tragedy of American-Iranian Relations*, New Haven 1988.
- Blackwill, Robert D.: *A U.S. Attack on Iran*, in: Ders. (Hrsg.): *Iran: The Nuclear Challenge*, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 34-42.
- Blum, Marc-Michael: *Rethinking the Bomb: Europe and Nuclear Weapons in the Twenty-First Century*, Centre for European Studies, Brüssel 2013.
- Bock, Andreas: *(Un-)Sicherheitsfaktor Atombombe. Eine Analyse der Krise um das iranische Nuklearprogramm*, Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin April 2012.
- Buchta, Wilfried: *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington D.C. 2000.
- Buchta, Wilfried: *Irans Reformdebatte um Theokratie versus Demokratie*, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): *Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog*, Wiesbaden 2005, S. 220-235.
- Bundy, McGeorge: *Danger and Survival. Choices About the Bomb in the First Fifty Years*, New York 1988.
- Burman, Edward: *China and Iran. Parallel History, Future Threat?*, The Mill, Brimscombe Port Strout, Gloucestershire 2009.
- Carnasale, Albert / Doty, Paul / Hoffmann, Stanley / Huntington, Samuel P. / Nye, Joseph S. / Sagan, Scott D.: *Living With Nuclear Weapons*, New York 1983.
- Cordesman, Anthony H. / Kleiber, Martin: *Iran's Military Forces and Warfighting Capabilities. The Threat in the Northern Gulf*. Published in cooperation with the Center for Strategic and International Studies, Washington D.C., Westport, Conn. 2007.
- Cordesman, Anthony H. / Wilner, Alexander / Gibbs, Michael / Modell, Scott: *Iran and the Gulf Military Balance, I: The Conventional and Asymmetric Dimensions*, Sixth Working Draft, revised, November 1, 2012, Center for Strategic & International Studies, Washington D.C. 2012.

Cordesman, Anthony H. / Gibbs, Michael / Gold, Bryan / Wilner, Alexander: Iran and the Gulf Military Balance, II: The Missile and Nuclear Dimensions, Working Draft, Major Revision 7, November 4, 2012, Center for Strategic & International Studies, Washington D.C. 2012.

Dabashi, Hamid: The Green Movement in Iran, New Brunswick, N.J. u. a. 2011.

Danin, Robert M.: Iran with the Bomb, in: Blackwill, Robert D. (Hrsg.): Iran: The Nuclear Challenge, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 51-59.

Delpech, Therese: Iran and the Bomb: The Abdication of International Responsibility, Columbia University Press 2006.

Dorraj, Manochehr / Currier, Carrie L.: Lubricated with Oil: Iran-China Relations in a Changing World, Middle East Policy, 2008.

Eiran, Ehud: What Happens After Israel Attacks Iran, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 180-186.

ElBaradei, Mohamed: The Age of Deception. Nuclear Diplomacy in Treacherous Times, New York 2011.

Falkenrath, Richard A.: Prospects for a Negotiated Outcome, in: Blackwill, Robert D. (Hrsg.): Iran: The Nuclear Challenge, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 21-27.

Foran, John: Fragile Resistance. Social Transformation in Iran from 1500 to the Revolution, Boulder u. a. 1993.

Garver, John W.: China and Iran. Ancient Partners in a Post-Imperial World, University of Washington Press, Seattle 2006.

Haass, Richard N.: Regime Change and Its Limits, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 55-68.

Halm, Heinz: Die Schi'a, Darmstadt 1998.

Hirschfeld, Ya'ir: Deutschland und der Iran im Spielfeld der Mächte. Internationale Beziehungen unter Reza Shah, 1921-1941, Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv 1980.

Hymans, Jacques E.C.: Achieving Nuclear Ambitions. Scientists, Politicians, and Proliferation, Cambridge 2012.

Jafarzadeh, Alireza: The Iran Threat. President Ahmadinejad and the Coming Nuclear Crisis, New York 2007.

Kahl, Colin H.: Not Time to Attack Iran, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 109-119.

Kahl, Colin H. / Dalton, Melissa G. / Irvine, Matthew: Risk and Rivalry. Iran, Israel and the Bomb, Center for a New American Security, Washington D.C. Juni 2012.

Kaiser, Karl: Kernwaffen als Faktor internationaler Politik, in: Kaiser, Karl / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Weltpolitik. Strukturen, Akteure, Perspektiven, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, S. 102-118.

Kazemzadeh, Firuz: Russia and Britain in Persia. 1864-1914. A Study in Imperialism, Yale University Press, New Haven, London 1968.

Keddie, Nikki R.: Iran und Afghanistan, in: Der Islam. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel, Weltbild Weltgeschichte, Lizenzausgabe der Fischer Weltgeschichte, Augsburg 1998.

Keddie, Nikki R.: Modern Iran. Roots and Results of Revolution, Updated Edition, Yale University Press, New Haven, London 2006.

Kindermann, Gottfried-Karl: Zur Methodik der Internationalen Konstellationsanalyse, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München, 3. Aufl., 1986, S. 106-144.

Kneissl, Karin: Der Iran und Venezuela – natürliche Verbündete oder temporäre Partner?, in: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 88, München 2007, S. 241-252.

Koschut, Simon: Engagement ohne Illusionen? Die Iran-Politik der USA unter Barack H. Obama, DGAP Analyse, Berlin Oktober 2011.

Kreft, Heinrich: Die Energiesicherheit Chinas – eine globale Herausforderung, in: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Energieversorgung als Sicherheitspolitische Herausforderung, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 88, München 2007, S. 199-213.

Kroenig, Matthew: Assessing Israel's Military Option, in: Blackwill, Robert D. (Hrsg.): Iran: The Nuclear Challenge, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 28-33.

Kroenig, Matthew: Time to Attack Iran, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 98-108.

Ledee, Michael: Tehran Takedown, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 149-156.

Lindsay, James M. / Takeyh, Ray: After Iran Gets the Bomb. Containment and Its Complications, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb. Solving the Persian Puzzle, New York 2012, S. 126-144.

Litvak, Meir: From empathy to denial. Arab responses to the Holocaust, New York 2009.

Lüders, Michael: Iran: Der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt, München 2012.

Luttwak, Edward: Strategie. Die Logik von Krieg und Frieden, Lüneburg 2003.

Maloney, Suzanne: Iran's Long Reach. Iran as a pivotal state in the Muslim World, Washington D.C. 2008.

Meier-Walser, Reinhard (Hrsg.): Eine Welt ohne Atomwaffen? „Global Zero“ – Realisierungschancen einer Vision, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 92, München 2010.

Meier-Walser, Reinhard: Methodik der neorealistischen Konstellationsanalyse, in: Masala, Carlo / Sauer, Frank / Wilhelm, Andreas (Hrsg.): Handbuch der Internationalen Politik, Wiesbaden 2010, S. 227-235.

Milani, Mohsen M.: Tehran's Take. Understanding Iran's U.S. Policy, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb. Solving the Persian Puzzle, New York 2012, S. 35-53.

Morgenthau, Hans J.: Der Friede im nuklearen Zeitalter, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München, 3. Aufl., 1986, S. 232-248.

Mousavian, Hossein: How to Engage Iran. What Went Wrong Last Time – and How to Fix It, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb. Solving the Persian Puzzle, New York 2012, S. 163-169.

Münch-Heubner, Peter L.: Zwischen Konflikt und Koexistenz. Christentum und Islam im Libanon, Aktuelle Analysen der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 28, München 2002.

Münch-Heubner, Peter L.: Islamismus oder Fundamentalismus? Ein Beitrag zu einem akademischen Glaubenskrieg, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, Wiesbaden 2005, S. 36-48.

Münch-Heubner, Peter L.: Saudi-Arabien – ein zuverlässiger Energieträger- bzw. Öllieferant?, in: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 88, München 2007, S. 163-198.

Münch-Heubner, Peter L.: Der Iran: Religion, Systemstabilität und Atompolitik – Theologie der Politik oder Politik der Theologie?, in: Meier-Walser, Reinhard / Wolf, Alexander (Hrsg.): Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 93, München 2011, S. 97-111.

Münch-Heubner, Peter L.: Der Islamische Staat. Grundzüge einer Staatsidee, Aktuelle Analysen der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 60, München 2012.

Nader, Alireza: Influencing Iran's Decisions on the Nuclear Program, in: Solingen, Etel (Hrsg.): Sanctions, Statecraft, and Nuclear Proliferation, Cambridge u. a. 2012, S. 211-231.

Nerlich, Uwe / Rendtorff, Trutz: Die Zukunft der nuklearen Abschreckung. Einige Folgerungen für Theorie und Praxis, in: Dies. (Hrsg.): Nukleare Abschreckung – Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität, Baden-Baden 1989, S. 851-864.

Neuneck, Götz: Der Atomstreit mit dem Iran: Einzelfall oder Ende des Nichtverbreitungsvertrages?, in: Beestermöller, Gerhard / Justenhofen, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Der Streit um die iranische Atompolitik. Völkerrechtliche, politische und friedensethische Reflexionen, Stuttgart 2006, S. 13-38.

Niedermeier, Alexander: Iran: Zwischen den Fronten der Weltpolitik. Der Kampf der Großmächte um die globale Vormacht an der Schnittstelle von Nahem Osten und Zentralasien. 1801 bis heute, Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Reihe Sozialwissenschaften, Bd. 15, Marburg 2009.

Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006.

O'Sullivan, Meghan L.: The Role and Potential of Sanctions, in: Blackwill, Robert D. (Hrsg.): Iran: The Nuclear Challenge, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 13-20.

Ourghi, Mariella: Schiitischer Messianismus und Mahdi-Glaube in der Neuzeit, Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt, Bd. 26, Würzburg 2008.

Paolucci, Henry: Iran, Israel and the United States. An American foreign policy background study, New York 1991, S. 211.

Patrikarakos, David: Nuclear Iran. The Birth of an Atomic State, London 2012.

Perrow, Charles: Normal Accidents: Living with High-Risk Technologies, New York 1984.

Perthes, Volker: Iran. Eine politische Herausforderung. Die prekäre Balance von Vertrauen und Sicherheit, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 754, Bonn 2008.

Ramazani, Rouhollah, K.: The United States and Iran. The patterns of influence, New York 1982.

Reissner, Johannes: Irans Außenpolitik. Islamisch oder Iranisch?, in: Rill, Bernd (Hrsg.): Aktuelle Profile der Islamischen Welt, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 76, München 1998, S. 281-298.

Rieck, Andreas: Afghanistan und Pakistan – Sieg über islamischen Extremismus?, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, Wiesbaden 2005, S. 236-248.

Rill, Bernd (Hrsg.): Aktuelle Profile der islamischen Welt, Berichte & Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 76, München 1998.

Roberts, Mark J.: Khomeini's Incorporation of the Iranian Military, McNair Paper 48, Institute for National Strategic Studies, National Defense University, Washington D.C. January 1996.

Rosiny, Stephan: Islamismus bei den Schiiten im Libanon. Religion im Übergang von Tradition zur Moderne, Studien zum Modernen Islamischen Orient, Bd. 8, Berlin 1996, zugl. Diss. Frankfurt a. M. 1996.

Rudolf, Peter: Die USA, Israel und die Legitimität eines Präventivangriffs gegen Iran. Strategische, völkerrechtliche und ethische Aspekte, SWP-Studie S14, Berlin 2012.

Rühle, Michael: Gute und schlechte Atombomben. Berlin muss die nukleare Realität mitgestalten, Edition Körber Stiftung, Hamburg 2009.

Sadka, Nancy Leila: German Relations with Persia, 1921-1941, Diss., Stanford University 1972.

Sagan, Scott D.: More Will Be Worse, in: Waltz, Kenneth N. / Sagan, Scott D.: The Spread of Nuclear Weapons: A Debate, New York 1995, S. 47-91

Sagan, Scott D.: Sagan Responds to Waltz, in: Waltz, Kenneth N. / Sagan, Scott D.: The Spread of Nuclear Weapons: A Debate, New York 1995, S. 115-136.

Sagan, Scott D.: How to Keep the Bomb From Iran, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 69-85.

Savory, John: Iran under the Safavids, Cambridge 1980.

Seidel, Roman: Abdolkarim Soroush, Iran: Viele Wege zur Wahrheit, in: Amirpur, Katajun / Ammann, Ludwig (Hrsg.): Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion, Freiburg im Breisgau 2006, S. 82-90.

Semnani, Khosrow B: The Ayatollah's Nuclear Gamble. The Human Cost of Military Strikes Against Iran's Nuclear Facilities, The Hinckley Institute of Politics at the University of Utah, Salt Lake City September 2012.

Sick, Gary: Iran's Quest for Superpower Status, in: Rose, Gideon / Tepperman, Jonathan (Hrsg.): Iran and the Bomb, Foreign Affairs Publication, New York 2012, S. 2-22.

Takeyh, Ray: Hidden Iran. Paradox and Power in the Islamic Republic, New York 2006.

Takeyh, Ray: *Guardians of the Revolution. Iran and the World in the Age of the Ayatollahs*, Oxford University Press, New York 2009.

Takeyh, Ray: *What Do We Know?*, in: Blackwill, Robert D. (Hrsg.): *Iran: The Nuclear Challenge*, Council on Foreign Relations, New York 2012, S. 1-12.

The Cambridge History of China, Cambridge 1978 ff.

The Cambridge History of Iran, Cambridge 1968 ff.

The Shiite Question in Saudi Arabia, International Crisis Group, Middle East Report N° 45, September 2005.

Waltz, Kenneth N. / Sagan, Scott D.: *The Spread of Nuclear Weapons: A Debate*, New York 1995.

Waltz, Kenneth N.: *More May Be Better*, in: Waltz, Kenneth N. / Sagan, Scott D.: *The Spread of Nuclear Weapons: A Debate*, New York 1995, S. 1-45.

Waltz, Kenneth N.: *Waltz Responds to Sagan*, in: Waltz, Kenneth N. / Sagan, Scott D.: *The Spread of Nuclear Weapons: A Debate*, New York 1995, S. 93-113.

Weighing Benefits and Cost of Military Action Against Iran. The Iran Project, New York 2012.

Zehetmair, Hans (Hrsg.): *Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog*, Wiesbaden 2005.

3. Beiträge in Zeitschriften und zeitschriftenähnlichen Organen

Barkey, Henri J.: *Turkish-Iranian Competition After the Arab Spring*, in: *Survival* 6/2012/2013, S. 139-162.

Betts, Richard K.: *The Lost Logic of Deterrence. What the Strategy That Won the Cold War Can – and Can't Do Now*, in: *Foreign Affairs* 2/2013, S. 87-99.

Bleek, Philipp C. Bleek / Stein, Aaron: *Turkey and America Face Iran*, in: *Survival* 2/2012, S. 27-37.

Bock, Andreas: *Irans Sicherheit und die Atombombe. Über Rationalität und Wahrnehmung in der Nuklearkrise*, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 1/2013, S. 77-100.

Conservatives versus Conservatives, in: *The Economist*, 27.4.2013, S. 30 f.

„Die Sanktionen wirken.“ Interview mit dem iranisch-israelischen Sicherheitsexperten Meir Javedanfar, in: *Internationale Politik* 3/2013, S. 68-73.

Dobbins, James: Coping With a Nuclearising Iran, in: *Survival* 6/2011/2012, S. 37-49.

Doyle, James E.: Why Eliminate Nuclear Weapons?, in: *Survival* 1/2013, S. 7-33.

Elleman, Michael: Containing Iran's Missile Threat, in: *Survival* 1/2012, S. 119-126.

Esfandiary, Dina / Fitzpatrick, Mark: Sanctions on Iran: Defining and Enabling „Success“, in: *Survival* 5/2011, S. 143-156.

Fitzpatrick, Mark: Iran Will Determine Obama's Legacy, in: *Survival* 6/2012/2013, S. 41-48.

Freilich, Charles D.: Striking Iran: The Debate in Israel, in: *Survival* 6/2012/2013, S. 93-106.

Hacke, Christian: Plädoyer für eine neue Iran-Politik, in: *Politische Studien* 439/2011, S. 42-47.

Hunter, Robert E.: Rethinking Iran, in: *Survival* 5/2010, S. 135-156.

Hymans, Jacques E. C.: Botching the Bomb. Why Nuclear Weapons Programs Often Fail on Their Own – and Why Iran's Might, Too, in: *Foreign Affairs* 3/2012, S. 44-53.

Jervis, Robert: Getting to Yes With Iran. The Challenges of Coercive Diplomacy, in: *Foreign Affairs* 1/2013, S. 105-115.

Kahl, Colin H.: Iran and the Bomb. Would a Nuclear Iran Make the Middle East More Secure, in: *Foreign Affairs* 5/2012, S. 157-161.

Kay, David: In the Tunnels of Natanz, in: *The National Interest* 106/2010, S. 18-26.

Keynoush, Banafsheh: Iran after Ahmadinejad, in: *Survival* 3/2012, S. 127-146.

Milani, Abbas: Ahmadinejad vs. The Ayatollah, in: *The National Interest* 114/2011, S. 42-50.

Mousavian, Hossein: Iran, the US and Weapons of Mass Destruction, in: *Survival* 5/2012, S. 183-201.

Münch-Heubner, Peter L.: Sozialpolitik in den Ländern der islamischen Welt. Das islamische Wohlfahrtsmodell als Herausforderung für das „westliche“ Sozialstaatsmodell, Teil I, in: *Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung* 9/2004, S. 264-274.

Münch-Heubner, Peter L.: Sozialpolitik in den Ländern der islamischen Welt. Das islamische Wohlfahrtsmodell als Herausforderung für das „westliche“ Sozialstaatsmodell, Teil II, in: *Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung* 10/2004, S. 289-301.

Münch-Heubner, Peter L.: Die Salafiyya – eine Bewegung zwischen Religion und Politik, in: Politische Studien 444/2012, S. 80-89.

Parasiliti, Andrew: After Sanctions, Deter and Engage Iran, in: Survival 5/2010, S. 13-20.

Perthes, Volker: Iran als außenpolitischer Akteur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49/2009, S. 3-9.

Pollack, Kenneth M.: Pariahs in Tehran, in: The National Interest 110/2010, S. 42-52.

Posch, Walter: Überraschung garantiert. Konservative, Linke, Reformer: der Iran vor den Präsidentschaftswahlen, in: Internationale Politik 3/2013, S. 60-67.

Raas, Whitney / Long, Austin: Osirak Redux? Assessing Israeli Capabilities to Destroy Iranian Nuclear Facilities, in: International Security 4/2007, S. 7-33.

Reissner, Johannes: Iran: Selbstverständnis und Verhaltensmuster, in: Welt-Trends 58/2008, S. 27-40.

Riedel, Bruce: If Israel Attacks, in: The National Interest 109/2010, S. 6-13.

Rühle, Hans: Deterrence in an Increasingly Nuclear World, in: Comparative Strategy 32/2013, S. 93-97.

Schmidt, Oliver: Finale im Atomstreit? Ein Scheitern der Gespräche hätte schwerwiegende Folgen, in: Internationale Politik 3/2012, S. 46-51.

Sebenius, James K. / Singh, Michael K.: Is a Nuclear Deal with Iran Possible? An Analytical Framework for the Iran Nuclear Negotiations, in: International Security 3/2012/2013, S. 52-91.

Takeyh, Ray: All the Ayatollah's Men, in: The National Interest 121/2012, S. 51-61.

Waltz, Kenneth N.: Why Iran Should Get the Bomb, in: Foreign Affairs 4/2012, S. 2-5.

4. Beiträge in Zeitungen

Afghans will be the biggest losers if Taliban return to power: expert, in: Tehran Times, 23.4.2013.

Ahmadian, Hassan: Will Saudi Arabia's citizens revolt, in: Tehran Times, 15.7.2012.

Ahmadinejad calls for action to end violence against Shias in Pakistan, in: Tehran Times, 12.3.2013.

Alexander, Dietrich: Das Kandidatenkarussell im Iran ist eröffnet, in: Die Welt, 8.5.2013.

Amirpur, Katajun: Umstrittenes Zitat von Ahmadinedschad. Der iranische Schlüsselsatz, in: Süddeutsche Zeitung, 15./16.3.2008.

Anschläge der Taliban. Zunehmende Gewalt gegen Schiiten in Pakistan, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.11.2012.

Avenarius, Thomas: Reformier auf dem Rückzug. Nach den Protesten vor vier Jahren will Irans geistlicher Führer dieses Mal jedes Risiko ausschließen, in: Süddeutsche Zeitung, 23.5.2013.

Ayatollah Mahdavi-Kani advises principlists to form coalition, in: Tehran Times, 16.3.2013.

Bacia, Horst: Druck erzeugt Gegendruck. Wenig Optimismus vor neuen Gesprächen über das iranische Atomprogramm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.2.2013.

Burns, R. Nicholas: Will Iran now come around?, in: International Herald Tribune, 22./23.6.2013.

Chimelli, Rudolf: Einig im Trotz. Keiner der Kandidaten steht für eine Ausöhnung mit dem Westen und für Kompromisse beim Atomprogramm, in: Süddeutsche Zeitung, 23.5.2013.

China bietet sich als Vermittler an. Vorschlag eines Treffens zwischen Netanyahu und Abbas – Peking sucht Einfluss im Nahen Osten, in: Neue Zürcher Zeitung, 8.5.2013.

Cohen, Roger: The Need for U.S.-Iran Talks, in: Internationald Herald Tribune, 13.11.2012.

Comeback der Reformier in Irans Wahlkampf, in: Neue Zürcher Zeitung, 10.6.2013.

„Das iranische Volk versteht weise Worte.“ Der konservative Präsidentschaftskandidat Haddad-Adel über die Wahl und die Frauen, in: Die Welt, 23.5.2013.

Der letzte Freund, in: Die Zeit, 25.2.2010.

Die USA verschärfen ihre Iran-Sanktionen. Die Landeswährung Rial erstmals direkt im Visier, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.6.2013.

Doering, Martina: Iranisches Atomprogramm. Ein bisschen Hoffnung, in: Frankfurter Rundschau, 14.4.2012.

Ein Strategie übernimmt, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.6.2013.

Erdbrink, Thomas: Hard-liner gains traction before Iran vote, in: International Herald Tribune, 29.5.2013.

Erdbrink, Thomas / Sanger, David E.: Iran resists as U.S. steps up economic war, in: International Herald Tribune, 8.2.2013.

From Khatami and Rafsanjani, one would run for president, politico predicts, in: Tehran Times, 1.5.2013.

Gillert, Sonja: Irans Präsident legt sich mit dem Wächterrat an, in: Die Welt, 23.5.2013.

Haass, Richard N.: Israel, Iran, and the Military Option, in: Foreign Affairs Online, 28.8.2012.

Hermann, Rainer: Alle in eine Richtung. In Iran sind vor der Präsidentenwahl die Reformer ausgeschaltet – sogar Rafsandschani wurde disqualifiziert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5.2013.

„I will improve lives of lower income people if elected president“, in: Tehran Times, 28.4.2013.

Iran Atom Talks End With No Deal and No Plans to Meet Again, in: International Herald Tribune, 8.4.2013.

Iran calls for political solution to Syria crisis, in: Ettela'at International, 28.9.2012.

Iran hopes to see practical changes in U.S. Foreign policy, in: Tehran Times, 9.1.2013.

Iran not responsible for unrest in Persian Gulf: Saudi Grand Mufti, in: Tehran Times, 26.11.2012.

Iran nuclear issue can be resolved if West shows seriousness: ex-negotiator, in: Tehran Times, 16.2.2013.

Iran Offers a Plan that Bewilders Negotiators, in: International Herald Tribune, 6./7.4.2013.

Iran plans to install new centrifuges at Natanz: report, in: Tehran Times, 2.2.2013

Iran rejects reports on Taliban Office, in: Ettela at International, 30.11.2012.

Iran transferred Fajr-5 missile technology to Gaza, in: Tehran Times, 22.11.2012.

Iran's foreign policy principles unchangeable: Official, in: Tehran Times, 19.6.2013.

Iran's leader is set to enter opposition, in: International Herald Tribune, 4.4.2013.

Iran's Nuclear Quest, in: International Herald Tribune, 29.8.2012.

Iranian clergymen protest massacres of Shias in Pakistan, in: Tehran Times, 10.3.2013.

Iranian parliament condemns massacres of Shias in Pakistan, in: Tehran Times, 11.3.2013.

Israel, Iran, and the Military Option. Interviewer: Bernard Gwertzman, Interviewee: Richard N. Haass, in: Foreign Affairs Online, 28.8.2012.

Israel will be demolished if it attacks Iran: IRGC chief, in: Tehran Times, 17.9.2012.

Keine Bewegung im Atomstreit. Viel Ungewiss nach der Verhandlungsrunde mit Iran, in: Neue Zürcher Zeitung, 9.4.2013.

Kremp, Herbert: Warum die internationale Politik von „strategischen Partnerschaften“ überschwemmt wird, in: Die Welt, 5.3.1999.

Krüger, Paul-Anton: Reden über die Bombe, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.2013.

Leader to give permission for Iran-U.S. direct talks if he deems it necessary: Rohani, in: Tehran Times, 14.3.2013.

Maloney, Suzanne: Why Rouhani Win – and Why Khamenei Let Him, in: Foreign Affairs Online, 16.6.2013.

Mohebbian, Amir: Obama's reelection and Iran's interests, in: Tehran Times, 19.11.2012.

Morsi's plan to visit Tehran jolts the West and Israel, in: Tehran Times, 21.8.2012.

Mostafa Kavakebian announces presidential candidacy, in: Tehran Times, 17.3.2013.

Moving for change in Saudi Arabia, in: Tehran Times, 5.8.2012.

Münch-Heubner, Peter L.: Die Unruhen im Iran. Spur der Geschichte, in: Neue Westfälische, 19.6.2009.

Nader, Alireza: Reading Chuck Hagel in Tehran, in: International Herald Tribune, 7.2.2013.

NAM can deal with sanctions, pressure of hegemons: Leader Khamenei, in: Tehran Times, 1.9.2012.

NAM ready to help reform UN structure: Iranian President, in: Tehran Times, 27.9.2012.

Nasr, Vali: Why Iran may be ready to deal, in: International Herald Tribune, 18.3.2013.

New Iranian government will seek constructive interaction with world, Rohani, in: Tehran Times, 18.6.2013.

Next president must believe in resistance economy, confront enemy, Leader, in: Tehran Times, 28.4.2013.

Obama has never given up on the idea of engaging Iran: Clinton, in: Tehran Times, 2.2.2013.

Pakistan agrees to free several Afghan Taliban, in: Tehran Times, 14.11.2012.

Perthes, Volker: Die Bombe entschärfen. Iran und die USA nähern sich im Atomstreit vorsichtig an. Vier Schritte könnten helfen, den Krieg zu vermeiden, in: Süddeutsche Zeitung, 7.2.2013.

Posch, Walter: Überraschung garantiert. Konservative, Linke, Reformer: der Iran vor den Präsidentschaftswahlen, in: Internationale Politik 3/2013, S. 60-67.

Power struggle in Iran. Conservatives v conservatives, in: The Economist April/May 2013, S. 30-31.

Principlists should contest election with single candidate, in: Tehran Times, 9.3.2013.

Principlists should field a single candidate if reformers contest election, in: Tehran Times, 11.4.2013.

Rafsanjani may support Khatami in presidential election, in: Tehran Times, 16.3.2013.

Reformists have reached consensus over presidential election, in: Tehran Times, 17.3.2013.

Reformists should reach a consensus ahead of presidential poll: Aref, in: Tehran Times, 10.3.2013.

Reformists will participate in presidential elections: former minister, in: Tehran Times, 2.2.2013.

Rohani has entered presidential race with Rafsanjanis support: ex-minister, in: Tehran Times, 27.4.2013.

Rohani will run in presidential election, in: Tehran Times, 14.3.2013.

Ross, Dennis B.: How America Can Slow Israel's March to War With Iran, in: International Herald Tribune, 22.8.2012.

Rühl, Lothar: Was „strategische Partnerschaft“ heißt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.9.2000.

Rühle, Hans: Wenn der Hass größer als die Angst vor der Rache ist, in: Die Welt, 6.11.2012.

Rühle, Hans: Sprachlosigkeit zwischen den Todfeinden. Entgegen der Legende haben die USA mehrfach vergeblich versucht, direkt mit dem Iran über das Atomprogramm zu verhandeln. Scheitert auch der nächste Vorstoß?, in: Die Welt, 26.2.2013.

Rühle, Hans / Rühle, Michael: Präventiver Nuklearkrieg in Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.8.2008.

Sanger, David / Broad, William J.: Iran using faster set of nuclear centrifuges, in: International Herald Tribune, 22.3.2013.

Saudi forces demolish Shia mosque, in: Tehran Times, 16.9.2012.

Shanker, Thom: In Israel, Hagel issues a caution over Iran, in: International Herald Tribune, 22.4.2013.

Shanker, Thom / Sanger, David E.: Israel loads up on U.S. weapons, but not the one it wants against Iran, in: International Herald Tribune, 23.4.2013.

Shia protesters arrested in eastern Saudi Arabia, in: Tehran Times, 27.7.2012.

Spiel auf Zeit, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.2013.

Strengthening political parties of all persuasions will promote moderation: Rafsanjani, in: Tehran Times, 18.3.2013.

Teheran fordert Gegenseitigkeit. Irans Vizeaußenminister Ali Ansghar Khaji im Gespräch, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.3.2013.

Teheran treibt sein Atomprogramm voran, in: Die Welt, 10.4.2013.

U.S. increases Iranian sanctions for 4th time in a week, in: International Herald Tribune, 6.6.2013.

U.S. is changing approach toward Iran: FM, in: Tehran Times, 6.2.2013.

U.S. offer of direct talks is not sincere: Leader, in: Tehran Times, 9.2.2012.

Vaezi, Mahmoud: Obama's foreign policy is evolving, in: Tehran Times, 20.11.2012.

War on Iran is already underway, Kourosh Zabari, in: Tehran Times, 22.8.2012.

Zakani vows to fight infatation, corruption if he wins presidency, in: Tehran Times, 29.4.2013.

5. Internetquellen

Afghanistan fordert von Pakistan Freilassung sämtlicher Taliban, Zeit Online, Ausland, 30.11.2012, <http://zeit.de/politik/ausland/2012/.../afghanistan-pakistan-taliban-freilassung>, Stand: 2.12.2012.

Amirpur, Katajun: Geschichte des iranischen Nuklearprogramms: Vom Kriegstrauma zum Abschreckungsdogma, Qantara.de, 7.10.2009, <http://de.qantara.de/Vom-Kriegstrauma-zum-Abschreckungsdogma/2725c127/...>, Stand: 3.10.2012.

Biden auf Sicherheitskonferenz: Letztes Angebot an den Iran, nt-v politik, 1.2.2013, <http://www.n-tv.de/politik/Letztes-Angebot-an-den-Iran-article10057656.html>, Stand: 1.2.2013.

China floods Iran with cheap consumer goods in exchange for oil; The Guardian, Tehran Bureau correspondent, Wednesday 20 February 2013, <http://www.guardian.co.uk/world/iran.../china-floods-iran-cheap-consumer-goods/>, Stand: 8.4.2013.

GreenCorrespondents.com, Green Experts of Iran (GEI), 18.12.2011: In a Treasonous Act, Iranian Regime Sells Out Parts of the Country to China, <http://ireport.cnn.com/docs/DOC-719390>, Stand: 3.4.2013.

Interview mit Volker Perthes, dradio, 21.8.2012, <http://www.dradio.de/dlfi/>, Stand: 1.10.2012.

Iran and China to expand trade relations, www.archive.radio.zamaneh.com/eng/iran-and-china-expand-trade-relations, Stand: 2.7.2013.

Iran denies wanting to „wipe Israel off the map“, president.ir, Brussels, 20.2.2006, Archive Iran Defence Forum, <http://www.irandefence.net>, Stand: 15.9.2012.

Iran-China Chamber of Commerce and Industries, <http://en.iran-chinachamber.ir/>, Stand: 7.4.2013.

Iran-China: China calls for trust-building steps in Iran nuclear talks, Xinhua, English.news.cn, 5.4.2013, http://news.xinhuanet.com/english/china/2013-04/05c_132286526.htm, Stand: 5.4.2013.

Islamic Republic News Agency: Ahmadinejad: Iranian, Azerbaijani scholars must have close ties, 16.10.2012, <http://irna.ir/en/Newsprint.aspx?ID=80372306>, Stand: 17.2.2013.

Politischer Schlagabtausch im Atomstreit, tagesschau.de, 3.2.2013 / 4.2.2013, <http://www.tagesschau.de/inland/sicherheitskonferenz296.html>, Stand: 4.2.2013.

Präsidentschaftswahl: Hassan Ruhani siegt im Iran in der ersten Runde, in: Tagesspiegel, 15.6.2013, <http://www.tagesspiegel.de/politik/presidentschaftswahl...iran/8356198.html>, Stand: 16.6.2013.

President: Iranians concerned over Palestinians, irna newsid: 41 729, Sunday 9.9.2012, <http://www.president.ir/en/41729>, Stand: 9.4.2013.

Reif, Kingston: Could a Nuclear-Armed Iran be Contained?, in: Bulletin of the Atomic Scientists Online, 18.4.2013, www.thebulletin.org/ptint/web-edition/columnists/kingston-reif/could-nuclear-armed-iran-be-contained, Stand: 8.5.2013.

Straw, Jack: Even if Iran Gets the Bomb, it Won't Be Worth Going to War, in: The Daily Telegraph, 25.2.2013, www.telegraph.co.uk/news/politics, Stand: 9.4.2013.

Streit über Atomprogramm: USA verhängen neue Iran-Sanktionen, 6.2.2013, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/atomprogramm-usa-verhaengen-neue-iran-sankt>, Stand: 8.2.2013.

Syed Ali Shahbaz: Important Events in the Qajarid Period in Iran, Imam Reza (A.S.) Network, Mashhad www.imamreza.net/eng/imamreza.php?id=10280, Stand: 15.2.2013.

Wahlsieger im Iran: Israel und USA setzen Reformer unter Druck, www.focus.de/.../iran/wahlsieger-im-iran-israel-und-usa-setzen-reformer-ruhani-unter-druck_aid_1016403.html, Stand: 16.6.2013.

Autoren

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Politikwissenschaftler, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Dr. habil. Peter L. Münch-Heubner

Orientalist und Historiker, München

